

Editorial	473
Frigga Haug <i>Zum Tode von Ulrike Gschwandtner</i>	480
Eric Hobsbawm <i>Erinnerung an Monty Johnstone (1928-2007)</i>	482
Frigga Haug <i>Missbraucht beim Kirchentag</i>	485
Karen Ruoff <i>Das Enron-Ranking-Paradigma</i>	488

Neoliberalisierung der Hochschule

Susanne Draheim und Tilman Reitz <i>Streit der Exzellenzen. Die konservative Kritik des deutschen Bologna-Prozesses</i>	491
Larry Hanley <i>Akademische Lehre in den USA: Bildungstechnologie und Berufsidentität</i>	502
Ulrich Ruschig <i>Simulierte Warenproduktion – ein akademischer Tanz ums goldene Kalb</i> ...	509
Christoph Heumann <i>Innenansicht der Akkreditierung. Zur Regierungstechnik der Hochschulreform (Interview)</i>	525
Alex Demirović <i>Die Transformation der Staatlichkeit von Hochschulen</i>	531
Gerhard Zimmer <i>Die Universität in der informationstechnischen Produktionsweise – Perspektiven und Widersprüche</i>	546

Fortsetzung auf S. II

Redaktion dieser Ausgabe
Tilman Reitz (Koordination)
Susanne Draheim, Wolfgang Fritz Haug
Christina Kaindl

Rezensionsredaktionen
Mario Candeias (Ökonomie)
Claudia Gdaniec (Frauenredaktion)
Wolfgang Fritz Haug (Philosophie)
Peter Jehle (Literatur)
Erwin Riedmann (Soziologie)
Ingar Solty (Soziale Bewegungen und Politik)
Thomas Weber (Kultur)
Gerhard Zimmer (Pädagogik)

Gesamtkoordination Michael Korbmacher

Redaktionsbüro
Stephanweg 24 · D-48155 Münster
Tel. +49-(0)251-383 44 62 · Fax -383 44 63
redaktion@argument.de · www.inkrit.org

Buchhandelsauslieferung
Prolit Verlagsauslieferung
Tel. +49-(0)641-4 30 71 · Fax -4 27 73

Einzelbestellungen und Abonnementsverwaltung
Argument Versand
Reichenberger Straße 150 · D-10999 Berlin
Tel. +49-(0)30-6 11 39 83 · Fax -6 11 42 70
versand-argument@t-online.de

Das Kapital lesen – aber wie?

Wolfgang Fritz Haug

Die »Neue Kapital-Lektüre« der monetären Werttheorie 560

Georg Quaas

Für ein kohärentes Kapital-Verständnis. Ein Kommentar zu Haugs Einführung 575

Personenangaben; Zeitschriftenschau; Summaries 638

Besprechungen

Philosophie

Hindrichs, Gunnar (Hg.), *Die Macht der Menge. Über die Aktualität einer Denkfigur Spinozas* (Vesa Oittinen) 589

Sève, Lucien, *Penser avec Marx aujourd'hui. I. Marx et nous* (Kolja Lindner) .. 591

Kliman, Andrew, *Reclaiming Marx' »Capital«. A Refutation of the Myth of Inconsistency* (Wolfgang Fritz Haug) 593

Jäger, Margarete, u. Jürgen Link (Hg.), *Macht – Religion – Politik. Zur Renaissance religiöser Praktiken und Mentalitäten* (Dick Boer) 594

Goppelsröder, Fabian (Hg.), *WittgensteinKunst. Annäherungen an eine Philosophie und ihr Unsagbares* (Tilman Reitz) 597

Kunst und Kultur

Adorno, Theodor W., *Current of Music. Elements of a Radio Theory* (Günter Mayer) 599

Adorno, Theodor W., und Hanns Eisler, *Komposition für den Film* (Günter Mayer) 599

Türcke, Christoph, *Vom Kainszeichen zum genetischen Code. Kritische Theorie der Schrift* (Hellmut Winter) 602

Held, Jutta, *Avantgarde und Politik in Frankreich. Revolution, Krieg und Faschismus im Blickfeld der Künste* (Manfred Hinz) 603

Pädagogik und Hochschule

Werry, Claudius, *Freiheit auf Bewährung? Die Auswirkungen der Globalisierung auf die Universität* (Ralf Hoffrogge) 605

Hauer, Dirk, u. Bela Rogalla, *HWP in Bewegung – Studierendenproteste gegen neoliberale Hochschulreformen* (Ralf Hoffrogge) 606

Fisch, Rudolf, u. Stefan Koch (Hg.), *Neue Steuerung von Bildung und Wissenschaft. Schule – Hochschule – Forschung* (Isabelle Sieh) 607

Fortsetzung auf S. VII

Editorial

Die Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt hat seit Oktober 2006 einen Hörsaal, der von Aldi-Süd gefördert wird. Am Eingang empfängt einen das Firmenlogo. Das Prinzip ist aus den USA bekannt, wo selbst einzelne Lehrstühle den Namen von Förderern tragen, aber im Sinn der Konzern-Repräsentation verschärft. Nicht nur deshalb ist das Bild jedoch signifikant: Die kapitalistische Hochschule, an der in Europa zur Zeit gearbeitet wird, erweitert den Markt unmittelbar zum Supermarkt. Wer nicht zur akademischen Oberschicht zählt, die sich in zumeist staatlich gestifteten Wettbewerben als ›exzellent‹ behauptet, hat nunmehr allen Grund, sich mit billigen Massengütern abgespeist zu sehen – selbst wenn diese lukrative Namen wie ›Medienmanagement‹ tragen. Der Skandal besteht nicht allein darin, dass Hochschulen zu Dienstleistern und Studierende zu ihren Kunden gemacht werden, sondern in der drastischen Verknappung dessen, was der gewöhnliche *homo oeconomicus academicus* in Forschung und Lehre tun bzw. erwarten kann. Wie lässt sich dieser Qualitätsverlust erklären?

Im April 2007 publizierte *Die Zeit* ein forschungspolitisches Podiumsgespräch über »Die Weltmeisterschaft der klügsten Köpfe«. Die Teilnehmer – u.a. Ernst-Ludwig Winnacker, gegenwärtig Vorsitzender des europäischen Hochschulrates, und Bundesbildungsministerin Annette Schavan – äußerten dabei bekannte Signalfelder, beklagten etwa »verkrustete Strukturen«, verlangten nach »exzellenten Kräften« und kontrastierten »Braindrain« mit »Braingain«. Den Horizont aller Maßnahmen und Legitimationen bildet ein ›Wettbewerb‹, der zwar ökonomische Konkurrenz, genauer den Kampf um die Verwertung europäischen Kapitals auf dem Weltmarkt meint, zugleich aber zu einem universellen Leistungsprinzip aufgewertet ist. Die zum Mittel herabgestuften sonstigen Ziele interessieren nur, sofern sie dafür Dynamik versprechen, eben als ›Motor‹ dienen können. Trotzdem wird durchgängig mit ›Ideen‹ gearbeitet, die alle Beteiligten zum Aufbruch versammeln sollen. Anstatt darauf zu vertrauen, dass sie als Konkurrenten von selbst ihren Vorteil suchen, muss man sie anscheinend auf gemeinsame Prinzipien verpflichten, die ihnen das wettbewerbsförderliche Verhalten vorschreiben. Kapitalistisches Wirtschaften selbst wird in der Hochschulreform – die sozialdemokratische Arbeits-Aktivierungspolitik fortsetzend – nicht länger bloß als Rahmen des politisch Praktikablen hingenommen, sondern zur obersten, auf alle Handlungsfelder durchgreifenden Idee erhoben.

Das Resultat ist eine Pseudo-Ökonomisierung der akademischen Welt, in der die Differenz zwischen verantwortlicher, effizienter Verwendung öffentlicher Mittel und kapitalistischer Profitsuche ebenso verwischt wird wie die zwischen nur behaupteten und tatsächlich verfolgten Verwertungszielen. Das Ineinander findet sich auf allen Ebenen der Reform: Mit Erfolgsindikatoren und Leistungspunkten werden imaginäre Währungen eingeführt, die zugleich reale Einsparungen in Hochschulhaushalten und Studienzeiten ermöglichen sollen; das kaum haltbare Ziel, mit dem Bachelor überall einen unmittelbar ›berufsqualifizierenden‹ Abschluss einzuführen, signalisiert immerhin, dass Ausbildung aus den Betrieben und Berufsschulen an

die Hochschulen verlagert wird; einen globalen Markt für Forschung und Bildung vor Augen, inszeniert man mit bürokratischem Großaufwand Wettbewerbe und simuliert Markt. Verlässlich ist nur noch, dass die Hochschule auf einen Geist des Kapitalismus eingeschworen wird, der keine substanziellen Alternativen zulässt. Alles andere steht zur Debatte: welche institutionellen Umstellungen sich hinter dieser Einschwörung verbergen, welche Spannungen sie kaschiert und sogar, ob die Reform nicht in absehbarer Zeit grotesk scheitern wird.

Das vorliegende Heft soll helfen, sich in diesem unwegsamen Gelände zurechtzufinden. Es versammelt Analysen der akademischen Wettbewerbsideologie, der Marktsimulation in Forschung und Lehre sowie der ökonomischen Zwänge, die derzeit faktisch auf die höhere Bildung durchgreifen. Zugleich thematisiert es die Dominanz- und Herrschaftsverhältnisse, die in der Hochschulreform (wieder-)hergestellt werden, in ihrer Wettbewerbssprache aber nicht in Erscheinung treten – statt von den besten Köpfen, Exzellenz und Erfolg wird hier auch von der Reproduktion sozialer Führungspositionen bzw. der herrschenden Klasse(n) die Rede sein. Das lenkt schließlich den Blick auf die Frage, welche Alternativen zur kapitalistisch zugerichteten, Ungleichheit erneuernden Hochschule bestehen.

Die Bedingungen für solche Alternativen sind nicht eben günstig. Die 1999 in Bologna beschlossene Angleichung der europäischen Hochschulsysteme und der daran angeschlossene Ökonomisierungsprozess sind inzwischen anscheinend unaufhaltsam im Gang. *Ob* es eine umfassende Reform der höheren Bildung gibt, steht nicht mehr zur Debatte, *was* geschieht, ist eher eine Frage theoretischer Entzifferung als praktischer Mitgestaltung – und dabei rückt zunehmend das heterogene, mühsame *Wie* an die Stelle der Diskussion übergreifender Ziele. Zum einen wird allerorts darum gerungen, wie man das Studium im Sinn der Bologna-Vorgaben aufgliedert, rekombiniert, standardisiert und verkürzt. Zum anderen vermehren sich ständig Maßnahmen und Ziele, für die Europa tatsächlich nur ein Motor zu sein scheint: Die (landes-)rechtliche Reorganisation der Hochschulen nach dem Modell von Unternehmen durch Globalhaushalte, gestärkte Präsidien und Aufsichts- bzw. Hochschulräte, die allmähliche Durchsetzung von Studiengebühren und die Bemühung um kostenpflichtige Zusatzangebote, ggf. in Kooperation mit Unternehmen, auch verknüpft mit stärkerer Absolventenbindung, die Einführung oder Erweiterung finanzieller Konkurrenz zwischen Forschenden, Lehrenden, Instituten, Fakultäten und Universitäten, die Bemühungen darum, eine wissenschaftliche ›Elite‹ zu konzentrieren bzw. zu rekrutieren, die Suche nach preiswertem, subprofessoralem Lehrpersonal für den Rest, all das wahlweise ergänzt durch Profilbildung, Marketing und Corporate Design. Aussichtsreicher Widerstand hat sich bislang nicht formiert. Kollektiv gewehrt haben sich allein die Studierenden, vor allem gegen Studiengebühren. Von denen, die beruflich lehren und forschen, kam nicht viel mehr als verbale Kritik – selten organisiert wie in den ›Frankfurter Einsprüchen‹, einer Gruppe Erziehungswissenschaftler (Frost 2006), oder Ringvorlesungen in Heidelberg und Marburg (›Abgott Wirtschaftlichkeit‹ sowie ›Die bedingte Universität‹), nur in Ausnahmefällen mit praktischer Gegenperspektive wie im Fall der ›TU-9‹, der Technischen Hochschulen Deutschlands, die die Standards des Diplomstudiums durch erleichterte Übergänge vom Bachelor zum Master zu retten versuchen.

Zudem ist ein Großteil der Kritik nicht weit von den offiziellen Zielen entfernt. Ihre Wortführer sind (häufig konservative) Geisteswissenschaftler, ihre Leitbilder bis weit ins linksliberale Lager hinein Humboldt oder Harvard. Beim letztgenannten Vorbild beschränkt sich der Dissens im Grunde darauf, wie eine wissenschaftliche und soziale Elite der Zukunft formiert und vom Rest der Studierenden abgegrenzt werden soll. Denn dass *alle* Hochschulen dem Modell der *happy few* in den USA folgen könnten, lässt sich nicht ernsthaft vertreten. Die Option Humboldt hat ähnliche Probleme. Zwar kann man im Namen dessen, was Universität bisher leisten sollte, gut die Einheit von Forschung und Lehre, Wissenschaft als Lebensform und das allseitig gebildete Individuum gegen Effizienzdenken verteidigen – doch damit blendet man sowohl die Entstehungskontexte von Humboldts Ideen als auch die Funktionen des mit seinem Namen verbundenen Modells aus. Die meisten sind lange passé: Die großen Bevölkerungsgruppen, die seit den 1960er Jahren an die Hochschulen strömen, sollen ja anders als im 19. Jh. weder alle Staatsbeamte werden noch eine erweiterte Oberschicht der ›Akademiker‹ bilden. Weitgehend ungedacht bleibt in der Harvard- und erst recht der Humboldtfraktion zudem die Rolle höherer Bildung in der informationstechnischen Produktionsweise, der die Reform gerecht zu werden beansprucht. Generell hat sie Züge, die es gegen ihre Kritik zu verteidigen lohnt. Teile ihres Vokabulars, viele ihrer Vertreter und einige ihrer Maßnahmen sind egalitär. Die Reformverwaltungen arbeiten nicht zuletzt daran, die Macht- und Willkürspielräume der Professoren zu begrenzen; zu den neuen Qualitätskriterien zählt die Präsenz von Frauen in Forschung und Lehre. Was fehlt, ist eine genuin herrschaftskritische Gegenperspektive zur Hochschulreform – und auch die dafür nötige sozialtheoretische Analyse hat erst begonnen.

Das trügerische Erscheinungsbild der Reformen lädt ein, nach verborgenen Funktionen zu suchen. Gleich zweimal wurde 2006 eine ›List der Vernunft‹ vermutet, die die Geschichte mit der großen Verwandlung verfolgen könnte. Norbert Bolz zufolge geht es um eine Technisierung, genauer die Taylorisierung von Bildung und Wissenschaft. Mit den allseitig kompatiblen Modulen, der verschärften Zeitökonomie und der gestrafften Planung komme fürs Wissen in Gang, was in der Produktion bereits ein Jahrhundert vorher begonnen hat. »Offenbar geht es um eine Technik der Effizienzsteigerung«; man übertrage nunmehr die »Optimierung körperlicher Arbeitsabläufe« auf den »Geist« (*Forschung & Lehre* 1/2006, 1). Der Vergleich ließe sich ergänzen: Die angestrebte Effizienz greift mit der bürokratischen Durchdringung sozialer Abläufe zusammen, wie sie (ebenfalls zu Beginn des 20. Jh.) Max Weber analysiert hat, und die systematisierende Nachahmung amerikanischer Erfolgsmuster entspricht der reichsdeutschen Strategie in der industriellen Produktion, die Paul Valéry ›methodische Eroberung‹ nannte. Allerdings erklärt die Analogie nicht viel, denn das rationalisierte Studium ist vom Computer, nicht vom Fließband geprägt, und schafft als einziges Massengut umstrittene ›Kompetenzen‹. Für Konrad Paul Liessmann bildet Standardisierung auch nur die Rückseite eines Vorgangs, in dem sich zugleich alte universitäre Auslesemechanismen wiederherstellen. Auf den Massenbetrieb antwortet eine »aus dem neoliberalen Geist des Wettbewerbs geborene Elitekonzeption. [...] Am Ende werden genau jene drei oder vier Prozent der Studierenden in den Genuss einer fundierten wissenschaftlichen Ausbildung

kommen, die vor den Reformen die damals noch funktionierenden Universitäten besuchten.« (2006, 128) Liessmann fügt am Rande hinzu, dass »funktionierende Eliteuniversitäten [...] vor allem auch als Produktions- und Reproduktionsstätten sozialer Zugehörigkeiten« fungieren (131). Er fragt dagegen ebenso wenig wie Bolz genauer, wie die Vernunft der Reform gegebenen Herrschafts- und Produktionsverhältnissen zuarbeitet; bei beiden fehlt sozusagen der Schritt von Hegel zu Marx.

Dabei liegt es nahe, die sich abzeichnende Aufspaltung in Massen- und Elitenausbildung aus Erfordernissen des informationstechnisch umgestalteten Kapitalismus zu begreifen. Zwar führt die Auslagerung einfacher Steuerungsfunktionen auf Computersysteme tendenziell dazu, dass die verbleibende menschliche Arbeit intellektuell anspruchsvoller wird. Doch neben konzeptionelle, leitende und gestaltende Tätigkeiten treten neue Formen ausführender Wissens-Normalarbeit, von der Beaufsichtigung automatisierter Prozesse bis zur Kommunikation mit Kunden – besonders dort, wo Weisungsverhältnisse und Lohnniveau auf dem Spiel stehen. Aufgrund ihrer tradierten Privilegien eignet sich geistige Arbeit zunächst schlecht als durchschnittliche Lohnarbeit. Laut Ursula Huws schafft die Bildungspolitik supranationaler Institutionen wie der EU hier Abhilfe. Sie bringe (nicht unbedingt absichtlich, aber im Ergebnis) eine globale Reservearmee von »Wissensarbeitern« hervor, die wie bei Marx die industrielle das allgemeine Lohnniveau drückt. »In the process, any market advantages held by those who previously had more or less exclusive access to this knowledge are destroyed« (2006, 30). Nimmt man die Diagnosen zusammen, ergibt sich bereits ein deutlicheres Bild: Die Massenhochschule erhält erstmals eine funktionale Struktur, indem sie fabrikmäßig durchorganisiert wird, kleinere wissenschaftlich und sozial privilegierte Bereiche aussondert und so eine für die Verwertungsökonomie anschlussfähige Trennung zwischen führender und ausführender Wissensarbeit anlegt. Die Frage ist nur, ob sich die bisherige Massenuniversität – die immerhin eine öffentliche Einrichtung und ökonomisch nur lose integriert war – tatsächlich so reibungslos abschaffen lässt.

Die Beiträge zu unserem Heft zeigen, dass sich vielerorts gleichsam die Sache selbst zur Wehr setzt. Am deutlichsten gilt das für den häufig kritisierten Versuch, Wissenschaft in eine Marktökonomie zu verwandeln. Ulrich Ruschig untersucht, wie durch Erfolgsindikatoren prinzipiell inkommensurable Tätigkeiten und Leistungen der Forscher, Lernenden und Lehrenden auf ein gemeinsames Maß gebracht werden, das sie real zu Konkurrenten macht und imaginäre Auskünfte über den Gebrauchswert ihrer Tätigkeiten gibt. Er macht die begrenzte Funktionalität und die beachtliche Absurdität der entsprechenden Messungs- und Zuteilungsverfahren deutlich, indem er die marxsche Analyse der Warenproduktion auf den simulierten Markt der Hochschulen anwendet: Weder kann das Zuteilungsgeld frei zirkulieren, noch wird es je Profit abwerfen. – Welche akademischen Marktmechanismen faktisch erfolgsträchtig sind, zeigt ein Blick in die USA, der die übliche Beschränkung auf Princeton, Harvard und Yale aufbricht. Larry Hanley stellt eine neue Hierarchie zwischen privilegiertem Forschungs- und subalternem Lehrpersonal dar, die veranschaulicht, was in Europa erst angestrebt wird: eine Zwei- oder Mehr-Klassen-Hochschule, in deren unterem Sektor prekarierte und standardisierte Lehrarbeit ohne Mitbestimmung zur Regel wird.

Demonstriert Ruschig die praktischen Grenzen der neuen akademischen Ökonomie, so führt Hanleys Beitrag auf eine praktisch-politische Gegenperspektive: die gewerkschaftliche Organisation der Wissensarbeiter an Hochschulen, denen traditionelle Partizipationsformen entzogen wurden. – Ein Feld, in dem Anspruch und Wirklichkeit der Ökonomisierung vielschichtiger und weniger klar aufeinander bezogen sind, beleuchtet Gerhard Zimmer: Dass die Arbeitskräfte der Wissensökonomie statt vorweg bestimmter Fertigkeiten zusehends variabel einsetzbare Fähigkeiten mitbringen sollen, zählt zu den Hauptmotiven dafür, an die Hochschulen umzulagern, was früher in beruflicher Ausbildung erlernt wurde. Eine offene Frage ist, ob die verschulten und verregelten Bachelor-Studiengänge tatsächlich die Kompetenz fördern, entsprechend ›autonom‹ und ›kreativ‹ zu handeln. Sogenannte Selbst- und Sozialkompetenzen können kaum einfach in standardisierten Unterrichtseinheiten vermittelt werden. Möglich ist auch, dass der Bedarf an eigenständiger Tätigkeit ideologisch übertrieben wird. Dann aber wird umgekehrt der Abbau fachlicher Standards zugunsten schematisierten Soft-Skill-Trainings zum Problem. Es sind also nicht zuletzt Brüche der kapitalistischen Logik selbst, die eine Gegenperspektive nötig machen.

Eine zweite Serie von Beiträgen befasst sich unmittelbar mit der Politik der Reform. Ein nicht unerheblicher Teil davon ist in die Verwaltung gewandert; die auf allen Umstellungsebenen geläufige Aussage, dieses oder jenes Ziel sei eben ›politisch gewollt‹, verweist auf eine Arbeitsteilung, in der noch die radikalsten Maßnahmen, etwa die Schließung von Instituten, durch Verfahren bzw. als Ausführung höherer Anweisungen legitimiert werden. Die Vorgaben lassen dabei Spielräume für Aushandlung und Ausgestaltung; so werden nahezu alle relevanten Akteure einbezogen, ohne dass es irgendeinem von ihnen möglich wird, grundsätzlich gegen die Vorgaben zu opponieren. Christoph Heumann eröffnet im Gespräch die Innenansicht der Akkreditierungsagenturen, die maßgeblich für diese Regierungstechnik stehen. Er betont, dass die Agenturen, denen alle neu eingerichteten Studiengänge zur Qualitätsprüfung vorgelegt werden, formal einräumen, was inhaltlich dann doch nicht stattfindet: eine Verständigung über substanzielle Ziele des reorganisierten Studiums. – Inwiefern über solche Ziele eher ›systemisch‹ als in begrenzten Aushandlungen entschieden wird, erörtert Alex Demirović im Rückgriff auf Louis Althusser: Als ›ideologische Staatsapparate‹ (re-)produzieren die Hochschulen nicht allein Kompetenzen, sondern auch Einstellungen, die erforderlich sind, um die bestehende Sozialordnung aufrechtzuerhalten. Bestand Bildung zur Zeit Althussters u.a. darin, fordistische Arbeitsteilung und Loyalität zum Nationalstaat in den Subjekten zu verankern, so richtet sie heute alle auf die Idee des universalisierten Marktes aus. – Susanne Draheim und Tilman Reitz legen dar, dass die stärkste und verbal schärfste Fraktion der Reformgegner dem neuen Regime nur in einem Punkt wirklich etwas entgegengesetzt: Die konservativen Kritiker des Bologna-Prozesses wollen von der großen Angleichung zumindest die Felder ausgenommen wissen, in denen Eliten ihr Orientierungswissen erwerben. Damit signalisieren sie nicht nur Bündnisbereitschaft gegenüber der Elitenideologie der Reform, sondern bestätigen indirekt auch deren umfassenderes Programm: Wo Sonderrechte für wenige verlangt werden, sind restriktivere Standards für die breite Masse bereits stillschweigend einbezogen.

Insgesamt legen die Beiträge nahe, dass die absehbare Realität der reformierten Hochschule nicht weniger prekär ist als ihre offiziellen Ziele. Wenn die Innovationsrhetorik verdeckt, dass die Hochschulbildung in der Grundversorgung standardisiert, bürokratisiert und ausgedünnt wird, so sind die dazu entwickelten Raster einstweilen zu starr für den flexiblen transnationalen Kapitalismus. Die Rationalisierung stößt bereits dort an Grenzen, wo die bloße Masse der Prüfungen den Arbeitsaufwand pro Student bzw. Studium deutlich steigert statt senkt, ohne dass das zu größeren Kompetenzen führte. Die Kompatibilität mit der Wissens-Weltmacht USA, die unter dem Titel ›Mobilität‹ verfolgt wird, lässt auf sich warten, weil einheitliche Benennungen noch keine sachliche und soziale Passung erzeugen – erfolgreich ist bislang einzig die Durchsetzung von Englisch bzw. Amerikanisch als Sprache der globalen Wissens-Oberschicht. In vielen Bereichen gilt von der Modernisierungspolitik an den europäischen Hochschulen, was Foucault über diejenige des Schahs im Iran gesagt hat – sie kommt nahezu »100 Jahre zu spät« und trägt daher selbst Züge eines »Archaismus« (1978/2003, 852): Die planwirtschaftlichen Elemente im Wissenschaftswettbewerb, der Rückgriff auf bloße Disziplinierung in der modularisierten Lehre, die indifferent über alle fachlichen Anforderungen gelegten europäischen Standards sind bereits bei ihrer Einführung veraltet.

Selbst wenn es genau darum gehen sollte, die Mehrheit der akademisch Ausgebildeten subaltern zu halten, während sich zugleich der kleine Kreis der bildungsvermittelt Privilegierten neu schließt, ist der Erfolg keineswegs sicher. Immerhin besteht auch die Möglichkeit, nicht die Marktrhetorik, sondern die egalitären und demokratischen Versprechen der Reform ernst zu nehmen – von der Verallgemeinerung geistiger Arbeit bis zur Möglichkeit, die Produktion von Deutungswissen gesellschaftlich breit einzubinden. Wo es gelingt, diese Ansätze nicht als Betrug, sondern als geheimte und abgelenkte Schritte zu einer real geöffneten Hochschule zu begreifen, kommen andere Perspektiven in den Blick als der Rückbezug auf Humboldt oder Amerika. Wissensarbeit könnte dann so begriffen werden, dass sie eben die Arbeit am Verständnis des Zusammenlebens einschließt, die derzeit wieder in personell und intellektuell beschränkten Deutungseliten konzentriert werden soll (und überwiegend in der kommerziellen Massenkultur stattfindet). Im Wege steht einer solchen Reformulierung der Ziele, dass die herrschende Ideologie des Kapitalismus zur Zeit enger ist als dessen praktische Möglichkeiten – Innovationen verlangen einen Überschuss nicht verwertungsorientierter Tätigkeit, wie er etwa in der Massenuniversität nach 1968 freigesetzt wurde; die Führungsmächte des hochtechnologischen Kapitalismus kommen kaum umhin, ein Reservoir selbstorganisiert erworbener, nicht in Vertrags- und Warenform zirkulierender Kompetenzen zu kultivieren. Darüber hinaus sind die gegenwärtigen Denkblockaden aber auch einer Situation geschuldet, in der an den Hochschulen tatsächlich Konkurrenz praktiziert wird: Wer Machtpositionen hat, baut sie aus, wer den jeweils anderen ein Stück vom Kuchen wegnehmen kann, tut es, und sei es nur mangels anderer Perspektiven. Die Lage ist also paradox: Um Alternativen zur borniert marktliberalen Umgestaltung zu finden, bedürfte es eben des Typs öffentlichkeitsfähiger Wissenschaft und Bildung, den sie abbaut.

Appendix: Die Kriminalisierung kritischer Wissenschaft

Während das vorliegende Heft fertiggestellt wurde, hat die Zurückdrängung kritischer Wissenschaft eine neue Qualität erreicht bzw. eine alte wiedergewonnen. Der Soziologe Andrej Holm, der zur Privatisierung von Wohnraum und Gentrifizierung von Stadtstrukturen forscht, wurde unter Verdacht auf Mitgliedschaft in der ›militanten gruppe‹ (mg) verhaftet, die mutmaßlich mehrere Brandanschläge verübt hat und als terroristische Vereinigung eingestuft wird. Die Bundesanwaltschaft hatte in seinen wissenschaftlichen Publikationen »Schlagwörter und Phrasen« entdeckt, die in den Texten der mg ebenfalls verwendet werden (etwa: ›Gentrifizierung‹). Weiteren Verdächtigen wird zur Last gelegt, sie seien »intellektuell in der Lage, die anspruchsvollen Texte der ›militanten gruppe mg‹ zu verfassen« und hätten als Wissenschaftler »Bibliotheken zur Verfügung«. Auch wenn Andrej Holm inzwischen gegen Kautio wieder auf freiem Fuß ist, steht die staatsanwaltliche Beschuldigung nach wie vor im Raum. Die zahlreichen Berichte und Protesterkklärungen zu diesem Vorgang haben herausgestellt, dass hiermit handgreiflich (und nicht nur in öffentlichen Wunschaussagen des Innenministers) der Rechtsstaat ausgehöhlt wird. Im Kontext der Hochschulreform fällt zusätzlich eine groteske Spiegelung auf: Während man zusehends Schlagwörter des marktliberalen Diskurses verwenden *must*, um die Bewilligung von Studiengängen und Forschungsmitteln zu erreichen, *darf* man ein bestimmtes kritisches Vokabular nicht mehr nutzen, wenn man nicht zum Terrorismusverdächtigen werden will. Das Regime, das Stephen Gill ›disziplinären Neoliberalismus‹ genannt hat, nimmt auch für Wissenschaftler Gestalt an. Fraglich ist nur, was an ihm noch ›liberal‹ genannt werden kann. TR

Literatur

Foucault, Michel, »Der Schah ist 100 Jahre zurück« (1978), in: *Schriften*, Bd. 3, Frankfurt/M 2003, 850-56

Frost, Ursula (Hg.), *Unternehmen Bildung. Die Frankfurter Einsprüche und kontroverse Positionen zur aktuellen Bildungsreform*, Paderborn 2006

Huws, Ursula, »What Will We Do? The Destruction of Occupational Identities in the Knowledge-Based Economy«, in: *Monthly Review* 57, 2006, 19-34

Liesmann, Konrad Paul, *Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft*, Wien 2006

Zum Tode von Ulrike Gschwandtner

Freundin, Genossin, feministische Mitstreiterin, Beraterin und Unterstützerin im Verlag, Autorin – ich probiere die Worte angesichts des Schreckens, den ihr plötzlicher Tod einjagt. Keines will so richtig passen. Sie war vor allem eine Vertraute. Dieses fast unmodern gewordene Wort umfasst sie, macht begreifbar, welche Leere ihr Tod hinterlässt. Beinahe in jedem Punkt konnte ich ihr unmittelbar vertrauen, gleich ob politisch, geschäftlich oder persönlich. Dabei war unsere Freundschaft ganz kurz.

Ich lernte Ulli Gschwandtner auf einer Veranstaltung im katholischen St. Virgil in Salzburg kennen, wohin ich eingeladen war, um meine Untersuchungen zu den Zukunftserwartungen von Schuljugend vorzustellen. Erst kurz vor Beginn teilten mir die Veranstalterinnen mit, dass sie noch einen Zusatzbericht aus Österreich bestellt hatten, einen Vergleich, der im Anschluss an mich vorgetragen würde. Ich fühlte mich ein wenig eingeengt und begrüßte die unverhoffte Zweitreferentin einigermaßen reserviert. Sie kam mir zugleich ganz jung und ganz alt vor, selbstsicher und schüchtern, laut und leise, aggressiv und zurückhaltend – kurz ein lebendiger Widerspruch.

Nach meinem anfänglichen Zurückweichen verstanden wir uns, als hätten wir uns schon immer gekannt. Wenn eine sprach, gab es bei der anderen weder Misstrauen noch Angst vor möglichen Fehlern noch Abwehr – vielmehr Entspannung, Teilung der Arbeit. Das blieb. Diese wunderbare Erfahrung, dass Kräfte sich verdoppeln können.

Wir unternahmen fast beiher die Aufgabe, ausgehend von all den inzwischen gesammelten Texten – knapp 500 Schulaufsätzen – gemeinsam ein Buch zu schreiben, für das wir uns an allen möglichen Orten – immer nur kurz, immer auf Reisen – trafen, auf La Palma, in Wien, Esslingen, Salzburg, Werfen, und, als wäre nichts weiter nötig, weiterschrieben, wo wir stehen geblieben waren. Liest man unser gemeinsames Buch *Sternschnuppen*, wird man nur an winzigen Bemerkungen erkennen, wer schrieb, z.B. wenn es eine Fußnote gibt, dass die Österreicherin die männlichen Jugendlichen als *Burschen* bezeichnen wollte, was für die deutsche nicht akzeptabel war.

Dieses unverhoffte und unerwartete Gefühl plötzlicher Möglichkeit von Zusammenarbeit, dieses utopische Moment, erstreckte sich schnell auf andere Bereiche. Gemeinsame politische Veranstaltungen und vor allem auch Hilfe im Verlag. Ulli wurde Gesellschafterin, kümmerte sich um Zahlen, Lücken und Mängel, erarbeitete mit ihrer Kollegin und Freundin Birgit Buchinger eine Analyse der Verlagslage, machte eine Schulung für die Mitarbeiterinnen, bereitete sich vor, die Veränderungen in der Geschäftsführung nach meinem bevorstehenden Weggang mit abzusichern. Sie ging in den feministischen Beirat der Zeitschrift, in die Redaktion zum Argument-Buch *Liebesverhältnisse*, dies schon zögernd, weil sie zugleich zu einem frauenpolitischen Buch anlässlich meines siebzigsten Geburtstags aufgerufen hatte und weil sie, spät jetzt, begonnen hatte, neben der Berufstätigkeit als selbstständige Sozialforscherin eine Promotion zu schreiben. Als wichtige organische Intellektuelle in Österreich hatte sie sich zudem der Bewegung angeschlossen, linke Kräfte zusammenzuführen. Aktiv natürlich, energisch, anleitend im Sozialforum und weiter in einem eigenen Verein.

Für mich war sie zugleich auch so etwas wie Gradmesser für die Notwendigkeiten politischer Arbeit. Sie hatte auch als eine der ersten das Manuskript zu meinem Luxemburgbuch gelesen. Wo sie ernsthafte Einwände hatte, arbeitete ich um. Zum Beispiel war sie empört bei Luxemburgs programmatischem Aufruf zur »Arbeitspflicht«, den ich unkommentiert zitiert hatte. Da wusste ich, dass zumindest ihre Generation den Faschismus so verarbeitet hatte, dass eine Pflicht zur Arbeit nicht in Frage kam, eher ein »Recht auf Faulheit«, und ich also Übersetzungsleistungen und Nacharbeit würde liefern müssen, ehe mitgeteilt werden konnte, dass die Nichtarbeit auf die Seite der Ausbeuter gehört, während die Gestaltung der Gesellschaft von unten alle Arme braucht. – Als ich mitten in einer von ihr organisierten Veranstaltung einen Zusammenbruch erlitten hatte, regelte sie, wie mir hinterher erzählt wurde, alles Notwendige an Transport, Ärzten, Absagen in anderen Städten, Auffinden von Freunden, Verwandten usw., als sei dies das Selbstverständlichste von der Welt. Bei Ulli gab es solche bedenkenlose Hilfe auch, wenn Tiere umzukommen drohten – Katzen zum Beispiel –, wenn das Unkraut im Garten die anderen Pflanzen erstickte, wenn Schweres zu bewegen war. Viele hören sich Klagen und Bitten, Probleme und Not, Rufe nach menschlicher Hilfe an, aber sehr wenige beziehen solche Anfragen auf sich selbst und greifen zu. Solche Menschen sind ebenso selten wie unentbehrlich.

Ulli kam auch zur Tagung des *Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus* und spielte eine Weile mit dem Gedanken, »Klettern« als Stichwort vorzuschlagen und selbst zu schreiben, bis sie merkte, dass sie sich diese Praxis, die ihr lebenswichtig war, noch nicht wirklich kritisch angeeignet hatte.

Dabei schöpfte sie die unglaubliche Energie, die ihr Leben voranwarf, unter anderem aus dem Besteigen hoher Berge. Sie wollte bei uns in den Mühen der Ebenen nur solange bleiben, wie, als eine Art leitendes Fernziel, eine wirklich große Bergbesteigung am Horizont winkte. Dies war ihre besondere Weise, die Dialektik von Nah- und Fernziel zu leben. Keine Beschwörung, keine Bitten haben zuletzt geholfen, sie davon abzubringen, nach Pakistan, »in die geliebten Berge« zu ziehen, um die Höhen des Karakorumgebirges zu erklimmen und auf einen Achttausender zu klettern. Sie starb in 5000 Metern Höhe. Sie war 42 Jahre alt. Häufig hatte sie mich gemahnt, sorgfältiger, schonender mit mir umzugehen, weil sie mich für viele nützlich glaubte. Sie hat diese Einsicht nicht auf sich selbst angewandt.

Brecht sagt: »Im allgemeinen finde ich, dass die Menschen zu unserer Zeit das unzulängliche Leben zu wenig und den Tod zu sehr fürchten. Dass sie den Tod zu sehr fürchten, kommt von ihrem unablässigen Bemühen, festzuhalten, was sie haben, weil es ihnen sonst weggerissen wird. [...] Das Schlimme daran, dass einem etwas entrissen wird, ist, dass man selber, um dieses Entrissene beraubt, zurückbleibt. Wenn einem das Leben entrissen wird, bleibt man aber nicht zurück. Es wäre wohl schlimm, ohne Leben zu sein; aber man ist nicht mehr, wenn man nicht mehr lebt.«
(Meti, Über die Todesfurcht)

Frigga Haug

Eric Hobsbawm

Erinnerung an Monty Johnstone (1928-2007)

Alastair Montague (Monty) Johnstone war eine bewunderte und dabei die meiste Zeit einsame Gestalt in der kommunistischen und sozialistischen Politik eines halben Jahrhunderts. Der Journalist Francis Beckett erinnert ihn von seinem Auftreten beim letzten Kongress der britischen Kommunistischen Partei 1991 als »einen hochgeschossenen, schlanken, eindrucksvollen Menschen, der sich, während er sprach, mit den Fingern durch das lange dunkle Haar strich und dabei wie ein exzentrischer Geschichtsprofessor klang«. Wahrscheinlich wird er jedoch eher als eine gut und anhaltend jugendlich aussehende Erscheinung im Gedächtnis bleiben, wie er durch London radelte (sein Großvater, Sir John Foster Fraser, war 1896/97 der Erste, dem eine Weltreise auf dem Fahrrad gelang), von einem politischen Treffen zur nächsten Debatte über marxistische Theorie und die Entwicklungen in der Sowjetunion und Osteuropa. Gebildet, ein polyglotter Reisender, der sich in den öffentlichen Angelegenheiten so nachdrücklich zu Wort meldete, wie er in seinen privaten verschwiegen blieb, und von ausgesprochener Gleichgültigkeit im Blick auf die Annehmlichkeiten des Lebens, erweckte er den Eindruck einer modernen säkularen Version eines mittelalterlichen gelehrten Klosterbruders.

Sohn von C.J.S. Montague Johnstone von den *Royal Scots Greys*¹ und Margaret Fraser, geboren in Sir Walter Scotts Haus Abbotsford im schottischen Melrose, trat Monty im Alter von zwölf Jahren der *Young Communist League* bei, noch ehe er Mitglied des Rugby-Vereins wurde. Nach seinem Militärdienst, den er in Deutschland absolvierte, und der kommunistischen Agitation im Hamburger Dialekt, studierte er am *Christ Church College* in Oxford Politik, Philosophie und Ökonomie. Nach Abschluss seines Studiums 1952 trat er eine Stelle bei der Partei an und arbeitete als Redakteur des *Young Communist Challenge*, bis schließlich 1956 seine Heterodoxie die Parteikarriere beendete. Vielleicht wäre ihm als Universitätslehrer ein glücklicheres Leben beschieden gewesen.

In der Folge blieb Monty Zeit seines Lebens ein loyaler und dabei doch kritischer Kommunist, der Verwässerung und Abschmelzung der sozialistischen Ideale feindlich gesonnen, allerdings mit einer genauso kritischen Haltung gegenüber der Zerstörung der Demokratie im nachrevolutionären Russland nach 1917 und der blinden Gefolgschaft der kommunistischen Parteien gegenüber Moskau. Obleich er auch noch nach 1956 Mitglied der Partei blieb, begegnete man ihm dort mit Misstrauen, und die Parteipresse schloss ihm ihre Zeilen bis kurze Zeit nach dem sowjetischen Einmarsch

1 Die *Royal Scots Greys* war zwischen 1678 und 1971 ein Kavallerieregiment der Britischen Armee und bis zum Zweiten Weltkrieg in zahlreiche militärische Konflikte des britischen Imperiums involviert, darunter auch die Schlacht von Waterloo.

in der Tschechoslowakei 1968, bei dem er in Prag russische Panzerbesatzungen in Verlegenheit brachte, indem er sie in fließendem Russisch von ihrem Vorhaben abzubringen suchte. In dieser Zeit nahm sein Antistalinismus eine Entwicklung vorweg, die später als Eurokommunismus bekannt werden sollte. Auch in den Kreisen der Neuen Linken der 1960er Jahre machte er sich einen Namen. Er stand in engem Austausch mit Ralph Miliband und Isaac Deutscher. In den 1980er Jahren erlangte er aufgrund der ideologischen Verschiebung in der Parteiführung seine Rehabilitation, wobei sich schon jetzt andeutete, dass die Partei untergehen würde. Schließlich gelangte er in den Redaktionsstab der Marx-Engels-Werkausgabe und man wählte ihn alsbald sogar in den Geschäftsführenden Ausschuss der KP. Dabei betrachtete er mit Argwohn den fortschreitenden Revisionismus, der sich in *Marxism Today* Bahn brach. Und doch sicherte Monty dieser Zeitschrift – keiner weiß heute mehr wie – den journalistischen Coup eines in Polen durchgeführten Doppelinterviews mit dem Führer der Solidarnosc-Bewegung Lech Walesa und Premierminister Mieczyslaw Rakowski. Michail Gorbatschows Reformen begegnete er pessimistisch, stellte sich gegen die Auflösung der KP Großbritanniens und behielt seine politische Heimat in der *Socialist History Society*, der *Alliance for Green Socialism* und zahlreichen kontinentaleuropäischen Gruppen, die sich mit den Gründen des Scheiterns und den alternativen Entwicklungspfaden im Kommunismus beschäftigten.

In den späten 1960er Jahren hat Monty eine erfolgreiche Karriere als Hochschullehrer an der *Woolwich Polytechnic University* aufgegeben, um sein Leben einer freien schriftstellerischen und Vortragstätigkeit im In- und Ausland (er war ein begnadeter Redner) und der Erziehung seiner Kinder zu widmen. Für ein großes Werk über die Entwicklung des Leninismus besaß er einen Vertrag, aber weder dieses noch andere Bücher wurden von ihm vollendet, doch erschienen von ihm etliche gehaltvolle und überzeugungskräftige Vorträge.²

Nach der Scheidung von seiner Frau in den frühen 1970er Jahren wurde Monty alleinerziehender Vater. Als seine Kinder schließlich groß geworden und ausgezogen waren, verkaufte er das Haus der Familie und lebte zunehmend zurückgezogen in einer sich selbst genügenden, unpräzisen und unbeanspruchten Armut in einer Wohnung im Süden Londons – ohne Telefon. Hier analysierte er mit großer Gelehrsamkeit und einem unverminderten Eifer und ohne große optimistische Hoffnungen die Geschichte des Kommunismus. Die letzten vier Jahre verbrachte er im Zustand verschlechterter Gesundheit – physisch wie psychisch. Er hinterlässt seine Kinder Christina, Michael und Laura, die ihn während seines schwierigen Lebensabends unterstützten. Ein Goethe-Gedicht, Edith Piafs *Je ne regrette rien* und eine rote Fahne begleiteten sein Begräbnis.

Doreen Massey und Hilary Wainwright schreiben: »Monty Johnstone war eine immens unterschätzte Persönlichkeit. Lange Jahre waren wir mit ihm bekannt, hierzu gehört auch unsere gemeinsame Zeit als Stipendiaten des Lipman-Miliband-Trusts

2 Für Band 2 des *Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus* verfasste er den Eintrag »Demokratischer Zentralismus«.

(der bescheidene Stipendien für die ›sozialistische Bildung‹ ausgibt), dabei brauchte es seine Zeit, bis wir die Tiefe und Reichweite seines Wissens über die Geschichte des Kommunismus, die marxistische Theorie und die zeitgenössischen linken Debatten erkannten. An diesem enzyklopädischen Wissen ließ er uns teilhaben. Seine Erfahrung verlieh ihm Unabhängigkeit im Denken und befähigte ihn, eine engagierte Parteilichkeit mit der kompletten Abwesenheit von Dogmatismus oder Sektierertum zu verknüpfen. Ihm zuzuhören, war faszinierend, wenn er frei von Anmaßung über historische Gestalten und Ereignisse sprach, von denen er viele aus erster Hand kannte bzw. miterlebt hatte. Zu gemeinsamen Treffen erschien er stets mit dem Fahrrad und erreichbar war er ausschließlich auf dem Postweg – Umstände, die bei uns das Gefühl seiner Aufopferung und Einfachheit bestärkten und nie den Anschein von moralischer Überheblichkeit oder von Puritanismus hinterließen.«

Aus dem Englischen von Ingar Solty

Nachrichten aus dem Patriarchat

Missbraucht beim Kirchentag

Ohne antizipierende Hoffnung könnten wir nicht leben. So war ich glücklich, als ich eine Einladung bekam, an einem »ganztägigen Plenum unter dem Stichwort *Familie, Geschlechter, Lebensformen* in einer Messehalle (5000 Personen)« mitzuwirken, weil dort auch Jugendliche zur Frage »Wie ich leben will« zu Wort kommen sollten und – wie erfunden dafür – unsere Studie zu den Zukunftserwartungen von Schuljugend *Sternschnuppen*¹ als zentrale Achse vorgesehen war. Die dreistündige Veranstaltung sollte mit Zitaten aus dem Buch beginnen, dann sollten sich die Jugendlichen äußern, gefolgt von meinem Kurzreferat, dann würden »gesellschaftliche Verantwortungsträger« auf die Träume und Zukunftsvorstellungen der Jugendlichen reagieren und sagen, was sie selbst zu tun und zu ändern gedenken, »dann nochmals Haug in der Reaktion darauf zusammen mit zwei Jugendlichen«, dazwischen »Fragen im Publikum an junge Menschen, ob sie sich in den Texten und Positionen wiederfinden«.

Ich war begeistert und zugleich zerrissen. Der vorgesehene Tag war der zweite des InkriT-Kongresses »Die Linie Luxemburg-Gramsci. Theorie und Praxis linker Politik«, deren Vorsitz, zentrales Referat und Durchführung mir oblag – drei Bahnstunden weiter südlich. Die Verführung war groß, weil ich dem Aufruf, zu vielen Menschen sinnhaft zu sprechen, nicht widerstehen kann. Die zerstörten Hoffnungen der Jugend schienen mir ein notwendiges Thema, und ich wollte unbedingt dazu beitragen. Dafür hatte ich das Buch geschrieben. Ich hatte bereits bei früheren Kirchentagen mitgemacht. Jedes Mal war ich von der Ernsthaftigkeit und Nachdenklichkeit der Teilnehmer beeindruckt, die bereit waren, zu einer besseren Gesellschaft beizutragen. Ich musste dorthin, schon um meiner eigenen Vorstellungen von sinnhafter Praxis willen.

Unsere Konferenz organisierten wir so, dass ich an zwei Tagen unaufhörlich redete und diskutierte und dafür einen Tag aussparen konnte. Esslingen – Köln und zurück = 7 Stunden und 3 Stunden Veranstaltung. Ich organisierte mit viel Aufwand einen Büchertisch, weil nach meiner Erfahrung wenigstens 10 Prozent der Besucher das Buch lesen wollen würden. Ich machte mich daran, eine Form zu finden, in der die wichtigsten Botschaften, die begründet zum Handeln auffordern, in nur 15 Minuten vorzutragen wären, ohne banal zu werden, womöglich unterhaltend und aufrüttelnd in einem. An dieser Arbeit saß ich drei Tage, die ich nicht entbehren konnte. Der Weg von der Einzelbeobachtung zur These, die jeder und jede aufnehmen und mitnehmen kann, ist schwierig. Zumal es eine meiner Stärken und so auch des kleinen Buches ist, aus den Geschichten der Jugendlichen zu sprechen. Das Veranstaltungskonzept versperrte mir diesen Weg: Jugendliche sollten die Materialteile aus den *Sternschnuppen* selbst vortragen, wenn es auch

1 Haug, Frigga, u. Ulrike Gschwandner, *Sternschnuppen. Zukunftserwartungen von Schuljugend*, Hamburg 2006.

nicht ihre eigenen Worte waren, denen sie ihre Stimme liehen. Immerhin sollte ich die Textstücke aussuchen. Ich verbrachte weitere Stunden damit, um jeweils Jungen und Mädchen zu 10 Themen zu Wort kommen zu lassen und ein Referat an diesen Themen entlang aufzubauen. Ich schickte die Zitate auf Anforderung einige Wochen vorher, weil sie vorab »eingespielt« werden sollten. Leider versäumte ich zu fragen, was »eingespielt« hieß. Ich erfuhr als frohe Botschaft, dass die Veranstaltung wie das Buch »Sternschnuppen« heißen werde, dass aber nicht mehr drei sondern nurmehr zwei Stunden angesetzt seien und es nicht mehr in einem ganz großen Rahmen, aber immerhin noch mit 2 500 Menschen gedacht war. Soweit zum Vorspiel.

Wie es dann wirklich zuging, lässt sich nur in der Sprache des Infotainment ausdrücken. Ich fand mich unvermittelt in einer riesigen Inszenierung auf dem Stand von MTV-Kultur mit Videoclips, Werbung, Lichtreflexen und Musiktumult. Sternschnuppen fielen vom Himmel, sentimental musikalisch untermalt, Clips dröhnten rhythmisch aufpeitschend, Jungen und Mädchen sagten etwas Abgerissenes zu Comics, zweimal erkannte ich eine verlorene Mädchenstimme zusammenhanglos Halbsätze aus dem Buch lesend, dann wieder ›Lebensfreude‹, wie die Medienkultur sie vorstellt. Angekündigt als eine, die »auch« ein Buch über Sternschnuppen geschrieben habe, und dringlich ermahnt, keine Sekunde länger als 15 Minuten zu verbrauchen, schließlich sollten viele zu Wort kommen, löste ich mich zur Gänze von allen Vorbereitungen und sprach direkt zu den Menschen. Leider konnte ich sie dabei nicht sehen, weil sie im Dunklen saßen und ich im Licht stand. Dröhnend setzte wieder Musik ein, keine Zeit zum Nachdenken. Jetzt wurden die Jugendlichen eingeführt. Vier sympathische 17-jährige Gymnasiasten beiderlei Geschlechts, die ihre Karriere klar vor Augen hatten, zukunftsicher. Ich hatte davon gesprochen, dass sich unter den 500 ihre Zukunft Schreibenden einige fanden, die das Leben schon aufgegeben hatten, bevor es begann, – ein Befund, den ich nicht in unserer Gegenwart vermutet hatte, nur aus der Zeit des Faschismus erinnerte. Der Moderator fragt launig den ersten Schüler, ob auch er, wie ich von den anderen behauptet hätte, verzweifelt sei. Überraschend antwortet dieser mit ja, schiebt aber sogleich nach, dass eben jeder Probleme habe und die dann aber lösen könne. Dieser Punkt ist glücklich abgehakt.

Noch ein zweites Mal taucht irrlichternd eine Beobachtung aus meinen Thesen auf. Ich hatte davon berichtet, dass kaum Protest, kaum Widerstand, keine Auseinandersetzung mit der Elterngeneration zu spüren sei. So fragt der Moderator die Schülerinnen und Schüler, ob sie sich auch als angepasst empfänden. Zu weiterem Erstaunen bejahten das alle mehr oder minder, weil man sich schon in die Ordnung fügen müsse, um voranzukommen, etwas leisten müsse, um Karriere zu machen. Solche Äußerungen werden ebenso wenig aufgenommen und weitergeführt, wie meine Thesen. Das Ganze folgt nämlich keineswegs dem Entwurf, Menschen zum Nachdenken, zum Sich-Sammeln, zur Selbstorientierung zu ermutigen, ganz im Gegenteil ist größtmögliche Zerstreuung angesagt. Kein Element, auch keines, das die übrigen Statisten auf der Bühne äußern, wird aufgenommen, verbunden, weitergetragen. Da berichtet ein Lehrer aus einer Schule, in der diejenigen gesammelt werden, die sonst keine Chance haben, daneben einer, der die Kinder aus der Verantwortung für ihre Eltern entlassen möchte, eine

Abgeordnete der Grünen darf kontrafaktisch sagen, dass die Professoren die höchsten Gehälter bekommen, die Erzieher die kleinsten – es stört niemanden –, die Zuhörenden sind jetzt, durch Musikeinlagen eingestimmt, zum applaudierenden Publikum herabgesetzt. Schon Sätze wie der, dass auch Jungen im Haushalt helfen sollten, werden mit Beifall aufgenommen, die Probleme sind ins Unwesentliche zerredet, bevor sie wirklich zur Wahrnehmung gelangten. Bohrend will der Entertainer, wie er es in den Fernsehshows gesehen hat, die Jugendlichen auf Familie und Kinder festlegen – was für die Jungen leichter ist als für die Mädchen, ja, ausgeschlossen für eine Schülerin, die sich als lesbisch outet, auch kein Anknüpfungspunkt für eine Diskussion, die u.a. neue Lebensformen bedenken wollte.

Aber Nachdenken war, wie gesagt, überhaupt nicht im Plan. Alle Akteurinnen und Akteure auf der Bühne, schön quotiert nach Geschlecht, sind zu Wortlangern für ein Stück herabgewürdigt, das keinen eigenen Zusammenhalt und keinen Sinn hat, sondern eben »entertainen« will. Immer wieder bekommt jemand das Mikrophon vor den Mund und darf auch Stimme sein im Stück ohne Inhalt, wie wir es von den TV-Shows gewöhnt sind, in denen die Passanten wahllos gefragt werden, ob sie irgendetwas gut oder schlecht finden. Konsumdemokratie. Ich selbst sitze gar nicht mehr auf der Bühne, sondern, als Einwegflasche nach Gebrauch weggeworfen, mit meinem grotesk riesigen Namensschild vergessen in der ersten Reihe, unter den anderen, die teils Zeitung lesen, teils weggehen. Neue kommen – es spielt auch keine Rolle, weil man kommen und gehen, sich wie beim Shoppen berieseln lassen, auch etwas mitnehmen kann, wie man gerade will. Aus früheren Kirchentagszeiten gibt es noch »Anwälte des Publikums«, die schriftliche Wortmeldungen sammeln und bündeln. In dieser Anordnung verwandeln sich auch sie in bloße Ornamente einer Häppchenkultur, in der die Hauptattraktion die Band ist, die alle Gedanken im Keim erstickt, wenigstens live. Warum gehe ich nicht längst und versuche, einen früheren Zug zu erreichen? Ich begreife zu langsam, dass dies wirklich alles gewesen sein soll, dass ich nicht mehr vorgesehen bin, nicht zu einer Antwort, weil ja auch gar keine Fragen entwickelt und gestellt wurden. Denn dies hätte ja noch lernen, hätte Aufklärung bedeutet. Ein Kabarettist tritt auf. Ich verstehe, dass es zu Ende ist, gehe unbemerkt und jetzt schon ohne Erstaunen zum Tisch voller Bücher und ohne Menschen, tröste trostlos den Menschen, der all die Pakete herangeschleppt, seine Stunden vergeudet hat und ausrechnet, ob die sechs Bücher, die er verkauft hat, die Portokosten abdecken. Ich versuche, meine Gefühle zu ordnen, suche einen Begriff, der all dies verarbeitet: Ich fühle mich missbraucht. Ich merke, dass mein und vieler anderer politisch-ethisches Projekt dort mit Füßen getreten und in die Sinnlosigkeit geführt wurde. Missbraucht war so nicht nur ich, die ich einen Tag und viel Kraft verloren hatte, die anderswo gebraucht wurden, missbraucht waren alle diese Menschen, die zu Statisten der Zerstreuung gemacht wurden, auch die Gymnasiasten auf der Bühne, die nicht wirklich zu Wort kamen und sich unversehens als Verpackung für herumirrende Jugend fehlverwendet fanden, missbraucht auch die Zuhörenden, die tatsächlich in riesiger Zahl gekommen waren. Missbraucht war die Hoffnung, einen sinnhaften Zusammenhalt zu fördern.

Frigga Haug

Karen Ruoff

Das Enron-Ranking-Paradigma

Kino verschleiert, Kino entblößt. In Alex Gibneys *The Smartest Guys in the Room* (2005), einer Tatsachenreportage als Realgroteske, übertrifft sich der Dokumentarfilm als Alpträumfabrik. Wieder einmal das längst zur Gewohnheit gewordene und doch noch immer unheimliche Gefühl, dass die Wirklichkeit die Parodie um Längen schlägt. In baff-bis-bitteren O-Tonkommentaren versuchen Beteiligte wie Betroffene, die Taten und Haltungen der Manager dieses einst siebtgrößten börsennotierten Unternehmens der USA, das sie in die skandalträchtigste Firmenpleite der amerikanischen Geschichte führten, adäquat zu beschreiben. Worte wie Habsucht, Arroganz, Dreistigkeit, Zynismus, Heuchelei, Machismo, Wirklichkeitsverlust sind, wenn es um die Haltung von »Kenny Boy« Lay (der *Markt!*schreier par excellence), Jeff Skilling und Konsorten geht, keinesfalls fehl am Platz, aber auch nicht annähernd in der Lage, das Phänomen Enron auf den Punkt zu bringen. Die Hervorhebung moralischer Verfehlungen und psychologischer Labilität lenkt von der Alltäglichkeit der fraglichen Betriebs- und Finanzpraktiken ab, die den Fall Enron wie auch Enrons schließlichen Fall kennzeichnen.

Vor zwanzig Jahren noch Erdgaslieferant, der Rohstoff über *pipelines* hin und her beförderte, hob sich Enron immer weiter ab von dem »gas in, gas out«-Geschäft und wurde eine Art Börse, ein *trading room* zunächst für Erdgas, dann für Breitbandkapazität und Strom, und gegen Ende sprach Generaldirektor Skilling – ob ironisch oder nicht, war im O-Ton-Kommentar nicht zu erkennen – sogar davon, bald mit Wetter zu handeln. Zu den neuen *instruments* und zum abstrakt-spekulativen Rohstoffhandel kamen legal-spekulative Buchhaltungspraktiken hinzu. Für die nichtprofessionellen Anleger – das schließt fast alle ein, deren Betriebsrenten in der Form einkommenssteuerneutraler »401Ks« in Fonds, Aktien u.ä. angespart werden, in anderen Worten: die arbeitende Bevölkerung der USA – gibt es kaum noch einen Unterschied zwischen Bank- und Spielbankgeschäften. Enron präsentierte getürkte Quartalsergebnisse, um den Aktienpreis immer höher zu treiben. Die mit der Prüfung der Finanzen beauftragte und inzwischen abgewickelte Firma Arthur Anderson, die bis zum Enronskandal als Inbegriff der Integrität galt, bestätigte jedesmal den Erfolg und kassierte dafür im Durchschnitt tagtäglich eine Million Dollar. Die Beraterfirma McKinsey & Co., seit 1987 für Enron tätig mit Verträgen, die sie von jeglicher Haftung enthoben, lobte Enron noch im Jahre 2000 als »eines der innovativsten Unternehmen der Welt, indem es die traditionellen industriellen Strukturen angreift und atomisiert«¹. Wohl wahr.

1 Rügemer, Werner, *Der Mythos der ökonomischen Effizienz. Wie McKinsey, Price Waterhouse Coopers und die globale Beraterbranche den Staat privatisieren*, <http://www.memo-unibremen.de/docs/m7704.pdf>.

Nicht alle Praktiken, die den trügerischen Erfolg von Enron ermöglichten, waren illegal (z.B. *mark to market accounting* – ich komme darauf zurück). Nicht alle kollaborierenden Partner und Banken kollabierten wie die Wirtschaftsprüfer von Arthur Anderson; nicht alle Topmanager, die sich bei Enron bedienten, landeten im Gefängnis. Die Verflechtungen, die Interessenkonflikte, die Gemengelage zwischen Berichterstattung und Marktmanipulation bilden einen unentwirrbaren Knoten, und wer sich mit der Materie beschäftigt, kommt fürs Erste kaum darum herum zu fragen, inwiefern Aufstieg und Fall der Firma Enron auf verschwörungskriminelle Abartigkeit zurückgehen, bis ihm aufgeht, dass diese Frage von der Sache wegführt.

Zum Kern führt eher die schillernde Oberfläche in Gestalt der verfilmten Selbstdarstellung der *corporate culture*, die *the smartest guys in the room* pflegten. Der Blick, den der Film ermöglicht, ist einer von innen. Die Interviews mit Enronmitarbeitern und Börsenspezialisten wurden nicht mit der Schlitzohrigkeit eines Michael Moore erschlichen und bedurften keiner Verfremdung. Dies ist ein Film von und mit Eingeweihten. Es überrascht nicht, noch macht es viel aus, dass er mit dem sehnsuchtsvollen Seufzer endet, Schade um den schönen Traum, und seinen Gegenstand nur halb versteht.

Die dargestellten Praktiken sind nicht deswegen erschreckend, weil sie abartig sind, sondern weil sie es eben *nicht* sind: sie sind symptomatisch und *un*-verschämt im Wortsinn, dass die Akteure sich ihrer nicht schämen. Gezeigt wird z.B. eine von Enronmitarbeitern selbst gedrehte Filmparodie, in der sich Enrons Generaldirektor (sich selbst darstellend) über den positiven Bescheid der Aufsichtsbehörde lustig macht, die Firma dürfe *mark-to-market accounting* anwenden, das heißt, künftig erwartete Profite heute schon ins Haben zu verbuchen. Sich selbst parodierend, greift er dabei absurd hohe Wertsummen aus der Luft und sagt, die nächste Stufe nach *mark-to-market* wäre *HFV*, die Verbuchung von *hypothetical future value*, was schier grenzenlose Profite ermöglichen würde. (Strukturell wurde diese höhere Stufe der Fantasiebuchführung realisiert). Ein anderes Filmstück zeigt, wie vor einer jubelnden Betriebsversammlung zum Kauf von Enronaktien ermuntert wird von Führungskräften, die, wissend um die drohende Pleite, schon dabei sind, ihre eigenen Anteile zu veräußern.

Dann taucht ein übersattes Milchgesicht auf. Noch ein unbeschriebenes Blatt, doch schon nach Vorteil gierend, schaut es in die Kamera des Dokumentarteams. Es lächelt nicht, es lechzt. Allzu lange kann es nicht her sein, als dieses Gesicht in die Kamera eines Abiturfeierfotografen grinste. Dann ging sein Träger den Selbstbeförderungsweg eines erfolgreichen Enronyuppies. Mal nervös-defensiv, mal heiter gereizt, als handle es sich um Possen, beschreibt er die Betriebspraxis, die das Wort »Team« verhöhnt: »wenn ich mein Gehalt dadurch verdoppeln kann, dass ich meinen Kollegen auf die Gurgel trete, dann trete ich eben.« Hier wurde über wechselseitige Begutachtung und jährliches Ranking die universalisierte Konkurrenz zur Konsequenz getrieben: Die am schlechtesten abschneidenden zehn bis fünfzehn Prozent flogen raus, den Bestplatzierten hingegen flossen atemberaubende Bonusse zu. Für Jeff Skilling, zu dessen Lieblingslektüren *Das egoistische Gen* zählte, war dies der wichtigste Zug der Enron-Konzernkultur, ein sozialdarwinistisch grundierter Kampf ums Dasein zwischen Heuchelei und Halali, bei dem er und seine *cronies* übers *survival of the fittest* entscheiden konnten. Ganze

Wochenenden vergingen über dem Gerangel, bei dem Abteilungsleiter darum kämpften, wer an der Spitze landen würde. Doch nicht die »Fittesten« landeten dort, sondern die opportunistisch Wendigsten. Und die derart praktizierte Auslese dürfte eine derjenigen Praktiken gewesen sein, die verhinderten, dass die Warnleuchten angingen, die die Selbsterstörung der Firma hätten verhindern können.

Es geht bei alledem nicht nur um die legalen wie illegalen Börsen- und Finanzpraktiken, die zu Enrons Scheitern (kaum zu unterscheiden von Enrons »Erfolg«) führten, oder die *new financial instruments* – z.B. die *special purpose vehicles* genannten Briefkastenfirmen, über die Verluste in Gewinne verwandelt wurden und der Durchblick der ohnehin mit immer weniger Befugnissen ausgestatteten Aufsichtsbehörden in die Irre geführt wurde, während die Wirtschaftskommentatoren die Börsenstimmung hochtrieben wie Ecstasy ein *rave*, zu schweigen von der massiven Einflussnahme auf und durch die Politik, etwa auf die Wahl des US-Präsidenten und die Gegengaben des Gewählten.

Das Umfeld, in dem der Enronschwindel gedeihen konnte, charakterisiert sich vollends durch zwei Begebenheiten im Anschluss. »Die Frauen von Enron« – einige dreihundert, von denen die meisten ihren Job verloren hatten –, bewarben sich, als der *Playboy* die Absicht bekannt gab, einige von ihnen auszuwählen und nackt posieren zu lassen. Aus den Fotoaufnahmen wurde ein Video gemacht. Dass sie ihren Job verloren hatten, verblasste für sie neben der Aussicht, eine *Playboy*-Berühmtheit zu werden. Das Magazin *Playgirl* kündigte daraufhin an, eine Nummer über die Männer von Enron herauszubringen. Der Enronskandal spielt übrigens keine Rolle in jenem Video, das die Nacktaufnahme einer (noch für Enron arbeitenden) Frau vor dem phallischen Silberturm der Firma zeigt.

Der Fall Enron und Enrons Fall signalisieren eklatante Missstände in der US-Wirtschaft – aber nicht nur dort. Alles Finanzkapital ist mit von der Partie. Die IKB-Bank zum Beispiel, deren Zahlungsschwierigkeiten im Sommer 2007 etliche deutsche Großbanken (insbesondere die Staatsbank KfW) zu außergewöhnlichen Stützungsmaßnahmen zwangen, hat ebenfalls mit *special instruments* gearbeitet, etwa einem Ableger mit dem schönen Namen »Rhineland«, der mit 500 Dollar Eigenkapital Milliardenengeschäfte mit fragwürdigen US-Hypotheken tätigte – ohne dass die Bilanzen der Bank dies ausgewiesen hätten.² Die Sachsen LB bezahlte mit ihrer Selbständigkeit, dass sie eine irische Tochterfirma unterhalten hatte, die bereits 2003 »außerbilanzielle Portfolien im Umfang von 30,7 Milliarden Euro« hielt.³ Inzwischen erstreckt sich das Risiko auf deutsche Pensionskassen, die Anteile an diesen »vermeintlich sicheren Fonds« gekauft haben. Schon Marx hat im Vorwort zum *Kapital* die Deutschen vor Selbstgerechtigkeit gewarnt: »Sollte jedoch der deutsche Leser pharisäisch die Achseln zucken [...] oder sich optimistisch dabei beruhigen, dass in Deutschland die Sachen noch lange nicht so schlimm stehn, so muss ich ihm zurufen: De te fabula narratur!«

2 *Focus* 32, 6.8.2007, 3.

3 *Der Spiegel* 35, 27.8.2007, 60-3.

Susanne Draheim und Tilman Reitz

Streit der Exzellenzen

Die konservative Kritik des deutschen Bologna-Prozesses

Die nach allgemeiner Einschätzung größte Hochschulreform seit Jahrzehnten hat in Deutschland kaum genuin politische Reaktionen in Form praktischen Widerstands provoziert. Sie hat vielmehr – sozusagen standesgemäß – eine Flut gelehrter Kritik in Tageszeitungen und Periodika ausgelöst, führend darin die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) und das Wissenschaftler-Berufsorgan *Forschung & Lehre* (F&L). Die Stellungnahmen richteten sich an eine akademisch gebildete und praktisch am Bildungssystem interessierte Öffentlichkeit. Ihre Autoren arbeiten bzw. denken gewöhnlich geisteswissenschaftlich, ihr Stil und ihre Stoßrichtung sind zumeist konservativ.

Versucht man diese letzte Kennzeichnung näher zu fassen, sollte zunächst klar sein, dass damit weder vorrangig Christdemokratinnen noch alle Reformgegner gemeint sein können. Nicht aller Kritik geht es ja um die Erhaltung gewachsener Einrichtungen, Autoritäten und Rituale. Aber auch bei denjenigen, die das eine oder andere dieser Güter bewahren wollen, fällt die Zuordnung mal mehr und mal weniger deutlich aus. Eindeutig konservativ ist die Bekämpfung der Reformen, wenn sie im Namen eines traditionellen Universitätsmodells geschieht. Hier ist eine ganze Skala von Rückbezügen möglich: Politisch engagiert tritt die Referenz »vor 1968« auf, humaner und sachbezogener klingt der Wunsch »vor der Massenuniversität«. Seltener und weniger offensiv wird Begeisterung für die Geisteswissenschaften des 19. Jahrhunderts geäußert. Am beliebtesten und am wenigsten aussagekräftig ist die Option, gleich ganz zurück zur Berliner Universitätsgründung 1810 zu gehen – sie vermittelt immer auch Aufbruchgeist, wird für Amerika-kompatibel gehalten und erscheint dank der sehr allgemeinen Ideen Humboldts offen für nahezu jede Besetzung. Strukturelle Schwierigkeiten entstehen, wenn man die argumentativ-strategisch gewandteren Kritiker zuzuordnen versucht, die Bürokratie und politische Eingriffe als solche abweisen. Häufig mit Avantgardetheorien von Luhmann bis Derrida bewaffnet, betonen sie die prinzipielle Nicht-Planbarkeit von Innovation, Bildung und auch Kritik. Sie verteidigen damit sowohl individuelle Handlungsspielräume als auch die Autonomie des Wissenschaftssystems insgesamt, die durch die Reform der (Fremd-)Vergesellschaftung zum Opfer zu fallen drohe. Auf den ersten Blick ist oft nicht erkennbar, was ihre Positionen von solchen abhebt, deren Hauptziel nicht Bewahrung ist. Daher soll hier ein zweiter, genauerer Blick versucht werden.

1. Die grellsten Erfindungen sind Zitate – was können die Konservativen?

Das meiste, was wir an kritischen Argumenten und Informationen zur Hochschulreform haben, können wir aus der FAZ beziehen. Die Formen und Formeln des (schein)ökonomischen Imperialismus im Hochschulwesen werden hier ausgiebig analysiert, Erklärungen der Ministerien, der Reformbürokratien und der Bertelsmann-Stiftung umgehend zerlegt, relevante Forschungen und Statistiken prägnant aufbereitet; allenfalls vermisst man eine Gegenposition zu Studiengebühren – und vielleicht Argumente, die auf mehrfache Lektüre angelegt sind. In jedem Fall ist das Genre der FAZ-Reformanalysen auch für Geisteswissenschaftlerinnen und (seltener) Journalisten, die andernorts publizieren, stilprägend geworden.

Viele der fraglichen Texte nehmen durch Sprachkritik für sich ein. Wer der These anhängt, dass die Hochschulreform von der Naivität akademisch Ungebildeter und vom Ressentiment akademisch zu kurz Gekommener angetrieben wird, kann sich überall dort bestätigt fühlen, wo stilistisch begabte Professoren die Reformsprache mit elegant eingesetztem Bildungswissen konfrontieren. Eine der ersten, heute bereits eher harmlos wirkenden Proben aus dem »Wortschatz des Neu-Akademischen Effizienzlertums (NAE)« hat Wolfgang Kemp 2003 zusammengestellt: »Exzellenz, [...] Qualitätskultur oder Quality Culture, Implementierung, Kernkompetenzen, workload, Profilbildung, [...] Zielvereinbarungen, Modul(arisierung), Matrix, mission statement« (FAZ, 7.11.2003). Die meisten dieser Vokabeln sind inzwischen allen geläufig, die von der Reform erfasst werden, weitere kommen beständig hinzu. An der philosophischen Fakultät einer ostdeutschen Universität wurde 2004 eine »Steuergruppe« mit dem Ziel des »Verfahrensmonitorings« gebildet, auf deren »Kick-Off-Tagung« als wesentliche »Produkte« ein »Meilensteinplan« verabschiedet und ein »Mission Statement« angedacht wurden; inzwischen ist die Gruppe bei ihrer »1. BAMA-Marketingkonferenz« angelangt. Man kann sich hier kaum des Eindrucks erwehren, »dass der Jargon der gescheiterten New-Economy umstandslos auf die Geisteswissenschaften übertragen wird« (Thomas Assheuer, *Die Zeit*, 13.5.2004). Sieht man die Sätze, die aus solchen Bestandteilen gebildet werden, näher an oder überlässt sie dem Publikum zur Betrachtung, ergibt sich der kritische Effekt fast von selbst. Wenn es heißt: »Die Umsetzungsorientierung ist ein zentrales Merkmal des Futur-Prozesses«, fällt unmittelbar ins Auge, dass hier vor allem der »Orga-Newspeak« (Kemp, FAZ, 27.7.2005) die erwünschte Zukunft heraufbeschwört. Und wenn ein Mitgründer der Akkreditierungsagentur ACQUIN die Universität der Zukunft »als ein auf Grund iterativer, nichtlinearer Rückkopplungsstrukturen sich selbst organisierendes System mit dezentraler Selbststeuerung unter zentraler Koordination« bestimmt (zit. n. Kemp, FAZ, 7.11.2003), muss man die semantischen Brüche in der Beeindruckungsformel schon gar nicht mehr explizit angreifen. Man kann sich stattdessen auf Bildungsassoziationen zur »Qualitätssicherung« verlegen:

Der heilige Thomas übrigens, der glücklich sein darf, dass sich sein Nachname dann doch etwas anders schreibt als Acquin, [...] hatte sich oft gefragt, ob die Qualität ein selbständiges Sein besitzen könne und nicht »nur« eine zugrunde liegende Substanz bestimme. Nach

langem Ringen entschied er sich, dass das ›miraculo‹, wundersamer Weise möglich sein könnte. Dieses Wunder hat sich jetzt ereignet. Qualität hat die Seinsweise der platonischen Idee erreicht. (Ebd.)

Da die Reformen jedoch absehbar mehr hervorbringen als Wortschöpfungen und Sprachregelungen, tut es not, ihre Praxis zu prüfen. Ein Ergebnis hat die konservative Kritik ebenfalls vorbildlich auf den Punkt gebracht: leerlaufenden Aktionismus, sozusagen die organisatorisch geronnene Form der Innovationsphrasen. Prozesse dieser Art analysiert seit geraumer Zeit Jürgen Kaube, dem die FAZ ihre führende Rolle in der Reformkritik großenteils verdankt. Klassisch ist sein Artikel zur Erfindung neuer Studiengänge, die besonders gut dem Reformziel Berufsbefähigung entsprechen sollen: »Kulturwirt«, »Angewandte Geschichte«, »Gesellschaftskommunikation« (FAZ, 8.5.2004). Auch hier kann man beinahe beliebig weitere Beispiele finden: »Cultural Engineering« (FAZ, 19.9.2002) sowie »Anglistik und Medienmanagement« (Koblenz-Landau, akkreditiert 2002) sind zwei von vielen. Kaubes These zu diesen Neuschöpfungen findet sich bereits in der Über- und Unterüberschrift seines Artikels. Der allgemeine Appell lautet in etwa: »Ihr geht alle in die Medien!« Da dort aber höchstens ein Bruchteil der neu ausgebildeten Studierenden Lohn und Brot finden wird, muss man eher annehmen: »Die deutschen Universitäten basteln an Berufsattrappen« (ebd.). Was als »Kampf um eine nach Wirtschaftsgesichtspunkten gestaltete Universität« (ebd.) auftritt, ist in diesem Fall also eine ökonomistische Ideologie, die von wirtschaftlichen Problemen *ablenkt*. Kaube beschreibt das anhand der Broschüren für die neuen Studiengänge:

Wären sie nicht so offensichtlich verlogen, man müsste fürchten, Deutschland würde bald eine Nation von Pressesprechern, Programmheftschreibern und Tourismusberatern. Tatsächlich aber wird versucht, eine Generation zu betrügen. Man suggeriert Abiturienten, die offenbar für völlig orientierungslos gehalten werden, dass ein riesiger Arbeitsmarkt für Absolventen solcher Studien existiert. Die einzigen Stellen aber, die es wirklich gibt, gehören den Leuten, die hier so tun, als hätten sie neue Fächer und einen dazu passenden gesellschaftlichen Bedarf entdeckt. (Ebd.)

Vergleichbare Analysen hat Kaube zur Praxis des Rankings, des Peer-Reviews, der Exzellenz-Wettbewerbe und der Graduiertenschulen vorgelegt. Eine Einsicht, die er dabei verbreitet, teilt er mit zahlreichen Geisteswissenschaftlern: Gerade wo Innovation gefördert werden soll, indem ein künstlicher Markt hergestellt wird, konzentrieren sich die Anstrengungen auf das bereits Übliche, weil nur so Erfolg wahrscheinlich wird; die Bewilligung von Projektgeldern etwa wird in der Regel »Trends folgen, anstatt riskante Projekte zu begünstigen« (FAZ, 15.10.2006). Das Argument ist bereits aus dem auch in diesem Bereich weiter fortgeschrittenen England bekannt. Der Zwang, ständig neue Mittel einzuwerben, ruft nahezu automatisch Konformismus hervor – »ritualistic and short-term research, simply to bring in grants and improve ratings« (Parker/Jary 1995, zit. n. Schimank 2002, 11). Aus österreichischem Blickwinkel hat es kürzlich Konrad Paul Liessmann allgemein festgestellt: »Evaluationen, Bewertungen und Wettbewerbe werden nach relativ willkürlichen, aber vorher festgelegten Kriterien vorgenommen, sind also gerade

nicht geeignet, das Neue zu entdecken und zu fördern.« (F&L 1/2007, 29) Verbreitet ist auch der Zweifel, ob Anträge Resultate ersetzen können. »Früher schloss man von vergangener Forschung auf zukünftige, heute schließt man von Ankündigungen auf Erträge und bewilligt Mittel, deren Höhe dann wiederum in anderen Zusammenhängen als Qualitätsindikator verwendet wird.« (Kaube, FAZ, 15.10.2006) Auch Kemp hat sich in dieser Sparte geäußert; sein treffendster Beitrag besteht in einem Valéry-Zitat: »Sobald ein Vorhaben einer Kontrolle unterworfen ist, bleibt das tiefere Ziel dessen, der es verfolgt, nicht mehr das Vorhaben selbst, sondern es verlagert sich darauf, der Kontrolle vorzubeugen, die Kontrollmethoden zu unterlaufen.« (FAZ, 11.1.2006)

Allerdings kommen Kemp, Kaube und verwandte Autoren, solange sie nur den Aktionismus der Reformpraxis aufspießen, kaum über das gekonnte Zitieren von Programmen und Klassikern hinaus, das auch schon ihre Kritik der Reformsprache prägt. Eine wirkliche Analyse von Handlungszusammenhängen wird erst mit der Frage erreicht, was an den Reformen erklärbar und aussichtsreich ist, weshalb sie in dieser Weise angelegt sind und wie sie sich durchsetzen. Auch hier lässt sich eine Stärke der konservativen Kritik ausmachen: die Aufdeckung nicht öffentlichkeitsfähiger Ziele, die das Geschehen bestimmen, ohne direkt ausgesprochen zu werden. Der vermutlich ergiebigste Fall ist eng mit einer hochhoffiziellen Absicht verbunden – der Erhöhung der Akademikerquote. Über die Hälfte der US-Bevölkerung besucht irgendwann in ihrem Leben zumindest irgendein College, der Akademiker-Durchschnitt der OECD-Staaten liegt bei etwa 40 %, der deutsche (mit hohen Abbruchquoten) deutlich darunter, die Forderung, ihn zu erhöhen, ist bildungspolitischer Standard. Weniger häufig erfährt man, wie das ohne entsprechend erhöhte Hochschulausgaben geschehen soll oder für welche Tätigkeiten die vermehrten Absolventinnen geeignet sein werden. Die bekannte pragmatische Antwort heißt *Bachelor of Arts* oder *Sciences*, in sechs Semestern als »erster berufsqualifizierender Abschluss« zu erwerben. Schon lange »lässt man Studiengänge, die zu wenig oder nichts führen, gern überlaufen, um hohe Studierquoten vorzeigen zu können. Hinzugekommen ist der Zynismus jener Bildungspolitiker, die in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit einen sechssemestrigen Abschluss in Medienwissenschaft oder Germanistik »berufsqualifizierend« nennen.« (Kaube, FAS, 23.4.2006) Spielt man durch, wie das künftige Resultat aussehen könnte, lässt sich die Pointe noch zuspitzen:

Für den normal-europäischen Studenten mit Bachelor- oder Lizentiatsabschluss wird es nur noch in subalterne Funktionen reichen. Aus einem simplen Grund: Für höhere Aufgaben wird es ihm an Wissen und Kompetenzen fehlen. [...] Dass die Welt schöner und besser wird, nur weil die Gemüseabteilungen der Supermärkte von diplomierten Universitätsabsolventen gemanagt werden, glauben vermutlich nicht einmal die zuständigen Minister.« (Clemens Pornschlegel, SZ, 22.11.2004)

Andere verdeckte und bei Lichte betrachtet groteske Ziele, etwa schönere Arbeitslosenstatistiken durch Aufbewahrung potentieller Arbeitsloser in der Universität – eine einmal von Dahrendorf vorgeschlagene Strategie, die nunmehr Politologinnen bereits seit den 1970er Jahren realisiert sehen – werden zuweilen angedeutet, aber

selten wirklich belegt (vgl. Kaube, FAS, 23.4.2006). Allgemein stellt die konservative Kritik die Reformen so gründlich als absurd bloß, dass sie dann tatsächlich keine rationale Erklärung mehr findet. Was aufzudecken bleibt, sind enge Eigeninteressen, irrationale Antriebe und trügerische Ziele: die Sparinteressen der Politik, der Bildungshass der Reformbürokratie, die leere Attraktivität ökonomischer Sprachcodes und Gewinnaussichten, die Scheinzwänge der internationalen Rating- und Akademikerquotenkonkurrenz. Weitergehende Versuche sind selten. Norbert Bolz hat in der Reform immerhin eine geschichtliche »Vernünftigkeit« gesucht und sie darin gefunden, dass nun die akademische Ausbildung taylorisiert wird (F&L 1/2006, 1) – weshalb Taylor hier aber 100 Jahre zu spät kommt, wird nicht mehr geklärt. Daher bleibt als Zwischenergebnis eine Frage: Was die Konservativen zeigen können und was nicht, wird davon abhängen, was sie zu tun vorschlagen bzw. betont so lassen wollen, wie es ist.

2. Die Idee einer Insel – was wollen die Konservativen?

Ein Reformübel, das von ausnahmslos allen Kritikern in unterschiedlicher Stärke angeprangert wird, ist die nur schwach legitimierte Regelungs- und Planungsbegeisterung der deutschen Bildungspolitikern und -administratoren: »kein anderes Land hat die Vorgaben von Bologna mit solchem Übererfüllungseifer in die Tat umgesetzt« (Heike Schmoll, FAZ, 2.5.2006). Unter vagen Zielvorgaben – von Kemp die Reformakronyme weiterdenkend als »TEOTUAWKI [...]: The End of the University as we know it« bezeichnet (FAZ, 7.11.2003) – werde vehement in die Abläufe des Hochschulalltages, in Ziele, Inhalte und vor allem Bewertungsmaßstäbe von Forschung und Lehre eingegriffen. Das erscheint vielen nicht allein undurchdacht: »Nur weil Schnellstudien politisch verordnet werden, reduziert die Welt noch lange nicht ihre Komplexität« (Pornschlegel, SZ, 22.11.2004). Vielmehr bringe es die unbestrittenen Vorteile des humboldtschen Modells in Gefahr. Überall lauerten »Bildungsspitzen, denen der ergebnisoffene, vor allem freie Charakter von Forschung und Lehre ein Rätsel ist« (Schmoll, FAZ, 15.1.2005). Liessmann meint sogar, die Reformer hätten nur »einen wirklichen Feind: einen unabhängig forschenden Geist, der sich ihren Vorstellungen von strukturierter und kontrollierter Wissenschaft entzieht« (F&L, 1/2007, 28). Die antizipierten Auswirkungen dieser konzertierten politisch-bürokratischen Aktion werden in der Regel mit möglichst drastischen Vokabeln belegt, von »geistiger Selbstkolonialisierung« (ebd.) bis zu »McKinsey-Stalinismus« (Ulrich Beck).

Angesichts solcher Äußerungen scheint auf der Hand zu liegen, worum es der Kritik zu tun ist: der Abweisung von Einmischung durch die politische Klasse, die sich mit eigenen Ansprüchen an den privilegierten, mit der Gesellschaft nur lose gekoppelten Ort der Wissenschaft heranmacht und dabei erheblich ihre Kompetenzen überschreitet. Ein Bestandteil der Abwehr ist entsprechend professorale Interessenpolitik. Am klarsten vertritt sie die Journalistin Heike Schmoll, für die vor allem deshalb »Geist und Verfasstheit der Hochschulen« erschüttert sind und eine »Provinzialisierung der Universität« droht, weil »der deutsche Professor vom Herrn zum Knecht geworden«

ist (FAZ, 15.1.2005). Die Professoren selbst äußern sich an dieser Stelle diplomatischer. Dem Historiker Dieter Langewiesche kommt es vor allem darauf an, die freiheitlich-humboldtschen Restbestände universitätsgeschichtlich zu begründen. Allem voran sei »die Forschungsuniversität der Gegenwart [...] nicht nach einer Blaupause geschaffen worden«, sondern »aus einem vielschichtigen Suchprozess« hervorgegangen, »in dem unterschiedliche Hochschulmodelle miteinander konkurrierten [...] – ein schroffer Gegensatz also zu den Hoffnungen unserer planungsgläubigen Zeit« (FAZ, 23.6.2005). Auch innerhalb der konkurrierenden Institutionen wurden sozusagen selbstselektiv, »ohne den Zwang administrativer Gesamtplanung und Detailsteuerung«, Qualitätskriterien ermittelt: »Die Universität von damals präsentiert sich im Rückblick wie ein großes Laboratorium, in dem die Forscher als Individuen Neues erkundeten und ihre Ergebnisse zur Diskussion stellten. Und nur was sich darin durchsetzte, wurde in die Universität dauerhaft aufgenommen.« (ebd.) Wie erfunden auch immer diese Erzählung sein mag, sie stellt die heutige Reformrhetorik auf den Kopf und eignet sich daher als Muster, das der Komplexität des Feldes Herr zu werden verspricht. Keine politische Fremdsteuerung, mehr individuelle Freiheit, »weniger Wissenschaftsbetrieb, mehr Wissenschaft«, wie Albrecht Koschorke (2004, 156) es genannt hat. In seinem Beitrag zur Debatte fragt sich Koschorke sogar, ob die verregelte Hochschule nicht zur »Wissenschaftsvernichtung« tendiere. Er wirbt um Einfühlung in die Lehrenden, die zunehmend »vom Wissenschaftsbetrieb aufgeessen zu werden« (143) drohten: »Dem Enthusiasmus für die Sache, der noch gelegentlich durchbricht, steht die deprimierende Erfahrung im Weg, dass der Ruf auf eine Professur in aller Regel den Anfang vom Ende einer eigentlich wissenschaftlichen Lebensweise darstellt.« (143) Daher möchte Koschorke die Freiheit der lehrenden Forscher wieder auf eine sichere Grundlage stellen: »weniger top down, mehr bottom up« (156). Was so demokratisch klingt, wird allerdings bei Koschorke wie anderen nur selten mit den Nichtprofessorinnen an der Hochschule in Verbindung gebracht; bereits Empfehlungen für veränderte Arbeitsverhältnisse im Mittelbau findet man kaum, und wie die Studierenden in Bottom-Up-Verfahren einzubeziehen wären, ist völlig ausgeblendet – oder wird unter dem Stichwort ›Evaluation‹ als Bestandteil der Planungsplage abgewehrt.

Wo nicht die Hochschullehrer im Mittelpunkt stehen, geht es um die Autonomie der Wissenschaft als solcher oder auch als ›Lebensform‹. Das Demokratieproblem wird dabei allerdings nur verschoben. Denn weitgehend herrscht Einigkeit darüber, dass sich nur relativ kleine Zirkel bzw. Teile der Bevölkerung für eine Zeit ihres Lebens ausschließlich der Wissenschaft widmen können; beliebt ist der Zahlenvergleich von 4 % (um 1900) und 40 % Studierenden in einem Jahrgang (politisch geplant für möglichst bald). Jochen Hörisch, der die frühere Liebe zur Wissenschaft und ihrem Schoß, der Universität, feiert, stellt sich konsequent, wenn auch in resigniertem Ton auf eine Rückkehr zum erstgenannten Zustand ein:

Viele Indizien sprechen dafür, dass sich etwa für jeden zehnten Professor und für drei bis fünf Prozent der Jahrgänge im Studienalter wieder traditionelle Alma-Mater-Strukturen herausbilden werden. [...] Statt vierzig Prozent studieren dann ca. vier Prozent eines Jahrgangs »richtig«. Der Rest besucht Fachhoch- oder andere Hochschulen. (2006, 123)

Der Kommentar, der im Anschluss an dieses Szenario verweigert wird, findet sich im Satz davor: »Eliten sind überschaubar, sonst wären sie keine.« (Ebd.)

Auch Kaube ist an Eliten interessiert, nimmt jedoch gerade deshalb nur selektiv Rücksicht auf akademische Privilegien. Für ihn braucht nicht die Universität, sondern Deutschland insgesamt dringend ein tragfähiges Konzept der Elitenbildung. Während das Wissenschaftssystem sich engstirnig auf die Reproduktion des eigenen Nachwuchses konzentriert hat – und darin durch politisch initiierte Projekte wie die Exzellenzinitiative noch bestärkt wird – käme es für ihn darauf an, sich der Bildung jener verantwortungsbereiten jungen Menschen zu widmen, die die Führungspositionen von morgen einnehmen werden: »Wer in England, Frankreich oder den Vereinigten Staaten [...] von Elite spricht, denkt nicht zunächst an Wissenschaftler. Sondern an von Wissenschaftlern ausgebildete Nichtwissenschaftler.« (FAZ, 13.10.06) Kaubes gegen den deutschen Sonderweg gerichtetes Votum bringt es mit sich, dass er entschieden das hiesige Desinteresse der Lehrenden an der Lehre moniert:

[U]nverständliche Auftritte im Seminar, stumpfe Vorlesungen vom Blatt, unvorbereitete Gespräche mit Studenten, achtlose Themenvergabe bei Hausarbeiten und kommentarloses Hinnehmen dieser Arbeiten – das alles gehört, [...] zur Individualität des naturgemäß zerstreuten, an den Grenzen der Kommunikation und des Menschenverstandes arbeitenden Forschers. [...] Denn dass mit seiner Lehre alles stimmt, hält der Professor für eine Art natürlichen, durch seine Person garantierten Zustand. Als Forscher lässt man sich vergleichen, als Lehrer verbitet man sich das. (FAZ, 29.1.2007)¹

Neben den Hochschullehrenden wird auch die politische Klasse empfindlich getroffen. Sie verlängert den Zustand, zu dessen Opfern sie bereits selbst zählt. »Den deutschen Eliten fällt zur Universität nichts mehr ein. Man mag sich fragen, ob es daran liegt, wie sie einst die ihre erlebt haben.« (FAZ, 30.6.2006). Der schon lange – folgt man dem zitierten Satz: spätestens seit den 1960er Jahren – mangelnde Mut zur Elitenbildung schlägt sich mithin in einem nicht enden wollenden Achtungsverlust der Universität nieder. Medium des einen wie des anderen ist die Bildungspolitik, zumal dann, wenn sie »als Regionalpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik« betrieben wird (ebd.). Besonders die soziale Öffnung der Hochschulen (»das wahre 1968«) tritt in Kaubes Argumentation einzig als Ideologie der Gleichmacherei auf (»Allen alles« habe die »Devise« gelautet) – oder eben als Strategie, »die Arbeitslosenstatistik auf möglichst kostengünstige Art zu pflegen« (ebd.). Eben dies immer fadenscheinigere Versprechen von allgemein gehobenen Lebensverhältnissen sieht Kaube im Bologna-Prozess auf dem Zenit der Unverschämtheit angekommen. Der Gegner, den er und seine

1 Noch deutlicher ist die Professorenkritik bei Hörisch: »Für die Krise der Universität sind nicht nur die bösen Politiker, die knappen Finanzen, die Altachtundsechziger, die neuen Medien, der Niedergang der Gymnasialbildung, die oberflächlichen Studierenden [...], sondern auch und gerade Professoren verantwortlich. Nämlich die Professoren, die mit ihren bemerkenswerten Privilegien egoistisch, egozentrisch und wenig souverän umgegangen sind.« »Der springende Punkt, der solchen Impulsen an der Universität eine besonders destruktive Dynamik verleiht, ist [...], dass die beamteten und von der rituellen Kraft der Formel ›Freiheit von Forschung und Lehre‹ geschützten Professoren ihren vulgärpsychologischen Impulsen einigermaßen enthemmt und ohne Furcht vor größeren Sanktionen nachgehen können.« (2006, 75; 81)

Kolleginnen konstruieren, ist eine zum Teil naiv-sozialtechnische, zum Teil zynische Bildungs- und Wissenschaftspolitik, die »die zum Scheitern verurteilte Aufgabe erfüllen muss, die Massenbildung mit der Elitebildung zu vereinen« (Schmoll, FAZ, 15.1.2005). Die Kur könnte relativ einfach sein: ein Verzicht auf die »unsinnige ›Gleichheit der Lebensverhältnisse« (Kaube, FAZ, 30.6.2006).

Ob Kaube diese Lösung bevorzugen würde, ist nicht leicht aus seinen Texten herauszulesen. Neben Huldigungen für mutmaßlich große Geister wie Dieter Henrich, die sich ganz im Rahmen deutscher Gelehrtenideale bewegen (FAZ, 30.10.2006), steht die Bewunderung für soziale Elitenbildung in Harvard und Princeton, was jedoch wieder nicht ausschließt, auf den plutokratischen Bias des amerikanischen Hochschulsystems aufmerksam zu machen (»Die Besten sind uns reich genug«; FAS, 25.3.2007). Man kann den Eindruck gewinnen, Kaube komme es hauptsächlich auf den kritischen, um die Ecke denkenden und bildungsbürgerlich trainierten Habitus an, egal ob er gegen zu große oder ungleiche Zugangschancen, Schlendrian in der Lehre oder überregulierte Reformprogramme, Orchideenforschung oder geistlose Bildungsbürokraten zu Felde zieht.

Deutlicher ist das Bild, das sich ergibt, wenn man seine Impulse mit der Verteidigung akademischer Privilegien zusammenbringt: Im Namen der Forscherelite, der notwendig kleinen Bildungsgemeinschaft wie auch der sozialen Führungsschichten wird der Hochschulreform jeweils vor allem vorgeworfen, dass sie keine Bereiche zulässt, in denen die Besten ungestört und zum Segen aller ihre Potenziale entwickeln können. Wenn das aber die Stoßrichtung der konservativen Kritik ist, bleibt die Frage, ob ihre meist nur sporadisch entwickelten Wünsche wirklich auf eine Ablehnung der Reform hinauslaufen – oder nur auf Detailkorrekturen an deren Exzellenzprogramm.

3. Leuchttürme zur Orientierung – konservative Zustimmung

In neueren hochschulpolitischen Vorschlägen, die man von konservativer Seite liest, beginnt die Anti-Reformfront kaum merklich zu bröckeln. Da etwa beide Seiten auf das selbstverantwortliche Individuum setzen, bleibt es nicht aus, dass sich Begrifflichkeiten vermischen: »Die Hochschule der Zukunft muss Individualität, fachliche Kompetenz, Kreativität, Selbstbewusstsein und Verantwortlichkeit ihrer Absolventen fördern. Das gebietet eine realistische Einschätzung der wirtschaftlichen Lage ebenso wie die Verpflichtung auf Humboldt und Schiller.« Stünde über diesen Sätzen nicht der sprechende Name Heike Schmoll (FAZ, 15.1.2005), ließen sie sich auch für eine beliebige Werbebroschüre im Hochschulmarketing verwenden. Die Signalwörter des verinnerlichten Public-Private-Partnership – von »Kreativität« bis »Verantwortlichkeit« – und die lockere Assoziation von Geistesgeschichte mit Wirtschaftspolitik zählen jedenfalls zum festen Bestand der betreffenden Kampagnen.

Auch inhaltlich zeigen sich vermehrt Berührungspunkte. So sehen viele Reformkritiker die einzige Möglichkeit, dem staatlich verordneten Markt zu entgehen, im Ruf nach eben den privaten und semiprivaten Investoren, die auch von der Reformpolitik

umworben werden. Während Kaube die Hertie School of Governance noch in unvoreilhaftes Licht rückte, indem er die Vorträge bei ihrer Gründungsfeier analysierte (FAZ, 24.4.2004), scheint ihm die nach dem rettenden Spender neu benannte Jacobs University Bremen ein durch und durch vorbildliches Unternehmen (2.11.2006). Und Mirjam Schaub, die tapfer das massenhafte Interesse Studierender an Deutungswissen verteidigt – »Sie wollen nicht an einen Sinn glauben, solange sie nicht bei seiner Produktion dabei gewesen sind« –, sucht zugleich wie selbstverständlich die Nähe zu entsprechenden Sponsoren: »Es sind die privaten Stiftungen, welche die Lücken in der Grundausrüstung der Universitäten zu schließen, ein Leer- und Stumpfwerden des Denkens zu verhindern versuchen, etwa, indem sie [...] jungen Forschern als Dilthey- oder Schumpeter-Fellows eigenverantwortliches Arbeiten ermöglichen.« (FAZ, 19.6.2006) Da die privaten Förderer aber nicht selten doch mit dem Staat zusammenarbeiten – im Fall der Initiative ›Pro Geisteswissenschaft‹, der sich die *Dilthey-Fellowships* verdanken, mit dem BMBF –, bleibt nicht aus, dass man irgendwann auch die programmatische Ausrichtung der semistaatlichen Gelder begrüßt. Kürzlich wurde im FAZ-Feuilleton erstmals ein Projekt anwendungsorientierter Geisteswissenschaft gutgeheißen: Tilmann Lahme wünscht dem Göttinger Promotionskolleg ›Wertung und Kanon‹, das neben der Doktorwürde auch Praktika bei Verlagen vermittelt, dass es (nach Ausräumung einiger Mängel) »mit seiner Hinwendung zur Praxis in den Geisteswissenschaften Schule – Hochschule – macht« (FAZ, 24.5.2007).

Der eigentliche Berührungspunkt von Reformerrinnen und Konservativen liegt aber, wie angedeutet dort, wo die Elite vermutet wird. Er tritt selten vollständig ans Licht. Denn zum einen entzweien verschiedene Vorstellungen davon, wer zu den Erwählten gehören und was von diesen verlangt werden soll, nicht nur die Konservativen untereinander: Wo SPD-Politikerinnen die »deutsche Elite-Universität der Zukunft« anvisieren, kann Kaube nur Züge »einer riesigen Fachhochschule mit angegliederten Spitzenforschungsinstituten« erkennen (FAZ, 13.6.2004). Zum anderen lassen die Kritiker anders als die Reformorientierten auffällig offen, wie mit den Nichteliten umzugehen wäre. Die meisten Wege sind ohnehin verstellt: Man will an den Hochschulen keine verkürzte, standardisierte Massenausbildung für echte oder imaginäre Berufsfelder, aber auch keine massenhafte Beschäftigung mit Gegenständen, für die nur wenige einen Sinn haben; man will zumeist die Einheit von Forschung und Lehre erhalten, aber forschenden Geistern die neuen pragmatischen Studierenden und diesen didaktikfeindliche Lehrende ersparen; man will die traditionellen Stärken des deutschen Hochschulsystems retten, aber nicht länger an der Gleichheit von Standorten hängen. Unter diesen Bedingungen können Zukunftsvorstellungen kaum direkt artikuliert werden. Stattdessen erscheinen sie bevorzugt als resignative Einsicht in den notwendigen Gang der Dinge. Dem oben angeführten Szenario Hörischs lassen sich viele ähnliche zur Seite stellen; den *common sense* bringt Schmoll auf den Punkt:

Es wird künftig nur noch eine sehr kleine Zahl international konkurrenzfähiger Hochschulen geben, dann einige Hochschulen mit einzelnen herausragenden Forschungszentren und schließlich eine Masse von Ausbildungsanstalten mit regionaler Bedeutung. Welche

Hochschulen dann die vom Bologna-Prozess diktierte Aufgabe zu leisten haben, Tausende von Studenten zumindest zu einem Bachelor-Abschluss zu führen, liegt auf der Hand. (FAZ, 16.10.2006)

Die Entwicklung bereitet Schmoll erkennbar Unbehagen; sie meint sogar, dass »Elitenförderung [...] auf diese Weise nicht zu schaffen« ist – »denn sie beginnt in der Breite und am Anfang einer Bildungsbiographie« (ebd.). Doch ob man nun Rangunterschiede zwischen den Universitäten einführt oder direkt die Studierendentausende reduziert, dürfte für die Breite des Elitenreservoirs keinen großen Unterschied machen. Und zur Versorgung der hier erneut abgeblendeten Vielen, die weder früh noch spät in ihrer Bildungsbiographie kooptiert werden, bleiben wohl nur zwei Alternativen: ein collegeartiges Vorstudium oder eine nichtuniversitäre Berufsausbildung.

Wie man zwischen beiden Lösungen lavieren kann, führt Langewiesche vor. Auf der einen Seite sieht er gerade im »forschenden Lernen« eine Bedingung dafür, dass sich die »Absolventen neue Berufsfelder erschließen«; daher sei die »verbreitete Klage, dass die so genannte Massenuniversität die Einheit von Forschung und Lehre auflöse, [...] für die Geisteswissenschaften falsch« (2004, 46). Hier greifen allerdings die bekannten numerischen Einwände. »Die der Universität zugemuteten Studentenzahlen lassen die Idee eines ›forschenden Lernens‹ in den meisten Fächern als Witz erscheinen.« (Kaube, FAZ, 21.1.2005) Zum anderen empfiehlt Langewiesche aber auch, die universitären Fächer wieder stärker in angewandte und Grundlagendisziplinen zu unterteilen, wobei er sich erstere – angelehnt an Mittelstraß – durchaus an Fachhoch- und anderen Spezialschulen vorstellen kann.² Selten zieht jemand aus der befürchteten »Verfachhochschulung der Universität« so klar die naheliegende Konsequenz wie Julian Nida-Rümelin: »Es muss umgehend der drastische Ausbau der Fachhochschulen einsetzen, [der] den Universitäten wieder Luft verschafft« (2006, 87f).

Weil diese Konsequenz und überhaupt die praktische Reflexion auf Nichteliten weitgehend vermieden wird, steht die konservative Kritik sozusagen laut protestierend direkt vor dem Kompromiss: Notfalls muss eben doch die Berufsausbildung *an* den Universitäten akzeptiert werden, wenn umgekehrt kleine Inseln gehobener Wissens- und Bildungspflege von Arbeitsmarktorientierung, Studienverkürzungen, Standardisierungen, Antragswesen und Kontrollen verschont bleiben. »Während die traditionellen Universitäten zu mehr oder weniger berufsqualifizierenden Ausbildungsgängen [...] heruntergewirtschaftet worden sind, rettet sich die halbierte humanistische Universitätsidee in die aus dem neoliberalen Geist des Wettbewerbs geborene Elitekonzeption.« (Liessmann 2006, 128)

2 Das eigentlich Problematische erscheint so in der Form eines selektiven Zitats: »Mittelstraß drückt sich nicht um die heikle Aufgabe, Fächer oder Fächergruppen zu nennen, die er als Kandidaten für die Verlagerung von der Universität zur Fachhochschule betrachtet: ›Bereiche der angewandten Naturwissenschaften, der angewandten Rechtswissenschaften und die nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe‹, außerdem sollten stärker als bisher ›betriebswirtschaftliche und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge‹ an Fachhochschulen verlagert werden, doch auch ›geisteswissenschaftliche Ausbildungsteile, die im wesentlichen Sprachausbildung und Ausbildung in Kulturtechniken sind‹. Hinzu käme ›manches Exotische‹, wie z.B. Touristik- oder Medienstudiengänge.« (Ebd.; die Zitate stammen aus Mittelstraß 1994, 18)

Dass dieser Kompromiss näher kommt, ist allein aufgrund der einflussreichen Positionen der Kritiker jenseits der Redaktionen nicht unwahrscheinlich. Sachlogisch liegt er nahe, weil ihre Elitenbegeisterung sich komplementär zu den Standardisierungen der offiziellen Reform verhält – diese können für das sorgen, was die Masse braucht, jene dafür, dass auch das Führungspersonal angemessen bedacht wird. Die verbleibenden Differenzen über die Praxis und Funktion der akademischen Eliten werden nicht verhindern, dass man ihnen erst einmal auf dieser Grundlage institutionelle Formen schafft. Im Übrigen sind die Meinungsverschiedenheiten weniger weitgehend und dramatisch, als es oft den Anschein hat. Über das Erfordernis, sich leistungsfähige und entsprechend unterstützte Naturwissenschaftlerinnen zu halten, besteht ohnehin kein Dissens. Und gestaltungsfreudige Konservative hätten inhaltlich Gründe genug, sich mit einem Umzug der Wissenschaft aus dem Elfenbeinturm in die Leuchttürme anzufreunden; schließlich schaffen diese per definitionem Orientierung. Solange die Kritik der Hochschulreform an ihren Dogmen festhält – der Fixierung auf die angeblich ›Besten‹, der Vorstellung, dass sich diese notwendig in irgendeinem Wettbewerb (und sei es der der historischen Selektion) durchsetzen, der Unabhängigkeit der Geschichts-, Gesellschafts- und Textwissenschaften von Politik –, kommt sie nicht über die düstere Aussicht auf eine Welt hinaus, die nur noch von Leuchttürmen erhellt wird. Auch wenn sie nicht immer wissen, was sie tun und schreiben: Eigentlich wollen alle Exzellenz.

Literatur

Hörisch, Jochen, *Die ungeliebte Universität. Rettet die Alma Mater!*, München 2006

Koschorke, Albrecht, »Wissenschaftsbetrieb als Wissenschaftsvernichtung. Einführung in die Paradoxologie des deutschen Hochschulwesens«, in: D. Kimmich u. A. Thumfart (Hg.), *Universität ohne Zukunft?*, Frankfurt/M 2004, 142-56

Langewiesche, Dieter, »Wieviel Geisteswissenschaften braucht die Universität?«, in: D. Kimmich u. A. Thumfart (Hg.), a.a.O., 2004, 36-51

Liessmann, Konrad Paul, *Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft*, Wien 2006

Mittelstraß, Jürgen, *Die unzeitgemäße Universität*, Frankfurt/M 1994

Nida-Rümelin, Julian, »Die Universität zwischen Humboldt und McKinsey. Perspektiven wissenschaftlicher Bildung«, in: U. Frost (Hg.), *Unternehmen Bildung. Die Frankfurter Einsprüche und kontroverse Positionen zur aktuellen Bildungsreform*, Paderborn 2006, 80-90

Schimank, Uwe, u. Förderinitiative des BMBF, *Science Policy Studies. Expertise zum Thema: Neue Steuerungssysteme an den Hochschulen*, unter Mitarbeit von Frank Meier, Abschlussbericht, 2002 (<http://www.fernuni-hagen.de/SOZ/weiteres/preprints.htm>, 10.04. 2005)

Larry Hanley

Akademische Lehre in den USA: Bildungstechnologie und Berufsidentität

Vorbemerkung der Redaktion – Larry Hanley gehört zu einer Gruppe von Wissenschaftlern in den USA, die ihre eigenen Arbeitsbedingungen als ›akademischen Kapitalismus‹ analysieren und kritisieren. In einem Vortrag¹ erläutert er diesen Begriff damit, dass »die Grenzen zwischen Universität und Markt in steigendem Maße durchlässiger werden« bzw. eine »institutionelle Gleichförmigkeit zwischen Universität und Markt« entsteht. Gemeint ist zum einen »die steigende Bedeutung marktförmiger Praktiken [...] und Ideologien innerhalb der akademischen Institutionen«, etwa der auch in Europa um sich greifenden Management-Techniken. Zum anderen geht es um die (u.a. durch sinkende staatliche Unterstützung nötig gewordene) Bemühung der Hochschulen, »Einkünfte aus ihren Kernaufgaben in Bildung, Forschung und Dienstleistung zu erzielen, die von der Produktion von Wissen bis zum Lehrbetrieb reicht«. Darunter fallen Studiengebühren ebenso wie die Produktion von Patenten oder Lizenzen – aus denen in den USA seit dem Bayh-Doll-Gesetz von 1980 auch Universitäten Einkünfte beziehen dürfen – und die Konkurrenz um private Sponsoren. Eine Auswirkung dieses Prozesses ist die Abwertung akademischen Wissens durch seine unmittelbare Kommerzialisierung: »So gibt es z.B. das *Hummer-Institut* der Universität Maine, das *Zentrum für Risikokapital* und *billige private Finanzierung* an der Universität Michigan und das *nationale Zentrum für interaktive Spiele* an der Universität von Missouri in Kansas City.« Gleichzeitig wird die akademische Lehre für die Studierenden zusehends kostspielig oder aufwändig (weil an die Konkurrenz um Stipendien gebunden), für die Lehrenden dagegen prekarisiert, rationalisiert und fremdbestimmt – zumindest im unteren Bereich der Hochschul-Hierarchie. Im vorliegenden Beitrag vertieft Hanley diesen Aspekt, indem er die Transformation akademischer Arbeitsverhältnisse auf die Möglichkeiten betriebswirtschaftlicher Rationalisierung durch computer- und netzbasierte Lerntechnologien bezieht.

Mein Thema sind Bildungstechnologie, akademische Berufsrollen und akademische Arbeit. Was wissen wir über jeden dieser Begriffe?

Über die akademische Arbeit lernen wir immer mehr, teilweise dank einer aufkommenden Generation graduerter Studierender und Teilzeit-Arbeiter. Wir wissen, dass sie fundamental umstrukturiert wird. Akademische Arbeit wird flüchtig: Teilzeitpersonal in der Lehre stellt jetzt 42 % oder mehr aller akademischen Arbeiter (Conley 2002, iii).

1 In deutscher Übersetzung publiziert unter: <http://www.sopos.org/aufsatz/449b38a98b0ad/1.phtml#u3>, 22.8.2007. Aus diesem Text stammen alle Zitate in der Vorbemerkung.

Job-Garantien wie *tenure-track*-Stellen (zur Professur führende Assistentenstellen) werden seltener: Im Laufe der 1990er Jahre erhielten in allen Typen von Einrichtungen »drei von vier neuen Mitgliedern im Lehrkörper Nicht-*tenure-track*-Stellen«; »nicht-regelmäßige« Stellen, einschließlich der Teilzeitstellen und der schnell wachsenden Gruppe befristeter Vollzeitstellen, wurden die Norm« (AAUP 2003, 2). Akademiker wurden in den Worten des Hochschulbildungsforschers Rhoades (1998) »verwaltete Fachleute« (*managed professionals*), die zunehmend einem dehnbaren »Management-Ermessen« (*managerial discretion*) unterworfen werden und Angestellten anderer großer, bürokratischer Organisationen ähneln.

Wir wissen theoretisch auch viel über akademische Berufsrollen. Viel von diesem erweiterten Wissen geht auf die Arbeit von Leuten wie Ernest Boyer (1997) und Eugene Rice (1996) und fachliches Eingreifen wie durch die *Commission on Professional Service of the Modern Language Association* (MLA) zurück. Diese Bemühungen sind aus einem neuen Realismus bezüglich akademischer Arbeit entstanden: Während Forschung weiterhin den (häufig idealisierten) Höhepunkt unserer Berufsidentität ausmacht, ist es eine einfache Tatsache, dass wir den größten Teil unserer Zeit mit Lehre verbringen. Insgesamt verwenden amerikanische Akademiker 56 % ihrer Arbeitszeit für die Lehre, und 15 % ihrer Zeit sind sie mit Forschungstätigkeiten beschäftigt. Die Arbeiten von Boyer und anderen (vgl. etwa den übertrieben betitelten und unterschätzten Bericht der MLA 1996) haben sich größtenteils darauf konzentriert, die Bedeutung und Position der Lehre innerhalb des traditionellen Triumvirats von Forschung, Lehre und Dienstleistung zu überdenken.

Über Bildungstechnologie wissen wir, denke ich, verhältnismäßig viel weniger. Sicher haben wir immer wieder von den Gefahren des Fernstudiums, von den Bedrohungen, die als »digitale Diplom-Mühlen« (Noble 2001) dargestellt werden, und den Kompliziertheiten geistigen Eigentums gehört; viele von uns haben auch Erfahrung mit lehrbezogenen E-Mail- und Veranstaltungs-Managementsystemen wie WebCT und Blackboard gesammelt. Aber obwohl wir die Allgegenwart und Dringlichkeit der Probleme anerkennen, die die Bildungstechnologie mit sich führt, wissen wir sehr wenig Systematisches oder Umfassendes darüber, wie und wo sie die Bedingungen der akademischen Arbeit und die Struktur akademischer Berufsrollen verändert. Ich wünschte, dass ich diese Schatten der Ignoranz, des Aberglaubens und des Begehrens mit der Fackel der Vernunft und des Wissens vertreiben könnte. Das kann ich aber nicht.

Stattdessen will ich eine Art Epistemologie vorschlagen, eine Weise, Bildungstechnologie zu denken und zu verstehen, die darauf basiert, was wir über akademische Arbeit und Berufsrollen wissen. Nennen wir diese Epistemologie einen »institutionellen Realismus«, weil ich nicht denke, dass wir Bildungstechnologie begreifen können oder dass wir uns weiter über sie und innerhalb ihrer abmühen sollten, ohne zuerst auf die Realität der Institutionen zu schauen, die den Gebrauch, den Zweck und die Erfahrung von Technologie in der Hochschulbildung gestalten. Zentral für diesen Realismus ist das Prinzip der Hierarchie, namentlich die stratifizierte (und zunehmend mehr stratifizierte) institutionelle Landschaft der zeitgenössischen

Hochschulbildung. Nach einem knappen, faktenbetonten Überblick dazu, wie die Hierarchie akademische Arbeit und Berufsrollen strukturiert, werde ich mit einem ebenso knappen, ungunstigen Beispiel einer möglichen Kreuzung von Bildungstechnologie und Stratifizierung schließen.

Die Wurzeln der heutigen akademischen Stratifizierung liegen in der enormen Vergrößerung und Vermassung der amerikanischen Hochschulbildung in der Nachkriegszeit, ein Prozess, der sich in den 1970er Jahren noch einmal beschleunigte. Seit 1949 hat sich die Zahl von Einrichtungen höherer Bildung faktisch verdoppelt, wobei sich die öffentlicher zweijähriger Colleges mehr als verdreifacht hat (von 297 auf 1076). Die Einschreibungen sind von ungefähr sechs Millionen Studierenden im Jahr 1969 auf fast 15 Millionen im Jahr 2005 geklettert. Elf Millionen dieser Studierenden haben öffentliche Einrichtungen und 5,3 Millionen Colleges besucht, eine Zahl, die sich seit 1965 verfünffacht hat. Die Einschreibung an vierjährigen öffentlichen und privaten Universitäten hat sich im Laufe desselben Zeitraums relativ wenig geändert. Das größte Wachstum fand weiter unten statt – an den vierjährigen öffentlichen Gesamthochschulen und, am bedeutsamsten, in den zweijährigen Colleges. Seit 1970 hat sich die Zahl der amerikanischen Hochschullehrenden von ca. 474000 auf etwas mehr als eine Million verdoppelt. Die Lehrkörpergröße in zweijährigen Colleges hat sich im Lauf desselben Zeitraumes von 92000 auf 314000 mehr als verdreifacht (NCES 2004). Kurz gesagt: Das phänomenale Wachstum der amerikanischen Hochschulbildung im Laufe der letzten drei Jahrzehnte hat sich im unteren Sektor der institutionellen Hierarchie abgespielt; je zugänglicher eine Einrichtung, desto tiefer unten in der Hierarchie ist sie angesiedelt. Diese Erweiterung an der Basis spiegelt den Versuch, Massennachfrage nach Hochschulabschlüssen zu befriedigen und gleichzeitig Exklusivität und Status innerhalb des Systems zu bewahren.

Es gibt viele Arten, die Entfernung vom Boden bis zur Spitze der institutionellen Hierarchie zu messen. Zum Beispiel durch die Klientel: je weiter unten man in der Hierarchie nachsieht, desto älter, ärmer und weniger weiß werden die Studierenden. Durch das Gehalt: Das durchschnittliche Gehalt Lehrender betrug 1999 an privaten Forschungsuniversitäten 73 504 \$; an öffentlichen zweijährigen Colleges waren es 46000 \$. Durch das Arbeitspensum: 36 % von Lehrenden an öffentlichen Forschungsuniversitäten verbrachten im Herbst 1999 weniger als vier Stunden pro Woche im Unterricht; 57 % der Lehrenden in öffentlichen zweijährigen Colleges lehrten zu dieser Zeit 15 oder mehr Stunden pro Woche. Entsprechend unterrichtete man auf der einen Seite selten mehr als einen Grundstudiumskurs, auf der anderen oft fünf oder mehr davon. Durch die Verteilung von Tätigkeiten: Die Lehrenden an privaten Forschungsuniversitäten wendeten 41 % ihrer Arbeitszeit für Lehre und 29 % für Forschung auf; die Lehrenden an zweijährigen Colleges beschäftigten sich im Durchschnitt 72 % ihrer Zeit mit der Lehre und 4 % mit Forschung. Durch Arbeitsbedingungen: Nur 9 % der Teilzeitlehrenden (abgesehen von wissenschaftlichen Assistenten) unterrichten an öffentlichen Forschungsuniversitäten; 40,9 % der 437000 Teilzeitlehrenden in den amerikanischen Hochschulen unterrichten in zweijährigen Colleges (NCES 2004).

Während somit eine ausgesprochene Stratifizierung zwischen den Institutionen besteht, nimmt sie entlang der Linien von Fach und Lehrplan auch innerhalb der Institutionen zu. Die Gehälter sind z.B. in den Bereichen Gesundheit und Technik am höchsten (im Mittel 84801 \$ bzw. 70842 \$); Human- und Erziehungswissenschaftlerinnen verdienen deutlich weniger (53482 \$ bzw. 52945 \$). Diese Differenzierung bleibt bei allen Typen von Institutionen gleich. Im Allgemeinen bieten, wie Sheila Slaughter, Gary Rhoades und andere argumentiert haben, jene Felder und Fächer, die am nächsten an externen Märkten sind, höhere Gehälter und größere Mittel an.

Ein anderer Indikator der inneren Stratifizierung sind die Arbeitsbedingungen. 28 % der Teilzeitlehrenden unterrichten in den *humanities*, ungefähr dieselbe Anzahl in den Naturwissenschaften. In zwei Feldern innerhalb dieser Abteilungen, Englisch und Mathematik, sind sie hoch konzentriert. (Englisch ist für 62 % von Teilzeitangestellten in den *humanities* und Mathematik für 42 % von Teilzeitangestellten in den Naturwissenschaften verantwortlich.) Das ergibt Sinn, berücksichtigt man die Arten von Kursen, die normalerweise diesen Departments zugeteilt sind: Schreibtraining für Studienanfänger und grundlegende Mathematik. Aber dieser Arbeitsteilung im Lehrplan entspricht eine Arbeitsteilung innerhalb der Fächer und Felder. In Englisch z.B. ist es schwer, einen Vollzeit-Lehrenden im ersten Studienjahr zu finden. Innerhalb von Departments werden Kurse, die sich fachlichen Spezialinteressen widmen, höher geschätzt als solche, die mit einer institutionellen Pflicht oder Aufgabe assoziiert sind.

Die Zahlen können überwältigend sein. Aber welche Art von Schlussfolgerungen können wir aus ihnen ziehen? Ein übermäßiges Vertrauen auf befristet oder in Teilzeit Lehrende verbunden mit zurückgehenden Kohorten von Professorinnen und *tenure-track*-Assistenten schwächt, wie die *American Association of University Professors* (AAUP) vor einiger Zeit berichtet hat, tendenziell die Selbstverwaltung, beeinträchtigt die kollegiale Atmosphäre und die akademische Freiheit (AAUP 2003, 4). Je weiter man also in der Hierarchie nach unten gelangt, desto weniger Autonomie und Kontrolle über den Lehrplan sowie seine Arbeitsbedingungen hat der Lehrkörper. In kommunalen Colleges, die das höchste Ausmaß der Proletarisierung akademischer Arbeit repräsentieren, legt eine »niedrige Aussicht auf eine Festanstellung verbunden mit einem hohen Anteil von Teilzeitlehrenden« nahe, »dass die Administration sehr viel Flexibilität im Managen ihres Lehrkörpers hat« (NEA 1995, 1). Die Kontrolle der niedrigeren Stufen der akademischen Hierarchie wird stärker zentralisiert und verschiebt sich, wie Peter Blau es formuliert (1994, 13), von der Berufsautorität, die auf Expertenwissen basiert, hin zur Verwaltungsautorität, die auf der Position innerhalb einer bürokratischen Ordnung basiert. Eine Erhöhung der Verwaltungsautorität wird häufig durch gewerkschaftliche Organisation des Lehrkörpers beantwortet, und die Daten zeigen, dass die gewerkschaftliche Organisation der Fakultät sich erhöht, je weiter man in der institutionellen Hierarchie nach unten gelangt (Annunziato 1995).

Die sich verschiebende Konfiguration beruflicher Rollen innerhalb der akademischen Hierarchie trägt zu diesem Gefälle in Kontrolle und Autonomie bei. Da das Unterrichten die vorherrschende akademische Rolle wird, verschieben sich der

Schwerpunkt der Lehrkörper, die Loyalitäten und die Kulturen vom Fachlichen zum Institutionellen. Die Fakultätsmitglieder in forschungsorientierten Einrichtungen beziehen ihre Identitäten und ihre Autorität überwiegend aus der Partizipation in externen Peer- und Expertise-Gemeinschaften; die Lehrenden in Einrichtungen, wo das Unterrichten die Hauptarbeit ist, sind auf die interne Bestätigung durch Studierende und Manager angewiesen. Die hierarchische Verteilung akademischer Berufsrollen teilt also die Professorenschaft, um ein Begriffspaar von Alvin Gouldner zu entlehnen, in »Kosmopoliten« und »Ortsansässige«. An der Spitze der institutionellen Hierarchie steht der oberste Kosmopolit: der unternehmerische Professor – aktiv in seinem Fach, fähig, die Einzelheiten seines Arbeitspensums zu bestimmen und äußerst beweglich auf dem akademischen Arbeitsmarkt; am unteren Ende der Hierarchie befinden sich die Angestellten einer Einrichtung – minimal verbunden mit dem Fach, mit einem vom Büro des Institutsleiters oder Dekans ausgehängten Arbeitszeitplan und als »Geisel der Institution, in der sie arbeiten«, gehalten (Lewis 1996, 53). »Akademische Angestellte haben ihr primäres Publikum in den Studenten, denen sie dienen«, schreibt Burton Clark, »sie sind stärker dem Konsumismus unterworfen – und einem entsprechenden ›managerialism‹, der im Namen von Expansion, Leistungsfähigkeit, Kostenabbau und finanzieller Dringlichkeit auf Einschreibungen aus ist. Angestellte sind von Natur aus entbehrlicher als Gelehrte; die unbefristete Einstellung ist beseitigt oder ihre Sicherung reduziert. Sie werden eine sekundäre Arbeitskraft innerhalb des Berufs.« (1987, 185) Ist es angesichts dieser Differenzierung innerhalb der akademischen Belegschaft noch sinnvoll, von »Lehrkörper« (*faculty*) zu sprechen? Oder sollten wir von »Lehrkörpern« und »Professorenschaften« sprechen?

Wie könnten die institutionelle und die Arbeitshierarchie bestimmen, wie Bildungstechnologie angenommen, unterstützt und in amerikanischen Colleges und Universitäten verwendet wird? Lassen Sie mich ein Beispiel geben. Das *Pew Grant Program in Course Redesign* ist ein gefördertes, über mehrere Hochschulen verteiltes, mehrere Millionen Dollar schweres Projekt, um Technologie in Universitätskurse zu integrieren. Das Programm arbeitet mit zwei Aufträgen: Kosten einzusparen und das Lernen der Studierenden zu verbessern (<http://www.center.rpi.edu/PCR.htm>, 22.8.2007). Es ist ein kühner Versuch. Das Programm bezieht mittlere und niedrigstufige Einrichtungen wie das Rio Salada College, das Riverside Community College und die Portland State University ein, aber auch eine große Zahl von Universitäten der ersten Reihe, etwa Carnegie Mellon, die Universität Illinois in Urbana Champaign und die Penn State University. Wie auch immer jedoch der institutionelle Rahmen ist: Das Pew-Programm zielt auf die niedrigen Ebenen der akademischen Hierarchie, indem es sich auf einleitende Kurse wie Schreiben für Studienanfänger, elementare Statistik und allgemeine Chemie konzentriert.

Der Grundsatz hinter den Bemühungen ist, was Wirtschaftswissenschaftler »Substitution von Arbeit durch Kapital« nennen. Weil der teuerste Teil des Unterrichtes Personalkosten sind, hat das Pew-Projekt zum Ziel, teure Vollzeitlehrarbeit durch Software sowie, wo das nicht möglich ist, durch preiswertere graduierte Studierende

und Hilfsarbeit zu ersetzen, wie Carol Twigg, die Projektleiterin, geschrieben hat: »Unterrichtssoftware ist erforderlich, um weniger arbeitsintensive Modelle des Unterrichts und Lernens zu schaffen. Kostenkontrolle bedeutet, in Lehre und Lernprozess, wo möglich, das direkte, persönliche Eingreifen der Lehrenden zu reduzieren.« (1996) Bildungstechnologie ist für diese Umstrukturierung akademischer Arbeit wichtig, weil sie Arbeiter-Expertise in Software auslagert und Arbeiter-Kontrolle ins Management überführt. In klassischer ›Taylorisierungs‹-Manier wird das Unterrichten zuerst in getrennte Aufgaben zerteilt – oder »desaggregiert«: Prüfen und Bewertung, Drill von Grundfertigkeiten und Informationspräsentation. Diese Tätigkeiten werden dann durch Software – oder »learningware« – ersetzt, die automatisch Prüfungen benotet, Studienfortschritte kontrolliert, elektronisch Tutorien und Video- oder Multimediapräsentationen bereitstellt.

Das ›Entbündeln‹ von Lehrplänen und Lernprozessen ist eine glückliche Wirkung des grundsätzlicheren ›Entbündelns‹ der akademischen Arbeit. Nachdem Lehre in »IT-basierte Tätigkeiten« (Massy/Zemsky 1995) aufgespalten wurde, zerteilt die »Substitution von Arbeit durch Kapital« die traditionelle Lehrendenrolle in eine Reihe von getrennten »Lieferantenrollen«. Die akademisch Lehrenden werden zu »Inhalts-experten«, Kurs-Designer knobeln aus, wie Lehrveranstaltungen zu modularisieren und automatisieren sind, *learningware* übernimmt die »alltäglicheren« Lehrjobs des Benotens und der Bewertung. Andere »mögliche Ersetzungen« umfassen gemäß Twigg (2000) »befristete für unbefristete Stellen, assoziierte für Vollzeit-Lehrende, graduierte Lehrassistenten für verschiedene Aufgaben des Lehrkörpers, studentische Hilfslehrer für ausgebildete Lehrende oder Lehrassistenten und Arbeitspersonal für traditionelle akademische Rollen«. Wie in einem klassischen Industriemodell erlaubt diese Dissoziation des Arbeitsprozesses die »Trennung der Konzeption von der Ausführung« (Braverman 1974, 114). Mit der Aufteilung der Lehr-Ausführung auf so viele verschiedene Beteiligte gehen Kontrolle und Konzeption auf diejenigen über, die außerhalb des Prozesses und über ihm stehen, wie Twigg es beschreibt: »In der heutigen Kultur hängt die Verantwortung für den Inhalt vom Lehrkörper ab. Aber in der Hochschulbildung findet ein Wandel statt, da gewissermaßen zunehmend die Institution Inhalt kauft, den sie kontrollieren kann.« Man muss das nur ein wenig weiterdenken: Die Institution kauft Kontrolle und Autorität vom Lehrkörper.

Die akademische Hierarchie macht bestimmte Bereiche von Lehrkörper und Lehre angreifbar für die Form des industrialisierten Lernens, die durch das Pew-Programm projiziert ist. Umgekehrt bestimmt die Entscheidung, wo Bildungstechnologie in die akademische Hierarchie eingefügt wird, potenziell auch den Gebrauch und die Auswirkungen dieser Technologie. Vielleicht kommt es so, wie ein anderer Befürworter der »akademischen Produktivität« behauptet: »Indem man Fakultätsmitglieder von der Schufferei der Lehre befreit, erlaubt man ihnen, mehr von ihrer Zeit und Energie zur Anpassung der Lehrstrategie an die Bedürfnisse der Lernenden zu verwenden« (Massy 1997, 11). Was für den einen Gelehrten Schufferei ist, ist für den anderen Lehrenden ein Vergnügen. Aber welche »Freiheit« wird die akademischen Beschäftigten erwarten, für die Lehre ihre Hauptarbeit und Berufsrolle ist?

Es gibt natürlich progressivere und erfüllende Einsatzmöglichkeiten für die neue Bildungstechnologie, etwa das *Visible Knowledge Project* an der Georgetown University (<http://crossroads.georgetown.edu/vkp/>, 22.8.2007). Jedoch verlangt die Beurteilung ihrer Wirkung, wie ich glaube, dass wir uns jenseits von individuellen Lehrern, Unterrichtsmethoden, Klassen und Seminaren umsehen; wir müssen auch die curriculare und institutionelle Position der Bildungstechnologie reflektieren. Der nachhaltig progressive Gebrauch von neuen Medien und Technologien wird weniger von der Bereitwilligkeit und den Energien individueller Fakultätsmitglieder abhängen als von den Realitäten und dem Druck der akademischen Hierarchie.

Aus dem Amerikanischen von Kamil Uludag

Literatur

- AAUP = American Association of University Professors, *Contingent Appointments and the Academic Profession*, 2003, <http://www.aaup.org/AAUP/pubsres/policydocs/conting-stmt.htm>, 22.8.2007
- Annunziato, Frank, »Unionization Among College Faculty«, in: *National Center for the Study of Collective Bargaining in Higher Education and the Professions Newsletter* 23, Januar-Februar 1995, 1
- Blau, Peter, *The Organization of Academic Work*, New York 1994
- Boyer, Ernst, *Scholarship Reconsidered: Priorities of the Professoriate*, Washington/D.C. 1997
- Braverman, Harry, *Labor and Monopoly Capital*, New York 1974
- Clark, Burton R., *The Academic Life: Small Worlds, Different Worlds*, New York 1987
- Conley, Valerie Martin, u. David W. Leslie. »Part-time Instructional Staff: Who They Are, What They Do, and What They Think«, in: *Education Statistics Quarterly*, 4. Jg., 2002, H. 4, 2, http://nces.ed.gov/programs/quarterly/Vol_4/4_2/4-2.asp, 22.8.2007
- Lewis, Lionel, *Marginal Worth: Teaching and the Academic Labor Market*, New York 1996
- Massy, William, *Life on the wired campus: How information technology will shape institutional futures*, 1997, http://www.stanford.edu/group/ncpi/documents/pdfs/6-02_wiredcampus.pdf, 26.8.2007
- ders., u. Robert Zemsky, *Using Information Technology to Enhance Academic Productivity*, Educause 1995, <http://www.educause.edu/ir/library/html/nli0004.html>, 22.8.2007
- MLA = Modern Language Association, *Making Faculty Work Visible: The Report of the MLA Commission on Professional Service*, Washington/D.C. 1996, http://www.mla.org/rep_facultyvis, 22.8.2007
- NEA = National Education Association, *NEA Update*, 1995, H. 1, 1
- NCES = National Center for Education Statistics, *Digest of Education Statistics 2004*, Washington/D.C. 2004, http://nces.ed.gov/programs/digest/2004menu_tables.asp, 22.8.2007
- Noble, David, *Digital Diploma Mills: The Automation of Higher Education*, New York 2001
- Rhoades, Gary, *Managed Professionals: Unionized Faculty and Restructuring Academic Labor*, Albany/NY 1998
- Rice, Eugene, *Making a Place for the New American Scholar*, Washington/D.C. 1996
- Slaughter, Sheila, u. Larry Leslie, *Academic Capitalism: Politics, Policies, and the Entrepreneurial University*, Baltimore 1999
- Twigg, Carol, *Academic Productivity: The Case for Instructional Software*, Educause 1996, <http://www.educause.edu/ir/library/html/nli0002.html>, 22.8.2007
- ders., *Innovations in Online Learning*, National Center for Academic Transformation 2000, <http://www.center.rpi.edu/Monographs/Innovations.html>, 22.8.2007

Ulrich Ruschig

Simulierte Warenproduktion – ein akademischer Tanz ums goldene Kalb

Wissenschaftliche Arbeit und ihre Produkte sind konkret, konkret in einer Vielfalt und Spannweite wie zum Beispiel: ein Baudelaire-Gedicht zu verstehen oder die Energieterme im Wasserstoffatom ausrechnen zu können. Als konkrete Produktionen sind sie voneinander verschieden; es findet sich kein Abstraktionsverfahren, das aus solch verschiedenartiger Qualität ein gemeinsames Maß gewönne. Wissenschaftliche Arbeitsprodukte sind, weil Resultate einer gattungsgeschichtlich akkumulierten Arbeit, allgemein, gehören damit zunächst der Gattung an und sollten wahr sein. Aus dieser formalen gemeinsamen Gestalt kann jedoch kein Maßstab zur vergleichenden Beurteilung des Inhalts wissenschaftlicher Arbeit und damit keine Maßgröße hergeleitet werden, die sie steuern könnte – die etwa für das Baudelaire-Gedicht eine höhere Maßzahl ermittelte als für das Wasserstoff-Atom. Soweit die inhaltlich-gegenständliche Seite der Produkte wissenschaftlicher Arbeit betrachtet wird, nämlich die ›Gebrauchswertseite‹ von ästhetischer Erfahrung oder von naturwissenschaftlicher Erkenntnis, erweisen sich diese Produkte als miteinander inkommensurabel. Auf der Gebrauchswertseite entsteht auch kein Interesse, sie kommensurabel zu machen, im Gegenteil: Aus dem Kelche des Geisterreiches wissenschaftlicher Arbeit schäumt – frei nach Hegel bzw. Schiller – die Unendlichkeit menschlicher Produktivität (vgl. Hegel 1807/1980, 434). Dieser unendliche Erzeugungsprozess, maßlos, weil ohne quantitative und qualitative Beschränkung, erzeugt nicht aus sich heraus eine einheitliche und allgemeine Maßgröße, die ihn steuern könnte. Und da wissenschaftliche Arbeit es mit sich bringt, dass die der Möglichkeit nach in der Zukunft zu entdeckenden Resultate nicht schon in der Gegenwart als bestimmt identifizierbare vorhanden sind, was im synthetischen Charakter forschender Tätigkeit begründet liegt, ist auch eine Steuerung über Ziele nicht möglich.

Inkommensurables kommensurabel machen!

Die aktuelle Hochschulreform setzt ein paradoxes Unterfangen in Szene: wissenschaftliche Arbeit, die an den Universitäten doch stattfinden sollte (vom naturwissenschaftlichen Erkennen bis zur reflektierten ästhetischen Erfahrung) und die an sich inkommensurabel ist, wird kommensurabel *gemacht* – und damit funktionabel und austauschbar. Mechanismen werden installiert, die den Produkten wissenschaftlicher Arbeit über deren Gebrauchswert hinaus einen Wert implantieren, einen Wert, durch den prinzipiell Nicht-Kommensurables in Äquivalenzrelationen eingesetzt werden kann. Wodurch ist dieser installierte Wert bestimmt? Zunächst durch Wertschätzung. Nicht mehr zählt wissenschaftliche Arbeit als solche (= ihr Gehalt), sondern ihre (subjektive)

Wertschätzung durch andere (die ›anderen‹ sind sog. *peers*, die in Konkurrenz zu dem zu Bewertenden stehen), dokumentiert in anfangs qualitativ anmutenden Berichten – was fälschlich ›Evaluation‹ genannt wird. In Wahrheit handelt es sich nämlich nicht um die Aus- bzw. Bewertung eines schon vorhandenen ›Werts‹, sondern um eine Hineinwertung oder um die Übersetzung in ›Wert‹: *Invaluation*. So buchstabiert sich ›Reputation‹; eine solche wird so – auf Weisung des Staates – systematisch und zwangsweise *generiert*. Doch um zur Steuerung zu taugen, müssen diese (an der Oberfläche) qualitativen Berichte in quantitative Rankings übersetzt werden. Mithin wird die Wertschätzung *quantifiziert*. Maßzahlen werden aus irgendwie verfügbarem oder erhebbar material *hergestellt*, wie etwa aus der Zahl der Veröffentlichungen, gewichtet nach referierten und nicht-referierten Zeitschriften und verpunktet bis hin zu den Seitenzahlen der Veröffentlichungen, oder aus der Zahl der Nennungen im *Science Citation Index*. Auch der absolute Betrag an eingeworbenen Drittmitteln (in €) wird zur Maßzahl.

Nun räumt jeder ein, dass eine bestimmte Maßzahl zur Charakterisierung des Werts wissenschaftlicher Arbeit wenig aussagekräftig ist. Die Vielheit der Maßzahlen jedoch, wenn nur die Gewichtung der allesamt wenig aussagekräftigen Maßzahlen untereinander stimmte – worüber allerdings ein ›wissenschaftlicher‹ Streit entbrennt –, soll den ›Wert‹ darstellen können, wobei dieses Verfahren der Wertdarstellung offen ist, weil immer neue Maßzahlen mit immer neuen Gewichtungsvorschlägen hinzukommen. Fest steht lediglich, *dass* es einen solchen ›Wert‹ geben *soll*. Deswegen wird das Wertdarstellungsverfahren auch nicht aufgegeben; vielmehr ist es als eine unendliche, der Willkür der ›Interessen‹ ausgesetzte Aufgabe eingerichtet. Mit Hilfe dieses durchaus steuerbaren Ensembles von Maßzahlen wird ein merkwürdiges Quidproquo installiert: *an die Stelle wissenschaftlicher Tätigkeit tritt ein ›Wert‹.*

Zur Erinnerung: Das Wert-Sein und das Quidproquo – Wie werden Abstraktionen wirklich?

Der gesellschaftliche Charakter der *Arbeit* wird zu einer gesellschaftlichen *Natur*-eigenschaft produzierter *Dinge* verkehrt. Deswegen erscheint das Verhältnis der produzierenden Menschen zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes Verhältnis von Dingen (Marx, 23/109). Den in dieser Weise mystifizierten Arbeitsprodukten kommt ein Wert-*Sein* zu, als handelte es sich dabei um eine gegenständliche Eigenschaft. Dieses Wert-*Sein*, systematisch fortschreitend, gewinnt im Geld gesellschaftliche Härte. Die bürgerliche Gesellschaft kreiert mit der abstrakt menschlichen, gesellschaftlich notwendigen Durchschnittsarbeit einen Maßstab und setzt diesen in der Gestalt des Geldes als das *realisierte* Maß der Werte durch (ebd., 109). Hand in Hand mit der gesellschaftlichen Installierung dieses Maßes geht die Umwälzung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit: Die Lohnarbeit wird eingerichtet, und dafür wurde und wird die lebendige Arbeit gewaltsam zugerichtet, eben zur doppelt befreiten Ware Arbeitskraft, befreit aus direkten Befehlsverhältnissen wie auch von

Lebens- und Produktionsmitteln. Diese doppelt freie Arbeitskraft schafft, von den Besitzern der Produktionsmittel kommandiert, das Maß der Werte: Abstrakt menschliche Arbeit bekommt gesellschaftliche Realität in der Gestalt eines wie Natur angesehenen und als zweite Natur herrschenden Wert-Seins. Mit diesem Wert-Sein wird das berühmte Quidproquo (ebd., 86) ins Werk gesetzt: Ein Rock steht für den Wert der Leinwand, ein Geldschein steht für das allgemeine Äquivalent (und damit als ein dingliches Maß für das Abstraktum ›abstrakt menschliche Arbeit‹), Arbeitslohn steht für die Reproduktion der Arbeitskraft (und wird systematisch als Wert der geleisteten Arbeit missverstanden), Kapital steht für die gewaltsam angeeignete und unbezahlte Mehrarbeit der beschäftigten Arbeiter.

Gilt dieses Quidproquo gleichermaßen für die wissenschaftliche Arbeit, wo doch dieser Arbeit die angesprochene Besonderheit zukommt, allgemeine Arbeit zu sein? Wenn nein, wie kommt dann die wissenschaftliche Arbeit – und zwar sowohl sie selbst, insofern sie Arbeitsvermögen ist, als auch ihre Produkte – zu einem ›Wert‹? Warum soll sie überhaupt einen solchen in dieser bürgerlichen Gesellschaft über kurz oder lang erhalten (für das ›dass‹ sprechen die oben erwähnten Maßzahlen)? Wie wird die subjektive Wertschätzung durch andere (die Meinung der *peers*) zu einer objektiven, die wissenschaftliche Arbeit kennzeichnenden und bestimmenden, sie zuweilen bis zur Vernichtung entwertenden Größe? Wie kommt hier das Geld ins Spiel? Wie die ›Vergeldung‹ der produktiven Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozess funktioniert, ist theoretisch einfach und geklärt: Abstrakt menschliche Arbeit ist an sich eine lediglich gedachte Abstraktion. Dieses Abstraktum muss – wenn es denn muss, ein ›Muss‹ vom Standpunkt der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft aus – Wirklichkeit werden. Doch wie geht das: den Abstraktionen Wirklichkeit verschaffen? Abstraktionen machen das nicht von selbst; aus der Abstraktion ›Arbeit schlechthin‹ wird nicht von selbst Werts substanz, eine die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmende objektive Größe. Bedingung für das In-Realität-Setzen von Wert (genauer: die Erschaffung des Wertmaßes und die Schöpfung neuen Werts) ist die Lohnarbeit, welche ihrerseits die gewaltsame Zurichtung der lebendigen Arbeit zu einer Ware voraussetzt, d.i. zu einem mit Wert phantasmagorisch (ebd., 86) verknüpften Etwas (zu der Ware Arbeitskraft). Nur wenn das Arbeitsvermögen selbst Wert (geworden) ist, kann der Verwertungsprozess funktionieren. Umgekehrt ist dieser Verwertungsprozess, und zwar in der Gestalt der durchgesetzten reellen Subsumtion¹ der lebendigen Arbeit unters Kapital, Bedingung dafür, dass der lebendigen Arbeit ein als jene abstrakt menschliche Durchschnittsarbeit bestimmbarer Wert zukommt. Diese reelle Subsumtion ist nun nicht aus dem Begriff des Werts resp. des Kapitals deduzierbar, sondern stellt einen Prozess dar, in den dazu heterogene Momente eingegangen sind.

1 Vgl. Marx, 23/446: Erst mit der reellen Subsumtion ist der »spezifisch kapitalistische Charakter« (ebd., 766), »die spezifisch kapitalistische Produktionsweise« hergestellt.

Wert-Sein und Quidproquo – in analogiam hergestellt

Bei der wissenschaftlichen Arbeit ist das offenkundig anders (gemeint: bei der wissenschaftlichen Arbeit in den Universitäten; ein Informatiker in einem IT-Unternehmen hingegen ist produktiver Lohnarbeiter, der Mehrwert produziert und dessen Arbeit reell subsumiert ist, wodurch seine Arbeitskraft eine Ware und deren Wert eine durch den funktionierenden Verwertungsprozess in die Realität gesetzte Größe ist). Die Produkte der wissenschaftlichen Arbeit sind keine Waren, folglich kann von einer Verwertung nicht die Rede sein, folglich findet auch keine reelle Subsumtion statt (die Mechanismen der Produktion des relativen Mehrwerts können trivialerweise nicht greifen), folglich ist auch die lebendige wissenschaftliche Arbeit nicht ein mit einem Wert phantasmagorisch verknüpftes Etwas (eine *hergestellte* Ware Arbeitskraft). All das, was für die produktive Arbeit gang und gäbe ist (und was aus den dargelegten theoretischen Bestimmungen folgt): die Kommensurabilität der Arbeitskräfte (damit ihre Funktionalisierung und Austauschbarkeit), das Wert-Sein-Herstellen, die ›Vergeldung‹ von lebendiger Arbeit und deren Produkten, all dies kann so für die lebendige wissenschaftliche Arbeit nicht zutreffen, weil dafür die Grundlagen, die sog. ursprüngliche Akkumulation und die reelle Subsumtion der Arbeit unters Kapital, fehlen. Der Clou der aktuellen Hochschulreform liegt nun darin, obwohl diese Grundlage nicht existiert, dennoch die wissenschaftliche Arbeit (d.i. das unendliche Schäumen aus dem Geisterreich menschlicher Produktivität) in sich kommensurabel zu machen, ein ›Wert-Sein‹ derselben herzustellen – *in analogiam* zu dem ›echten‹ kapitalistischen Wert (abstrakt menschlicher Arbeit), eine Analogie, die dann hergestelltes ›Wert-Sein‹ und ›echten‹ Wert miteinander kompatibel macht – also: die wissenschaftliche Arbeit und deren Produkte zu ›vergelden‹.

Wie der Staat einen ›Wert‹ und die Konkurrenz, um die Erzielung von ›Wert‹ installiert

Einen Wert herzustellen ohne die dafür notwendige Grundlage, dieses Problem löst die bürgerliche Gesellschaft mit der Methode, die immer funktioniert, wenn ihr Gesamtinteresse vorankommen soll, die ökonomischen Mechanismen aber nicht ausreichen: mit staatlicher Gewalt. Eine staatlich-bürokratische Planungsbehörde (zu ihrer organisatorischen Gestalt und anwachsenden Macht s.u.) entwirft Kennziffern zum Kommensurabel-Machen, implantiert der wissenschaftlichen Arbeit und deren Produkten ein ›Wert-Sein‹ und installiert über die ›Vergeldung‹ wissenschaftlicher Arbeit die Konkurrenz innerhalb der Disziplinen und zwischen den Disziplinen.

Kleiner Exkurs in die Universitätsgeschichte zum Verhältnis von (staatlich zuge- teiltem) Geld und wissenschaftlicher Arbeit: Lange Zeit war dieses Verhältnis ein der wissenschaftlichen Arbeit äußerlich bleibendes. Bis vor 10 Jahren herrschte an den Universitäten das, was kameralistische Haushaltsführung genannt wurde. Der Staat stattete die Uni mit Stellen und Geld aus; Stellen und Geld, wenn einmal ausgehandelt, waren fix, sicherten den Bestand eines Faches und konnten nur in Neuverhandlungen

geändert werden, wobei der Staat, wenn er kürzen wollte, dem Vorwurf des herrschaftlichen Eingriffs in die ansonsten beschworene Wissenschaftsfreiheit ausgesetzt war. Der Archäologie-Lehrstuhlinhaber bezog dasselbe Gehalt wie – und sogar, wenn er einen Ruf abgelehnt hatte, ein höheres als – der Inhaber des Lehrstuhls für Technische Chemie. Ansonsten – also innerhalb des starren Haushaltsvolumens und unter Voraussetzung der Restriktion durch das äußerlich festgelegte Finanzvolumen – gab es Freiheit für die Wissenschaft. Unabhängig davon, ob ein Institut gar keine, wenige oder viele, einfache oder schwierige, unliebsame oder willkommene Resultate erzielte, blieben die Finanzmittel eine Konstante. Deren Veränderung durch den ›output‹ wäre als Eingriff des Staates in die Freiheit von Forschung und Lehre interpretiert und zurückgewiesen worden. Vonseiten des Staates hoffte man, dass die Indienstnahme der in Freiheit forschenden Universitätswissenschaftler funktioniert – was die Herstellung von wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräften für das Kapital und von brauchbaren Forschungsergebnissen anbetrifft.

Solcherart Indienstnahme freier, wissenschaftlicher Arbeit war deutlich effektiver, als es jeglicher unmittelbare, Gebrauchswerte steuernde Zugriff des Staates auf die Inhalte wissenschaftlicher Arbeit gewesen wäre, und funktionierte über ein Jahrhundert lang – heutzutage funktioniert sie nicht mehr (aus weiter unten angesprochenen Gründen, die sowohl auf der indienstnehmenden Kapitalseite als auch in der immanenten Entwicklung der Wissenschaften selbst liegen). Was aber auch nicht funktioniert, ist die Indienstnahme wissenschaftlicher Arbeit durch den kapitalistischen Verwertungsprozess. Ökonomische Mechanismen des In-die-Realität-Setzens von Wert können durch die universitäre wissenschaftliche Arbeit (ohne weitere Zusätze) nicht zum Laufen gebracht werden. Denn die Resultate dieser wissenschaftlichen Arbeit sind nicht Waren – ein Resultat, einmal erkannt, ist für alle erkannt, damit von allen anwend- und verwertbar; eine Publikation unterscheidet sich von einem Computer, der Privateigentum sein und *nur als solches* Warenkapital resp. *capital fixe* werden kann. Deswegen kann auch nicht die Steuerung über Kredit funktionieren. Angenommen, die Universitäten bekämen Kredit, dann müssten sie bei den Banken um den Kredit konkurrieren. Sie konkurrierten über die Zinsen, die die Bonität dieser Schuldner widerspiegeln – eine eigentümliche Konkurrenz, denn woraus sollten die Universitäten den Kredit zurückzahlen, wenn der Kredit in den Universitäten prinzipiell keine Wertschöpfungskette in Gang setzt, die im Erfolgsfall dem Kredit erst Wertrealität verschafft?

Also: Die (traditionelle) Kameralistik funktioniert nicht mehr; das für den Kapitalismus so normale wie zentrale In-die-Realität-Setzen von Wert geht nicht, weil wissenschaftliche Arbeit keine Lohnarbeit ist und keine Mehrwertproduktion initiiert; Kredit geht nicht, schlicht weil eine Bank, die die Uni kreditierte, pleite ginge. Wie aber geht es? Durch die Implantierung eines Zuteilungsgeldes – nach einem gesteuerten Wettbewerb. Es ist eine besondere Art Geld, welches nur auf der Ausgabenseite als kapitalistisch-normales Geld funktioniert, als Euros, die z.B. für einen Computer dessen ganz kapitalistisch-normal zustande gekommenen Marktpreis bezahlen. Wodurch aber wird dieses ›Geld‹ eingenommen? Wie entsteht es in der Universität?

Erfolgsplan-Geld regiert die Uni-Welt

Aufmerken lässt eine Begebenheit aus dem Senat der Universität Oldenburg: Der Haushaltsplan der Universität wird vom Präsidenten vorgelegt. Ganz oben, wo der Gesamtbetrag (in €) genannt wird, der in die Uni reinkommt (vom Land, erst die zweite Spalte sind die Drittmittel, die von der DFG, von der Industrie etc. gezahlt werden), steht auf einmal, ohne dass das Präsidium dies erläutert, ein anscheinend sich selbst erklärender Terminus: »Erfolgsplan«. Früher stand da einfach »Haushalt der Universität Oldenburg« (in €), jetzt: »Erfolgsplan« (in €). Uni-Geld *ist* Erfolgsplan. Was heißt das? Geld ist, so kennen wir das, allgemeines Äquivalent, das die Gestalten von Münze, Papiergeld, Giralgeld, Kredit gewinnt und gewinnen muss. Als Kredit ist das Geld fiktiv (Marx, 25/493f), was aber zunächst nicht hindert, wenn man eben Kredit hat, dieses fiktive Minus-Geld wie wirkliches Geld zu verwenden; der Kredit wird in die Welt gesetzt, bevor dasjenige, was die Wertschöpfung erst darstellt, die zukünftige Mehrarbeit in der Gestalt von Profit, erzielt ist. Erfolgsplan-Geld ist definitiv nicht Kredit (fiktives Geldkapital), vielmehr ist es eine *neu geschaffene Gestalt des Geldes*, es ist das von der universitären Planungsbehörde installierte Uni-Geld. Dabei ist die Bezeichnung »Erfolgsplan« nicht bloß ideologischer Begriff, sondern vielmehr adäquate Bestimmung der neuartigen Uni-Steuerung. Geld *ist* Planungsgröße, Planungsgröße *ist* Geld oder vielmehr *wird* Geld. Die Planungsgröße (genauer: die Maßzahl für die Erfüllung einer Planungskennziffer) setzt Geld in die Welt, spricht in die Etats der Unis und, nach unten dann gliedert, der Institute.

Der vom Land der Uni zugeteilte Gesamtbetrag ist zunächst »normales« Geld, es sind »normale« Euros, die vom Staat als Steuern einkassiert werden. Die Planungsbehörde verwandelt den Normalgeld-Gesamtbetrag in einen Planungs-Geld-Gesamtbetrag (nicht ohne dreiste Ideologie – die mit »Erfolgsplan« bezeichnete Summe wird jährlich abgesenkt). Bezogen auf diesen Planungs-Geld-Gesamtbetrag soll jedes Institut sich als seines Glückes Schmied betrachten, nämlich durch Planungsgrößen-Erfüllung bei sich selbst Planungs-Geld generieren zu können, wobei jede Planungs-Geld-Generierung bei einem anderen Institut Planungs-Geld-Vernichtung auslöst – ohne Globalhaushalt keine Konkurrenz. Die Umwandlung in ein innerhalb der Unis regierendes Planungs-Geld ist ein Dreh, der die staatliche Herrschaft zu faszinieren scheint. So wird geplant, auch auf der Einnahmenseite der Universitäten, nämlich der Zuteilung eines Gesamtbetrags vom Land, diese Umwandlung vorzunehmen, so dass künftig die Universitäten eines Landes untereinander um das Planungs-Geld konkurrieren dürfen. Indem beim Gehalt für Professoren etwa ein Drittel über dieses Planungs-Geld abgerechnet wird, ist ein neuartiger Schritt zur Indienstnahme der wissenschaftlichen Arbeit gelungen.

Fallbeispiele für die Steuerung durch Erfolgsplan-Geld

Angenommen, ein Institut habe am 1.1. eines Jahres einen durch die universitäre Planungsbehörde ermittelten Betrag von 20000 € Erfolgsplan-Geld auf dem Konto. Es kann dieses Geld ganz normal (Ausgabenseite) als Zirkulations- und

Zahlungsmittel verwenden, Papier und Telefon bezahlen, Hiwis, Computer, muss es sogar, darf damit ja nicht an die Börse gehen. Die 20000 € sind nicht Kredit – davon könnte man ja mehr aufnehmen, bessere Zinsen raushandeln –, sondern Planungs-Geld – ein Zuteilungsgeld nach Indikatoren alias Kennziffern. Die Planungsbehörde legt die Art der Indikatoren und ihre Gewichtung gegeneinander fest; sie sammelt die Daten, nach denen sie dann feststellt: Das Institut A erfüllt den Indikator x durch die Maßzahl n. Da die vom Institut A »erwirtschaftete« (so die Ideologie der Planungsbehörde) Maßzahl n innerhalb des dem Indikator x insgesamt (= allen Instituten) zugewiesenen Planungs-Geldes, das eben qua Globalhaushalt gedeckelt ist, nur anteilig Anspruch auf Zuteilung erwirbt, ist gewährleistet, dass das an der einen Stelle geschaffene Erfolgsplan-Geld an der anderen Stelle wieder vernichtet wird. (Das Institut für Chemie wird angestachelt, viele eigene Promotionen zu produzieren, zugleich aber auch Promotionen andernorts zu verhindern.) Die Maßzahl n für den Indikator x (im Beispiel: Promotionen) ist Geld (für das Institut, das mit der Maßzahl n den Indikator x erfüllt).

Dieses Zuteilungsgeld nach Indikatoren erinnert an das DDR-Geld; was heute »Indikator« ist, hieß früher »Kennziffer«. DDR-Kombinate wurden mit »Geld« in dem Maße versorgt, wie die Kennziffern erfüllt waren, genauer: wie die Planungsbehörde die Maßzahlen für die Erfüllung feststellte. Eine Kennziffer war z.B. »Stahl in Tonnen«. Stimuliert durch den Kennziffer-Anreiz wurde dann tonnenweise Stahl produziert und in der Folge alles mit so viel Stahl und so schwer wie möglich. Je mehr Stahl produziert werden konnte und von der Planungsbehörde als produzierter Stahl in Tonnen notiert wurde (was nicht immer deckungsgleich war), desto mehr von dem Planungs-Geld war auf dem Konto. Eine Planungsbehörde – sei es in der damaligen DDR, sei es in der heutigen Uni –, welche die Kennziffern sowie deren Gewichtung festlegt und die Daten über die Kennziffer-Erfüllung feststellt, gewinnt Macht über diejenigen, die zur Kennziffer-Erfüllung verdammt sind, wollen sie nicht, dass ihre Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert werden.

Hieraus erklärt sich erstens der massive Ausbau der universitären Planungsbehörden in den letzten 10 Jahren – prima vista schon erstaunlich angesichts dessen, dass die Haushaltsstellen für Forschung und Lehre gekürzt wurden –, zweitens ihre hierarchische Organisation – in Oldenburg gibt es direkt dem Präsidium unterstellte »Stabsstellen« (sic! die militärische Assoziation ist gewollt) für »Controlling«, »Evaluation und Akkreditierung«, »Qualitätssicherung«, »Kapazitäten und Ausstattungsplanung« usw. – und drittens die prinzipielle Anfälligkeit für Korruption. Der Etat eines Uni-Instituts (so wie vormals der eines DDR-Kombinats) stellt Kennziffer-Erfüllung dar, was besagt: Jeder im Etat stehende Euro repräsentiert eine mit der Maßzahl n erfüllte Kennziffer x. Verglichen mit dem Erfolgsplan-Etat des Vorjahres lässt sich an den Euros ablesen, wo es mit der Kennziffer-Erfüllung hapert und wo sich das Institut in der Konkurrenz mit den anderen »auf einem guten Wege« befindet. Eine Doktorarbeit etwa ist nach Kennziffer (alias Indikator) – sagen wir – 1500 € »wert«. Wurde sie 2005 abgegeben, dann stehen dafür im Erfolgsplan der Jahre 2006, 2007 und 2008 (eine dreijährige Nachhaltigkeitswirkung wird von

der Planungsbehörde konzediert, jedoch kein längeres Ausruhen auf Lorbeeren) jeweils 1 500 €. Dieser ›Wert‹ einer Dissertation ist allerdings noch fachabhängig. Die Planungsbehörde der Uni legt nämlich ›Spreizungsfaktoren‹ für die Fächer fest, so dass in einem als Looser-Studiengang bewerteten Fach wie Germanistik eine Doktorarbeit nicht 1 500 € Erfolgsplan-Geld ergibt, sondern 1 500 € dividiert durch den Looser-Malus-Faktor 2,5.

Wie aber funktioniert die Steuerung durch das Erfolgsplan-Geld? Man betreut eine Doktorarbeit. Bei der Lektüre des Textes stellt man fest, dass man als Betreuer noch Arbeit hineinstecken müsste. Dies lässt man aber lieber sein, denn erstens wird diese eigene zusätzliche Arbeit nicht zu Erfolgsplan-Geld. Einfacher (zeitökonomischer, *time is money*) ist es, durch Gespräche mit gleichermaßen unter Erfolgsplan-Druck stehenden Kollegen die Dissertation durchzubekommen. Zweitens gibt es keinen Aufschub bei der Auszahlung von Erfolgsplan-Geld, was bei der eigentlich erforderlichen Überarbeitung zu befürchten wäre. Oder: Stellt ein Institut eine Frau statt eines Mannes ein, dann gibt es 2 000 € Erfolgsplan-Geld (die Frauenprämie = Erfüllung des Indikators ›Frauenförderung‹) – nachhaltig für drei Jahre. Oder (finanziell gewichtiger): Für jeden eingeworbenen Drittmittel-Euro gibt es – sagen wir – 0,1 € Erfolgsplan-Geld. Diese Steuerung funktioniert in zweifacher Art und Weise: a) (positiv). Je nach Erfolg auf dem Drittmittelanbieter-Markt werden Institute mit Erfolgsplan-Geld ausgestattet, eine schon im Matthäus-Evangelium beschriebene Steuerungsart: »Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, und er wird die Fülle haben ...« (Mt 25,29). b) (negativ). Denjenigen, die keine (oder wenig) Drittmittel einwerben, wird Erfolgsplan-Geld entzogen, da auch die dem Indikator ›Drittmittel‹ insgesamt zugeteilte Erfolgsplan-Geldsumme gedeckelt ist, so dass jede einzelne Zuteilung für die Drittmittel-Erfolglichen einen Schaden bei den Drittmittel-Erfolglosen verursacht. Da staatliche Hochschulpolitik auf die regulierende Wirkung einer dosierten Abkehr von der sog. Vollfinanzierung universitärer Forschung setzt und deswegen die Drittmittel-Erfolglichen, wenn man Drittmittelgeld und Erfolgsplan-Geld summiert – erst mit dieser Summe hat man die ›Fülle‹ oder Vollfinanzierung –, kaum ein Plus machen, bedeuten wenig oder keine Drittmittel-Einwerbung Existenzbedrohung bei den Nicht-Erfolglichen. So sind die (negative) Drosselung und die (positive) Förderung nur die ebensowohl miteinander verknüpften wie einander entgegengesetzten Effekte einer herrschaftlichen Steuerung, was Matthäus auch schon wusste, wenn er den oben zitierten halben Satz vollendet zu: »... wer aber nicht hat [Drittmittel; U.R.], dem wird auch, was er hat [Erfolgsplan-Geld; U.R.], genommen. Und den unnützen Knecht werft in die Finsternis hinaus; da wird sein Heulen und Zähneklappen« (Mt 25,29-30). Wer in der Vergangenheit Erfolgsplan-Geld ›vergrub‹, d.h. es nicht dazu nutzte, pro Euro Erfolgsplan-Geld x Euros Drittmittel einzuwerben, dem wird der in der Gegenwart verbliebene Rest seines Erfolgsplan-Geldes auch noch genommen zugunsten desjenigen, der in derselben Zeit mit dem ihm zugeteilten Erfolgsplan-Geld »wuchern« konnte. So geht Exzellenzförderung.

Das Subjekt der Steuerung; Vorteile des Fetischismus

Die drei gerade angeführten Fallbeispiele der Steuerung durch Kennziffern (durch die Indikatoren ›Promotionen‹, ›Frauenförderung‹, ›Drittmittel‹) veranschaulichen, dass hinter dem prima vista unsachgemäß, gekünstelt und gezwungen anmutenden Vorhaben, der wissenschaftlichen Arbeit einen ›Wert‹ anzuheften, ein Subjektaus-tausch steckt: Wissenschaftliche Arbeit wird steuerbar durch ihr heteronome Zwecke. Nicht die Wissenschaftler urteilen und beurteilen von der Gebrauchswertseite her (und sind insofern Subjekte des Gattungsunternehmens ›Wissenschaft‹), sondern eine Regulation über den ›Wert‹ bestimmt, was an den Universitäten Wissenschaft ist und was in die Finsternis verbannt wird. Als große wissenschaftliche Leistung (Exzellenz) soll in Zukunft dasjenige gelten, was in der Indikatoren-Sprache große Maßzahlen auswirft. Exzellenz ist so nicht nur messbar geworden, sondern sie wird, weil die Messung dem zu Messenden nicht äußerlich bleibt und der Messwert das Gemessene zu ersetzen sich anschickt, materialiter *zu einer Exzellenz gemacht*, zu einem Etwas, das Exzellenz gerade durch die Ausstattung mit Erfolgsplan-Geld wird und so als eine solche sich ausweisen kann. Exzellenz *ist* Bewertungserfolg. Bewertungserfolg *setzt* sich unmittelbar *um* in Erfolgsplan-Geld. Erfolgsplan-Geld *schafft* Exzellenz. Das Zirkuläre – ›Exzellenz ist bestimmt als dasjenige, was viel Erfolgsplan-Geld auf sich zieht‹ und: ›Was viel Erfolgsplan-Geld auf sich zieht, ist (oder wird dadurch) exzellent‹ – offenbart Sinn und Gehalt des gestifteten Quidproquo, d.h. des verwechselnden ›etwas steht für etwas‹: Der der wissenschaftlichen Arbeit zunächst nur äußerlich zugeordnete und ihr lediglich angeheftet zu sein scheinende ›Wert‹ steht für den Gebrauchswert der wissenschaftlichen Arbeit und damit für diese selbst. Mit diesem An-die-Stelle-Treten, gestiftet durch die Planungsbehörde, ist die ›Wert‹-Größe, mag auch immer eingeräumt werden, dass die Maßzahlen für die Indikatoren sie nicht eigentlich treffen, zu etwas Substantiellem geworden, an dem der Gebrauchswert (und das weitere Wohl und Wehe) des einzelnen wissenschaftlichen Arbeitens samt des einzelnen wissenschaftlichen Arbeiters als davon abhängige Variable hängt.

Für die Theorie macht es einen Unterschied, ob abstrakte Arbeit hinter dem Rücken der Produzenten objektive Werts substanz gewinnt und das daraus resultierende Quidproquo einen rätselhaften, erst zu entschlüsselnden Fetischismus (der Ware, des Geldes, des Arbeitslohns, des Kapitals) hervorbringt oder ob die Planungs-behörde der wissenschaftlichen Arbeit Kennziffern zuordnet, durch Rechnereien einen ›Wert‹ dieser wissenschaftlichen Arbeit ermittelt, das Quidproquo mit staatlicher Macht *installiert* und dann darauf setzt, dass die installierten ›Wert‹-Größen die wissenschaftliche Arbeit regulieren (nicht ohne das ›Wert‹-Ermittlungsverfahren von Zeit zu Zeit nachzujustieren). An der Oberfläche jedoch und für die Praxis der auf den universitären Plan tretenden Unternehmensberater scheint es dasselbe zu sein: An die Stelle des Gebrauchswerts (hier: der wissenschaftlichen Arbeitsprodukte und der wissenschaftlichen Arbeit selbst) tritt ein durch ein gemeinsames Maß (die Kennziffern, letztlich das Zuteilungsgeld) bezifferbarer ›Wert‹, der sie zu regulieren

erlaubt. Diese Analogie an der Oberfläche hat für die Roland Bergers und McKinseys der Welt einen entscheidenden Vorteil: die Einpassung in den *common sense*, dem alles gleich ist und der allein auf das Maß von allem scharf ist, scil. das Geld.

Angestiftete Konkurrenz

Das von der Planungsbehörde installierte Quidproquo (und damit das Kommensurabel-Gemacht-Sein der wissenschaftlichen Arbeit) ermöglicht überhaupt erst die Konkurrenz (den »Wettbewerb«) der einzelnen wissenschaftlichen Arbeiten untereinander – und es scheint so, dass diese Konkurrenz dasjenige, was sie ermöglicht, umgekehrt erst gesellschaftlich härtet: Das von der Planungsbehörde provisorisch Gestiftete wird gerade dadurch peremptorisch gemacht, dass die universitären Wissenschaftler auf der neugestifteten Grundlage gegeneinander konkurrieren. Diese Konkurrenz funktioniert dergestalt, dass die Konkurrierenden auf einen Vorteil in jenem gemeinsamen Maß, dem Erfolgsplan-Geld (= der Bewertung in den Kennziffern), zielen und jeder Vorteil des einen der Nachteil des anderen ist. Diese Wissenschaftler-Konkurrenz setzt so komplizierte, die wissenschaftliche Profilbildung voranbringende Kalkulationen in die Welt wie: Falls wir eine Frau einstellen, bekommen wir kurzfristig (und drei Jahre lang) die vergleichsweise hohe Frauenprämie, dann allerdings von dieser Kennziffer nichts mehr; ist es nicht nachhaltiger, einen Mann einzustellen, der, wenn er drittmittelstärker als die Frau ist, den (kurzfristig) verpassten Betrag der Frauenprämie in sieben Jahren über die Drittmittel-Kennziffer einholt und anschließend überholt? Wenn nun ein Konkurrenzmechanismus gesellschaftlich implantiert ist, der durch das Zielen auf Erfolgsplan-Geld reguliert, dann gilt eben die Gleichsetzung: *Erfolg = mehr Geld* (was die ideologisch gewieften Wortschöpfer benutzten, als sie die Haushaltsgelder einer Uni »Erfolgsplan« taufte). Wer diese Gleichsetzung akzeptiert – und die kapitalistische Produktionsweise sorgt insgesamt ja dafür, diese Gleichsetzung in die Gehirne gleichsam einzubrennen –, der sagt dann auch: *Erfolg in der Konkurrenz* (messbar durch – vermittelt über die Kennziffern – mehr Geld) = *Ausweis von Qualität*. Damit ist ein Beurteilungsmaßstab für wissenschaftliche Arbeit in diese kapitalistische Welt gesetzt, und nicht nur das: Über jenes Quidproquo macht die in dem Maßstab gemessene *Maßzahl* die *Substanz* der wissenschaftlichen Arbeit aus, fürs erste im Bewusstsein der »Akteure«, dann in der Wirklichkeit, wenn die »Akteure« (die in Wahrheit Charaktermasken sind – Marionetten, an jenem Konkurrenzmechanismus hängend) das Substanzlose aus der Uni geworfen und in die Finsternis verbannt haben. Unterlegene Konkurrenten akzeptieren das Urteil, dass sie schlechter seien, weil sie in der Konkurrenz verloren haben: *mehr Geld = Ausweis von größerer Qualität, weniger Geld = Ausweis von geringerer Qualität*. So funktioniert die Rückkopplung durch die Konkurrenz, das Härten des Geld-Maßes für die wissenschaftliche Arbeit.

Warum schafft der Staat die Kameralistik ab?

Die neue Hochschulreform besteht im Kern darin, dass der Staat den Unis ein Wettbewerbssystem verordnet, das kraft CHE-Bertelsmann, williger Präsidien und deren Planungsabteilungen sukzessive implantiert und zum Laufen gebracht wird. Funktionieren kann das nur, wenn die wissenschaftliche Arbeit jene doppelte Seite hat und dabei die ›Wert‹-Seite zur bestimmenden gemacht worden ist. Die künstlich hergestellte Kommensurabilität ermöglicht erst die Konkurrenz. Damit sind ›Sachzwänge‹ gesetzt, durch das zugeteilte Erfolgsplan-Geld vermittelte ›Sachzwänge‹. Eine große wissenschaftliche Leistung soll dasjenige sein, woraus sich ein Geschäft machen lässt; das Wettbewerbssystem soll viele solcher Leistungen stimulieren. Doch warum macht der Staat das überhaupt? Warum wird die Kameralistik mit der in ihrem Rahmen gewährten Freiheit für das wissenschaftliche Arbeiten aufgegeben und durch eine ›indikatorengesteuerte Mittelverteilung‹ ersetzt? Kapitale konkurrieren auf dem Weltmarkt, Staaten konkurrieren um Kapitalstandorte. Diese letztere Konkurrenz, als Konkurrenz um die Bedingungen für die Produktion akkumulierbaren Mehrwerts, ist wesentlich eine um Technologien und um Technologie-Entwicklung. Der Staat sorgt für einen effektiveren Einsatz der von ihm zur Verfügung gestellten Ressourcen für die Forschung. Heutzutage ist das, was an vielen naturwissenschaftlichen Instituten der Universitäten stattfindet, überwiegend Technologie-Entwicklung; denn es gibt auch in den sich entwickelnden Naturwissenschaften selbst liegende, also wissenschaftssystematische Gründe, die die Tendenz zur Transformation der Naturwissenschaften in Technologie auslösen (vgl. Bulthaupt 1996). Die Naturwissenschaften sind unabhängig vom Kapitalzweck entstanden und – so zeigt es ihre Geschichte bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts – haben sich, was die Inhalte und sogar die erforschten Gegenstandsbereiche anbetrifft, als weitgehend selbstbestimmt und damit wenig steuerbar erwiesen. Deswegen war der Staat mit der Strategie ›Kameralistik und Freiheit für (naturwissenschaftliche) Forschung‹ klug beraten. Überdies produzierten die in Freiheit forschenden Naturwissenschaftler ja Resultate, die, wiewohl nicht ›bestellt‹, sehr schnell vom jeweiligen Kapital genutzt werden konnten – eine Steuerung war weder erforderlich noch überhaupt möglich. Bei der Technologie resp. der Technologie-Entwicklung hingegen ist es dank der strukturellen Gründe, die jene immanente Transformation auslösen, anders. Technologie-Entwicklung ist prinzipiell steuerbar und die Steuerung, will sich der Staat in der Konkurrenz um Kapitalstandorte behaupten, auch notwendig. Angesichts des fortgeschrittenen Standes der Naturwissenschaften (in den meisten ihrer Gegenstandsbereiche), angesichts dessen, dass die an die Stelle naturwissenschaftlicher Forschung getretene Technologie-Entwicklung ein sehr weites Feld darbietet, und angesichts des für beinahe jede einzelne aus diesem Feld ausgewählte Technologie-Entwicklung nötigen kostspieligen apparativen Aufwandes franste ein ungesteuertes System aus; die im weiten Feld möglich gewordene Wahlfreiheit ruft die staatliche Aufsicht auf den Plan, die sagt, dass heutzutage Technologie-Entwicklung gesteuert werden müsse, und zwar so, dass die Konkurrenz auf dem Weltmarkt

entscheidende ›Spitzen‹technologie auf den Standort gezogen wird. – Soweit zu den Zwecken, die die Installierung eines Regelsystems von Erfolgsplan-Geldzuteilung überhaupt erst in Gang setzen und es dann prägen. Blendet man diese Zwecke aus, erscheint das System als ›Sachzwang‹. Diesem Schein sitzt die Charakterisierung der Hochschulreform als ›neoliberal‹ auf, wenn sie lediglich die Konkurrenz sieht, nicht aber die staatliche Vorgabe für die Konkurrenz, in welcher Vorgabe die Zwecke des Staates stecken.

Reelle Subsumtion der wissenschaftlichen Arbeit unter ein System der Zuteilungsgeld-Steuerung

Die von der Kameralistik gewährten Freiheitsräume werden vom neuen Konkurrenz-System massiv eingeschränkt. Warum lassen die Wissenschaftler sich das gefallen? Warum tanzen sie um das Goldene Kalb und unterwerfen sich in ihrem Tanzen der den Takt schlagenden Planungsbehörde? Um diese Frage zu beantworten, soll der Blick wiederum auf den *prima vista* analogen Prozess bei der körperlichen Arbeit im kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozess gehen, auf den Prozess der reellen Subsumtion unter das Kapital. Und wie bei der Frage nach dem Wirklich-Werden des ›Werts‹ soll auch hier das Besondere durch die Differenz zu jener Subsumtion bestimmt werden. Wendet man – in der Analogie – den Begriff ›reelle Subsumtion‹ auf das an, was jetzt mit der wissenschaftlichen Arbeit passiert, so kann man dies als reelle Subsumtion der lebendigen wissenschaftlichen Arbeit unter ein System der Steuerung über Zuteilungsgeld begreifen (also genau genommen nicht direkt und unmittelbar unter das Kapital; dieses System ist nur vermittelt auf den ideellen Gesamtkapitalisten bezogen). Was war bei der Subsumtion der (produktiven) Handarbeit anders? Der Verwertungsprozess (es gab überhaupt einen!) wurde bestimmend für die gegenständliche Seite der Produktion. Die Produktivkraft der Arbeit wurde zur Produktivkraft des Kapitals (Marx, 23/353); der damit einhergehende Subjektwechsel stachelte diejenigen, denen ihre eigene Produktivkraft aus den Händen genommen wurde, zum Klassenkampf an. Es war das Kapital, das die Standardisierung der Arbeitsverfahren durch die Anwendung der Resultate der Naturwissenschaften und die Herstellung von austauschbarer, qualifizierter Arbeitskraft durchsetzte. Die in diesen Prozessen eingeschlossene Gewalt wurde von den Betroffenen mit Gewalt beantwortet (z.B. Weberaufstände, Maschinenstürmer wie John Ludd; ebd., 451). Sie wehrten sich gegen die technische Umwälzung der Arbeitsprozesse, unterbrachen den Verwertungsprozess und bekämpften das Kapital, weil es die durch die neue Technik ermöglichte erweiterte Kontrolle gegen die Arbeiter einsetzte.

Bei der wissenschaftlichen Arbeit ist das völlig anders: Es gibt keinen Verwertungsprozess; es gibt keinen Klassenkampf; der die Subsumtion durchsetzende Agent ist nicht das Kapital, sondern der Staat (in der Gestalt von Universitätspräsidien und deren Planungsabteilungen); die Produktivkraft der wissenschaftlichen Arbeit wird nicht zur Produktivkraft des Staates (dort gibt es kein *capital fixe*, das Universitätssystem produziert Resultate und Wissenschaftler, die *anderswo*

für Akkumulation sorgen); eine durch die Subsumtion evozierte Umwälzung der technischen Seite des wissenschaftlichen Arbeitens findet gar nicht statt; von maschinenstürmerischer Gewalt gegen Planungsbehörden (z.B. der Zerschlagung von deren Computern) ist nichts bekannt. Zum einen standen und stehen die universitären Wissenschaftler nicht in einem Verhältnis des Klassengegensatzes zu dem sie beschäftigenden Staat – für die lange Periode der Kameralistik, die innerhalb eines gewissen Rahmens Freiheit für das wissenschaftliche Arbeiten einräumte, mag dies die begeisterte Zustimmungserklärung der Professoren der Berliner Humboldt-Universität (darunter die renommiertesten Geisteswissenschaftler des Jahrhunderts) zum Angriffskrieg Deutschlands 1914 belegen. Zum anderen haben sich Universitätslehrer, lange bevor der Staat der wissenschaftlichen Arbeit die kennziffernbasierten Steuerungsmechanismen oktroyierte, aus freien Stücken dem Kapital als wissenschaftliche Stricher angeboten. Der Unterschied zum jetzigen Steuerungssystem ist allein der, dass sie nicht mehr über den Modus ihres Anbietens bestimmen und infolgedessen auch nicht mehr Subjekt der Preisfestsetzung für das Anbieten sind. Die ›Wert‹-Bestimmung der wissenschaftlichen Arbeit geschieht durch ein System, was die Freiheit des Anbietens des so Bewerteten einschränkt. Forscher, die viel anschaffen (einwerben), werden genau deshalb hoch bewertet und so in die Lage versetzt bzw. angereizt, noch mehr anzuschaffen. Dafür werden andere, die weniger »einwerbungsstark« sind, abgewertet und aussortiert. Denn wenn sie die Kennziffern nicht erfüllt haben, können sie ihr Angebot nicht in der erforderlichen Qualität präsentieren; niemand will dann mehr die Dienste von in Ausstattung, wissenschaftlichem Outfit und Ruf derart Depravierten, mögen sie diese Dienste auch noch so bereitwillig und gefügig anbieten. Anschaffen nach Belieben und um jeden Preis – darin läge zu viel individuelle Freiheit. Kennzifferngesteuerte Konkurrenz sorgt auch hier für »Qualitätssicherung« und Beschneidung von Wildwuchs.

Neoliberal? – ein vom Staat installiertes Konkurrenzsystem

Zuweilen werden Ablösung der Kameralistik und Einführung eines kennzifferngestützten Regulationssystems bei der Mittelvergabe für universitäre wissenschaftliche Arbeit als ›neoliberal‹ charakterisiert – selten von Parteigängern, überwiegend von vermeintlichen Kritikern, für die mit der Wortschöpfung ›neoliberal‹ die Kritik auch schon zu Ende ist: ›liberal‹, das sei der böse Manchester-Kapitalismus der Vergangenheit, aus ihm könne Gutes nur entstehen, wenn er durch den Staat, und zwar einen von der Sozialdemokratie beeinflussten Staat, gezügelt und zur sozialen Marktwirtschaft veredelt werde. Nun ist aber – wie schon bemerkt – das Erfolgsplan-Zuteilungsgeld samt implantiertem Konkurrenzsystem der wissenschaftlichen Arbeit *vom Staat* oktroyiert worden; es ist mitnichten ›aus dem Markt heraus‹ entstanden; ›originäre Marktkräfte‹ kommen erst einmal gar nicht vor. Die (gestiftete) Konkurrenz geht um dieses (künstlich geschaffene) Erfolgsplan-Zuteilungsgeld. Die wissenschaftlichen Leistungen, die konkurrieren sollen, sind jedoch keine Waren, die über ihren Preis am Markt konkurrieren (weder bei den Resultaten noch bei der wissenschaftlich

qualifizierten Arbeitskraft). Institute konkurrieren auch nicht als Geldkapitalanleger (über Zinsen, Laufzeiten usw.). Doch wiewohl die Uni *nicht* ›Wirtschaft‹ (d.i. kapitalistischer Verwertungsprozess) *ist*, soll es an der Uni *wie in der* ›Wirtschaft‹ zugehen. Dort in der ›Wirtschaft‹ – und von ihr – wird gesagt, der Wettbewerb, die Konkurrenz am Markt, sei *das* effiziente Mittel, um Leistung zu erzielen, um die natürlichen Ressourcen zu schonen und um summa summarum und in toto für die Menschen das Beste zu erreichen. Das stimmt zwar schon dort – im kapitalistischen Produktionsprozess – nicht, ist aber *die* befestigte Ideologie über dessen Segenswirkung. In Wahrheit kann innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise weder von der Schonung der natürlichen Ressourcen noch von der Beförderung des Glücks der Menschen auf dem Globus die Rede sein. Doch diejenigen, die die Ideologie von der Leistungsorientierung durch Erfolg/Misserfolg am Markt propagieren und auf das universitäre wissenschaftliche Arbeiten ausgedehnt wissen wollen, wissen darüber hinaus auch, dass an den Unis keine Waren produziert werden, die als Waren über den Preis am Markt konkurrieren, und dass Studiengänge oder Forschungsergebnisse keine Kapitalanlagen sind, die als Kapitalanlagen konkurrieren.

»Output«-Steuerung; Controlling

Wenn nun Wettbewerb/Markterfolg/Marktmitterfolg als von der Grundlage kapitalistischen Produzierens, der Verwertung des Werts, ablösbare und auch als abgelöste, durchaus wirksame Wundermittel betrachtet werden, muss man ihnen nur noch – (staats)künstlich – ein analoges Erfolgs-Substrat verschaffen: Also wird der wissenschaftlichen Arbeit ein ›Wert‹ angeschafft, also wird ein System finanzieller Anreize geschaffen und dadurch ein Konkurrieren erst erschaffen, das jenes schräge Quidproquo zur Basis hat. Von daher rührt die an der Uni gedankenlos sich einbürgernde, für Unbefangene allerdings bizarre Rede: »Der finanzielle *Input* muss durch einen *messbaren Output* gesteuert bzw. rückgekoppelt werden« oder auch »Das ›investierte‹ Erfolgsplan-Geld muss sich an Erfolgs-Indikatoren *messen* und durch diese rückkoppeln lassen.« Das ist nun ideologisch leicht dahergesagt, muss jedoch auch bewerkstelligt werden. Was heißt und wie geht: »an Erfolgs-Indikatoren messen«? Beim ›normalen‹ kapitalistischen Produzieren ist der Erfolg/Misserfolg am Markt einfach phänomenal darstellbar – ein Auto ›verkauft sich‹ oder ›verkauft sich nicht‹ (ist zuweilen komplizierter, wenn mit Verlust verkauft wird). Bei der wissenschaftlichen Arbeit ist die ›Messung‹ von Erfolg/Misserfolg nicht phänomenal darstellbar, sondern es bedarf zunächst der Erfindung und maßstabsgeeigneten Konstruktion von Parametern und dann der Messung der auf ›Wert‹-Größen *gebrachten* wissenschaftlichen Arbeit an diesen Parametern. Hier hat die Planungs- und Controlling-Bürokratie ihren Platz, die an die Stelle des Richters ›Markt‹ tritt. Zuweilen gibt die Controlling-Bürokratie gar nicht ihrerseits Parameter vor, sondern fordert denjenigen, dem sie Erfolgsplan-Geld zuteilt, auf, selbst Parameter zu erfinden, an denen der ›Erfolg‹ des zuteilten Erfolgsplan-Geldes zu messen sei, mit der Verpflichtung, eine Selbstevaluation vorzunehmen (d.i. Maßzahlen für die selbst

gesetzten Parameter zu ermitteln und die Veränderung dieser Maßzahlen vor und nach Erfolgsplan-Geld-Anwendung zu dokumentieren). Dieser Selbstreport wird dann von der Controlling-Bürokratie auf Glaubwürdigkeit hin überprüft und mit anderen Selbstevaluations-Reporten von Konkurrenten um das Erfolgsplan-Geld verglichen. Aus der Notwendigkeit, den Richter ›Markt‹ durch Controlling zu substituieren, und aus dem verglichen mit dem Markt komplizierteren Mess-Procedere erklärt sich der massive Ausbau von Planungsbürokratie, was – in Parenthese sei's gesagt – nichts weniger als ›liberal‹ ist. Die Idee des Wettbewerbs offenbart ihre eigentümliche Dialektik: Vom kapitalistischen Produktionsprozess wird die (ideelle) Vorstellung von Wettbewerb schlechthin ab- und losgelöst und zum vielvermögenden Wundermittel hypostasiert; sie wird dann als Mechanismus in eine fremde (d.h. eine nicht-Verwertungsprozess-geprägte) Umgebung implantiert und vermittelt eines (staats)künstlich erzeugten Substrats wirklich gemacht, genauer zu einer Als-Ob-Existenz gebracht (ein Funktionieren, als ob es ›Wirtschaft‹ wäre); in dieser Wirklichkeit erzeugt sie das, was der Wettbewerbsidee widerspricht: eine ausufernde, prinzipiell nicht kontrollierbare staatliche Controlling-Behörde – innerhalb einer als ›autonom‹ oder auch ›zunehmend autonomer‹ ausgegebenen Universität.²

Das System der Konkurrenz um Erfolgsplan-Geld provoziert zum Böse-Werden

In dieser Dialektik liegt der systematische Grund für die auffällige Zunahme an Schmutz, Täuschung, Betrug und Korruption in den Wissenschaften. Abwegig ist es, bei der Begründung für die Zunahme an böartigen Charakteren in der *scientific community* auf anthropologisch verortete Ursachen zurückzugreifen. Das System der indikatoren-gestützten Mittelvergabe eröffnet bislang nicht geahnte Möglichkeiten und Anreize (zum Böse-Werden). Wissenschaftler trimmen Zahlen und werden überhaupt nur deswegen motiviert, Zahlen zu trimmen, weil qua Quidproquo nicht mehr die Sache, sondern der ›Tauschwert‹ zählt, dessen Indikatoren sodann, größtenteils auch ohne wissenschaftliche Resultate, fingiert werden können. Wenn dann noch die Existenz der Wissenschaftler von der Rückkopplung durch den ›Tauschwert‹ abhängig ist, werden Wissenschaftler nicht zuletzt durch im System staatlicher Wissenschaftssteuerung selbst liegende Gründe dazu verleitet, die Wahrheitsliebe ihr fremden Zielen unterzuordnen und damit böse zu werden. Das als Konkurrenz-Aufsicht eingesetzte Controlling ist nun nicht, wie man vom Wort her vielleicht denken könnte, eine Kontrolle oder gar Unterbindung der Verleitung zum Bösen. Im Gegenteil, in der Controlling-Bürokratie ist ihrerseits ein die Tür für Schmutz und Korruption öffnendes Moment von Willkür systematisch verankert. Denn das ›Wert-Implantieren ist ja prinzipiell verkehrt, die Messung an den Maßzahlen für die Indikatoren trifft nie die

2 Wenn es für den freiwilligen Verzicht auf vernünftige Argumentation eines Belegs bedarf, dann mag dazu die Verwendung von ›autonom‹ durch Personen dienen, die angeben, ein Universitätsstudium absolviert zu haben. Heutzutage muss wohl daran *erinnert* werden, dass Autonomie Selbstgesetzgebung der Vernunft bedeutet. Der Demolierung der Begriffe, ob gedankenlos oder mutwillig, folgt die entsprechend demolierte Wirklichkeit auf dem Fuße.

Sache: den Gebrauchswert wissenschaftlichen Arbeitens. Eine solche Falschheit im System lässt sich auch nicht durch ein Controlling der zweiten Stufe beseitigen, weil für dieses Controlling der zweiten Stufe dasselbe gilt wie für das der ersten und ein weiteres Weiterschieben nur in einen *progressus in infinitum* führt. Aufgrund dieser Falschheit im System ist die Controlling-Bürokratie grundsätzlich korruptionsanfällig; solcherart bürokratische Tätigkeit agiert losgelöst von den Gebrauchswerten und betrachtet jedes Beharren auf der Gebrauchswert-Seite wissenschaftlicher Arbeit bloß als eine durch neue Parameter zu beseitigende Störung. Für die bürokratische Tätigkeit kann auch nichts anderes zählen als ein wiederum nur fingierter ›Wert‹, der allerlei Manipulationen herrschaftlicher Art Tür und Tor öffnet. So ist der Hang zum Bösen oder die Verführung zur Korruption systematisch eingebaut: Die Verkehrung in den Triebfedern für das Handeln (die Zurichtung auf ›Wert‹-Größen dominiert den Gebrauchswert) gründet letztlich im (staats)künstlich kreierten Quidproquo.

Literatur

- Bulthaupt, Peter, *Zur gesellschaftlichen Funktion der Naturwissenschaften*, Lüneburg 1996
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, *Phänomenologie des Geistes* (1807), hgg. v. Wolfgang Bonsiepen u. Reinhard Heede, Hamburg 1980
 Marx, Karl, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 1 (MEW 23) u. Bd. 3 (MEW 25), Berlin 1969



Bob Jessop
**Kapitalismus,
 Regulation, Staat**
 ISBN 978-3-88619-332-5
 19,50 € [D]

Der Staat als umkämpftes Terrain

Staatstheorie steht im Mittelpunkt einer kritischen Gesellschaftsanalyse, die die sozialen Kämpfe um die Reproduktion und Transformation von Herrschaft beschreibt. Bob Jessop nimmt die Krise des fordistischen Staatsprojekts, die Tendenzen der Aushöhlung, Internationalisierung und Dezentralisierung der keynesianischen Sozial- und Wohlfahrtsstaaten und die Herausbildung neuartiger Governance-Strukturen zum Anlass für eine kritische Ortsbestimmung materialistischer Staatstheorie. In vielfältigen Anschlüssen an Marx, Gramsci, Poulantzas und die französische Regulations-theorie entwickelt er einen ›strategisch-relationalen Ansatz‹, um die Veränderungen von Staatlichkeit, die Dynamiken der Beziehungen von Staat und Gesellschaft und die Verhältnisse von Ökonomie und Politik im aktuellen Kapitalismus exakter bestimmen zu können.

Im Buchhandel oder vom Argument-Versand: Reichenberger Str. 150
 10999 Berlin · Fax: 030 / 611 42 70 · versand-argument@t-online.de

 Argument
 www.argument.de

Interview mit Christoph Heumann

Innenansicht der Akkreditierung

Zur Regierungstechnik der Hochschulreform

Das Wort ›Akkreditierungsagentur‹, vor wenigen Jahren noch unbekannt, hält inzwischen die Hochschulen in Atem; sämtliche neuen Studiengänge sollen von diesen Agenturen geprüft und ›zertifiziert‹ werden. Sie bilden damit eine Schnittstelle zwischen den EU-weiten Reformvorgaben und ihrer lokalen Umsetzung. Christoph Heumann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Akkreditierungsagentur ASIIN (Akkreditierungsagentur für Studiengänge der Ingenieurwissenschaften, der Informatik, der Naturwissenschaften und der Mathematik e.V.) in Düsseldorf. Susanne Draheim und Tilman Reitz befragen ihn zur Technik und Politik der Akkreditierung.

SD/TR: Eine verbreitete Klage über die flächendeckende Akkreditierung neuer Studiengänge lautet, dass damit den Hochschulen zusätzliche Kontrollen und Kosten aufgebürdet werden, deren Sinn und Grundlagen im Dunkeln bleiben. Ist diese neue Belastung gerechtfertigt?

CH: Meine Antwort setzt auf zwei unterschiedlichen Ebenen an und lautet daher: sowohl ja als auch nein. Zunächst: nein. Ihr habt in Analysen über die Reformen im Bildungswesen, die derzeit und seit den 1990er Jahren in Deutschland ablaufen, dargestellt, dass hier ein neues Wissensregime etabliert wird, dessen soziale und ökonomische Funktionen höchstens teilweise offen benannt werden. Akkreditierung hat hier eine Funktion, die ich mit Begriffen wie »Durchsetzung« und »Intransparenz« beschreiben würde. Der Durchsetzung der unter dem Etikett »Bologna« zusammengefassten Reformen dient das Akkreditierungssystem, indem nämlich einerseits Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet werden, (»Karotte«) und andererseits mittels der als unabhängige Akteure in einem wettbewerbsorientierten Umfeld agierenden Agenturen und ihrer ehrenamtlichen Gutachter die Umsetzung politischer Beschlüsse und die Zurichtung des Hochschulwesens auf den Gebrauchswert der Absolventinnen auf dem Arbeitsmarkt erzwungen wird (»Stock«) – ohne dass die rechtlichen Grundlagen für diese Praxis und die Entscheidungsstrukturen allen Beteiligten hinreichend klar wären. Diese Intransparenz ist, wenn nicht explizit gewollt, so doch im System angelegt. Wenn man einen emanzipatorischen Bildungsbegriff hat und die Funktion von Hochschulen nicht allein auf die – möglichst passgenaue – Berufsausbildung beschränkt sehen möchte, kann man mit dem, was unter dem Stichwort »Bologna-Prozess« abläuft, und auch mit der Rolle des Akkreditierungssystems in diesem Kontext nicht uneingeschränkt glücklich sein.

Aber: Wenngleich Akkreditierung in diesem Kontext eine problematische Funktion hat, ist sie doch nicht die Ursache des üblen großen Ganzen, sondern zunächst eben das: ein Instrument. Damit taugt Akkreditierung nur bedingt als Ort der Auseinandersetzung um das große Ganze; für die – wohlbegründete – Kritik an

der Zurichtung des Hochschulwesens gibt es meines Erachtens Angriffspunkte, die besser für die Auseinandersetzung, um die es eigentlich geht, geeignet sind: Welche Hochschule wollen wir? Das ist ja ein Thema, über das man auf der politischen Ebene streiten muss.

Zugleich lohnt es sich, Akkreditierung als Instrument auch daraufhin zu untersuchen, wozu sie womöglich nützlich sein kann. Dabei ist es nützlich, noch einmal genauer auf die verschiedenen Elemente der so genannten »Bologna-Reformen« zu schauen: Sie fordern unter anderem eine konsequentere Orientierung des Studienangebotes an den Studierenden, ihren Bedürfnissen und ihren Fähigkeiten, und, daraus abgeleitet, einen verstärkten Dialog zwischen den für ein Studienangebot verantwortlichen Lehrenden. Damit tragen sie auch dem Umstand Rechnung, dass Studierende und Lehrende zwar Mitglieder *einer* Hochschule sind, zwischen ihnen jedoch ein fundamentales Machtgleichgewicht herrscht.

Genau dies möchte ich als positiven Kern der Reformen festhalten (ohne dabei die Probleme zu leugnen): Durch Modularisierung und Leistungspunkte wird zumindest ein Versuch unternommen, die den Studierenden tatsächlich zur Verfügung stehende Arbeitszeit zu berücksichtigen. Die obligatorischen Modulhandbücher legen die Ziele und Rahmenbedingungen des Studiums für sie transparent fest und gewähren ihnen damit einen besseren Schutz vor willkürlichem Handeln der Lehrenden. Dies verlangt von den Lehrenden, dass sie sich über die Ziele und Inhalte »ihrer« Lehrveranstaltungen, über didaktische Konzepte und angemessene Prüfungsformen verständigen. Es sollte nicht der Akkreditierung bedürfen, um dergleichen an den Hochschulen zu verankern: Ein fairer Umgang der Lehrenden mit den Studierenden als zwar weniger fortgeschrittenen, aber doch gleichberechtigten Fachkolleginnen sollte selbstverständlich sein. Dieses »kollegiale« Element ist im traditionellen Selbstverständnis der deutschen Hochschulen ja sogar angelegt. Doch wissen wir, dass die Realität an den Hochschulen diesem Selbstverständnis nicht immer entspricht, und dass dies nicht immer nur an Überlastung und an einer Verrechtlichung und Bürokratisierung des Studiums liegt, sondern auch daran, dass viele Professoren eben auch ihre Eigeninteressen verfolgen und dass ihnen ihre Stellung innerhalb der Hochschule zur Durchsetzung dieser Interessen wesentlich mehr Freiräume gibt als deren übrigen Mitgliedern. Der Akkreditierung könnte – auch wegen der Beteiligung externer Fachkolleginnen und Studierender – die Funktion eines Korrektivs der Machtverhältnisse innerhalb der Hochschulen zukommen. Idealerweise käme dies weniger über die Drohung mit Zwangsbefugnissen zustande, sondern vielmehr über einen Dialog unter gleichberechtigten Angehörigen der Hochschulen und Interessenträgern. Dann hätte Akkreditierung auch im »guten« Hochschulwesen eine berechtigte Funktion, nämlich die Funktion der Durchsetzung bestimmter Mindestanforderungen an gute Lehre und gutes Studium.

Bei der Begleitung, der Vor- und Nachbereitung von Akkreditierungsverfahren berichten die Lehrenden häufig – zu häufig, als dass es sich um bloße Höflichkeitsbekundungen handeln könnte –, dass der bevorstehende Besuch einer aus Fachkolleginnen zusammengesetzten Gutachtergruppe, die Diskussion mit ihnen

während des Besuches und die Anregungen, aber auch der Druck, bestimmte Maßnahmen umzusetzen, unter ihnen eine Verständigung über die Ziele und Inhalte ihrer Lehre bewirkt habe, wie sie im Alltag nicht hätte erreicht werden können.

Vieles von dem, was Du berichtest, klingt nach einer von sanftem Zwang begleiteten Aufforderung zum dauerhaften internen Dialog an den Hochschulen. Aber ist es dafür von Vorteil, dass man sein Lehrangebot jeweils im Rhythmus von 5 Jahren sehr genau festlegen muss? Interessant ist auch, wer sich hinter den von Dir zuletzt genannten »Interessenträgern« verbirgt: Sind das Landespolitiker, die nun unterhalb der bisher üblichen Weisungsbefugnisse Einfluss auf die Hochschulen nehmen, sind es die nun fast überall obligatorisch beteiligten Wirtschaftsvertreter?

Zugegebenermaßen schränken Festlegungen im Akkreditierungsprozess die Freiheit der Lehrenden, Lehrveranstaltungen anzubieten, und die der Studierenden, ihren individuellen Studienplan zusammenzustellen, ein, doch wäre diese Einschränkung bei einer konsequenten Einbeziehung aller Beteiligten eine selbst auferlegte; auch beobachte ich, dass innerhalb des dann festgelegten Rahmens bei einer klugen Ausnutzung der Spielräume die Möglichkeit für die selbstbestimmte Gestaltung von Lehre und Studium bestehen bleibt – Modularisierung und Kreditpunkte müssen nicht zwangsläufig zu einer Durchstrukturierung (»Verschulung«) des gesamten Studiums führen.

Die Festlegungen, die man im Vorfeld der Akkreditierung trifft, sind vielleicht weniger bindend, als man das in den Hochschulen mitunter annimmt. Wenn Akkreditierung sich selber ernst nimmt und als ein Element begreift, das zur Sicherung und Verbesserung der Qualität von Lehre und Studium beiträgt, kann es ja gerade nicht darum gehen, einen wie auch immer gearteten *status quo* über mehrere studentische Generationen hinweg zu zementieren, vor allem nicht im fachlich-inhaltlichen Bereich. Vielmehr beobachte ich, dass Gutachter bei der Reakkreditierung geradezu erwarten, dass sich seit der vorherigen Akkreditierung einiges geändert hat, weil sich eben die Disziplin weiterentwickelt hat oder weil man festgestellt hat, dass die Studienorganisation in der Praxis eben doch nicht so funktioniert wie ursprünglich geplant. Es stimmt allerdings, dass die Hochschulen gehalten sind, alle »wesentlichen Änderungen« – Änderungen, die geeignet sind, die Grundlage der Akkreditierungsentscheidung zu verändern – den Akkreditierungsagenturen zu melden, die ggf. weitere Prüfungen veranlassen können. Doch liegt die Entscheidung darüber, was eine wesentliche Änderung darstellt, weitgehend im Ermessen der Hochschulen. Auch beobachte ich, dass solche nachträglichen Prüfverfahren so wenig bürokratisch und aufwendig wie möglich durchgeführt werden.

Der Zwang zur Festlegung betrifft – zumindest ist das meine Erfahrung – also weniger die Studienziele und Curricula, sondern eher die politischen Rahmenvorgaben, deren Einhaltung im Akkreditierungsverfahren ebenfalls geprüft wird. Da auch diese wiederum hierarchisiert werden, spielen Punkte wie Mobilität – ein erklärtes Ziel der »Bologna-Reformen« – im Akkreditierungsverfahren oft eine eher untergeordnete, Instrumente zur Verkürzung der Studienzeit hingegen

eine zentrale Rolle. Damit haben die Ministerien, die mit einer konsequenten Verkürzung der Studienzeiten das Ziel einer verstärkten Akademisierung der Ausbildung bei gleichbleibenden Ressourcen verwirklichen wollen, also auch in den Akkreditierungsverfahren die Hand im Spiel. Die Diskussionen im Rahmen von Akkreditierungsverfahren beziehen allerdings aufgrund der Beteiligung von Fachexpertinnen fachlich-inhaltliche Aspekte in viel stärkerem Maße ein, als dies im Rahmen eines weitgehend formaljuristischen Genehmigungsverfahrens durch das zuständige Ministerium möglich gewesen wäre – idealerweise, ohne dass dies neben der formaljuristischen nun auch noch zu einer fachlichen Bestimmung von Studium und Lehre von außerhalb der Hochschule führt.

Die Kooperation mit der Wirtschaft ist nicht immer nur ein Vorteil, weil der Berufs- und Arbeitsmarktbefähigung unter dem neuen Wissensregime ohnehin schon eine vorrangige Stellung vor anderen denkbaren Zielen von Studium und Lehre eingeräumt wird. Durch die Einbeziehung von Vertretern der Berufspraxis, i.e. der Wirtschaftsunternehmen, die Absolventinnen und Absolventen einstellen, wird diese einseitige Zurichtung möglicherweise noch verstärkt.

Du hast bereits zu Beginn von transparenten Studienzielen gesprochen; nun kontrastierst Du die fremdbestimmte Zurichtung auf ›Arbeitsmarktbefähigung‹ mit ›denkbaren anderen Zielen‹. Wer setzt die Ziele des Studiums fest, deren voraus-sichtliche Gewährleistung akkreditiert wird? Welche politischen und strukturellen Vorgaben stehen dabei im Hintergrund?

In der Logik des Akkreditierungssystems setzen Hochschulen bzw. die verantwortlichen Lehrenden die Ausbildungsziele selbst fest. »Ausbildungsziele« bezeichnet dabei ein Set von Kompetenzen oder Befähigungen, welche die Studierenden erwerben sollen – auch dies im Kontext der »Bologna-Reformen« ein zweischneidiger Begriff, weil sich diese Befähigungsziele natürlich in einem Rahmen bewegen sollen, der durch die erklärten und impliziten Ziele dieser Reformprozesse vorgegeben ist (Stichwort: Berufsbefähigung). Neben den Rahmenvorgaben vonseiten der Exekutive (nationale und europäische Qualifikationsrahmen) – natürlich nach Konsultationen mit den relevanten »stakeholders« – spielen hier auch fachspezifische Kompetenzprofile eine Rolle, die von Fachbereichs- und Fakultätstagen, aber auch von fachlich einschlägigen Organisationen und Verbänden formuliert werden und sowohl von den Hochschulen bei der Konzeption von Studiengängen als auch von Gutachtern bei deren Bewertung zumindest mitbedacht werden.

Allerdings kann ich dem Begriff der Ausbildungs- oder Befähigungsziele auch Positives abgewinnen, etwa deshalb, weil er den Lehrenden bei der Konzeption einzelner Lehrveranstaltungen und ganzer Studienprogramme eine konsequente Orientierung auf die Studierenden und eben auf deren Befähigung abverlangt. Wer die Befähigungsziele formuliert und wie sie inhaltlich gefasst werden, ist in ihrem Begriff noch nicht angelegt (wohl aber in den Rahmenbedingungen, in denen sie entwickelt werden): Es wäre vorstellbar, dass, statt die Ziele vorrangig zwischen Professoren und Arbeitgebern auszuhandeln, die Studierenden und andere

gesellschaftliche Gruppen bei ihrer Formulierung einbezogen werden und dass sich die Befähigungsziele auch auf die Befähigung zur Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen beziehen, auf die Befähigung zu sozialem Handeln ...

Wie auch immer die Ergebnisse ausfallen: Die Akkreditierungsverfahren rufen zwar verbreitet Unmut hervor, werden aber faktisch doch zumeist akzeptiert oder sogar eifrig vorangetrieben. Was passiert mit denen, die dagegen sind? Weshalb leisten sie so wenig wirksamen Widerstand?

Zentral ist in meinen Augen, dass die meisten relevanten Gruppen in das Reformgeschehen einbezogen werden, dieses aber trotzdem nicht ohne Zwang abläuft. Der Förderung der Akzeptanz durch Einbeziehung steht für mich die mit Zwangsmitteln bewehrte Durchsetzung politischer Vorgaben in einem Prozess gegenüber, in dem sich der Träger der Macht nur schwer identifizieren lässt: Es sind nicht die Dekane, die nur die Vorgaben der Akkreditierung umsetzen müssen, nicht die Gutachter, die ja keine Entscheidungen fällen, sondern nur berichten und empfehlen, nicht die Gremien der Akkreditierungsagenturen, die sich an die Rahmenvorgaben des Akkreditierungsrates halten müssen, und nicht der Akkreditierungsrat, der wiederum die Vorgaben der Kultusministerkonferenz umzusetzen hat und dessen Handlungsfähigkeit unmittelbar von den Bundesländern abhängt. Diese wiederum ziehen sich aus der direkten Steuerung der Hochschulen vermeintlich zurück und haben das Genehmigungsverfahren vielfach durch die Akkreditierung ersetzt, die ja von unabhängigen Agenturen durchgeführt wird. Für diejenigen, die gegen die Durchsetzung der »Bologna-Reformen« – auch mittels der Akkreditierung – sind, bieten sich in diesem Machtgeflecht kaum Angriffspunkte, an denen man Widerstand leisten könnte – zumindest, solange der Protest nicht als Protest einer Gruppe und auf der eigentlich relevanten politischen Ebene artikuliert wird.

Zudem ist es in der besonderen Stellung der Professoren strukturell angelegt, dass sie sich weniger als einer Gruppe zugehörig denn als jeweils einzelne Akteure begreifen, obwohl sie als Gruppe innerhalb der »alten« Hochschulverfassungen über eine Vormachtstellung verfügen. Durch die Einrichtung der Hochschulräte und die faktische Entmachtung der Senate in vielen Bundesländern wird ihnen diese Vormachtstellung genommen, ohne dass sie sich auf der politischen Ebene nachdrücklich und organisiert dagegen gewehrt haben. Dass sie es sich in dieser besonderen Stellung zu gemütlich gemacht und daher versäumt haben, sich gegen das neue Wissensregime zu wehren, als das in der Zeit der Proteste der Studierenden gegen die Zurichtung der Hochschulen, gegen einseitige Arbeitsmarktorientierung und Studiengebühren – schon in den 1990er Jahren – vielleicht noch möglich war, ist für mich ein schlimmes Versäumnis der Professoren.

Standardmäßig wird »Qualitätssicherung« als Hauptziel der Akkreditierung benannt. Aber ist das wirklich schon ein Ziel oder nicht zunächst eine Leerformel? Was bedeutet Qualitätssicherung eigentlich? Und wie lässt sich ihre mögliche inhaltliche Füllung zurechnen und bewerten?

»Qualitätssicherung« ist zunächst eine »Leerformel«, insofern der Begriff Prozesse bezeichnet, die auf die Gewährleistung bestimmter Qualitätsziele ausgerichtet sind, die Bestimmung dieser Ziele aber nicht selber leistet, sondern vielmehr voraussetzt. Zugleich sehe ich natürlich, dass Begriffe wie »Qualitätssicherung« im Zusammenhang mit den Reformen des Hochschulwesens häufig schon im Paket mit den vorgesehenen Qualitätszielen kommen. Hier ist vor allem interessant, dass die Annäherung des Hochschulwesens an die Wirtschaft nicht nur Studieninhalte umfasst, sondern auch die Prozesse innerhalb der Hochschulen, die sich insgesamt dem Vorbild von Wirtschaftsunternehmen annähern sollen (»unternehmerische Hochschule«). Dies zeigt sich auf dem Gebiet des hochschulinternen Qualitätsmanagements, wo einige der häufig diskutierten und in der Wirtschaft bereits mit Erfolg angewandten Instrumente die Angleichung von Entscheidungs- und Anreizstrukturen (Konzentration von Entscheidungsmacht, »automatische« Mittelzuweisung aufgrund erhobener Kennzahlen) implizit voraussetzen. Es ist klar, dass die demokratische Verfassung der Hochschulen dadurch nicht unbedingt gestärkt, sondern weiter geschwächt wird.

In meiner Wahrnehmung konzentriert sich die Kritik an den »Bologna-Reformen« häufig auf die Instrumente (Akkreditierung, *Bachelor* und *Master*, Modularisierung etc.) anstatt auf die Ziele. Nicht nur läuft die Kritik, wenn sie sich zu sehr auf die Abwehr von Akkreditierung oder von gestuften Studienabschlüssen konzentriert, Gefahr, wertvolle Energie auf Nebenschauplätzen zu vergeuden, während die wichtigen Entscheidungen anderswo getroffen werden – sie begibt sich auch in eine Position, von der aus »Kritik der Reformen« zugleich »Verteidigung des *status quo*« bedeutet. Das ist eben nicht nur unter dem Gesichtspunkt eines effizienten Einsatzes der Ressource »Kritik« ein Problem, sondern vor allem, weil der *status quo* insbesondere von den Studierenden als so mangelhaft empfunden wird, dass u.a. sie selbst es sind, die – vielleicht naiv und wenig phantasievoll – verstärkte »Verregelungen« einfordern, z.B. »Outcome-Orientierung« und »Modularisierung« als Antwort auf unstrukturierte Curricula, die sich allein an den inhaltlichen Fachgebieten der Lehrenden zu orientieren scheinen, »Kreditpunkte« als Antwort auf nicht studierbare, von Semester zu Semester und von Lehrenden zu Lehrenden extrem abweichende Arbeitsbelastung, »Studienbeiträge« als Antwort auf die systematische Unterfinanzierung der Hochschulen. Ich wünsche mir daher, dass gerade die kritischen Geister mehr Zeit und Energie auf die Diskussion und Beantwortung der Frage verwenden, welche Ziele die »gute Hochschule« verfolgen und welchen Interessen sie dienen soll.

Alex Demirović

Die Transformation der Staatlichkeit von Hochschulen

In der Diskussion über die aktuellen Veränderungen von Staatlichkeit richtet sich die Aufmerksamkeit vor allem auf staatliche Souveränität, internationale Organisationen oder die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, nicht oder nur in geringem Maße auf die Hochschulen, die Funktion und den Modus der von ihnen ausgeübten Herrschaft, die akademischen Intellektuellen und die von ihnen in Anspruch genommene Autorität wissenschaftlichen Wissens. Die kritische Diskussion über die Veränderung der Hochschule ist dem gegenüber durch zwei Akzentsetzungen gekennzeichnet. Zum einen sind die neuen Steuerungsmechanismen Thema, mit denen die Hochschulen auf eine unternehmerische, marktnahe Organisationslogik umgestellt und in »standortgerechte Dienstleistungshochschulen« umgebaut werden (vgl. Bultmann 1996). Zum anderen wird an die mit der Universität verbundene Bildungsidee erinnert und die schleichende Erosion von Wissenschaftlichkeit mit der Tendenz zur Unbildung beklagt (vgl. Liessmann 2006; Krippendorf 1996). Der staatstheoretische Aspekt wird also auch hier verfehlt. Doch die Universitäten, Gesamthochschulen, technischen und pädagogischen Hochschulen sowie Fachhochschulen – im folgenden ist allgemein von Hochschulen die Rede – können als ein Staatsapparat begriffen werden, der gegenwärtig reorganisiert und auf neue Weise mit der Gesellschaft verknüpft wird. Um das zu verdeutlichen, will ich Louis Althusser's Analyse der ideologischen Staatsapparate in Erinnerung rufen.

1. Hochschulen als ideologischer Staatsapparat

Ein fruchtbarer Aspekt von Althusser's Überlegung, die Hochschulen als einen Staatsapparat zu kennzeichnen, war zunächst die implizite Kritik an einer ökonomisch vereinseitigten Erklärung ihrer Funktionsweise. In Deutschland konzentrierten sich die Analysen vorwiegend auf die politische Ökonomie des Ausbildungssektors (vgl. Altwater/Huisken 1971). Schon die 1961 erstmals erschienene SDS-Hochschuldenkschrift hatte nachgewiesen, dass die Humboldt'sche Bildungsidee der Freiheit von Forschung und Lehre, der Gemeinschaft von Lernenden und Lehrenden kein angemessenes Selbstverständnis für Hochschulen mehr sei. Dienten sie im frühen 19. Jahrhundert noch einer sich von Kirche und Staat emanzipierenden Wissenschaft und der Ausbildung des Staatspersonals, so waren sie durch die Aufnahme zahlreicher Fachwissenschaften, die Ausbildung spezieller, hochqualifizierter Berufe und die Erarbeitung verwertbarer Forschungsergebnisse verändert worden. Die Hochschulen und die Wissenschaften waren dem Kapitalkreislauf subsumiert. Seit den späten 1960er Jahren wurde eine neue, dritte Phase dieser Subsumtion unter den gesamt-kapitalistischen Reproduktionsprozess erwartet (vgl. Roth/Kanzow 1970). Vielfach wurde diskutiert, dass die Universitäten sich den betrieblichen Herrschaftsmustern des Taylorismus anpassen würden: die Universität als Wissensfabrik, die Zerlegung der

Disziplinen in nach organisatorischen, nicht inhaltlich-systematischen Gesichtspunkten gegliederte Betriebseinheiten, eine ökonomisch-bürokratische Rationalisierung der Wissenschaften. Die Vorschläge des Wissenschaftsrats von 1966 – die Studienzeit sollte auf maximal neun Semester befristet werden, das Studium allein der Berufsausbildung dienen, wissenschaftliche Ausbildung in einem Aufbaustudium für wenige ausgewählte Studierende stattfinden, Studienfachwechsel die Ausnahme bleiben – wurde zu Recht als technokratisch zurückgewiesen, der Sinn des akademischen Studiums, nämlich Bildung durch Wissenschaft, müsste verloren gehen, Studierende würden auf den Status von Schülern reduziert, die Freiheit der Wissenschaft und die Möglichkeit zur Reflexion würden durch straffe Stundenpläne und vorgeschriebene Studiengänge eingeschränkt (vgl. Habermas 1966/1981). Die in den 1970er Jahren neu eingeführten Zugangsbeschränkungen durch Numerus Clausus, die zentrale Vergabe von Studienplätzen, die Kapazitätsberechnungen, der denkbar ungünstige Verteilungsschlüssel zum Verhältnis von Studierenden, Hochschullehrern und Mittelbaustellen bestätigten die Befürchtung, dass Studierende und Wissenschaft Gegenstand staatlicher Verwaltung im Interesse der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes wurden.

Es gab aber einige Aspekte, die in dieser Art der Analyse nicht aufgingen und Anlass zu einer Blickverschiebung gaben. Die Hochschulen sind nicht nur in dem Maße, wie sich die Wissenschaft als Produktivkraft entwickelt hat, tendenziell immer stärker mit der kapitalistischen Ökonomie verbunden – sie haben auch eine politische Dimension. Das ist offensichtlich, wenn im Nationalsozialismus kritischen Wissenschaftlerinnen auf Initiative von Universitätsrektoren, Dekanen und Kollegen die akademischen Bürgerrechte entzogen wurde, wenn demokratische, jüdische oder marxistische Wissenschaftler verfolgt und vertrieben wurden; wenn in den 1970er Jahren, als mit der Ausweitung der Professorenschaft auch zahlreiche Linke berufen wurden, Berufsverbote verhängt oder mit Unterschrift besiegelte Loyalitätsbekundungen zur »Freiheitlich-demokratischen Grundordnung« verlangt wurden. Immer noch offensichtlich ist dies, wenn keynesianisch orientierte Wirtschaftstheorie, marxistische Forschung oder Kritische Theorie marginalisiert oder regelrecht ausgegrenzt und verhindert werden. Allerdings wird selten offen politisch argumentiert, sondern im Namen der Wissenschaft behauptet, solche Ansätze seien bloß ideologisch oder historisch völlig überholt. Kaum noch erkennbar sind politische Entscheidungen, wenn kritische Wissenschaftler nicht berufen, Forschungen nicht finanziert oder Fachgebiete nicht institutionalisiert werden. In solchen Fällen wird oft mangelnde Qualität und fehlende sachliche Notwendigkeit behauptet. Dies ist um so leichter möglich, als die Akteure im wissenschaftlichen Feld konstant glauben, die Arbeit anderer nur nach deren Qualität und nicht nach irgendwelchen sozialen oder politischen Gesichtspunkten zu beurteilen oder anzuerkennen (vgl. Engler 2001, 453).

Diese Beispiele zeigen, dass der Staat in unterschiedlicher Weise und verschieden intensiv in die Wissenschaften und bis in die Mikroprozesse von Wissenschaft selbst hineinwirkt. Auf diesen Zusammenhang zielt die Analyse Althussers, wenn er die Hochschulen als Teil des schulischen ideologischen Staatsapparats begreift. Ihre Grundlage haben sie nicht vorrangig in der Funktion der Repression, sondern in der der Ideologie. Die politische Funktion der Hochschulen als Staatsapparat

bringt sich nicht primär darin zur Geltung, dass die Wissenschaften mit ihr von außen entgegenstehenden Drohungen von Gewalt und Sanktion konfrontiert wären, die den Wissenschaftlerinnen nur die Alternative ließe, den Mut zum Wissen und zur Wahrheit zu haben oder sich dem staatlichen Befehl zu beugen. Vielmehr ist die Wissenschaft selbst von Politik und Staat durchzogen, sie nimmt die Form der Ideologie an, die in materiellen Praxen des Staatsapparats organisiert ist. Althusser diskutiert dies mit Blick auf die Rolle der Schule. Die Schule, und das ist kein grundsätzlicher Unterschied zur Hochschule, trägt zur Qualifikation der Arbeitskraft bei. Die Arbeitskraft muss durch Ausbildung kompetent gemacht werden. In dieser Kompetenz überlagern sich zwei Aspekte. Innerhalb der gesellschaftlich-technischen Arbeitsteilung ist zum einen sachliche Kompetenz erforderlich, um bestimmte Aufgaben mit einem durchschnittlichen Maß an Fertigkeiten auszuüben. Doch darüber hinaus lernen die Schüler und Studierenden immer auch das »Zu-tun-Wissen«, also »wie man vorgehen muss, um einen Gegenstand richtig zu würdigen und zu beurteilen, zu genießen, zu gebrauchen und zu konsumieren« (Althusser 1985, 46). Herrschaftstheoretisch verallgemeinert heißt das: »Die Schule (aber auch andere Institutionen des Staates wie die Kirche oder andere Apparate wie die Armee) lehren ›Fähigkeiten‹, aber in Formen, die die Unterwerfung unter die herrschende Ideologie oder die Beherrschung ihrer ›Praxis‹ sichern.« (Althusser 1977, 112)

Die Überlegungen Althussters lassen sich deskriptiv konkretisieren: Mit dem Erlernen fachlicher Kompetenzen lernen die Schüler und Studierenden zugleich, den Kanon und die Ordnung staatlich lizenzierten Wissens als selbstverständlich zu respektieren; sie nehmen auf, welches Wissen aufgrund staatlich-öffentlicher Definition als relevant gilt – wie Mathematik und Naturwissenschaften, während andere Wissensarten eher abgewertet werden; sie üben die körperliche und intellektuelle Disziplin ein, sich dieses Wissen anzueignen, also Sitzhaltung, Zuhören, Sprechen, methodisches Vorgehen; sie lernen die Trennung von objektiv-sachbezogenem Wissen und eigener subjektiver Erfahrung und Sichtweise, die sie besser nicht erkennen lassen, weil das der positiven Bewertung durch Lehrer und Hochschullehrer abträglich wäre. Es wird gelernt, dass das Wissen in einer bestimmten Stufenfolge gegliedert ist und niemand sich anmaßen soll, anders und anderes zu lernen. Ein Rhythmus permanenter Leistungsprüfungen soll zum Lernen anreizen und Fortschritte sichtbar machen; vor allem aber sozialisieren die Prüfungen in die Konkurrenz ein, in Lernen als Wettbewerb und Bemessung der Individuen, denn eingeübt wird auch die Einordnung der eigenen Person und anderer in eine gleichmäßige Skalierung nach Qualität und Leistung, die in einem homogenen und kontinuierlichen Notenspiegel abgebildet werden – es geht um die Akzeptanz der Kompetenz oder Inkompetenz als eine objektivierte persönliche Eigenschaft. In diesem Prozess werden die Schüler und später die Studierenden in Gruppen mit niedrigen, mittleren und höheren Kompetenzen eingeteilt, sie werden sortiert und aussortiert, und sie lernen, sich diese Einteilung als ein Verhältnis zu sich selbst anzueignen. Grundlage ist die ›Illusion der Chancengleichheit‹. Alle sollen sich entlang eines für alle gültigen Maßstabs bewähren können. Der an diesem Muster lange geübten Kritik wird heute oberflächlich mit dem Ansatz entsprochen, individuelle Begabungen zu fördern. Doch wird der allgemeine Gesichtspunkt der Chancengleichheit nicht verändert, sondern

im Gegenteil noch unterboten. Unterschiedliche und eigenbestimmte Lernrhythmen, verschiedene Begabungen und Logiken der Wissen(schaft)sbereiche, Erfahrung und Kollektivität bilden keine Kriterien. Stattdessen werden vermeintlich schwächere Jugendliche an einen Durchschnittsmaßstab herangeführt und andere gefördert, die in naturwissenschaftlich-technischen Fächern besonders stark sind. Dieser zweiten Gruppe wird zugeschrieben, dass sie zu einer Elite gehören, also besonders geeignet sind, Führungsverantwortung zu übernehmen – es wird ihnen also Macht zugesprochen und die Möglichkeit eingeräumt, ihre Machtpositionen zu reproduzieren, indem sie festschreiben dürfen, was als qualitativ anspruchsvoll und eliteberechtigt gilt.

Althusser spricht über den schulischen ideologischen Staatsapparat in seiner Gesamtheit, also vom Kindergarten bis zu den Hochschulen und Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung. Der Unterschied von privat und öffentlich fällt in diesen Bereich selbst hinein, auch private Bildungseinrichtungen werden als Teil des Staatsapparats betrachtet. Damit lehnt er sich an Gramscis Unterscheidung der zivilen und der politischen Gesellschaft an. Während aber aus Althussters Sicht allein die Staatsmacht entscheidet, was als privat, was als öffentlich gilt, verhält es sich bei Gramsci komplexer, da vor allem in der Zivilgesellschaft um den Verlauf der Grenzlinie zwischen privat und öffentlich gekämpft wird. Gramsci bringt zudem einen weiteren zentralen Gesichtspunkt in die Analyse ein. Er betont, dass die Hochschulen in besonderer Weise zur Trennung der geistigen von der körperlichen Arbeit beitragen, das Wissen der Subalternen systematisch aneignen und als ein kohärentes Wissen derart ausarbeiten, dass es zu einem Privileg der herrschenden Klassen werden kann. Es wird von der Vielzahl der vermeintlich nur körperlich Arbeitenden, vom Laienverstand getrennt und einer besonderen Kategorie von Intellektuellen vorbehalten. Damit zirkuliert das Wissen nicht mehr frei. Es geht nicht mehr um Problembewusstsein, Erfahrungsprozesse, Argumente, Verallgemeinerungen, die Herausarbeitung des Alltagsverständs aus seiner bizarren Ungleichzeitigkeit, sondern um die verfügende Kontrolle des Wissens. Das aber betrifft die staatliche Organisation des Wissensapparats auch intern; er wird hierarchisiert. Hinzufügen ließe sich, dass Max Horkheimer zu etwa derselben Zeit auf die Auswirkungen dieser klassenspezifischen Prägung des wissenschaftlichen Wissens hinwies. Es wird positivistisch und traditionell; das Objekt der Wissenschaften erscheint als ein Gegenstand, der objektiv und unberührt von der gesellschaftlichen Praxis existiert und von außen der Verfügung durch Wissenschaft und Technik unterworfen werden kann (vgl. Horkheimer 1970/1988).

Mit seiner Überlegung bekommt Gramsci auch die Differenzierung und Hierarchie der Schultypen und Hochschulen im Kontext der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in den Blick, die Althusser in seinem Ansatz übergeht, weil er sich allein für den Aspekt der ideologischen Anrufung interessiert. Wie alle anderen ideologischen Staatsapparate übernimmt auch der schulische Apparat die Aufgabe, die Produktionsverhältnisse zu reproduzieren, indem er die Individuen so zu Subjekten macht, dass sie sich in die vorhandene Klassenstruktur und gesellschaftlich-technische Arbeitsteilung einfügen. Alle Apparate tragen also zum »gleichen Ergebnis bei: der Reproduktion der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse« (ebd., 127). Die Frage, auf welche spezifische Weise sie dies tun, und warum es überhaupt auf

verschiedene Weise getan werden muss, warum nicht ein Apparat ausreicht, wird nicht beantwortet. Der besondere Charakter der Hochschulen und ihre spezifische Funktionsweise sind nicht Gegenstand der Argumentation Althusser's; auch nicht die besondere Form der Subjektivierung, der Subjektpositionen, die die Hochschulen erzeugen und die gegenwärtig durch ihre Neuausrichtung rekonfiguriert werden.

2. Politische Macht und Disziplinen

Es ist notwendig, sich die Prozesse in den Hochschulen und deren Logik selbst genauer anzusehen. Im Zentrum steht die Erzeugung und Distribution einer bestimmten Art von wissenschaftlichem Wissen und entsprechend geschulter Arbeitskräfte. Innerhalb der Wissenschaft und durch sie entfaltet sich zugleich staatliche Macht. Zunächst einmal dadurch, dass seit etwa zweihundert Jahren Wissenschaften nicht mehr allein privat, von Einzelpersonen, in Akademien oder Unternehmen betrieben werden, sondern zu einer staatlichen Aufgabe geworden sind; der Staat finanziert Gebäude, Verwaltungs- und Wissenschaftspersonal, Bibliotheken, Forschung und Unterricht aus öffentlichen Mitteln. Er gewährleistet damit Kontinuität und den gleichen Zugang zu diesem für Kapitaleigner, Staat und gesellschaftliche Einrichtungen wichtigen Wissen; andernfalls würde es nur einigen privilegierten, kapitalstarken Unternehmen zur Verfügung stehen. Ebenso wird damit sichergestellt, daß es in den bestimmten Proportionen der Bevölkerungszusammensetzung die notwendige Zahl von hochqualifizierten Arbeitskräften gibt, die dem privatwirtschaftlichen und staatlichen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Auch in diesem werden damit für die Kapitaleigner gleiche Wettbewerbsbedingungen gesichert. Die Disproportionalitäten haben immer wieder zur Klage über die Bildung eines gefährlichen akademischen Proletariats geführt (vgl. Demirović 2007a). Der Staat kontrolliert die politische und sachliche Zuverlässigkeit dieses Wissens. Dass das universitäre Wissen dem Souverän nicht abträglich sein darf, gehört seit Hobbes zu den festen Bestandteilen bürgerlicher Staatslehre; der Souverän muss überdies verhindern, dass sich ein nicht-universalistisches Wissen etabliert, das auf die Privilegierung von partikularen Standpunkten besonderer Gruppen hinausläuft. Der Staat muss deswegen den Zugang zum Studium sowie zu Forschung und Lehre in einer komplizierten Balance regulieren: Er muss die Autonomie der Wissenschaften schützen, damit nach internen, also Wissensgesichtspunkten geforscht und gelehrt wird, doch darf dieses Wissen nicht zu kritisch-alternativ, die Subalternen ermächtigend und damit souveränitätsgefährdend werden; er muss gewährleisten, dass eine Vielzahl von Fragestellungen, Thesen, Forschungen und Disziplinen zur Geltung kommt und das Wissen allgemein zugänglich bleibt, damit er nicht einzelne Kapitale und Kapitalgruppen indirekt subventioniert. Doch er muss auch die Grenzen dessen, was wissenschaftlich ist, schützen, damit sich nicht zu viele gesellschaftliche Kräfte mit ihrem Wissen an der Definition beteiligen. Zudem muss er Wissen gegen Spionage und Raub sichern und gewährleisten, dass Wissenschaftler nicht abwandern. Die Kontrolle geschieht in erster Linie durch eine Sequenz von staatlich zugelassenen Prüfungen, geprüften Prüfern und durch Titel bekräftigte Kompetenzen. Die Titel

symbolisieren das staatlich lizenzierte Wissen, das als allgemeinverbindlich gelten kann. Sie stehen für Universalität und Geltungsdauer einer Qualifikation, auch wenn dem die Realität nicht entspricht. Sie gewähren Rechte: ein Niveau der Lehrbefähigung (z.B. wohl an der Schule, aber nicht an der Universität) und des Einkommens, eine bestimmte Stufe in der Hierarchie, zeitliche und sachliche Freiheitsspielräume oder Privilegien (wie das mittlerweile aus Kostengründen abgeschaffte Recht auf eine Bahnkarte der 1. Klasse ab Habilitation, Sekretariat, Mitarbeiter, Tutoren, Bücher-, Reise- und Forschungsetat). Ab einem bestimmten Niveau ermächtigt der nach staatlich definierten Regeln erworbene Titel wiederum, anderen den Titel zu verleihen, der ihnen den Zugang zu privilegierten Stellen gewährt.

Die auf Titel gestützte Hierarchie bewirkt, dass nicht bloß wissenschaftliche Kompetenz und Argumente zwischen Lehrenden, Mitarbeitern und Lernenden zählen; es ist nicht möglich, der wissenschaftlichen Neugierde allein nach dem Gesichtspunkt des inneren systematischen Zusammenhangs von Problemen und Fragestellungen zu folgen. Das Wissen ist nicht gleichsam fließend und offen, am Gegenstand und den Problemen orientiert, sondern wird Disziplinen zugerechnet und untergeordnet. Die Disziplin definiert Forschungsgegenstände, legt die Wissensbestände, den Stand der Forschung und der relevanten Fragen, die methodischen Instrumente, die Regeln und die Rhetorik der Beweisführung, das Sagbare und Nicht-Sagbare fest. Sie bestimmt den Rhythmus des Lernens und, vermittelt über die staatlich zuerkannten Abschlussgrade, auch Arbeitsmarktchancen. Nach innen organisiert die Disziplin Konkurrenz, indem sie darüber entscheidet, wer das relevante Wissen repräsentiert, wessen Texte gelesen und zitiert werden, welche Forschungen unterstützt werden, wer für welche Leistungen anerkannt wird und schließlich eine Professur erhält. In der Konkurrenz innerhalb der Disziplin geht es weniger um reale als um zugeschriebene Leistung. Deswegen betrachten viele Wissenschaftler ihre Berufung als Glück. Die harte wissenschaftliche Arbeit ist lediglich der Einsatz in einem Spiel, der geleistet werden muss, um von anderen Akteuren wahrgenommen und anerkannt zu werden (vgl. Engler 2001, 447).

Wissenschaftsdisziplin und staatlich geregeltes Studium bedingen sich wechselseitig. Nur aufgrund eines festgelegten Umrisses des zu erwerbenden Wissens werden Professuren in einem Fachgebiet eingerichtet und wird ausgehandelt, in welchem Umfang man es braucht (für die Entwicklung der Soziologie in Deutschland vgl. Demirović 1999). Die Disziplinen fixieren die Abgrenzung einer Wissenschaft und schaffen – wie immer im Fall von Berufen, die eine Kompetenz spezifizieren – Schutz vor Konkurrenz: in der Vertretung eines Lehrgebiets, für die Absolventen auf dem Arbeitsmarkt, beim Einwerben von Forschungsmitteln, bei Gutachten. Doch die Konkurrenz holt die Fachgebiete in ihrer Gesamtheit wieder ein, sie treten in einen Wettbewerb, in dem ihr Marktwert und ihre hierarchische Position festgelegt wird. Disziplinen nehmen in Anspruch, den anderen überlegen zu sein. Sie streben an, darüber befinden zu können, was als wissenschaftlich gelten kann, verbindliche, überdisziplinäre Fragestellungen zu formulieren, Synthesen zu ermöglichen, Politik zu beraten, gesellschaftliche Problemlagen zu definieren oder Entwicklungen zu steuern. Die relative Stärke der Disziplinen, also ihre Bedeutung im wissenschaftlichen Feld,

hängt von einer Reihe von Faktoren ab: von ihrer Nähe zur Wirtschaft, zur staatlichen Verwaltung, zur Schule oder den kulturellen Institutionen, von der Höhe der Einkommen und der Herkunft der Hochschullehrer, von der geschlechtlichen Zusammensetzung des Lehrkörpers oder der Studierendenschaft. Pierre Bourdieu vertrat deswegen die These, dass sich die Professoren der verschiedenen Fakultäten auf zwei Pole verteilen: den der politisch-ökonomischen Macht und den des kulturellen Prestiges. Die charakteristischen Eigenschaften der herrschenden Fraktionen der herrschenden Klassen nähmen in dem Maße zu, wie man von den eher an der Autonomie der Wissenschaften orientierten naturwissenschaftlichen und an kultureller Macht orientierten philosophischen Fakultäten zu den eher an politischer Macht orientierten rechtswissenschaftlichen und an ökonomischer Macht orientierten medizinischen Fakultäten übergehe (vgl. Bourdieu 1988, 85). Entsprechend reproduziere das universitäre Feld das Machtfeld und trage »vermittels der ihm eigenen Auslese und Wissensvermittlung zur Reproduktion von dessen Struktur bei« (ebd., 90). Fächerstrukturen und Rekrutierungsmuster sind nach staatlich verdichtetem Kräfteverhältnis und historischer Konjunktur verschieden, doch es bleibt der Grundmechanismus: In einem sich verstärkenden Kreislauf ziehen Universitäten insgesamt, besonders die mächtigen Fächer, wiederum die Personen an, die qua Herkunft mit diesen Fächern verbunden sind und von denen alle beteiligten Akteure erwarten, dass sie die herrschenden Klassen reproduzieren (vgl. Hartmann 2004).

3. Die Reform der Hochschulreform: die unternehmerische Hochschule

Der Zusammenhang von Staat und Hochschule umfasst weit mehr Aspekte als die Fragen der Disziplin und der Titel, aber gerade diese sind wichtig, wenn die interne Dynamik der Veränderung der Wissenschaften in den Blick genommen werden soll. Seit Beginn der 1990er Jahre sind die Hochschulen in Deutschland einer weitreichenden Reorganisation unterworfen, kulminierend im sog. Bologna-Prozess, dessen Ziel ist, die EU zur wettbewerbsfähigsten Wissensgesellschaft der Welt zu entwickeln. Im Zuge dieser neuerlichen technokratischen Reform wurde zumindest in Deutschland vieles wieder aufgegriffen, was von der studentischen Protestbewegung der 1960er bis zum Aktionsbündnis gegen Studiengebühren der 2000er Jahre bekämpft wurde: unternehmensförmige Steuerung der Hochschulen, stärkere Leistungsbewertung und -kontrolle der Hochschullehrer, eine (nun Modularisierung genannte) Verschulung der Studiengänge, Studiengebühren, Strafmaßnahmen für Langzeitstudierende, die Zwangsexmatrikulation, die Ersetzung des Abiturs durch Zugangs- und Auswahlgespräche, berufsbefähigende Abschlüsse nach sechs oder acht Semestern, die permanente Leistungskontrolle der Studierenden usw.

Eine Reform der Hochschulreform wird von vielen Kräften seit langem für notwendig gehalten. Das Verhältnis von Lehrenden und Studierenden hat sich seit Mitte der 1970er Jahren in vielen Fächern erheblich verschlechtert. Die Öffnung der Hochschulen und der Zugang zu höherer Bildung allein lösen das Versprechen auf Bildungsgleichheit nicht ein. Dafür sind eine Reihe von endogenen und exogenen Faktoren verantwortlich. Endogen wirkt die Selektivität der Disziplinen

und Hochschulen, die je nach ihrer Position im Feld universitärer Macht Studierende anziehen oder abstoßen, sei es durch den Lehrstoff, die Hochschullehrer, die Berufsperspektiven oder den Habitus (Sprachmuster, Kleidungsstil, Lern- und Konsumgewohnheiten) der Kommilitonen – so dass sich hier weiterhin verschiedene Fraktionen der herrschenden Klasse reproduzieren. Exogen wurde Selektivität dadurch bewirkt, dass die öffentliche Bildungsförderung zunächst wieder auf Kredit zurückgestuft und dann noch im Umfang eingeschränkt wurde. Viele Studierende sind neben- oder sogar vollzeitbeschäftigt. Vielfach wurde das Studium durch institutionelle Desorganisation erschwert. Das Resultat waren lange Studienzeiten und eine hohe Quote von Abbrechern. Waren Langzeitstudierende in den 1970er Jahren durchaus erwünscht, weil sie den Arbeitsmarkt entlasteten, so verzerrten sie aus der Sicht der Bildungspolitik die Statistik, die Auskunft über das reale Verhältnis von Lehrenden zu Studierenden geben soll. Es wurde und wird erwartet, dass in Deutschland – vergleichbar mit anderen OECD-Staaten – die Zahl der Studierenden in den nächsten Jahrzehnten trotz schrumpfender Bevölkerungszahlen noch weiter ansteigen wird. Gleichzeitig wurde schon früh gesehen, dass die Bildungsinvestitionen auf einem im Vergleich zu anderen führenden Industriegesellschaften unterdurchschnittlichen Niveau blieben (vgl. Maier 1994). Anstatt die Finanzierung zu verbessern, verfolgte die Politik verstärkt eine neoliberale Strategie. Der Reformbedarf wurde aufgegriffen, doch, geleitet von Konzepten des New Public Management, sollten unnötige Kosten und Ineffizienzen durch Organisationsreformen beseitigt werden. Faulheit der Hochschullehrer, überkommene Besitzstände, zweifelhafte Fächer und Ausbildungen galten als das Problem. Eine antiintellektuelle und antiwissenschaftliche Haltung entwickelte sich, den Hochschulen, die als Fass ohne Boden beschrieben wurden, keine zusätzlichen Mittel zu gewähren. Vielmehr wurde die Erwartung genährt, dass mit weniger Mitteln und weniger Personal mehr Studierende besser ausgebildet und höherwertige wissenschaftliche Ergebnisse hervorgebracht werden könnten – wenn die Hochschulen und Wissenschaftler sich nur endlich marktförmig und leistungsorientiert verhielten.

Durch Vorschläge, politische Entscheidungen und Maßnahmen in diesem Sinn versprochen und versprochen politische Gremien, wissenschafts- und hochschulpolitische Akteure, Think Tanks oder Vertreter der Unternehmen, zu einer Rationalitätssteigerung an den Hochschulen beizutragen. In Gang gesetzt wurden über die Jahre diverse Einzelmaßnahmen, die bei den etablierten Hochschullehrern den Glauben nähren konnten, nach einer nochmaligen Reform endlich Entlastung zu finden; den Jüngeren wurde in Aussicht gestellt, verstopfte Karrierepfade zu öffnen, neue zu schaffen und die Exzellenten in besonderem Maße zu fördern. Den Studierenden wurde mehr Service, bessere Betreuung und eine Trennung wissenschaftlich anspruchsvoller von berufsorientierten Studiengängen versprochen.

Entsprechend wurde die Politik verfolgt, nicht mehr alle Fächer an allen Hochschulen anzubieten, sondern deren sog. Kernkompetenzen zu profilieren. Studiengänge und Fächer wurden auf die Studienzahlen und Absolventenquoten hin geprüft; um Kosten zu senken, wurden ganze Institute abgewickelt, Studiengänge geschlossen, Professuren und Verwaltungsstellen nicht mehr besetzt, Bibliotheksetats zusammengestrichen oder Gebäude aufgegeben. Geprüft wurde auch, ob die Lehrenden ihren

Lehr- und Prüfungsverpflichtungen nachkommen. Die Lehrdeputate wurden erhöht, Sprechstunden und Betreuungszeiten obligatorisch. Von Ministerien kam die Aufforderung, die Zahl der Diplome und Promotionen zu erhöhen. Tatsächlich stellt sich die Frage, ob die Studienfächer effizient organisiert sind und die Studierenden wirklich erfolgreich studieren können oder ob nicht ihre Lebenszeit durch institutionelle Desorganisation und bizarre Curricula verwüetet wird. Ebenso ist es wichtig zu wissen, ob und in welchem Umfang die gesellschaftliche Arbeitsteilung für eine bestimmte Qualifikation überhaupt Bedarf hat. So waren selbst linke Sozialwissenschaftler wie Burkhard Lutz und GEW-Vorstandmitglieder der Ansicht, dass die hohe Zahl der Studierenden einerseits zu Akademikerarbeitslosigkeit, andererseits zur Abwertung anderer berufsqualifizierender Abschlüsse und zu einer Verringerung des Anteils von hochqualifizierten Facharbeitern führen würde. Hinzu kommt der Aspekt der Qualität des erworbenen Wissens. An etlichen Instituten finden sich Hochschullehrer, die sich hinter Formeln von der Freiheit der Forschung verstecken, um überhaupt nicht wissenschaftlich zu arbeiten. Sie simulieren wohl Wissenschaft, aber weder forschen sie, noch machen sie guten Unterricht. Sie veröffentlichen nicht und nehmen nicht an aktuellen fachlichen Diskussionen teil. Lehrveranstaltungen werden über viele Jahre hinweg regelmäßig wiederholt, sie werden nicht oder schlecht vorbereitet, sie fallen aus, werden auf Zeitpunkte verlegt, zu denen garantiert kein Student kommt, oder werden auf Mitarbeiter oder Tutoren abgewälzt. Die Studierenden werden sowohl um das Studium betrogen als auch um das, was der Titel verspricht. Aber auch die demokratische Gesellschaft, die mit Steuermitteln die wissenschaftliche Arbeit finanziert, wird getäuscht. Da kreative Prozesse wie die wissenschaftliche Forschung und Lehre unkalkulierbar sind, sind »faux frais« zwangsläufig. Doch bleibt es ein berechtigtes Interesse, die interne Rationalität von Prozessen der wissenschaftlichen Forschung und Ausbildung auf ihre Ergebnisse hin zu überprüfen.

Die vielseitig motivierten Einzeleingriffe in den Staatsapparat Hochschule laufen im Gesamteffekt auf eine tiefgreifende Umstrukturierung hinaus. Diese Umstrukturierung wurde von Akteuren wie dem *Centrum für Hochschulentwicklung* und einzelnen Gruppen der Wirtschaft und der Politik über einen langen Zeitraum hin systematisch ausgearbeitet und planmäßig verfolgt. Im Rahmen der EU wird das verstärkt, zudem knüpfen sich an den Prozess neue Interessen privater Bildungsanbieter, ehrgeiziger Hochschulleitungen sowie hochschulnaher Dienstleister, die Akkreditierung, Evaluierung, Coaching und Management anbieten.

Zunächst betrifft die Umstrukturierung den gesamten Bildungszyklus und damit auch das bislang geläufige Muster der individuellen Biographie. Es zeichnet sich ab, dass die Einzelnen früher beginnen, schulisch zu lernen, aufgrund einer Verkürzung des sekundären Bildungspfades setzt die tertiäre Bildung früher ein, mit dem BA als Regelabschluss hört sie auch früher auf. Nach einem Abitur mit 17 bis 18 Jahren wird das Studium mit 20 bis 22 Jahren abgeschlossen. Die Lebensarbeitszeit verlängert sich auf 45 Jahre bis zum Eintritt ins Rentenalter, das der politischen Absicht nach mit 67 Jahren beginnen wird. Dies ist eine Dimension des Umbaus des Bildungssystems. Maßnahmen in dieser Dimension haben die Verfügung über die Arbeitskraft und ihre kapitalistische Verwertung zum Ziel. Bildungsansprüche und -titel, die

wohlfahrtsstaatlich geschützt und finanziert werden, erweisen sich nicht nur als teuer; sie entziehen die Arbeitskräfte über einen längeren Zeitraum dem Arbeitsmarkt und tragen zu einem hohen Qualifikationsniveau bei, das sich schließlich auch in einer hohen Wertzusammensetzung der Ware Arbeitskraft niederschlägt. Deswegen besteht das Interesse der Unternehmen darin, die Autonomie des Bildungssystems auf ein Minimum zu reduzieren, also die Qualifikationen ohne die Rechte gewährenden Titel zu bekommen, die den Arbeitskräften eine gewisse Unabhängigkeit ermöglicht (vgl. Bourdieu/Boltanski 1981, 99). Gegenwärtig gibt es mindestens drei Ursachen dafür, dass der Wert der individuellen Arbeitskraft auch im Bereich der höheren Qualifikationen gesenkt werden kann. a) Die große Zahl Hochqualifizierter erzeugt in vielen Berufen Konkurrenz und setzt die Einkommen unter Druck oder erhöht die Bereitschaft, auch niedriger qualifizierte Tätigkeiten anzunehmen. Die Bildungsrendite ist in den vergangenen Jahren entsprechend rückläufig. Setzt sich der BA als berufsqualifizierender Abschluss durch, wird das den Wert der Arbeitskraft weiter senken. b) Durch die starke Zunahme der Zahl hochqualifizierter Frauen löst sich das fordistische Muster auf, in dem die Männer durch formelle Lohnarbeit den wesentlichen Anteil der Reproduktionskosten der Familie beigetragen haben. Aufgrund der Lohnarbeit der Frauen sinkt der Wert der Arbeitskraft der Männer, die Reproduktionskosten der Familie lassen sich nur noch durch doppelte Einkommen sichern. c) Der globale Zugriff auf menschliche Arbeitskraft ermöglicht es, die Lohnabhängigen in Konkurrenz zueinander zu bringen. Damit geraten die Löhne unter Druck. Es ist möglich, andere Staaten in die Ausbildung hochqualifizierter Wissenschaftler investieren zu lassen und diese dann auf dem Weltmarkt anzuwerben oder sie auf dem niedrigeren Einkommens- und Sozialniveau der jeweiligen Länder, in die ausgelagert wird, zu beschäftigen. Damit können indirekte Allgemekosten eingespart werden, die Unternehmen auf dem Umweg über Steuern entstehen. Geprüft werden kann zudem, welche proportionale Zusammensetzung des Gesamtarbeiters (also Anteile von ausführenden, kontrollierenden, planenden, führenden Arbeitskräften) angesichts neuer Technologien profitabel ist, indem Arbeiten ausgelagert werden.

In einer zweiten Dimension führt die gegenwärtige Reorganisation des Bildungsbereichs und besonders der tertiären Bildung zu einer Reproduktion der Klassenspaltung auf einem höheren Niveau. Ohnehin ist in den kapitalistischen Gesellschaften der schulische Apparat ein zentraler Mechanismus, die Individuen auf die verschiedenen Klassen zu verteilen. Die herrschenden Klassen haben besondere Bildungseinrichtungen geschaffen, die ihrer Reproduktion dienen – namentlich die Gymnasien, die Privatschulen und Eliteinternate sowie die Universitäten. Aufgrund der Veränderungen der Produktionsstruktur und der Muster staatlicher Herrschaft seit den 1960er Jahren kam es zu einer Öffnung der Bildungseinrichtungen. Für die Herrschenden erzeugen diese Entwicklungen Reproduktionsprobleme. Denn in zunehmendem Maße wird die Rekrutierung der Herrschenden über den schulischen Apparat vermittelt. Historisch war das für die Bourgeoisie nicht immer so. Vielfach wurden die Söhne in den Unternehmen sozialisiert und übernahmen dann die Geschäfte. Der schulische Erfolg war von geringerer Bedeutung. Zu entscheidenden Veränderungen kam es mit den großen Aktiengesellschaften, die nicht mehr durch einen persönlichen

Eigentümer geführt wurden, sondern durch Manager, welche auf dem Arbeitsmarkt rekrutiert werden mussten und einer besonderen Ausbildung bedurften, schon in den 1920er Jahren. Der Zunahme des Bedarfs an Hochqualifizierten entspricht trotz erheblicher Widerstände des konservativen Lagers eine Änderung des schulischen Rekrutierungsmusters, durch das nun anstatt der 3-4% 25-30% eines Jahrgangs die Hochschulen besuchen. Der schulische Erfolg ist keineswegs mehr linear nach Herkunft gewährleistet, Karrierenetzwerke wie die in früheren Jahrzehnten einflussreichen Burschenschaften spielen eine geringe sozialisierende und karrierevermittelnde Rolle. Die Schulen und Hochschulen bilden interne Muster der Leistungskontrolle aus, so dass der Erfolg weniger ein individueller als ein mit statistischer Wahrscheinlichkeit eintretender Erfolg ist. Es kommt zu Ungewissheit hinsichtlich des Erfolgs und der Habitusformen. In Deutschland – das bislang keine Elitehochschulen kannte, weil die Universitäten per se elitär waren und Karrieren über die burschenschaftlichen Netzwerke und Familienzusammenhänge vermittelt waren – wurde die Situation aus dem Blickwinkel der Reproduktion der herrschenden Klassen zu unübersichtlich, weil die Hochschulen keine ausdrücklich diskriminierende Rolle übernehmen konnten. Es gab keine Studiengebühren, gibt keine Unterscheidung nach Elite- und normaler Hochschule, selbst der Heiratsmarkt an den Hochschulen ist nicht klar strukturiert. Die Ausrichtung der Hochschulen am Wettbewerb untereinander, das Ranking, die Einführung von Studiengebühren, die am Skalenwert im Ranking ausgerichtet werden können, die Aufnahmegespräche, zu denen die Hochschullehrer ermächtigt werden, werden zu einer Hierarchisierung führen, die verstärkt auch soziale Distanz markiert und die Logik der Reproduktion herrschender Gruppen wieder stärkt. Begünstigt wird das dadurch, dass öffentliche Förderung von Studierenden deutlich verringert wurde. Stiftungen (wie die Konrad-Adenauer-Stiftung) gehen dazu über, die Auswahl von Assessment-Centers durchführen zu lassen, die großen Wert auf extrafunktionale Gesichtspunkte wie Konversations- oder Essverhalten, also Habitus, legen.

Eine dritte Dimension ist die stärkere Ausrichtung der Hochschulen an der Wirtschaft. Die Hochschulen, de facto die Hochschulleitungen, erhalten vom Gesetzgeber vermehrt Autonomie. Ähnlich wie in Unternehmen der Vorstand üben sie operative Aufgaben aus. Das Profil der Hochschule, ihre Kernkompetenzen, die Strategie, das Ziel, im Wettbewerb mit anderen Hochschulen gut abzuschneiden, werden in Abstimmung mit den Hochschulleitungen vom Universitäts- oder Hochschulrat festgelegt. In diesen Räten sitzen in vielen Fällen einflussreiche Vertreter der Wirtschaft. Die Ziele dieser Gremien werden von oben nach unten durchgesetzt. Dafür erhalten die Hochschulleitungen enorme Kompetenzen, sie entscheiden über die Verwendung der finanziellen Mittel, nehmen Einfluss auf die Wahl der Dekane, die Zusammensetzung der Berufungskommissionen, delegieren externe Gutachter in die Kommissionen, sprechen die Berufung aus und legen die Höhe der Gehälter fest, schließen Zielvereinbarungen, entscheiden über das Studienangebot oder die Art der angebotenen Abschlüsse. Nahezu unkontrolliert durch kollegiale Gremien ist es angesichts einer solchen Machtfülle nicht abwegig, dass sich bei den Funktionsträgern an der Spitze der Wahn der Allkompetenz und Cäsarismus ausbilden. Fachbereiche oder Fakultäten, gar die einzelnen Hochschullehrerinnen haben in diesem Prozess kaum noch Einfluss. Die

Hochschulen sind (wie in Hessen) vom Gesetz auf Wettbewerb verpflichtet. Sie müssen sich also ständig an der sog. »best practice« anderer Hochschulen messen lassen – was in der Konsequenz bedeutet, dass sie nie zur Ruhe kommen und sich der spezifische, eher langsame Zeitrhythmus der wissenschaftlichen Forschung und Lehre aufgrund ständiger Reorganisationsmaßnahmen und Neubesetzungen nicht einstellen kann. Die Rankings evaluieren die einzelnen Studienfächer ebenso wie die Hochschulen. Davon, ob sie als besonders gut, also als »exzellent« gelten, hängt wiederum ab, ob sie besonders qualifizierte Wissenschaftler bekommen, ob Anträge auf Forschungsförderung bewilligt werden, ob sie vom Staat in besonderer Weise gefördert werden. Mit Blick auf das Ranking und die Veränderungsmöglichkeiten des Fachprofils wird zusehends wichtig, dass die Hochschulen das Lehrpersonal auswechseln können, also die Hochschullehrer mit hoher Reputation durch entsprechende Gehaltszusagen halten und andere entlassen können. Allerdings sind die Spielräume der öffentlichen Hochschulen durch gesetzliche Festlegungen und die Vorgabe der Kostenneutralität erheblich eingeschränkt, während sich private Hochschulen und Stiftungshochschulen außerhalb von festgelegten Tarifen bewegen können und eine höhere Flexibilität aufweisen.

Mit BA- und Master-Studiengängen ist der schnelle Umbau gewährleistet. Anders als in den Hochschulen bislang üblich, werden diese Studiengänge für kurze Laufzeiten von fünf oder zehn Jahren auf Antrag akkreditiert. Danach werden sie evaluiert. Gesichtspunkte sind die Zahl der Absolventen, der Promovierten, die Höhe der eingeworbenen Drittmittel, die Veröffentlichungen oder Studiengebühren. Noch sind die Kriterien der Evaluation provisorisch. Absehbar ist jedoch, dass der Mechanismus des akkreditierten und evaluierten Studienfachs auch verlangt, Hochschullehrerinnen zu entlassen, wenn sie nicht mehr ins Profil passen, oder sie zu nötigen, neue und wettbewerbsfähige Studiengänge zu konzipieren. Entsprechend der Logik der »best practice«, die in globalen Rankings festgestellt wird, befindet sich die Hochschule in einem ständigen Umbau. Sobald die bislang nur angestrebte Vereinheitlichung der Studiensysteme wirklich greift und Mobilität ermöglicht, werden die Hochschullehrer ständig der Bewährung ausgesetzt, die ihnen der Weltmarkt der global angebotenen Studienfächer und -abschlüsse scheinbar abverlangt. Selbst kleine Hochschulen in Deutschland, der Schweiz oder Österreich sehen sich zumindest rhetorisch genötigt, sich mit Harvard, Yale oder Princeton zu messen, selbst wenn dies lächerlich ist und es stattdessen sinnvoll wäre, einfach eine durchschnittlich gute, seriöse wissenschaftliche Forschung und Lehre zu ermöglichen. Der ständige Druck, sich nach den quantitativen Parametern zu bewähren, dazu die größere Lehrverpflichtung und Betreuungsintensität, die Zunahme der Verwaltungsverpflichtungen und die Beteiligung an der permanent werdenden Reorganisation lässt den Wissenschaftlern kaum noch Zeit für die wissenschaftliche Arbeit selbst – was langfristig die Amerikanisierung der Inhalte befördern wird, weil dort eine kleine Gruppe von hochdotierten Wissenschaftlerinnen den wissenschaftlichen Lernstoff und Stand der Forschung festzulegen in der Lage sein werden.

Für die Studierenden ist die neue Hochschule vor allem stärker verschult. Sie stehen ständig unter dem Druck von Prüfungen, die nun studienbegleitend abgelegt werden. Ihre Freiheit, Seminare zu belegen und sich Dozierende auszuwählen, ist

erheblich eingeschränkt. Der straffe Studienplan erlaubt es kaum noch, ein informelles Curriculum mit Kommilitonen zu verfolgen. So werden insgesamt die Möglichkeiten zur Erfahrung von Wissenschaft als Bildungsprozess durch kurze Zeitrhythmen und Studiendauer eingeschränkt. Organisierte studentische Willensbildung und damit politische Erfahrungen werden gleichfalls verhindert.

Die vierte Dimension der Reorganisation der Hochschulen betrifft das Wissen selbst. Bildung und Wissenschaft werden nicht nur nach marktanalogen Mechanismen gesteuert, sie werden auch unmittelbar in Wert gesetzt. Mit der Verringerung staatlicher Ausgaben im Bildungsbereich gehen die Angebote zurück und werden privatisiert – nicht nur in der Schule. Studium an öffentlichen Hochschulen wird wieder gebührenpflichtig, daneben entstehen private Hochschulen. Die Wahl von Schule und Hochschule entscheidet über zukünftige Berufs- und Einkommensmöglichkeiten. Damit entsteht ein Markt für Bildungsfinanzierung, der für die entsprechenden Banken ein Geschäftsvolumen von erwarteten zwei bis drei Milliarden Euro pro Jahr verspricht (vgl. Foders 2003). Die Hochschulen selbst können versuchen, Forschungsergebnisse zu erzeugen, die als Patente angemeldet und verwertet werden können. Notwendigerweise muss Wissen damit von der Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Wissenschaftlerinnen werden zögern, sich zu früh mit Thesen an die Öffentlichkeit zu wagen. Auch Studiengänge selbst werden verwertet. Dies kann in der Form von Zusatzabschlüssen in besonderen Studienmodulen für Postgraduierte, in der Form von Weiterbildungsangeboten für Berufstätige oder in der Form der Vermarktung ganzer Studiengänge auf dem globalen Bildungsmarkt geschehen.

4. Ist die Hochschule noch ein Ideologie organisierender Staatsapparat?

Die Antwort kann kurz lauten: Ja. Doch die Form ändert sich. Die Reproduktion der herrschenden Klassen wird gegenüber der Wissenschaft aufgewertet, die Produktion des Wissens wird nach einer langen Phase des Pluralismus auf positivistische Erfassung und Ideologie umgestellt, das Wissen dient nicht nur der Kapitalverwertung, sondern wird selbst in Wert gesetzt. Besonders ein Aspekt ist hervorzuheben. Indem die Hochschulen einer unternehmerischen, marktnahen Logik unterstellt werden – auch wenn sie nicht aus der Kompetenz des Gesetzgebers entlassen und weiterhin öffentlich finanziert sind –, zieht sich die demokratische Politik aus der Verantwortung für sie zurück. Dies schwächt nicht nur die öffentlichen Funktionen der Hochschule und setzt autoritäre Dynamiken frei, sondern stiftet auch eine neuartige Verschränkung von privat und öffentlich: Einerseits werden erhebliche Mittel an private Hochschulen vergeben; andererseits wächst der Anteil der Stiftungsprofessuren an den öffentlichen, wodurch es privaten Akteuren möglich wird, die Forschungsfelder und die Lehre indirekt langfristig festzulegen. Zugleich baut die gegenwärtige Reorganisation die Leistungen der alten Staatsaufsicht ab. Indem sie die Konkurrenz der Wissenschaftlerinnen und Fachgebiete auf eine neue Stufe hebt, gefährdet sie Forschungs- und Lehrkontinuitäten; stattdessen soll den schnellen Umschlagszeiten des Wissens und der Wettbewerbsorientierung der global operierenden Unternehmen mit ihren rasch wechselnden Arbeitskraft- und Forschungserfordernissen Rechnung

getragen werden. Deswegen geht es ständig ums Überleben eines Fachgebietes, um die Ausstattungen, um die Gehälter der Wissenschaftlerinnen an einer Hochschule in der Konkurrenz mit anderen Einrichtungen. Die partikularistische Sicht der betriebswirtschaftlichen Rationalität wird an den Hochschulen durchgesetzt. Die Praxis der Akkreditierung, Evaluierung und Qualitätssicherung trägt unterstützend zu einer Art institutionalisierter Dauerbeobachtung und Dauerkontrolle bei (vgl. Hartmann 2004). Sie setzt die Hochschulen regional, national, europäisch und global in ein Verhältnis, indem sie Basel und Princeton, Yokohama und Berkeley, Barcelona und Stockholm miteinander vergleicht. Anhand der Ergebnisse wird über Fächer, Wissenschaftler, Drittmittel, Studierende entschieden, ein schneller Umschlag von Organisationsmethoden und Wissen ist gesichert. Über Zwänge zur Drittmittelwerbung werden Wissenschaftlerinnen zudem veranlasst, sich mehr oder weniger willkürlich national und international zu vernetzen.

Damit findet in den Hochschulen statt, was vergleichbar auch in anderen Staatsapparaten betrieben wird. Auch dieser Staatsapparat wird in Fragmente zerlegt, einige bleiben regional, andere transnationalisieren sich – in der Lehre, der Forschung oder sogar der Verwertung von Wissen durch Patente, Studiengänge, Dienstleistungen. Die bürokratischen Abläufe werden dynamisiert, Flexibilität und ständige Reorganisation ermöglicht, die Apparate quer zu den Hierarchien und entlang der Logik von Projekten vernetzt (vgl. Demirović 2007b). Dabei werden die institutionellen Zeithorizonte extrem verkürzt, das Zeitbudget der Wissenschaftler gerät unter den Druck der Wettbewerbsorientierung, viele für fruchtbares wissenschaftliches Arbeiten wichtige Aspekte werden ignoriert. Das Ergebnis wird ein Verlust wissenschaftlicher Rationalität und eine Zunahme von Ideologieproduktion, eine monokulturelle Homogenisierung der Fachgebiete und Lehrmeinungen, eine Formalisierung des Lernens und eine Abspaltung der Erfahrung bei den vielen sein, die sich akademisch aus- und fortbilden: eine neue Form akademisch gebildeter Subalternen. Die Herausbildung abweichender wissenschaftlicher Orientierungen und Forschungszusammenhänge wird durch Eingriffe der Hochschulleitungen in Berufungsprozesse verhindert, die Profilbildungsabsichten der Hochschulen und ihre intendierte Wirtschaftsnähe haben eine faktische Zensur- und informelle Berufsverbotskonsequenz. Da das, was an Wissen benötigt wird, durch die wettbewerbsfähigen Unternehmen, durch Akkreditierung, Ranking und Qualitätssicherung vorgegeben wird, treten gesamtgesellschaftliche Perspektiven darauf, welche Fächer, welches Wissen, welche wissenschaftlichen Befähigungen benötigt werden, weiter in den Hintergrund oder werden ganz verdrängt. Alternative und kritische Wissenschaftsorientierungen finden, wie in den Niederlanden, Großbritannien oder den USA, als Nischen nur dann ihren Ort, wenn die Fachvertreter Reputation erlangen, Drittmittel einwerben und Studierende anziehen, die Studiengebühren bringen (vgl. die Beiträge von König/Kreisky und Krätke in Brüchert/Wagner 2007). Doch bleibt es bei isolierten Nischen, die zumeist keinen Forschungszusammenhang konstituieren. Das Bürgertum, so scheint es, geht den Weg weiter, den Horkheimer und Adorno (1947/1987, 65) als den Pfad der europäischen Aufklärung beschrieben haben: Es gibt in deren Verwirklichung das Denken preis. Ein Aspekt der Dialektik der Aufklärung ist es, dass mit

ihr Vernunft und Wissenschaft aus der Klammer staatlich organisierter Herrschaft freigesetzt werden. Die Gefahren sind groß, dass für ihre Fortsetzung keine materiellen Grundlagen mehr existieren; aber es entsteht damit auch die Möglichkeit, sie sich auf neue Weise anzueignen und sie so fortzusetzen.

Literatur

- Althusser, Louis, *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Berlin 1977
- ders., *Philosophie und spontane Philosophie der Wissenschaftler*, Berlin 1985
- Altwater, Elmar, u. Freerk Huisken (Hg.), *Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors*, Erlangen 1971
- Bourdieu, Pierre, *Homo Academicus*, Frankfurt/M 1988
- ders., »Titel und Stelle. Zum Verhältnis von Bildung und Beschäftigung«, in: ders. u.a.: *Titel und Stelle. Über die Reproduktion sozialer Macht*, Frankfurt/M 1981, 89-114
- Bultmann, Torsten, »Die standortgerechte Dienstleistungshochschule«, in: *Prokla* 104, 26. Jg., 1996, 329-55
- Demirović, Alex, *Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule*, Frankfurt/M 1999
- ders., »Kritische Gesellschaftstheorie und ihre Bildungsbedingungen im fordistischen und postfordistischen Kapitalismus« (2007a), in: O. Brüchert u. A. Wagner (Hg.), *Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven kritischer Theorie*, Marburg 2007, 57-79
- ders., »Politische Beratung, Think Tanks und Demokratie« (2007b), in: J. Wernicke u. T. Bultmann (Hg.): *Netzwerk der Macht – Bertelsmann*, Marburg 2007, 13-27
- Engler, Steffani, »In Einsamkeit und Freiheit«? Zur Konstruktion der wissenschaftlichen Persönlichkeit auf dem Weg zur Professur, Konstanz 2001
- Foders, Federico, »Bildungspolitik für Beschäftigte und Wachstum«, *Deutsche Bank Research. Aktuelle Themen*, 4. Juni 2003, <http://www.dbresearch.de>, 24.8.2007
- Habermas, Jürgen: »Zwangsjacke für die Studienreform« (1966), in: ders., *Kleine Politische Schriften I-IV*, Frankfurt/M 1981, 120-33
- Hartmann, Eva, »Der globale Bildungsmarkt«, in: *Prokla* 137, 34. Jg., 2004, 565-85
- Hartmann, Michael, »Elitehochschulen – die soziale Selektion ist entscheidend«, in: *Prokla* 137, 34. Jg., 2004, 535-49
- Horkheimer, Max, »Traditionelle und kritische Theorie« (1970), in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 4, Frankfurt/M 1988, 162-225
- ders. u. Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung* (1947), in: M. Horkheimer, *Gesammelte Schriften*, Bd. 5, Frankfurt/M, 1987
- Krippendorf, Ekkehart, »Die Idee der Universität«, in: *Prokla* 104, 26. Jg., 1996, 371-94
- Liessmann, Konrad Paul, *Theorie der Unbildung*, Wien 2006
- Maier, Harry, »Die Interdependenz zwischen der Bildungsexpansion und dem Beschäftigungssystem«, in: G. Grözinger u. E. Hödl (Hg.): *Hochschulen im Niedergang? Zur Politischen Ökonomie von Lehre und Forschung*, Marburg 1994, 15-31
- Roth, Karl Heinz, u. Eckard Kanzow, *Unwissen als Ohnmacht. Zum Wechselverhältnis von Kapital und Wissenschaft*, Berlin 1970

Gerhard Zimmer

Die Universität in der informationstechnischen Produktionsweise – Widersprüche und Perspektiven

1. *Beginnt die Selbstzerstörung des »Bologna-Prozesses«?*

Mit der »Gemeinsamen Erklärung der Europäischen Bildungsminister« im Juni 1999 in Bologna wurde der »Bologna-Prozess« gestartet, durch den ein für die Wirtschaftskraft Europas vorteilhaftes Hochschulsystem geschaffen werden soll. Auslöser waren Strukturprobleme in den nationalen Systemen: die Trennung zwischen eng spezialisierten *Grandes Ecoles* und unterfinanzierten Massenuniversitäten in Frankreich, die langen Studienzeiten, die Arbeitsmarktferte der Universitäten und die hohe Akademikerarbeitslosigkeit in Italien, die Entwicklung der Universitäten zu unterfinanzierten Massenlehreanstalten mit langen Studienzeiten und hohen Abbrecherquoten in Deutschland; in Großbritannien wurden vergleichbare Probleme systemlogisch durch höhere Studiengebühren zu lösen versucht (vgl. Schiewer 2007).

Der Prozess begann mit mehreren Beschlüssen zur Förderung der Mobilität von Studierenden und Lehrenden an europäischen Universitäten, in denen die Unterschiede der nationalen Hochschulsysteme und ihrer Traditionen jeweils vollständig akzeptiert wurden. Noch bevor sich Erfolge zeigen konnten, wurde jedoch mit der »Gemeinsamen Erklärung über die Harmonisierung der Architektur des Europäischen Hochschulsystems« (»Sorbonne-Erklärung«) 1998 eine Restrukturierung der nationalen Hochschulsysteme in Europa eingeleitet; mit der »Bologna-Erklärung« erfolgte 1999 die historische Zäsur, indem die bisherige Respektierung der nationalen Hochschulsysteme und das Subsidiaritätsprinzip der EU-Bildungspolitik aufgegeben und »im selektiven Rückgriff auf als passend wahrgenommene ›Versatzstücke« ein als ›angelsächsisch« imaginiertes Modell« von Bachelor-Master-Promotion entwickelt wurde (das jedoch nicht kompatibel ist mit den angelsächsischen Modellen; ebd., 188). Auf der Folgekonferenz in Lissabon 2000 wurde der strategische Zweck dieses Vorgehens fixiert und »die Bildungs-, Hochschul- und Forschungspolitik zusammen mit Sozial-, Beschäftigungs-, Fiskal- und Wirtschaftspolitik in den umfassenden Kontext [...] der Globalisierung wirtschaftlicher Zusammenhänge und der sprunghaften Vermehrung wissenschaftlich-technologischen Wissens« gestellt (ebd., 191). Ziel der »Lissabon-Strategie« ist es, Europa zum führenden wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Die Hochschulsysteme in Europa sollen so umgebaut werden, dass sie *konsequent die Ausbildung arbeitsmarktbezogener, wissenschaftlicher Qualifikationen fördern*. Durch die Ausrichtung der Studiengänge auf »Employability« (Beschäftigungsfähigkeit; in deutscher Begrifflichkeit: »Berufsorientierung«) vermittelt Stufung, Straffung und Standardisierung sowie durch Qualitätssicherung mittels Akkreditierung soll die europäische Wirtschaftskraft gefördert werden.

Inzwischen zeigen sich vielfältige Widersprüche im »Bologna-Prozess«, die nicht zuletzt dessen erhoffte wirtschaftliche Wirkung betreffen. Gefährdet ist vor allem die Vielfalt, die ökonomische Innovationen möglich macht. Der Bildungsausschuss des britischen Unterhauses hat kürzlich in einem ausführlichen Bericht davor gewarnt, »dass der Bologna-Prozess zur Uniformierung und Standardisierung des europäischen Hochschulraumes führen könne« (FAZ, 3.5.2007). Er fordert, »sich gegen zunehmende bürokratische Überregulierung von übergeordneter Stelle zu wenden«, und verweist darauf, dass im »Bologna-Prozess« nicht von einer »Vereinheitlichung oder gar Uniformität des europäischen Hochschulsystems die Rede ist, sondern von Vergleichbarkeit (comparability) und Vereinbarkeit (compatibility)«, der Prozess habe freiwilligen Charakter und solle die Gestaltungsfreiheit in den einzelnen Ländern nicht einschränken (ebd.). Die Bundesbildungsministerin Schavan (CDU) sah sich anschließend ebenfalls veranlasst zu fordern, dass die Vielfalt und Flexibilität in der Hochschulbildung erhalten bleiben solle (FAZ, 16.5.2007), die durch die im »Bologna-Prozess« betriebene Standardisierung der Lehrveranstaltungen (vgl. HRK 2005, 113ff) abgebaut wird. Auch sollen die aus den strikten Zeitbegrenzungen der Bachelor- und Master-Studiengänge und den engen Anerkennungskriterien für Studienleistungen entstandenen Mobilitätshindernisse wieder verschwinden. Von Seiten der Wirtschaft wird die mangelnde Praxisorientierung der neuen Bachelor-Studiengänge kritisiert: Sie sollten konsequenter auf den Arbeitsmarkt ausgerichtet werden. Dieser Forderung hält die Hochschulrektorenkonferenz entgegen, dass die primäre Aufgabe der Hochschulen nicht sei, die Studierenden für bestimmte Berufsbilder auszubilden, sondern sie für lebenslanges Lernen zu befähigen (*Der Tagesspiegel*, 10.7.2007).

Heftiger Streit ist auch über die vorgeschriebenen Akkreditierungen der Studiengänge entbrannt, mit denen ihre beschäftigungsbefähigende Aktualität und Qualität zertifiziert werden soll. Sie sollen ab 2008 durch Systemakkreditierungen, wie bereits im Beschluss der Kultusministerkonferenz am 22.9.2005 zur »Qualitätssicherung in der Lehre« (6) beschlossen, ergänzt und schließlich ersetzt werden, weil sich gezeigt hat, dass sie bürokratisch aufwändig, zu teuer und zudem mit Mängeln behaftet sind, in die Hochschulautonomie eingreifen und nicht die erwartete Qualitätsverbesserung erbringen (vgl. u.a. Nickel 2006). Wie von studentischen Vertretern im Akkreditierungsrat berichtet wird (vgl. Banschus/Staack 2007, 38f), orientieren sich die Universitäten bei den zur Akkreditierung eingereichten Studienprogrammen vor allem am wissenschaftlichen Mainstream, um die Akkreditierungen nicht zu gefährden. Auch bemängeln sie die Qualifikation der Agenturen und deren Ermessensspielraum sowie die oft nur oberflächliche Vorbereitung der Gutachter und den erheblichen Einfluss der Wirtschaftsverbände, Fachgesellschaften und Landesregierungen in den Akkreditierungsagenturen; innovative Studiengestaltungen könnten häufig nur noch in fachlichen Nischen stattfinden. Die Wissenschaftsminister der Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen wollen nun »das rigore Akkreditierungssystem für die Studiengänge, das die KMK [Kultusministerkonferenz] etabliert hatte, durch eine so genannte Systemakkreditierung [...] ersetzen« (FAZ 14.5.2007, 4).

Mit der Einführung der Akkreditierungspflicht und der Gründung privater Akkreditierungsagenturen, die sich wiederum vom Akkreditierungsrat akkreditieren lassen müssen, ist ein entscheidender Schritt in Richtung Privatisierung der Bildungsangebote der Universitäten getan worden, wie vom »General Agreement on Trade in Services« (GATS) der Welthandelsorganisation verlangt. Zu Beginn fanden sich unter den akkreditierten Bachelor- und Master-Studienprogrammen vor allem solche, die bisherige Studienschwerpunkte zu allein studierbaren Programmen aufgewertet haben, die zu Preisen von mehreren hundert bis einigen tausend Euro pro Semester auf dem »Hochschul-Bildungsmarkt« angeboten werden (siehe <http://www.akkreditierungsrat.de>, 17.8.2007). Auch wenn diese häufig speziellen Studienangebote erst von einer Minderheit von Studierenden »gekauft« werden, so dürfte die Durchsetzung von Studiengebühren von zurzeit 500 Euro pro Semester den Weg zur Privatisierung der Hochschulbildung gangbar machen. Mit dem geplanten europaweiten Qualitätsregister aller Akkreditierungsagenturen (FAZ 19.5.2007, 5) wird zudem ein Wettbewerb unter den privaten Agenturen um die Einwerbung von Akkreditierungsaufträgen hergestellt, wobei zu erwarten ist, dass die unterfinanzierten Hochschulen das Zertifikat für die von ihnen angebotenen Studienprogramme von den Agenturen kaufen werden, die den geringsten Aufwand und niedrigsten Preis verlangen, aber zugleich hinreichendes Renommee auf dem Akkreditierungsmarkt bieten.

Die Studierenden fügen sich in die neuen Studienstrukturen nur widerstrebend ein. Knapp die Hälfte der neu eingeschriebenen Studierenden hat sich gezwungenermaßen, weil eine Neueinschreibung in die bisherigen Diplom-Studiengänge ausgeschlossen ist, für einen Bachelor-Studiengang entschieden bzw. entscheiden müssen, und fast alle wollen das Master-Studium anschließen, um einen dem Diplom vergleichbaren Abschluss zu erreichen (HIS 2007). Der »Bologna-Prozess« schreibt allerdings eine Selektion vor; in einigen Bundesländern sollen nur 25-30 % der erfolgreichen Absolventen eines Bachelor-Studiengangs in ein Master-Studium aufsteigen können. – Trotz der aufgebrochenen Widersprüche, die in einzelnen Beiträgen auch früh kritisiert wurden (vgl. u.a. Morkel 2000; Narr 2000; Demirović 2004; fzs 2005; Lege 2005) regt sich kaum Widerstand.

Die Widersprüche der neoliberal inspirierten Hochschulreform zeigen deutlich, dass mit dem »Bologna-Prozess« die Zukunft des Hochschulsystems insgesamt zur Disposition gestellt wird. Das Humboldt'sche Leitbild der Freiheit von Forschung und Lehre, das der damals beginnenden bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung mit einem hohen Bedarf an ausschöpfbaren Innovationspotenzialen entsprach, wozu die Befreiung der Wissenschaften aus den kirchlichen und feudalen Zwängen im untergehenden Mittelalter Voraussetzung war, gilt heute offensichtlich nicht mehr. Das neoliberale Leitbild ist die Universität als marktwirtschaftlich arbeitendes Unternehmen, das zukünftig auch Profit erwirtschaften soll. Welche Entwicklungen in der kapitalistischen Produktionsweise sind die Basis für die unternehmerische Universität? Welche Chancen liegen in den aufgebrochenen Widersprüchen für eine erneuerte demokratische Wende der Hochschulreform?

2. Die Kompetenzen in der informationstechnischen Produktionsweise erfordern eine andere Universität

Informatisierung der Arbeitsprozesse und Entwicklung der Wissensarbeit – Die Entwicklung der elektronischen Informations- und Kommunikationstechniken ermöglicht die systemische Rationalisierung aller Arbeits-, Geschäfts- und Verwaltungsprozesse. Die bisher von den Arbeitenden nach dem kybernetischen Handlungsmodell zu leistende Steuerung der Maschinen und arbeitsteilig organisierten Prozesse wird in Software sowie in Sensoren und Stellgliedern objektiviert. Grundlage dafür ist die Digitalisierung aller erforderlichen Informationen. Diese digitale Objektivierung bisheriger Handlungen der Arbeitenden setzt voraus, dass sie in einem fortlaufenden Prozess der »Entqualifizierung der lebendigen Arbeit« (Schmiede 1996, 44) ihre erworbenen Fertigkeiten und Erfahrungen explizit machen und an die technischen Systeme abgeben. Zugleich wird ein Prozess ihrer Re-Qualifizierung auf höheren Stufen ausgelöst: »Die Universalität des Computers führt nicht zu einer Homogenisierung konkreter Arbeit, sondern im Gegenteil zu einer neuen Qualität von Aneignungserfordernissen.« (Boes/Pfeiffer 2006, 30) Die konkrete Arbeit wird zur Informations- bzw. Wissensarbeit, die auf erworbenem Wissen basiert und mit Reflexivität aus vielfältigen Informationen neues Wissen für die innovative Gestaltung, Steuerung und Kontrolle der jeweiligen Produktions- und Dienstleistungsprozesse schafft. Für die Qualifizierung zur Wissensarbeit ist nicht mehr wie in der traditionellen betrieblichen und schulisch ergänzten, dualen Berufsausbildung vorrangig das Training der berufsfachlichen Fertigkeiten notwendig, sondern die Entwicklung der subjektiven Potenziale, der Sach-, Sozial- und Selbstkompetenzen der Arbeitskräfte. Auf der Ebene der Arbeitsteilung hat die Informatisierung eine Zunahme produktionsbezogener Dienstleistungen bei gleichzeitiger Abnahme der unmittelbar produktiven Arbeiten in den Produktionsprozessen zur Folge (vgl. Dostal 2001).

Mit der Informatisierung und Automatisierung tritt der Mensch »neben den Produktionsprozess, statt sein Hauptagent zu sein. [...] Die Arbeit erscheint nicht mehr so sehr als in den Produktionsprozess eingeschlossen, als sich der Mensch vielmehr als Wächter und Regulator zum Produktionsprozess selbst verhält« – wie Marx (1857-58/1974, 592f) bereits in *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie* vorhersah und die Projektgruppe Automation und Qualifikation (PAQ 1987) mehr als ein Jahrhundert später in der Entwicklung der Automationsarbeit empirisch feststellte. Diese Verschiebungen in den Kompetenzerfordernissen führen, wie sich in den letzten Jahren gezeigt hat, zur zunehmenden Substitution von im dualen System fertigkeitenorientiert ausgebildeten Facharbeitern durch fähigkeitenorientiert ausgebildete Fachkräfte, die ihre Kompetenzen in Fachschulen, Berufsakademien, Fachhochschulen, Universitäten und Weiterbildungsakademien erworben haben. Die Anforderungen der Wissensarbeit machen es notwendig, die traditionelle, von den handwerklichen und industriellen Anforderungen geprägte Berufsausbildung in eine wissenschaftliche Berufsausbildung (vgl. IG Metall-Vorstand 2007) zu verwandeln. Die strikte Berufsorientierung der gestuften Bachelor-Master-Studiengänge soll diesen Verschiebungen Rechnung tragen.

Die Informations- und Kommunikationstechniken sind aber nicht nur universelles Arbeitsmittel, sondern auch Organisations- und Steuerungstechniken für die permanente Rationalisierung aller Arbeits- und Geschäftsprozesse. Die Reorganisationswelle begann Anfang der 1990er Jahre mit »Lean Production«, »Total Quality Management«, »Business Reengineering« und anderen Modellen. Der integrierte digitale Datenfluss ermöglicht aber nicht nur die systemische Rationalisierung und permanente Reorganisation vom Zulieferer über den Produzenten bis zum Händler und Kunden einschließlich Marketing und Vertrieb sowie Forschung und Entwicklung, sondern auch einen Prozess der virtuellen Produktentstehung, der die Produktentwicklung und die Produktionsplanung bis hin zum Serienanlauf einschließt. Von den Arbeitenden verlangen diese Prozesse nicht mehr statische, themenbezogene Arbeiten an getrennten Unternehmensorten, sondern dynamische, prozessbezogene Teamarbeit in betrieblichen und unternehmensübergreifenden Kooperationen (vgl. Anderl 2006, 45ff). Dies wird auch als Entwicklung von weltweiten Informationsräumen beschrieben (vgl. Boes/Pfeiffer 2006, 24ff), die nicht nur die Infrastruktur zum Transport von Informationen bereitstellen, sondern durch das kommunikative Handeln der Nutzer erst als »offene« Räume – mit erweiterten Zugriffsgrenzen – konstituiert werden.

Im Unterschied zur fordistischen wird in der neuen informationstechnischen Produktionsweise dadurch der Schwerpunkt im Verhältnis von Produktion und Markt zur Seite des Marktes verschoben. Die nachgefragten, individuellen Gestaltungsvarianten eines Produkts oder einer Dienstleistung werden zum bestimmenden Moment ihrer Herstellung; die »Internalisierung des Marktes« (Moldaschl 1998) in die konkrete Arbeit wälzt die Arbeitsprozesse, -anforderungen und -verhältnisse grundlegend um. Die Unbestimmtheiten der Kundenorientierung müssen nun von den Arbeitenden selbstständig bewältigt werden (vgl. Kratzer 2003, 230). Die alltäglichen Risiken des Produktions- und Verwertungsprozesses werden auf die Beschäftigten abgewälzt. Dementsprechend wird auch ein neues Arbeitszeitregime mit dem Wechsel von der Zeitorientierung zur Ergebnisorientierung etabliert (z.B. mit gleitenden Arbeitszeiten, Arbeitszeitkonten, Vertrauensarbeitszeiten, Ergebnisentgelten, Werkverträgen etc.), das zugleich eine Entgrenzung von Arbeits- und Lebenswelt zur Folge hat. Intern werden neue, eigenständige Arbeitsformen organisiert, wie z.B. Profit-Center, in denen die Beschäftigten in Arbeitsgruppen eigenverantwortlich und selbstorganisiert marktbezogen arbeiten. Sie erhalten damit eine größere Autonomie in der Bedienung der Marktanforderungen. Damit die selbstorganisiert und eigenverantwortlich Arbeitenden jedoch nicht aus dem unternehmerischen »Ruder« laufen, haben die Unternehmen zugleich mit Zielvorgaben, Kennziffern und Controlling ein erheblich verschärftes Kontroll- und Managementregime eingeführt. Damit werden nicht nur Wettbewerbs- und Renditedruck in die Arbeitenden gepresst, sondern diese zugleich auch im Unternehmen zueinander in Konkurrenz gesetzt.

Die Kompetenzanforderungen in den informatisierten Prozessen sind geprägt »durch die permanente Bewältigung von Unwägbarkeiten und die Normalität des Unplanbaren« (Boes/Pfeiffer 2006, 21). Die Integration und Flexibilität der

Arbeitsaufgaben, die Reduzierung und auch Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen Hand und Kopf, die Flexibilisierung von Arbeitsorten und Arbeitszeiten, aber auch die Prekarisierungen von Arbeitsverhältnissen durch Leih-, Zeit- und Telearbeit, lösen das Modell tayloristisch-fordistischer Normalarbeit auf, das charakterisiert war durch klare Grenzziehungen zwischen Arbeits- und Lebenswelt, Bildung und Ausbildung, Hand- und Kopfarbeit, in den horizontalen und vertikalen Arbeitsteilungen, verbunden mit Entsubjektivierung der Arbeitskraft und instrumenteller Arbeitsorientierung.

Die neuen Formen der Vermarktlichung der Beschäftigungsverhältnisse in der informationstechnischen Produktionsweise bedeuten für die Arbeitenden Unsicherheit und wachsendes Risiko. Trotz ihrer wachsenden Konkurrenz untereinander müssen sie aber auch mehr und vielfältiger als früher kooperativ zusammenarbeiten, weil sie anders keinen individuellen Erfolg in ihren selbst zu organisierenden und eigenverantwortlich durchzuführenden Arbeiten haben können. Die projektbezogene Kooperation, die immer neue Übernahme von Aufgaben, die Planung, Organisation, Durchführung, Kontrolle und Übergabe von Ergebnissen erfordern permanente, wissensbasierte Reflexion und Antizipation, Diskussion und Vereinbarung, also *Lernen* im Prozess der Arbeit und die Ausbildung reflexiver Handlungskompetenzen.

Die Subjektivität der Handlungskompetenzen als neue Herausforderung der Hochschulbildung – Diese fundamentalen Veränderungen der Arbeitsformen stellen neue Anforderungen an die Kompetenzen der Arbeitskräfte. Nicht mehr die einzelne Verrichtung und deren Rationalisierung stehen in der Wissensarbeit im Zentrum des subjektiven Arbeitshandelns, sondern der Prozess und das Produkt insgesamt. Damit wird die horizontale Arbeitsteilung flexibilisiert und die vertikale Arbeitsteilung reduziert, indem bspw. die Aufgaben des unteren und zum Teil auch des mittleren Managements den Arbeitsgruppen selbst übertragen werden. Die Wissensarbeiter müssen somit den betrieblichen und unternehmerischen Gesamtzusammenhang der Prozesse nicht nur im Blick haben, sondern in den ihnen übertragenen Verantwortungsbereichen auch kooperativ selbstorganisiert managen, ihre Aufgaben im Gesamtprozess lokalisieren und die Anschlussstellen zu denen der anderen Arbeitsgruppen aktiv herstellen. Indem sie »sich im Rahmen zugewiesener Handlungsmöglichkeiten reflexiv auf die Optimierung eines Geschäfts beziehen, welches durch Kennziffern, Kosten- und Ertragsmaße, durch Praktiken der Kalkulation von Durchlaufzeiten, Nacharbeitsraten, Kundenzufriedenheit etc. erst sichtbar und bearbeitbar gemacht wird, [...] produzieren sie eine Subjektivität, die zum einen kalkulierbar ist und sich zum anderen aktiv kalkulierend auf ihre Umwelt und sich selbst bezieht: den *calculating man*« (Vormbusch 2006, 148f).

Das erfordert nicht nur höhere schulische und akademische Kompetenzniveaus, sondern auch eine neue Positionierung der eigenen Person in Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft. Die neuen, subjektiven Herausforderungen durch die »Entgrenzungen der Arbeitskraft« in der informationstechnischen Produktionsweise werden gegenwärtig mit Begriffen wie »Selbst-Ökonomisierung«, »Selbst-Management«, »Selbst-Rationalisierung« theoretisch gefasst (vgl. Pongratz/Voß 2004). Die Entwicklung der Subjektivität

gewinnt somit einen zentralen Stellenwert in der gesellschaftlichen Arbeit. Subjektivität meint das nicht standardisierbare und nicht algorithmisierbare Wissen und Können, das nicht explizierbare Erfahrungswissen, das antizipierende und den jeweiligen Situationen anzumessende Denken und Handeln, das zu einer reflexiven, den Aufgaben, Situationen und Anforderungen gerecht werdenden Transformation des individuellen und kooperativen Arbeitsvermögens in Arbeitskraft befähigt. Wissensarbeit ist reflexive Arbeit des denkenden Subjekts, Wahrnehmung, Analyse, Interpretation, Kontextualisierung, Erzeugung und Transformation von Informationen und Wissen zur Gestaltung, Steuerung und Kontrolle von Prozessen. Diese reflexive Arbeit ist nicht möglich ohne Wertvorstellungen und Interessen, Wissen und Erfahrungen, Kreativität und Können, Persönlichkeitsbildung und Selbstpositionierung in den ökonomischen, kulturellen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Sie schließt die Übernahme von Verantwortung, Gestaltungs- und Entscheidungskompetenzen ein, sie ist ganz wesentlich eine aktive, eigenständige Leistung des Subjekts.

Diese neue, ganzheitliche Subjektivität der Arbeit lässt die Beschäftigten zugleich nach erweiterter Autonomie und Selbstorganisation in der Wissensarbeit verlangen; sie lässt sie größere Ansprüche an ihre Arbeit stellen, nämlich in ihrer Arbeit auch ein wachsendes Stück ihrer Identität und Selbstverwirklichung zu finden. Zugleich versuchen die Unternehmen, angewiesen auf wachsende subjektive Leistungen der Beschäftigten, den Zugriff auf die ganze Person der Beschäftigten zu erlangen. [...] Die Arbeitenden [haben] nur dann eine Chance zur ›partizipativen Mitwirkung‹ und ›Entfaltung ihrer Subjektivität‹ in der Arbeit, wenn sie sich freiwillig und vollständig den Zielvorgaben, Rahmensetzungen und Kontrollen der Eigentümer unterordnen. (Zimmer 2005, 68f)

Für die Arbeitenden entstehen somit zwar neue Chancen für ihre individuelle und gesellschaftliche Lebensgewinnung, aber durch die von ihnen erwartete aktive Subordination nur in vorgegebenen und kontrollierten Grenzen. Durch den unternehmerischen Zugriff auf die ganze Person wird die Reproduktion der subjektiven Arbeitsvermögen nun vollständig unter Verwertungsdruck gestellt.

Die in wachsender Differenzierung entwickelten und akkreditierten Bachelor- und Master-Studienprogramme sollen diesen neuen, widersprüchlichen Anforderungen an die Subjektivität der Arbeitenden durch eine spezialisierte, berufsorientierte Standardisierung der Studienmodule Rechnung tragen. Die Module sollen zum einen die spezifischen Inhalte, die den jeweiligen beruflichen Anforderungen in den unterschiedlichsten Aufgabenfeldern der informatisierten Arbeits- und Geschäftsprozesse in Produktion, Dienstleistung und Verwaltung entsprechen, reflektiert vermitteln. Zum anderen sollen sie durch ihren methodischen Aufbau (Vorgabe der Lehr- und Lernformen, striktes Zeitregime der Lehrveranstaltungen, besondere Leistungsprüfungen in jedem Modul) den Studierenden die aktive Subordination unter die strikt einzuhaltenden Vorgaben als für sie gewinnbringend antrainieren. Die Modularisierung bewirkt eine durchgängige Formierung der höher und hoch qualifizierten Arbeitskräfte für die Wissensarbeit in kapitalistischen Unternehmensstrukturen. Bildung zur Mündigkeit, Freiheit von Forschung, Lehre und Studium, kritische Wissenschaft als Erkenntnisgewinnung, demokratische Teilhabe der Studierenden, wie unvollkommen

sie auch immer bisher entwickelt waren, sind in Bachelor- und Master-Studiengängen kein Thema mehr. Bildung und Wissenschaft im eigentlichen Sinne soll es zukünftig bestenfalls noch an hegemonial kontrollierten Elite-Universitäten geben, die für die Führungspositionen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft qualifizieren.

3. Die Universität des »Bologna-Prozesses« wird den Anforderungen der informationstechnischen Produktionsweise nicht gerecht

Es zeichnet sich ab, dass die so reformierte Universität keineswegs die Arbeitskräfte ausbildet, die eine flexible ›Wissensökonomie‹ benötigt. Gelernt und geprüft wird, was gelehrt wird. Damit ist nicht nur die aktuelle Forschung und die forschende Eigenaktivität der Studierenden aus dem Studium vertrieben, sondern auch die Reflexion des Gelehrten aus den Lehrveranstaltungen. Studierzeiten werden überall dort eingespart, wo bisher Gelegenheiten für Erkenntnisgewinn außerhalb des Paukens vorgegebenen Wissens blieben. Modularisierung, Vereindeutigung und strikte Formierung des Studiums strukturieren die Lehrveranstaltungen, wie das Tuning-formular im Bologna-Reader der Hochschulrektorenkonferenz sehr eindrücklich zeigt (vgl. HRK 2005, 113ff). Konsequenz ist eine bisher noch nie da gewesene Bürokratisierung von Lehre und Studium, mit allen negativen Folgen für die Aktivitäten und das Engagement der Lehrenden wie auch der Studierenden und ihre Kompetenzentwicklung (vgl. Stratmann/Kleimann 2007). Befürchtet wird durch diese außengeleitete unternehmerische Indienstnahme der Wissenschaften ein Niedergang der Geisteswissenschaften, obgleich diese »auch Motor der naturwissenschaftlich-technologischen Modernisierung« sind (Albrecht 2007, 452).

Da jetzt in allen Studiengängen die Module mit Prüfungen abgeschlossen werden müssen, wird es unvermeidlich, vor allem bei größeren Seminaren und Vorlesungen auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften Klausuren durchzuführen, die einen hohen Aufwand für Korrekturen und Bewertungen erfordern. Daher flüchten viele Hochschullehrende in Multiple-Choice-Tests, weil diese mit Scanner und Computer automatisch ausgewertet werden können und scheinbar objektiv Auskunft über erworbene Kompetenzen geben. Diese Testpraxis hat zur Konsequenz, dass Inhalte, Vermittlungsmethoden, Beispielaufgaben etc. vereinheitlicht werden müssen. Reflexive Auseinandersetzungen mit wissenschaftlichen Theorien und empirischen Befunden, die immer subjektiv unterschiedliche Standpunkte, Perspektiven und Ergebnisse der Reflexion haben, sind wegen der möglichen Beurteilungsdifferenzen durch die Lehrenden nicht mehr gefragt. Mit der Modularisierung geht eine Entproblematisierung und »Blockung« des vermittelten Wissens einher (vgl. Terhart 2007, 30ff). Diese Konsequenz erkennend, aber scheinbar nicht ändern könnend, entwickelt sich ein technokratischer Zynismus:

Die Disziplin definiert schlicht, was gewusst werden muss. Wer das dann nicht weiß und auch nicht wissen will oder anderes wissen will, hat bzw. bekommt dieses Wissen nicht – und also nicht diesen Abschluss. Niemand hat ihn gezwungen, den Abschluss anzustreben. Vielleicht hätte er etwas anderes machen sollen. (Ebd., 27)

Die Intensivierung des Studiums geht zu Lasten der Reflexion der Inhalte mit der gesellschaftlich verheerenden Konsequenz, dass standardisierte Arbeitskräfte in die Arbeitswelt entlassen werden, die eben gerade nicht den Kompetenzenanforderungen in der informationstechnischen Produktionsweise entsprechen. Denn die Kompetenzen zu flexiblen, reflexivem, kreativem, engagiertem und verantwortlichem Handeln können allein durch ein expansives, nicht durch ein defensives Studium erreicht werden. Härte in einer quantitativ orientierten Arbeitsdisziplin und Schnelligkeit prägen das neue Studienklima und machen die Universität zu einer ›totalen Institution‹. Es ist nicht verwunderlich, wenn sich die Klagen über Trickereien, wie Täuschen, Ausweichen, Abducken, Feilschen etc., häufen (vgl. Terhart 2007, 35). Welche Orientierungen können die Universität als wissenschaftliche Institution rekonstituieren, die grundsätzlich kritisch reflektierend im öffentlichen Interesse arbeitet?

4. Perspektiven für die Entwicklung einer neuen öffentlichen Universität

Universität als Ort reflexiver Wissenschaft – Die Universitäten sind der zentrale gesellschaftliche Ort für die autonome Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse im gesamtgesellschaftlichen Interesse der Überwindung aller Bedingungen und Verhältnisse, welche die freie, gleiche und solidarische Entfaltung des Menschen beeinträchtigen. Priorität muss die Gewinnung neuer Erkenntnisse haben, die möglicherweise neue Chancen für die menschliche Lebensgewinnung in demokratischen Gesellschaften eröffnen. Erst der reflexive Habitus, also der Eigensinn der Lehrenden und Studierenden, setzt innovatives Denken frei, eröffnet mehr Wege als einen, entrinnt dem theoretischen, methodischen und ökonomischen Dogmatismus einspuriger, unmittelbarer Nützlichkeit, wie er die gegenwärtigen Hochschul- und Studienreformen durchgehend charakterisiert. »Gute oder gar revolutionäre wissenschaftliche Forschung zeichnet sich dadurch aus, dass sie neue Maßstäbe setzt und sich oft erst gegen das herrschende Paradigma durchsetzen muss.« (Osterloh/Frey 2007; vgl. auch Kuhn 1967)

Ziel muss es sein, möglichst alle Mitglieder der Gesellschaft zur kritischen Urteilsbildung zu befähigen, indem die Universitäten ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse allgemein zugänglich und öffentlich verständlich vermitteln. Dies ist notwendig, damit gesellschaftliche Kontroll- und Verantwortungsfähigkeit sich nicht nur, wie gegenwärtig üblich, in nichtöffentlichen Expertengremien außerhalb demokratischer Entscheidungsinstanzen äußert. In diesem Sinn einen europäischen Hochschulraum, also die strukturellen Voraussetzungen zu einer kontinentweiten akademischen Freizügigkeit der Lehrenden wie Studierenden zu schaffen, wie das der »Bologna-Prozess« intendiert, ist »ein emanzipatorisches Moment« (Keller 2004, 40); allerdings stehen ihm die Modularisierung und Standardisierung der neuen Studienstrukturen diametral entgegen.

Das Interesse an der Gewinnung und Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse müssen zuerst die autonom handelnden Wissenschaftler und Studierenden wahrnehmen, gesichert durch den Staat und unter diskursiver Beteiligung gesellschaftlicher

Organisationen, wie z.B. Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, Fachgesellschaften. Mit der Programmakkreditierung der Studiengänge erfolgt zwar eine solche Beteiligung, aber zugleich wird die Autonomie der Lehrenden und Studierenden durch Unterwerfung unter die Akkrediteure aufgehoben (Zimmer 2006a). Damit werden die Universitäten in die gegenwärtige neoliberale Innovationsdynamik eingebettet und ökonomisch gleichgeschaltet, bei gleichzeitigem Ausbau der Kontrolle auf allen Ebenen, von den Zielen, Inhalten und Methoden in Forschung, Lehre und Studium bis zur Zuteilung von Ressourcen, überwacht durch Zielvereinbarungen, Controlling und Evaluation – was euphemistisch als »neue Freiheit der Universität« durch »Operative Autonomie für Lehre und Forschung« (Brinkmann 1998) verkauft wird.

Universität als Ort reflexiver Bildung und Berufsorientierung – Der Begriff ›Bildung‹ wurde seit der Pädagogik der Aufklärung Mitte des 18. Jh. zur zentralen Kategorie für die Zielbestimmungen des Lehrens und Lernens. Mit ›Bildung‹ sollte über alle Zwänge aufgeklärt werden, die die Entfaltung des Menschseins beeinträchtigen, damit sie von den Menschen selbst überwunden werden können. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich in Theorie und Praxis ein erweitertes Bildungsverständnis herausgebildet, auch in der Berufsbildung, das gesellschaftliche und lebenspraktische Zusammenhänge betont, zu Eigentätigkeit und Erfahrung anregt, Kooperativität und Kommunikation fördert. Der Bildungsbegriff gewinnt eine neue Bedeutung für die Hochschulreform (vgl. Koller 2005). Die Universität schafft forschend, lehrend-lernend und öffentlich diskutierend die Voraussetzungen dafür, dass »die ›wissenschaftliche Zivilisation‹ der Gesellschaft und ihren Mitgliedern nicht wegrutscht, sondern ihnen verständlich zugänglich und zuhanden bleibt, genauer erst wird« (Narr 2007, VI 2). Der »Bologna-Prozess« reduziert dagegen ›Bildung‹ auf das Ziel der Berufsorientierung. Die akkreditierte, standardisierte Hochschullehre in Modulen sind Instrument, Inhalt und Form der kontrollierten Formierung der Subjekte zu ihrer Beschäftigbarkeit. ›Bildung‹ ist damit reduziert auf die selbstgesteuerte und eigenverantwortliche Handlungsfähigkeit im Rahmen der unternehmerischen Vorgaben und Kontrollen – und damit praktisch abgeschafft.

Der schmalen Fachidiotisierung des verkürzten Bachelor-Studiums, das in fachlich segmentierte Theorien, Methoden, Experimente und Empirien zerfällt, müssen neue Studienformen entgegengestellt werden, beispielsweise das Projektstudium, das Theorie, Empirie und Methode, Ökonomie, Ökologie, Kultur etc. integriert, also zu forschendem Studieren führt, um beispielhaft Innovationen zu entwickeln. Das würde der Demokratisierung der Wissenschaft durch Praxisbezug und Autonomie entsprechen. Ausgangspunkt einer reflexiven wissenschaftlichen Berufsorientierung eines Studiums im Sinne einer emanzipatorischen Bildung muss die Ausgliederung von Studienaufgaben aus der technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in der Perspektive der gemeinschaftlichen, freien und gleichen Lebensgewinnung auch für die nachfolgenden Generationen sein. Dies erfordert die Beteiligung der Studierenden bereits an der Ausgliederung und Definition der Studienaufgaben; d.h., nicht fachsystematisch, sondern handlungs- und

prozessorientiert müssen die Studiengänge aufgebaut sein, wie dies beispielhaft – wenn auch auf anderem Niveau – bereits seit vielen Jahren in der Berufsbildung breit entwickelt ist (vgl. Zimmer 1998, 2006b; Faulstich/Ludwig 2004) Weshalb wird nicht in diese Richtung gedacht und geplant? Ein Grund ist, dass die Ausbildung von Menschen, die der informationstechnischen Ökonomie gewachsen wären, mit der ökonomischen Ausrichtung der Universitäten selbst kollidiert. Diese sollen durch den »Bologna-Prozess« entsprechend den Vorgaben des GATS zu kapitalistischen Dienstleistungsunternehmen fortentwickelt werden. Dem entsprechend sind innerstaatliche Regelungen, die den Freihandel von Bildungsangeboten begrenzen, fortlaufend abzubauen, wobei eine Wiedereinführung von Regelungselementen definitiv verboten ist (vgl. Tobler 2003). Lehrende werden damit zu ›Anbietern‹ und Studierende zu ›Kunden‹ auf dem zunehmend zu privatisierenden hochschulischen ›Bildungsmarkt‹ gemacht. Durch die Transformation der Studiengänge in abgegrenzte und standardisierte Studienmodule, deren Gebrauchsfähigkeit durch eine Akkreditierungsagentur zu zertifizieren ist, werden die handelbaren ›Studienprodukte‹ für den ›Bildungsmarkt‹ geschaffen. Studierende als ›Kunden‹ von Studienmodulen zu definieren bedeutet, dass sie durch ihre nun durch Geld vermittelte Nachfrage das Angebot an Studieninhalten, Qualitäten, Studienmethoden, Leistungskriterien und Zertifikaten der ›Ware Studium‹ bestimmen. Der Preis eines Studienprogramms wird so zum bestimmenden Moment des Werts eines erhaltenen Abschlusszertifikats, der wiederum entscheidend für den auf dem Arbeitsmarkt erzielbaren Preis für die Beschäftigung der studierten Arbeitskraft wird.

Universität als Ort reflexiver Autonomie in Forschung, Lehre und Studium – Universitäten als Orte reflexiver Erkenntnisgewinnung, Bildung und Berufsorientierung, wie sie für die Kompetenzentwicklung in der informationstechnischen Produktionsweise erforderlich sind, sind unmöglich ohne Freiheit in Forschung, Lehre und Studium, wie sie durch Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes geschützt ist. Dieser grundgesetzliche Schutz ist Voraussetzung und Grundlage für die Entwicklung der inhaltlichen Qualitäten von Forschung, Lehre und Studium und sichert überhaupt erst eine reflexive und kritische Erkenntnis- und Innovationsfähigkeit der Wissenschaft gegen ihre herrschaftsbestimmte Formierung und Indienstnahme. Die an kapitalistischen Unternehmensstrukturen orientierte Reorganisation der Universitätsstrukturen, die z.B. Nordrhein-Westfalen unter dem euphemistischen Titel »Hochschulfreiheitsgesetz« verankert hat, bedeutet tatsächlich jedoch Entdemokratisierung und Verlust der Autonomie in Forschung, Lehre, Studium und öffentlichen Diskursen (vgl. u.a. Belling 2007). Dies beginnt mit der Einführung von den gewählten Akademischen Senaten und Fakultäten übergeordneten Hochschulräten, die wie die Aufsichtsräte kapitalistischer Unternehmen über Zielvorgaben, Schwerpunkte in Lehre und Forschung, Stellenbesetzungen, Zuteilung von Ressourcen etc. entscheiden, und wird fortgesetzt mit der Einführung von Berichtssystemen, Evaluationen, Präsenzpflichten, Befristungen von Professorenstellen und nach quantitativen Kriterien (z.B. Zahl der Publikationen in referierten Zeitschriften) bemessenen Besoldungen und Mittelzuteilungen. Die Folge

ist die Entstehung einer autoritär-bürokratischen Hochschultechnokratie, gesichert durch die Diktatur des ökonomischen, politischen und wissenschaftlichen Mainstreams bis hinunter in das verschulte Studium (vgl. Demirović 2004).

Universitäten haben sich seit der Antike (vgl. Christes/Klein/Lüth 2006) über das Mittelalter, die Aufklärung und die Industrialisierung zu den zentralen Orten gesellschaftlicher Bewusstwerdung und der Artikulation gesellschaftlicher Perspektiven entwickelt. Beides kann nur durch den Ausbau der Autonomie und internen Demokratie der Universitäten in demokratischen gesellschaftlichen und staatlichen Zusammenhängen auch für die Zukunft gesichert werden. Bei den Hochschulreformen der 1970er Jahre ist mit der Entstehung der »Gruppenuniversität« die Demokratisierung auf halbem Wege stecken geblieben. Die verbliebenen Defizite in der gleichberechtigten Teilnahme aller Hochschulangehörigen an den Entscheidungsprozessen, die nach wie vor geringe inhaltliche Kooperation in den Fächern und Fachbereichen sowie das fehlende Qualitätsmanagement der Studienangebote wird nun verunglimpft als »Zustand ›kollektiver Verantwortungslosigkeit« (Gaethgens 2007, 403), um die mit dem »Bologna-Prozess« begonnene Unternehmerisierung und damit Entdemokratisierung und Vermarktwirtschaftlichung der Universitäten zu rechtfertigen. Diesem Prozess ist die Stärkung der Autonomie und die weitere Demokratisierung der Universitäten entgegenzusetzen. Beide ermöglichen erst die produktive Unruhe, durch die Universitäten zur Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft beitragen können.

Literatur

- Albrecht, Clemens, »Barbaren vor den Toren der Wissenschaft. Vom Aufstieg und Niedergang der Geisteswissenschaften«, in: *Forschung & Lehre*, 14. Jg., H. 8, 2007, 452-55
- Anderl, Reiner, »Virtuelle Produktentwicklung in der Automobilindustrie«, in: A. Baukrowitz u.a. (Hg.), *Informatisierung der Arbeit – Gesellschaft im Umbruch*, Berlin 2006, 37-52
- Banscherus, Ulf, und Sonja Staack, »Reformchance oder Abwicklung? Zur Zukunft des Akkreditierungssystems«, in: *Forum Wissenschaft*, 24. Jg., H. 1, 2007, 38-41
- Belling, Detlev W., »Oh, wie so trügerisch. Das Hochschulfreiheitsgesetz in NRW / Eine Philippika«, in: *Forschung & Lehre*, 14. Jg., H. 8, 2007, 468f
- Boes, Andreas, und Sabine Pfeiffer, »Informatisierung der Arbeit – Gesellschaft im Umbruch. Eine Einführung«, in: A. Baukrowitz u.a. 2006, 19-34
- Brinkmann, Hans, *Die neue Freiheit der Universität. Operative Autonomie für Lehre und Forschung an Hochschulen*, Berlin 1998
- Bultmann, Torsten, und Rolf Weitkamp, *Hochschule in der Ökonomie. Zwischen Humboldt und Standort Deutschland*, Marburg 1999, 2. überarb. u. erw. Aufl.
- Christes, Johannes, Richard Klein und Christoph Lüth (Hg.), *Handbuch der Erziehung und Bildung in der Antike*, Darmstadt 2006
- Demirović, Alex, »Wissenschaft oder Dummheit. Die Zerstörung der wissenschaftlichen Rationalität durch Hochschulreform«, in: *Prokla*, H. 137, 2004, <http://www.prokla.de/Volltexte/137demirovic.rtf>, 24.5.2006
- Dostal, Werner, »Quantitative Entwicklungen und neue Beschäftigungsformen im Dienstleistungsbe-
reich«, in: M. Baethge u. I. Wilkens (Hg.), *Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung*, Opladen 2001, 45-69

- Faulstich, Peter, und Joachim Ludwig (Hg.), *Expansives Lernen*, Baltmannsweiler 2004
- fzs = freier Zusammenschluß von studentInnenschaften/Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, *Standardisierung oder Qualitätsentwicklung? Sachstand und Perspektiven der Qualitätssicherung an deutschen Hochschulen im Vorfeld der Bergen-Konferenz*, Tagungsdokumentation, 21.-23.1.2005, Hannover
- Gaethgens, Peter, »Deutschland im Bremserhäuschen? Bologna – ein europäisches Projekt im Endspurt«, in: *Forschung & Lehre*, 14. Jg., H. 7, 2007, 401-3
- Grigat, Felix, »Masterplan ohne Mastermind? Zum aktuellen Stand des Bologna-Prozesses an deutschen Hochschulen«, in: *Forschung & Lehre*, 14. Jg., H. 5, 2007, 276-78
- HIS = Hochschul-Informationen-System, Pressemitteilung 18.5.2007, *Bachelor! Was sonst? – Gewählte Abschlussart bei Studienanfängern*, http://www.his.de/presse/news/ganze_pm?printversion=1&pm_nr=99&auskunft=hafner, 22.5.2007
- HRK = Hochschulrektorenkonferenz (Hg.), *Bologna-Reader. Texte und Hilfestellungen zur Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses an deutschen Hochschulen*, HRK Service-Stelle Bologna, Beiträge zur Hochschulpolitik 8/2004, 3. Aufl. 2005
- IG Metall-Vorstand (Hg.), *Der Bologna-Prozess aus gewerkschaftlicher Sicht. Stand und Perspektiven der deutschen Studienreformediskussion auf dem Weg zum europäischen Hochschulraum*, Arbeitshilfe der IG Metall, Frankfurt/M 2007
- Keller, Andreas, *alma mater bolognaise. Perspektiven eines Europäischen Hochschulraums im Rahmen des Bologna-Prozesses*, hgg. von GEW Landesverbänden Berlin, Brandenburg, Hessen und Niedersachsen, Frankfurt/M 2004
- Koller, Hans-Christoph, »Bildung (an) der Universität? Zur Bedeutung des Bildungsbegriffs für Hochschulpolitik und Universitätsreform«, in: A. Liesner u. O. Sanders (Hg.), *Bildung der Universität. Beiträge zum Reformdiskurs*, Bielefeld 2005, 79-100
- Kratzer, Nick, *Arbeitskraft in der Entgrenzung. Grenzenlose Anforderungen, erweiterte Spielräume, begrenzte Ressourcen*, Berlin 2003
- Kuhn, Thomas S., *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Frankfurt/M 1967
- Kultusministerkonferenz, *Qualitätssicherung in der Lehre*, Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 22.9.2005
- Lege, Joachim, »Die Akkreditierung von Studiengängen. Wissenschaftsfreiheit in den Händen privater Parallelverwaltung?« in: *Juristen Zeitschrift*, 14/2005, 698-707
- Marx, Karl, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie* (1857-58), Berlin 1974, 2. Aufl.
- Moldaschl, Manfred, »Internalisierung des Marktes. Neue Unternehmensstrategien und qualifizierte Angestellte«, in: ISF u.a. (Hg.), *Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 1997 – Schwerpunkt: Moderne Dienstleistungswelten*, Berlin 1998, 197-250
- Morkel, Arnd, *Die Universität muß sich wehren. Ein Plädoyer für ihre Erneuerung*, Darmstadt 2000
- Narr, Wolf-Dieter, *Wider die restlose Zerstörung der Universität. Ein Aufruf zu ihrer Neu- und Wiederbelebung*, 2. Aufl. 2000, <http://www.astafu.de/inhalte/publikationen/hopo/narr/>, 25.4.2007
- Nickel, Sigrun, *Anforderungen an die Weiterentwicklung des Akkreditierungssystems aus Sicht des CHE* [Centrum für Hochschulentwicklung der Bertelsmann-Stiftung], Gütersloh 2006
- Osterloh, Margit, und Bruno S. Frey, »Die Krankheit der Wissenschaft. Der Forschungsbetrieb leidet am Übermaß falsch ausgerichteter Evaluationen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 167, 21.7.2007, 13
- PAQ = Projektgruppe Automation und Qualifikation (Frigga Haug, Helga Karl, Rolf Nemitz, Christof Ohm, Nora Räthzel, Werner van Treeck, Thomas Waldhubel, Gerhard Zimmer), *Widersprüche der Automationsarbeit. Ein Handbuch*, Berlin 1987

Pongratz, Hans-J., u. G. Günter Voß, »Arbeitskraft und Subjektivität. Einleitung und Stellungnahme aus Sicht der Arbeitskraftunternehmer-These«, in: dies., *Typisch Arbeitskraftunternehmer? Befunde der empirischen Arbeitsforschung*, Berlin 2004, 7-31

Schmiede, Rudi, »Informatisierung, Formalisierung und kapitalistische Produktionsweise. Entstehung der Informationstechnik und Wandel der gesellschaftlichen Arbeit«, in: ders. (Hg.), *Virtuelle Arbeitswelten. Arbeit, Produktion und Subjekt in der »Informationsgesellschaft«*, Berlin 1996, 15-47

Schriewer, Jürgen, »Bologna« – ein neu-europäischer »Mythos«? in: *Zeitschrift für Pädagogik*, 53. Jg., H. 2, 2007, 182-99

Stratmann, Friedrich, und Bernd Kleimann, »Das Ende bewährter Abwehrstrategien? Bologna-Prozess: Bürokratische Überregulierung oder sinnvolle Neuordnung des Studiums?« in: *Forschung & Lehre*, 14. Jg., H. 7, 2007, 394-95

Terhart, Ewald, »Wozu führt Modularisierung? Überlegungen zu einigen Konsequenzen für die Praxis der akademischen Lehre«, in: *Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften (DGfE)*, 18. Jg., 2007, 23-37

Tobler, Ruedi, »GATS: Ende des öffentlichen Bildungswesens?« in: *Widerspruch*, 23 Jg., H. 45, 2003, 115-28

Vormbusch, Uwe, »Accounting, Informatisierung und der Calculating Man«, in: A. Baukowitz u.a. 2006, 145-52

WR = Wissenschaftsrat, *Empfehlungen zur künftigen Rolle der Universitäten im Wissenschaftssystem*, Drucksache 7067-06, Berlin, 27.1.2006

Zimmer, Gerhard, »Aufgabenorientierte Didaktik. Entwurf einer Didaktik für die Entwicklung vollständiger Handlungskompetenzen in der Berufsbildung«, in: W. Markert, *Berufs- und Erwachsenenbildung zwischen Markt und Subjektbildung*, Baltmannsweiler 1998, 125-67

ders., »Kompetenzentwicklung für virtuelle Zusammenarbeit«, in: H. Neuendorff u. B. Ott (Hg.), *Unternehmensübergreifende Prozesse und ganzheitliche Kompetenzentwicklung. Neue Forschungsergebnisse und visionäre Instrumente zur Unterstützung virtueller Zusammenarbeit*, Frankfurt/M u.a. 2005, 61-83

ders., »Qualitätsmanagement in der modernen Fernlehre«, in: Hochschulverband Distance Learning (Hg.), *Fernstudium und Weiterbildung zwischen »Soll & Haben«*, Tagungsband – Schriftenreihe zu Fernstudium und Weiterbildung, Bd. 1, FH Brandenburg 2006a, 108-27

ders., »Was bestimmt den Lernerfolg? Aufgabenorientierte Didaktik als Grundkonzept für den Erwerb ganzheitlicher Handlungskompetenzen«, in: H. Dieckmann, K.-H. Dittrich u. B. Lehmann, *Kompetenztransfer durch selbstgesteuertes Lernen*, Bad Heilbrunn, 2006b, 31-52

Wolfgang Fritz Haug

Die »Neue Kapital-Lektüre« der monetären Werttheorie

1. Neue Kapital-Lektüre?

»Als ich ›Das Kapital‹ von Marx las, verstand ich meine Stücke.« Brechts hinter-sinniger Satz (GA 21, 256) lässt sich auf alle Bereiche des Lebens, Handelns und Denkens im Kapitalismus übertragen. Wenn *Kapital-Lektüre* periodisch von der Tagesordnung verschwand, so nicht weil ihr Gegenstand aufgehört hätte, die Totalität der gesellschaftlichen Lebensäußerungen zu durchdringen, sondern eher im Gegenteil, weil er resigniert oder auch illusionär hingenommen wurde. Doch ebenso regelmäßig schicken sich die Krisen des Kapitalismus an, zumindest den Wacheren jeder Generation »Dialektik einzupauken«, wie Marx es 1873 »den Glückspilzen des neuen heiligen, preußisch-deutschen Reichs« vorhergesagt hat (23/28)¹ und wie es heute den Unglücksvögeln des neuen Heiligen, von den USA dominierten Imperiums ins Haus steht. Das standardisierte Massensubjekt des Fordismus hat einer Fragmentierung und Vielförmigkeit der Subjekte Platz gemacht, die das transnationale Kybertariat ebenso umfasst wie die Frauen aus den Maquiladoras und die Kleinbauern der Dritten Welt. Zum Schauplatz des Nationalstaats sind die kontinentalen und globalen Arenen hinzugekommen. Und eine neue Internationale macht sich geltend als »Bewegung der Bewegungen«. In dieser Situation rückt eine neue *Kapital-Lektüre* auf die Tagesordnung, die durch die Krisen des sich herausbildenden transnationalen High-Tech-Kapitalismus und massenhafte Erfahrungen sozialer Ausschließung und Prekarisierung geprägt ist. Ihre Grundlagen sind von größter Bedeutung für eine sich herausbildende neue Linke. Grund genug, einer Publikation, die »Das Kapital neu lesen«² heißt, besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Der Titel greift nach den Sternen: *Das Kapital lesen*, LIRE LE CAPITAL, so überschrieben Althusser und seine Mitstreiter vor einem halben Jahrhundert ihr Projekt einer radikal neuen *Kapital-Lektüre*. Wer diesen klassischen Titel übernimmt und um das Adjektiv »neu« ergänzt, möchte daran gemessen werden. Laut F.O. Wolfs Vorwort sind gegenwärtig »alle Marxismen in *imaginäre Marxismen* verwandelt«, und die Beiträge des Bandes beanspruchen, »das radikale Potenzial der marxischen Theoriebaustelle wirklich umfassend erschließen zu können« (8f). Aber ist das *Kapital* wirklich nicht mehr als eine Baustelle? Was sein theoretisches Potenzial betrifft, so erprobt keiner der Beiträge es am Gegenstand selbst. Der vom Computer umgewälzte Kapitalismus kommt so gut wie nicht vor. Das Interesse gilt Texten und

-
- 1 Zitate aus der Marx-Engels-Werkausgabe (MEW) werden mit Bandnummer und Seitenzahl, getrennt durch einen Schrägstrich, nachgewiesen.
 - 2 Hoff, Jan, Alex Petrioli, Ingo Stütze, Frieder Otto Wolf (Hg.), *Das Kapital neu lesen. Beiträge zur radikalen Philosophie*, Münster 2006 (370 S., kart., 27,90 €).

Textlektüren. Das meiste gerät zur Theorie-Erzählung, die sich aus anderen Theorie-Erzählungen speist. Dahinter verschwindet die Wirklichkeit. Ein zweites Kriterium für die Beurteilung soll der dank MEGA möglich gewordene Versionenvergleich der marxischen Manuskripte zur Kritik der politischen Ökonomie sein. Doch das bleibt weitgehend Versicherung, da bei der Hälfte der sechzehn Herausgeber und Autoren – Bidet, Gallas, Guibert, Knittler und Birkner, Krämer, Šešerko, R. Wolff – dies unterbleibt. Was in Wirklichkeit geschieht, ist etwas ganz anderes. Eine Gruppe von Adepten der »monetären Werttheorie« und ihrer »logischen Methode« tritt mit dem Anspruch auf, nicht weniger als die *Kapital*-Lektüre des 21. Jahrhunderts zu bestimmen.

So rissig sich manche Konstruktion herausstellen wird, so riesig ist der Anspruch. »Nur Lumpen sind bescheiden«, mögen sich die Herausgeber gedacht haben. Im Eifer, reinen Tisch für den Auftritt der ›wahren‹ Interpretation zu schaffen, erklärt Ingo Elbe (»Zwischen Marx, Marxismus und Marxismen – Lesarten der marxischen Theorie«, 52-71): »Wenn der leninsche Satz, nach einem halben Jahrhundert habe ›kein Marxist Marx begriffen‹ [...], für einen Sachverhalt volle Gültigkeit beanspruchen darf, dann für den der Interpretation der Kritik der politischen Ökonomie.« (56) Lenins Urteil unterschreibt Elbe, doch richtet er es auch gegen Lenin selbst: »ein Diktum, das in diesem Fall allerdings auch auf ihn selbst zutrifft« (ebd.). Er spart aus, dass Lenin das Verständnis der hegelschen *Logik* zur Verstehensbedingung des *Kapital* erklärt (LW 38, 170). Zudem dehnt er das halbe auf ein ganzes Jahrhundert aus. Um die Einzig- und Neuartigkeit der vierzig Jahre später auftretenden »Neuen *Kapital*-Lektüre« herauszustreichen, schmettert Ingo Stützle (»Die Frage nach der konstitutiven Relevanz der Geldware in Marx' Kritik der politischen Ökonomie«, 254-86) auch Ernest Mandel mit dem im Fall dieses unbeugsamen Kapitalismuskritikers besonders merkwürdigen Urteil zu Boden, er habe den »gesellschaftskritischen Charakter der ganzen Kritik der politischen Ökonomie [...] aufgegeben« (266). Den Vogel schießen Dennis Kirchhoff und Alexander Reutlinger ab (»Vorarbeiten zu einer relationslogischen Rekonstruktion der marxischen ›Wertformanalyse‹«, 200-27). Es fällt schwer, sich der Satire zu enthalten, wenn sie sich über die »logisch-historische Lesart der Wertformanalyse« hermachen, »die Haug und Engels vornehmen« (218). Der Mühe, sich mit den Einwänden gegen ihre eigene Methode auseinanderzusetzen, entledigen sie sich, indem sie die Kontroverse für »inzwischen eindeutig zugunsten der logischen Lesart entschieden« erklären (200). Sie sind der wahre Jakob.

Nun ist die Bühne errichtet, auf der hundert Jahre nach Erstveröffentlichung des bis dahin von keinem verstandenen *Kapital I* die »Neue Marx-Lektüre« von ihrem Johannes-der-Täufer in Gestalt von Hans-Georg Backhaus angekündigt worden sein soll – eine Genealogie, welche die »Neue *Kapital*-Lektüre« zu einer Spätgeburt des Neomarxismus der 1960er Jahre macht. Das ›Neue‹ ist also nicht wirklich neu. Aber auch wer etwas anderes erwartet hat, sollte das Buch nicht enttäuscht aus der Hand legen, sondern genau hinsehen, was die Annahmen und Vorgehensweisen der »monetären Werttheorie« für die *Kapital*-Lektüre bedeuten.

2. Monetäre Werttheorie

Am Anfang herrschte im Marxismus »Geldvergessenheit«, bis Hans-Georg Backhaus, der für diese Wortprägung an Heideggers »Seinsvergessenheit« Maß genommen hat, die marxische Kritik der politischen Ökonomie als »Kritik prämonetärer Werttheorie« erkannte und damit den Grundstein für ihre Weiterentwicklung als monetäre gelegt hat (Stützle, 254). Eine Schule erzählt sich ihren Gründungsmythos. Ihre Vertreter beanspruchen, als Erste »den Funktionszusammenhang Waren produzierender kapitalistischer Gesellschaften grundlegend deuten zu können« (255). Sie wiederholen im vorliegenden Band die bereits von Michael Heinrich her (vgl. Haug 2003, 2004a, 2004b; vgl. 2006) bekannten Thesen der »monetären« und »logischen« *Kapital*-Lektüre in der Art fragloser Glaubensartikel. Elbe macht den Anfang: Die Entwicklung der Wertformen bei Marx habe nichts mit der theoretischen Rekonstruktion eines wirklichen Entstehungszusammenhangs zu tun, sondern meine ausschließlich »die begriffliche Entschlüsselung des immanenten Strukturzusammenhangs« (65); erst im Kapitalismus trete voll entwickeltes Geld auf und erst mit diesem Ware und Wert. Bei Stützle »stellt sich der gesellschaftliche Charakter der hergestellten Produkte erst hinterher ein: auf dem Markt, über das Geld« (256), d.h., er verwechselt die Realisation der Wertbestimmung mit der Bestimmung selbst. Es ist, als fände eine Urzeugung der Warencharaktere im Moment des Verkaufs statt. »Nur im Geldbezug kann die Ware ihren vom konkreten Gebrauchszusammenhang unabhängigen Wertcharakter tatsächlich geltend machen.« Obgleich es demnach nur Kauf und Verkauf geben dürfte, bleibt er (wie Heinrich) beim Begriff des Tausches: »Wert und Ware existieren nur im Tausch, auch wenn Ware und Wert bereits in ihrer Produktion antizipiert wurden.« (257) Elbe spricht aus, was das für die Arbeitswertlehre bedeutet: Ihr wird keine »ontologische« Relevanz (61) mehr zugestanden usw. Mit dem »voll entwickelten Geld« hat es seine eigene Bewandnis. Wie gleich zu sehen sein wird, rechtfertigt sich die monetäre Werttheorie ja gerade damit, dass das Geld zu Marx' Zeiten eben nicht voll entwickelt war. Überhaupt verhält es sich bei dieser Schule mit der These der Vollentwickeltheit antinomisch: Sie braucht sie ständig und ist doch mit ihr unvereinbar. Mal ist das Geld voll entwickelt, mal die Ware, mal das Kapital, mal der Kredit. Dann wieder verlangt gerade die Weiterentwicklung, mit bestimmten Thesen von Marx aufzuräumen.

Das Eingangsproblem, das die monetären Werttheoretiker mit Marx haben, ist dessen genetisch-rekonstruktive Herleitung des Geldes aus dem Warentausch. Indem sie diese Herleitung als »logische« interpretieren, lässt sich deren Realitätsbezug verneinen. Wo Marx ihn in aller Klarheit ausspricht, wird das als popularisierendes Zugeständnis an die Arbeiterbewegung interpretiert und der »unwissenschaftlichen« Seite von Marx zugerechnet. Als wollten sie den englischen Spruch widerlegen, dass man den Kuchen nicht zugleich essen und behalten kann, spalten sie Marx in einen exoterischen und einen esoterischen auf, schicken den ersten mit seiner wertformanalytischen Geldtheorie in die Wüste und behalten den zweiten, dem sie ihre »logische« Methode zuschreiben. So brechen sie mit Marx und schaffen diesen Bruch zugleich

aus der Welt, indem sie ihre eigene Theorie als die »marxsche monetäre Werttheorie« präsentieren (Hoff, 296). Wer so spricht, beruft sich gern darauf, dass Ware und Wert, geschweige denn Kapital, sich nicht zu ›normalen‹ Formen der gesellschaftlichen Produktion entwickeln könnten ohne die selbständige Wertgestalt des Geldes. Doch das ist Gemeingut all der marxistischen Richtungen, über welche die Wertmonetaristen sich erheben möchten. Sie suchen hinter einer von niemand angegriffenen Fassade Deckung. Ihre ›neue Entdeckung‹ ist eine ganz andere, und sie ist geeignet, ebenso grundlegende wie nützliche Einsichten von Marx zu ruinieren: Die wertformanalytische Geldtheorie von Marx wird in eine geldtheoretische (»monetäre«) Werttheorie verkehrt; dem dialektischen Totalitätsdenken wird die Geschichte ausgetrieben; die einzig sinnvolle und geschichtsmaterialistisch legitime Erkenntnisquelle aber, die Rekonstruktion des Verhaltens in bestimmten Verhältnissen und der Veränderungsimpulse, die aus dieser asymmetrischen Wechselwirkung entspringen, wird preisgegeben zugunsten einer nie hinterfragten ›Logik‹. Wenn aber *Kapital*-Lektüre nicht nur ihre akademisch ›kapitalisierte‹ Form meint, nämlich das Hervorbringen je neuer *Kapital*-Deutungen, sondern auf massenhaftes *Lesen* des marxschen kapitalismustheoretischen Grundlagenwerks zielt, eine Lektüre also, ohne die sich marxistisches Denken im Ernst nicht bilden lässt, dann sind die Folgen dieser drei Verkehrungen fatal.

3. Logifizierung als Wirklichkeitsverlust

Dass die marxsche Theorie wie alle Theorie eine Sache des Denkens ist, bringt Kirchhoff und Reutlinger unter Berufung auf Heinrich (221, Anm. 10) dazu, die gedachte Sache zu entwirklichen und den »gedachten, ideellen oder virtuellen Raum der begrifflichen Darstellung« (204) gegen die Sache zu verselbständigen. Ihr Verständnis der ›logischen Methode‹ läuft damit auf den fadesten aller Sophismen hinaus, die Gedanken auf ihr Gedachtsein festzulegen und darauf zu vergattern, »wirklich etwas vorzustellen, ohne etwas Wirkliches vorzustellen«, wie die Autoren der *Deutschen Ideologie* spotten (3/31). Doch wenn Marx Kapital als sich mittels Lohnarbeit verwertenden Wert begreift, so erfasst er damit etwas genauso Wirkliches, wie der Unterschied von relativer Wertform und Äquivalentform zwar ein »mikrologischer« (23/12), aber darum nichtsdestoweniger ein realer ist.

Tauschwert hält der ›gedachte, ideelle oder virtuelle‹ Marx von Kirchhoff und Reutlinger für die »Relation aller Gebrauchswerte [...], die sich warenförmig aufeinander beziehen« (204). Beim nachlesbaren Marx beziehen sich die Waren auf einander unter Abstraktion von ihrem Gebrauchswert. Den Gebrauchswert erklären sie zur »intrinsischen, in diesem Sinne essenziellen Eigenschaft des Objekts Ware« (204); sie übersehen, dass erst die Relation seiner stofflichen (einschließlich der gestalthaften) Eigenschaften auf menschliche Bedürfnisse diesen Gegenstand zum Gebrauchswert macht.³ Was den Verf. damit entgeht, ist die Andersheit der Dinge

3 Einen sonderbaren Dualismus zwischen produktivem und konsumtivem Gebrauchswert behauptet Šešerko. Den marxschen Satz »der Gebrauchswert verwirklicht sich nur im Gebrauch«, führt er folgendermaßen fort: »In der Produktion verwirklicht er sich nicht, er

selbst, auf die der marxische Merksatz zielt, dass es »einem Schaf schwerlich als eine seiner ›nützlichen‹ Eigenschaften vorkäme, dass es vom Menschen essbar ist« (19/363).

Während der nachlesbare Marx bereits an der einfachen, zufälligen, einzelnen Wertform die Eigentümlichkeit aufweist, dass auf Seiten der »Äquivalentform [...] konkrete Arbeit zur Erscheinungsform ihres Gegenteils, abstrakt menschlicher Arbeit wird« (23/73), wird dem esoterischen Marx die Behauptung zugeschrieben, letztere entstehe erst »in einem koinzidenten Setzungsverhältnis mit der allgemeinen Wertform«, wobei diese These durch ihre eigne Wiederholung in etwas anderen Worten ›bewiesen‹ werden soll: »da erst innerhalb dieser Struktur [...] die Konstitution des Werts vollzogen ist« (Hoff, 295). Diese Figur, dass das zu Beweisende einfach als sein eigener Beweis wiederholt wird, zieht sich durch die Texte aller hier versammelten Schüler der monetären Werttheorie.

Christian Iber (»Die Bedeutung der Differenz in der Entwicklung der Wertformen zwischen der ersten und der zweiten Auflage des *Kapital*«, 189-99) hält den »Status« der Wertformanalyse mit ihrer Aufbaufolge bis hin zum Geld für »logisch-systematisch«, ohne diese an sich noch leeren Begriffe näher zu erklären oder die mit ihnen verbundene Vorstellung dem geschichtsmaterialistischen Selbstanwendungspostulat zu unterziehen. Doch im Gegensatz zu Kirchhoff und Reutlinger sieht er, dass »die Ebene der Wertform [...] nur eine Teilstruktur des Austauschprozesses, nicht dieser selbst« ist (189), also auch nicht symmetrisch, als Gleichung, dargestellt werden kann. Auch kritisiert er die von den Jüngern des Wertmonetarismus mitgemachte Eliminierung des marxischen Begriffs der »Geldware« durch Heinrich. Ungenau wird er, wo er Marx (ebenfalls gegen Heinrich) sagen lässt, »dass das Geld allein aus der Struktur der Ware erklärt werden kann« (190) – man meint Marx' zornige Stimme aus dem Off zu vernehmen: »Tauschwert ohne wenigstens deren 2 existiert nicht« (19/358). Ferner folgt Iber Backhaus in der Auffassung, »dass Marx' Werttheorie zugleich Geldtheorie ist« (198, Anm. 5), eine etwas verquere Auffassung, für die allenfalls spricht, dass die marxische Werttheorie nicht nur und primär Arbeitswertlehre ist, sondern ihre Springpunkte im Doppelcharakter der Arbeit sowie in der Wertformanalyse hat, deren erster Akt ja in der genetischen Rekonstruktion der Geldform gipfelt. Er verlässt jedoch die historische Wahrheit, wenn er mit Backhaus diese Auffassung der »marxistischen Wertlehre« entgegensetzt (ebd.), wie überhaupt in dem ganzen Band »Marxismus« und »marxistisch« zumeist für etwas Zurückzulassendes steht, auch wenn diese Verabschiedung gleichsam hinter vorgehaltener Hand ausgesprochen wird. Als Wertbegriff schreibt Iber Marx zu, darunter ein »Quantum *privater*, ausschließender gesellschaftlicher *Verfügbarmacht* über Gebrauchsgüter für den Tausch« zu sehen, deren »Quelle« die Arbeit sei (190). Als wertbildende wiederum sei alle Arbeit »Unterwerfung, Dienst am Eigentum, das sich darüber vermehrt«, wobei ihre »geistige Zweckbestimmtheit [...] getrennt vom Arbeiter festgelegt wird« (197, Anm. 3)

wird [...] geradezu zerstört. Das kommt heute in der Zerstörung der Natur zum Ausdruck.« (118) Doch alle produktiven Gebrauchswerte verwirklichen sich in der Produktion. Und einem jeglichen Gebrauchswert ist das Verbrauchwerden bestimmt.

– d.h., alle wertbildende Arbeit ist für ihn kontrafaktisch immer schon Lohnarbeit. Kontrafaktisch geht es auch zu, wo über der monetären Werttheorie Tribut zollt. Und zwar erklärt er die thematische Abfolge im *Kapital*, dass Marx zuerst den Wertausdruck und dann erst den Austausch analysiert, damit, dass »der Austauschprozess [...] nur mittels des Geldes realisiert werden« könne (190). Geld wird hier nicht nur »genetisch rückwärts«, sondern auch »vorwärts« zur Zentralgestalt. Für über erweist es sich »mit seiner Verwandlung in Kapital als eigentlicher Veranstalter, Ursprung, Zweck und Endpunkt der gesellschaftlichen Produktion« (195). Beim nachlesbaren Marx dagegen ist Geld als Kapital nicht mehr = Geld, sondern hier ist das Wertding in sich verwertenden Wert verwandelt, der interimistisch immer wieder Geldgestalt annimmt, für den allerdings der Geldausdruck das grundlegende Reflexionsmedium und insofern eine der Daseinsbedingungen darstellt.

4. Die »logische Methode« als »Dialektik«

Frieder Otto Wolf (»Marx' Konzept der »Grenzen der dialektischen Darstellung««, 159-88) betont den materialistischen (aber nicht den historischen) Charakter der marxischen Dialektik sowie die Notwendigkeit, vom operativen Sinn derselben auszugehen (159), statt wie Reichelt und Backhaus dem Mythos einer »ungeschriebenen Lehre« von Marx zu huldigen oder die *Grundrisse* dem *Kapital* theoretisch überzuordnen. Wenn Reichelt suggeriert, Marx habe im Laufe der Zeit eine »stillschweigende Verabschiedung von der dialektischen Methode« vollzogen (2000), weist Wolf das als »Scheinproblem« zurück (181). Doch verkürzt er im Gefolge Althusser's, auch wenn er dessen *Kapital-Lektüre* als gescheitert hinter sich lässt, den Materialismus auf die »strukturelle Kausalität« und opfert ihr den spezifisch marxischen Primat der historischen Praxis. Das gibt seiner Ablehnung des Hegelparadigmas etwas Halbherziges. Was Marx das »direkte Gegenteil« der hegelschen Dialektikauffassung nennt, ist für Wolf nur eine »Modifikation [...], die Marx an der systematisch entwickelnden hegelschen Dialektik vorgenommen hatte« (168). Doch die Dialektik aus dem Reich des Gedankens in die wirkliche Welt hinauszusetzen, ist keine bloße Modifikation, sondern eine Revolutionierung der Denkart.

Was Marx als seine »dialektische Methode« und, wie Wolf kontrafaktisch behauptet, »in anderen Kontexten als »logisch«« bezeichnet, soll »systematische Entwicklung des Begriffs« meinen (178). Nach Zurückdrehung der marxischen Dialektikauffassung auf Begriffsdialektik ergibt sich für ihn die Frage, was sich »aus der begrifflichen Entwicklung als solcher »ableiten«« lässt, und was nicht (167). Diese Unterscheidung bestimmt sein Verständnis der Grenzen der Dialektik. Die Anführungszeichen um »ableiten« sind Symptome einer Verlegenheit, die auf Begriffsableitung nicht mehr bauen, aber dialektische Darstellung sich anders nicht vorstellen kann.

Was folgt nun daraus für die *Kapital-Lektüre*? Für die Frage, wie die Wertformanalyse und die marxische Rekonstruktion der Genesis der Geldform zu lesen sind, ergibt sich für Wolf, dass die Tatsache, dass Gold zur Geldware wird, tatsächlich »kein [...] begrifflich darstellbarer Prozess« sei (164). In Wahrheit handle es sich dabei um

»ein singuläres Ereignis, das auf die Wirklichkeit des bisher entwickelten allgemein begrifflich darstellbaren Strukturzusammenhanges eine entscheidende Rückwirkung ausübt« (ebd.), was zunächst meint, dass zwar die Form und Funktion Geld, nicht aber das Geldmaterial sich ›rein begrifflich ableiten‹ ließen. Dagegen ist zu fragen, ob überhaupt irgendeine Wirklichkeitskenntnis rein begrifflich ableitbar ist. Wäre das so, dann hätten wir ja wiederum eine begriffslogische Welt vor der tatsächlichen Welt. Ferner: die verändernde Rückwirkung von Entwicklungsergebnissen auf ihre Voraussetzungen ist ein allgemeines Phänomen, das sich als Regularität begrifflich fassen lässt. Ohne diese Rückwirkung würde es den geschichtsbildenden Rückstoß nicht geben, der verhindert, dass der Prozess immer wieder zurtücksinkt. Eine Entwicklung zu *rekonstruieren* kann nur heißen, die ihr zugrundeliegenden, nicht selber begrifflichen Veränderungsimpulse begrifflich zu modellieren. Statt sich an solche Rekonstruktion zu machen, bringt Wolf wie die anderen Anhänger der ›logischen Methode‹ das Problem zum Verschwinden. Sobald etwas ins Spiel kommt, das sich nicht auf Gedankliches reduzieren lässt, gilt ihm die Grenze der Dialektik als überschritten. So etwa bei der Personifikation der Ware Arbeitskraft: »Die Tatsache, dass es überhaupt dazu kommt, dass menschliche Wesen gleichsam in diese Funktion eintreten, [...] kann jedenfalls nicht theoretisch als ein systematisches Ergebnis der marx'schen ›dialektischen Darstellung‹ der kapitalistischen Produktionsweise ›rekonstruiert‹ werden« (164). Versteht man unter marx'scher Dialektik eine Schrumpfform der hegel'schen, wird man diesem Satz zustimmen müssen. Aber warum in aller Welt sollten historische Materialisten von jener begriffsdialektischen Vorstellung als der Norm für Dialektik ausgehen? Warum nicht statt dessen die Frage nach der dialektischen Methode auf die Frage zuspitzen, wie Marx seinen Anspruch, »jede gewordne Form im Flusse der Bewegung« (23/28) aufzufassen, geschichtsmaterialistisch umsetzt? Diesen Weg geht Wolf nicht. Er polemisiert gegen eine nicht näher identifizierte *Kapital*-Lektüre, für die er das kuriose Schmähwort »genetizistisch« kreiert und der er zuschreibt, für sie verdeckte »Marx' Redewendung vom ›Entstehen‹ [...] vielleicht [...] den hier unterstellten systematischen Zusammenhang zwischen systematischer Formentwicklung und der als fortwährende Grundlage des Kapitalverhältnisses funktionierenden historischen Tatsache des Auftretens der Arbeitskraft des freien Arbeiters auf dem Markt« (169). Ja, »vielleicht«, auch wenn man nicht weiß, wer gemeint ist. Wolf bezieht sich auf die bekannte Feststellung von Marx, wonach die »historischen Existenzbedingungen« des Kapitals »durchaus nicht da [sind] mit der Waren- und Geldzirkulation. Es entsteht nur, wo der Besitzer von Produktions- und Lebensmitteln den freien Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf dem Markt vorfindet, und diese eine historische Bedingung umschließt eine Weltgeschichte.« (23/184) Aber auch wo diese Bedingung gegeben ist, ist das Kapital noch lange nicht fertig entsprungen. Auch dann muss der Übergang erst noch praktisch-tatsächlich vollzogen werden und stellt sich für die Theorie die Aufgabe, ihn begrifflich zu fassen. Oder sollen wir wie Wolf beim Geldwerden des Goldes sagen, dass das Kapitalwerden des Geldes »kein [...] begrifflich darstellbarer Prozess« sei (164)? Lieber revidieren wir unsere Vorstellung von begrifflicher Darstellbarkeit und passen sie den Beschaffenheiten der geschichtlichen Materialität an.

5. Genesis und Geltung

Eine Verlegenheit bereitet dem Wertmonetarismus der marxische Anspruch, »die Genesis dieser Geldform nachzuweisen, also die Entwicklung des im Wertverhältnis der Waren enthaltenen Wertausdrucks von seiner einfachsten unscheinbarsten Gestalt bis zur blendenden Geldform zu verfolgen« (23/62). Die einmal herausgebildete Geldform bewirkt einen Niveausprung der Tauschverhältnisse. Sie löscht die Spur ihrer Entstehung aus und zeigt sogar das Gegenteil, als wäre das Geld das primär aktive Element. Doch ihrer Geltung bleibt die Genesis eingeschrieben und kann jederzeit durchschlagen im Moment der Krise.

Die wertmonetaristische Entsorgung dieses Problems, dass ihre Grundannahmen damit unvereinbar sind, erfolgt in zwei Schritten: Die marxische Rede davon, die »Genesis [...] zu verfolgen«, knüpfe an die »hegelsche Redeweise von der ›Entwicklung des Begriffs‹ an«, erklären Kirchhoff und Reutlinger. Die bei Hegel gemeinte ›Entwicklung‹ »ist keine Genese«, kommentieren sie ganz richtig, »sondern die schrittweise Entfaltung einer komplexen logischen Struktur, die von Anfang an als präexistent unterstellt wird« (206). Hegel spricht in diesem Zusammenhang bekanntlich von den »Gedanken Gottes vor der Schöpfung« (*Logik*, Vorwort). So weit, so gut. Für den geschichtsmaterialistisch denkenden Marx aber kann es eine solche Logik keineswegs geben.

Oder sollte es nur eine Frage der Benennung sein? Am Wort soll es nicht liegen. Vergessen wir für einen Moment die marxische Warnung angesichts einer ›logizistischen‹ *Kapital-Lektüre*, wie sie ihm bei Rodbertus begegnet, dass »jede einzelne Warensorte den unlogischen Prozess« begeht, »sich als Gebrauchswert von den andern völlig zu unterscheiden, »aber zugleich ihren *Preis* als qualitativ dasselbe, aber quantitativ verschiedenes *desselbigen Wesens*« darzustellen: »Es handelt sich hier um einen ›logischen‹ Gegensatz nur bei [... denen], die vom ›Begriff‹ Wert, nicht von dem ›sozialen Ding‹, der ›Ware‹, ausgehen« (19/374f). Setzen wir uns also darüber hinweg und konzedieren wir, dass man uns auch solche »unlogischen« oder, in Gestalt der Akkumulation um der Akkumulation willen, irrationalen Prozesse ›logisch‹ nennt. Das Wort hätte dann keinen hegelschen Beiklang mehr, sondern den abgeschliffenen Sinn, wie wenn man von ›Profitlogik‹ spricht. Wenn Marx Bewegungsgesetze und Formbestimmtheiten des Kapitalismus herausarbeitet, so mag man deren Gesamtheit zumindest metaphorisch als »komplexe logische Struktur« bezeichnen. Doch dann bleibt die Frage, wie wir dieser ›Logik‹ theoretisch auf die Schliche kommen oder, falls wir uns mit Rezeption bescheiden, wie Marx darauf gekommen ist.

Werden wir uns damit herausreden, dass dies das Werk der marxischen *Forschung* war, während die *Kapital-Lektüre* es nur mit der *Darstellung* zu tun hat? Wie sollen wir freilich die Darstellung beurteilen, wenn wir uns aus der Forschung heraushalten? »Die Darstellung [...] hängt engstens mit der Forschung zusammen, die als Suche danach aufgefasst werden kann, wie sich eine Sache adäquat darstellt.« (Haug 2005, 17) Eine Formation besteht nur solange, wie sie ihre eigenen Voraussetzungen ständig

neu setzt, ein Aufbau nur, solange er sich immer erneut aufbaut, ein Gewordenes nur, indem es weiterhin ›wird‹ und im permanenten Vergehen sich ebenso permanent reproduziert. Der Satz, »dass ein Entstehungsprozess und dessen Resultat *nicht gleichzeitig* existieren können« (Riedel 1997, 4), ist ontologisch nicht haltbar. Er ist allenfalls begrenzt sinnvoll, um die nur *formell* zirkuläre Systemreproduktion abstraktiv in den Blick zu nehmen. In Wirklichkeit bewegt diese sich nicht einmal bloß spiralförmig, sondern umfasst periodische Richtungsänderungen und das Auftauchen neuer Formen. Die bei der jederzeitigen Wieder- und Weiterentwicklung zu beobachtenden Übergänge aber sind nicht begrifflicher Natur, sondern solche der Sache selbst, und ihre Natur zu begreifen, ist Sache der Theorie. Eine der wichtigsten Formen des Begreifens eines Aufbaus ist das Nachbauen im Denken oder die Rekonstruktion seines Werdens. Der Einwand, Marx habe das Problem »jedoch nicht in dem Sinne historisiert, dass [sein Gedanke einer ›Genesis dieser Geldform‹] jetzt eine Narration von zeitlichen Abläufen beinhalten würde« (Kirchhoff/Reutlinger, 206), ist trivial und geht zudem an der Sache vorbei. Die genetische Folge struktureller Komplexionsniveaus zu rekonstruieren, ist etwas anderes als die »Narration von zeitlichen Abläufen«, umschließt aber den Zeitsinn eines Nacheinander der auseinander Hervorgehenden.

Alles wird falsch, wenn der von Kliman geltend gemachte Zeitsinn der marx-schen Prozessanalysen (vgl. die Rez. in diesem Heft) zugunsten einer »universellen Gleichzeitigkeit der verschiedenen Stufen der Entwicklung des Begriffs« ausgelöscht wird, wie es mit Bader u.a. heißt (1975, 79; vgl. Heinrich 1999, 172f). »Alle Formen des Werts«, geht es dort weiter, »sind ›an sich‹ schon vorhanden, nur noch nicht ›für uns‹ im Gang der Darstellung gesetzt. Die Notwendigkeit ihres Nacheinanders in der Darstellung ist zunächst ausschließlich in der Unmöglichkeit begründet, ihre reelle Gleichzeitigkeit sprachlich zu rekonstruieren.« (Ebd.) Die auf andere Weise ebenso falsche evolutionistische Gegenthese vertritt im vorliegenden Band Šešerko. Ihm zufolge steckt in der Warenform »also immer schon die Geldform und [...] die Kapitalform, des Weiteren dann auch die Monopolform usw.« (112).⁴ Aber wenn die Analyse der einfachen Wertform das Geheimnis der Geldform aufzuklären erlaubt, so nicht, weil das Geld schon in der Ware steckt. Was in dieser – bzw. in den Tauschverhältnissen – steckt, ist der Gegensatz von Gebrauchswert und Tauschwert. Zwischen der ersten Form von Ware und der Ware, die dem Geld gegenüber steht, vermitteln die Ausbreitung des Tauschs und die historische Tat der Institutionalisierung einer Geldware. Und zwischen dieser und dem Kapital klafft ein weltgeschichtlicher Abgrund.

Zurück zu Kirchhoff und Reutlinger! Um die kategoriale Abfolge bei Marx von jedem real genetischen Beiklang zu reinigen, bemühen sie Marx' Aussage über die richtige Darstellungsfolge von Wucher- und Handelskapital im Verhältnis zum

4 Von der am Anfang von *K I* rekonstruierten »Entwicklung der Warenform« meint Šešerko, sie stelle »bereits die Metamorphose von Geld und Kapital dar, ganz im Sinne der hegel-schen Kategorienentwicklung« (116). »Um die Probleme der Austauschbarkeit des Geldes zu lösen, wird dann ein bestimmtes Geld zum Kapital, dieses dann in der weiteren Entwicklung zum Monopol usw.« (118).

industriellen Kapital. Marx erkenne es ja als »falsch«, diese »Kategorien in der Folge aufeinander folgen zu lassen, in der sie die historisch bestimmenden waren« (42/41, zit. 206). Aus dem Kontext gerissen und in ein allgemeines Gesetz umgeformt, läuft der Satz auf die unsinnige Behauptung hinaus, die kategoriale Abfolge im *Kapital* sei »gerade das Umgekehrte von dem, was [...] der Reihe der historischen Entwicklung entspricht« (ebd.). Dann hätte Marx vor der Kooperation, die »historisch und begrifflich den Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktion bildet« (23/341), die Großindustrie behandeln und überhaupt, wie es Althusser tatsächlich einmal vorgeschlagen hat, mit dem Kapital anfangen müssen, um dann erst Geld, Ware und Wert einzuführen. Aber wie soll der sich »selbst verwertende Wert«, der immer erneut zuerst als Geld auftritt, um sich in Waren zu verwandeln, ohne eben diese gedacht werden können? Mit jenem zurechtfabrizierten Unsinnsgesetz rechtfertigen Kirchhoff und Reutlinger nun, dass sie die genetische Reihe, in der Marx die Geldform rekonstruiert, in ein die Tauschakte regulierendes »transzendentes Handlungsschema« verwandeln, dem jeder Zeitsinn und damit jeder genetische Übergang ausgetrieben ist (ebd.).

Doppelt genäht hält besser, denken unsere beiden Autoren. Wenn beim nachlesbaren Marx die Analyse der Einseitigkeit des Wertausdrucks einer Ware den Quellpunkt freilegt, von dem aus der Übergang zur komplexeren Form gedacht werden kann, machen sie aus diesem Wertausdruck eine in beiden Richtungen lesbare Gleichung. Doch der Wertausdruck muss als einseitiges Praxem begriffen werden – wie ein Vorfühlen, ein Angebot auf mögliche Zweiseitigkeit, das unerwidert bleiben oder zum Verhandlungsgegenstand werden kann.

6. Eliminierung der Geldware

Stütze möchte prüfen, »ob die marxsche Kritik der politischen Ökonomie in sich konsistent bleibt«, wenn man den geldtheoretischen Vermittlungsbegriff der »Geldware« aus ihr eliminiert (256). Er *muss* eliminiert werden, um das Geld von seiner Herkunft aus der Warenwelt zu emanzipieren und so die »monetäre Werttheorie« erst richtig monetär werden zu lassen.

Stützes Frage ist eine Finte, die von der konstitutiven Relevanz der Wertformanalyse für den marxschen Geldbegriff ablenkt. Die Ware geht nach Marx' Einsicht dem Geld begrifflich wie historisch voraus. »Geldware« vermittelt begrifflich wie historisch zwischen der Ordnung der Waren und der des Geldes. Diese Vermittlung schalten die Wertmonetaristen aus: »Der Begriff der Ware kann ohne die Berücksichtigung von Geld gar nicht korrekt gebraucht werden« (Kirchhoff/Reutlinger 219).

Stütze begründet dies damit, dass »die Vorstellung einer Balkenwaage mit Geld und Ware auf den jeweiligen Seiten [...] Geld als Maß bereits voraus[setze]« (265). Aber galt es nicht, das Resultieren dieser Voraussetzung gerade zu rekonstruieren? Das Bild der Balkenwaage appelliert an sinnliche Vorstellungen von stofflichen Substanzen, was angesichts der »übersinnlichen« (23/85) Werteigenschaft der Waren völlig irreführend ist. Ein Wertausdruck als solcher ist, wie wir sagten, nur ein

einseitiges Angebot. In jedem Einzelfall wird der Schmelzpunkt zweier in komplementär entgegengesetzten Wertausdrücken sich äußernder Willen darstellen, was sie als Äquivalenz akzeptieren. Und erst die Rückkoppelung in der vergleichenden Wiederholung wird die Oszillation sich auf ein selber bewegliches Schwankungszentrum ausrichten, das durch »die gesellschaftliche Arbeitszeit überhaupt« bestimmt ist, d.h. »das Quantum Arbeit, worüber die Gesellschaft überhaupt zu verfügen hat und dessen relative Absorption durch die verschiedenen Produkte gewissermaßen deren respektives gesellschaftliches Gewicht bestimmt« (25/889).

Weil Geld nicht gut vor den Waren existieren kann, springt der Begriff der kapitalistischen Totalität ein: Geld, Waren- und Wertbestimmungen entspringen im selben Augenblick als deren Momente zusammen mit dem Tausch, der damit von Anbeginn Kauf und Verkauf sei. Ausgehend vom Glaubensartikel, dass ohne Geld von Wertausdruck nicht gesprochen werden könne, projiziert Stützle diese seine Ungereimtheit auf Marx. Dieser lande in der Aporie, wie das »Geldmaterial«, also diejenige Ware, die fest mit der Form des allen anderen Waren gemeinsamen Äquivalents verwächst, ja überhaupt jegliche Ware in Äquivalentform,⁵ »logisch vor der Existenz des Geldes überhaupt als Wertprodukt begrifflich fixiert werden kann« (256).⁶ Er verwechselt Wertform mit Preisform. Das läuft auf die leicht abgewandelte Form jenes Dogmas hinaus, dass ohne Preisform von Wertform nicht gesprochen werden könne. »Erst wenn das Geld entwickelt ist, können sich die Waren in einer allgemeinen gesellschaftlichen Beziehung als Werte zueinander verhalten.« (Ebd.) Diese Generalklausel »in einer allgemeinen gesellschaftlichen Beziehung« fungiert in der Art des Kleingedruckten betrügerischer Verträge: Niemand bestreitet, dass nur auf kapitalistischer Basis »die Warenproduktion zur allgemeinen Form der Produktion wird« (25/889) und dass Geldwirtschaft eine der Voraussetzungen bildet. Allerdings darf – dies sei mit Marx über Marx hinaus angemerkt – ebenso wenig vergessen werden, dass der Kapitalismus, solange er existiert, nicht nur nie im Gleichgewicht mit sich, sondern immer auch »unfertig« ist, dass es also auch nie zu einer absolut »allgemeinen gesellschaftlichen Beziehung« der geldvermittelten Warenproduktion kommt. Luxemburgs Kontinent des der herrschenden Form noch nicht völlig Subsumierten nimmt seinerseits immer neue Gestalten an.

Die Eliminierung aller Wertform, die nicht auf der Preisform beruht, ist in ihren bei Stützle nicht explizierten Voraussetzungen und Folgen im Rahmen der marx-schen Kritik der politischen Ökonomie theoretisch so umständlich und unplausibel und führt letztlich gegen alle historische Evidenz zur Leugnung vorkapitalistischer Ware-Geld-Beziehungen, dass man sich unwillkürlich fragt, warum sie mit solchem Glaubenseifer verfochten wird. Es ist, als verlangte die Logik der »logischen

5 »Die Wertbestimmung der in der Äquivalentform stehenden Ware ist insofern irrelevant, als dass erst mit dem Geld diese überhaupt »fassbar« und sich die Waren als Werte aufeinander beziehen können.« (266)

6 Am Gegenpol spricht wiederum Šešerko: »die am meisten verbreitete Ware wird damit zur Ware schlechthin, also zum Geld« (118). Das wäre dann das Brot, die Wurst, das Bier? Gold war gewiss nicht »die am meisten verbreitete Ware«.

Methode«, alle Brücken hinter sich abbrechen, weil deren Materialität auf die des anderen Ufers verweist, wo doch alle Wertformen vor der Geldform nur gedachte oder transzendente Formen sein sollen. »An einer Geldware [...] kann nicht festgehalten werden«, lautet das Urteil. »Sie ist weder theoretisch haltbar, noch ist ein Zusammenhang zwischen Geld und Gold festzustellen, der über eine übliche Waren-Geld-Beziehung hinausgeht.« (271) Aber warum dann die jahrtausendealte Faszination durchs Gold oder auch durchs Silber? Das ist schlecht plausibel zu machen. In der Tat halten ja selbst Backhaus, »Stichwortgeber der monetären Werttheorie« (260), und Reichelt gegen Heinrich fest, »dass Geldtheorie nicht denkbar ist ohne Geldware« (1995, 91).

Plausibel zumindest für den Alltagsverstand ist dagegen die handfest empirische Tatsache, dass es im 20. Jahrhundert schubweise zur krisengetriebenen Aufhebung der gesetzlichen Golddeckung des Währungssystems gekommen ist. Dies zwingt dazu, angesichts der dadurch »veränderten empirischen Voraussetzungen das Erkenntnisobjekt neu zu durchdenken« (255). Dagegen ist nichts zu sagen. Doch wenn, wie es der Fall ist, die Ware Gold in die Reihe der börsennotierten Waren – mit Erdöl und Edelmetallen an der Spitze – zurücktritt, so kann dies nicht gut die Rechtfertigung dafür abgeben, dass der genetische Bezug zwischen Ware und Geld gekappt wird. Im Gegenteil, nachdem der blendende Goldfetisch seiner staatsamtlichen Prerogative entkleidet worden ist, tritt sein Warencharakter deutlicher hervor. In mancher Hinsicht hat es den Anschein, als sei aus der Geldware inzwischen ein Geldwarenkorb geworden. Dass jedoch Gold als Ware weiterhin auf besondere Weise den Wert als solchen verkörpert, schon weil es, anders als Erdöl und die meisten anderen Waren, nur marginal verbraucht wird, macht sich nicht nur beim Einbruch der Börsenkurse, sondern auch bei so mancher Schwäche des amerikanischen Dollar bemerkbar, »zu dem sich Gold meist wie eine Währung verhält« (»Der Goldmarkt ist für Überraschungen gut«, FAZ 11.4.2007, 20).

Die stereotype Wiederholung einer Behauptung, die vom »Standpunkt der fertigen Phänomene« (24/217) aus plausibel erscheint, ersetzt bei den Wertmonetaristen die Argumentation. Wenn das funktionelle Dasein des Geldes sein materielles schließlich verschluckt, spuckt ihr empirischer Logizismus es gleich von Anfang an aus. In der Tat hat ja, nachdem Gold einst als Geld verallgemeinert worden war, dieses sich systemisch verselbständigt. Indem der Prozess im faktischen Resultat erloschen scheint, folgen die Wertmonetaristen dem äußeren Zusammenhang und löschen den »inneren«, der das Faktische einzig erklärbar und krisenhafte Folgebewegungen vorhersagbar macht. »All diejenigen also, die an der Geldware Gold festhalten, müssten zeigen, dass sich eine »gesellschaftliche Tat« immer noch auf das Gold als Geld bezieht.« (268) Aber nicht jede gesellschaftliche Tat ist Staatsaktion. Das private Horten von Gold seitens der Millionen von Schatzbildnern in aller Welt behandelt Gold noch immer als den Wertfetisch schlechthin. Im goldlosen Weltwährungssystem lauern sie gleichsam auf den gefürchteten Moment, dass die im Fiktionalismus des Finanzkapitals abgeworfene Rückbindung der monetären an die Warenwelt sich gewaltsam geltend macht – in der Krise. Den elastisch sich von

ihm entfernenden und ins Funktionelle resorbierten Geldformen bleibt ihre Abkunft untergründig eingeschrieben, und im Moment der Krise reißt es sie übermächtig in diese zurück, und zwar nicht durch planmäßige gesellschaftliche Tat. Es muss nicht der Moment der Panik sein. »Der Geldfetsch [...] verflüchtigt sich im Augenblick galoppierender Inflation.« (Gallas, 318) Doch nein, genau in der Form Inflation schlägt er zu. Sie ist just eine der Gestalten der »Macht der Machwerke über die Machenden« (Haug 2005, 161).

7. Zusammenfassung

Gegen die Betrachtung der einfachen Warenzirkulation als »Vorstufe« »geht eine ›logische‹ Lesart des *Kapital* von einem entwickelten Kapitalismus aus« (Stützle, 259). So beginnt ein undurchdringliches »autistisches Kannitverstan«, wie sich mit Wolf sagen lässt. Denn vom entwickelten Kapitalismus gehen auch diejenigen aus, die mit dieser Bemerkung geschlagen werden sollen. Wie könnten sie auch anders! Es ist ja die unmittelbare gesellschaftliche Wirklichkeit der reale Ausgangspunkt. Ausgehend von der Warenform des Reichtums der Gesellschaften, in denen kapitalistische Produktionsweise herrscht, vertieft Marx sich zunächst in diese Elementarform und abstrahiert einstweilen vom konkreten Ganzen. Dem kann auch eine geschichtsmaterialistisch revolutionierte Dialektik folgen. Indem sie die Warenform als untergeordnetes Moment dieses Ganzen isoliert und für sich untersucht, leitet sie zu der Einsicht, dass es als selbständiges, wenngleich marginales Element in vorkapitalistischen Gesellschaften existiert hat. Das »Kannitverstan« geht mit einer Selbstverkenning der Herausgeber einher. Sie scheinen nicht zu bemerken, dass den Maximen, auf die sie sich berufen, in den meisten Beiträgen zuwidergehandelt wird. Da ist zunächst der bereits im Vorwort beschworene Vorsatz, allen »Dogmatisierungen und Redogmatisierungen« entgegenzuwirken. Die Form aber, in der »logische Methode« und »monetäre Werttheorie« dargeboten werden, erfüllt in ihrer gegen Diskussion immunisierten Weise den Tatbestand der Dogmatisierung par excellence. Elbe (52) zitiert Korschs grundwichtige Forderung nach »Anwendung der materialistischen Geschichtsauffassung auf die materialistische Geschichtsauffassung selbst« (GA 3, 375). Anscheinend kommt ihm nicht in den Sinn, dass dies auch für die »logische Methode« gilt. Stützle wiederum zitiert die Korschs Forderung umsetzende Regel von Heide Gerstenberg, stets zu fragen, »warum sich unter den strukturellen Möglichkeiten sozialer Praxis ganz bestimmte Verhaltensweisen und Denkformen verallgemeinerten und in Auseinandersetzungen gegen andere durchsetzten« (1990, 39). Auch ihm kommt nicht in den Sinn, dass dies auch für seine eigenen Annahmen gilt und dass er zur Rekonstruktion der Übergänge auf Formen sozialer Praxis in Wechselwirkung mit deren strukturellen Möglichkeiten zurückgreifen und seine Begriffe »in Prozessrichtung« (Haug, *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital*«, Neufassung, 2005, 183) bilden müsste. Täte er das, käme er nicht mehr so billig damit davon, sich gegen teleologisches Denken auszusprechen und im selben Atemzug in Sachen Geldtheorie sich hinter dem marxschen Satz zu verstecken, die Anatomie

des Menschen sei der Schlüssel zur Anatomie des Affen. Das Wörtchen »logisch« scheint auf ihn und die anderen Jünger der sich mit der engelsschen Prägung der »logischen Methode« identifizierenden Strömung wie ein schwarzes Loch zu wirken, in dem die Probleme verschwinden, die an dieser Stelle den genannten Kriterien der »materialistischen Geschichtsauffassung« gemäß bearbeitet werden müssten. Nicht zuletzt glauben sie sich gefeit gegen teleologisches Denken und setzen doch spontan die kapitalistischen Kategorien als »fertig« und »voll entwickelt«. Sie handeln nach der Devise: Es gab eine Geschichte, es gibt keine mehr. Doch hier sollten sie sich von Šešerko belehren lassen: »Die Institutionen der Warenform, des Geldes, des Kapitals und der Monopole haben noch bei Weitem nicht voll ihre Zweckmäßigkeit und damit Notwendigkeit entwickelt.« (117) Wir sind gut beraten, mit weiteren Überraschungen zu rechnen, auch wenn es dabei nach dem Spruch »je mehr es sich verändert, desto mehr bleibt es sich gleich« zugehen dürfte.

»Es gibt keine Alternative zu einer systematischen Rekonstruktion der marxschen Theorie als allgemeiner Theorie«, erklärt F.O. Wolf (180), obwohl die Einleitung und er selbst im Kontext eher das Gegenteil nahezulegen scheinen. Doch wo dieser theoretische »Rekonstruktivismus« den Weg der geschichtsmaterialistischen Selbstanwendung unter Rekurs auf die Praxis und ihre strukturellen Möglichkeit verlässt, wird er zum epistemologischen Hemmnis und zieht die Adressaten aus der Hinwendung zur Gesellschaft in verändernder Absicht, um die es linker Politik geht, zurück.⁷ Rekonstruktion verweist darauf, komplexe Realitäten im Denken zu rekonstruieren, indem man sie in ihre »abstrakten« Bestimmungen auseinanderlegt, um sie aus diesen wieder als Gedankenganges im Kopf zusammenzubauen. Mit dieser (halbiert als »Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten« viel beredeten) Annäherung an die theoretische Produktionsweise hat Marx in der Einleitung zu den *Grundrissen* den Theorieaufbau bei Smith und vor allem Ricardo beschrieben (vgl. 42/35f), keineswegs schon die ihn von diesen abgrenzende Spezifik seines eigenen Verfahrens, die er im Nachwort zur 2. Auflage von *Kapital I* als »kritisch und revolutionär« einschätzt: »jede gewordne Form im Flusse der Bewegung, also auch nach ihrer vergänglichen Seite« aufzufassen (23/28) und die kategorialen Formbestimmungen der bürgerlichen Gesellschaft wie Wert, Kapital, Lohnarbeit und dergleichen zu historisieren, also aus ihrem Entstehen aus bestimmten Bedingungen heraus zu begreifen. So umschreibt Marx, was er seine *dialektische Methode* nennt. Um ihr gerecht zu werden, muss man sich von der Vorstellung befreien, bei geschichtsmaterialistischer Dialektik gehe es wie bei idealistischer um dasjenige, was sich »aus der begrifflichen Entwicklung als solcher »ableiten« lasse (F.O. Wolf, 167). Dieses verkümmerte

7 Jan Hoff erklärt, die »marxsche monetäre Werttheorie« habe »keine direkte politische Nutzenanwendung« (Hoff, 296). Er stützt sich dabei darauf, dass Wilhelm Liebknecht sich, wie kolportiert wird, nach dem Erscheinen der marxschen Schrift *Zur Kritik der politischen Ökonomie* von 1859 über diese enttäuscht gezeigt haben soll. Da dort nur Ware und Geld, noch nicht aber Lohnarbeit und Kapital abgehandelt werden, wäre die Enttäuschung vom Standpunkt der jungen Arbeiterbewegung verständlich. Auf *Kapital* aber, um das es der »Neuen Kapital-Lektüre« doch wohl gehen muss, lässt sich das nicht übertragen.

Relikt der hegelschen Dialektik ist es, was der »logischen Methode« zugrunde liegt. Als Schema der *Kapital*-Lektüre ist diese Auffassung nicht nur ungeeignet, sondern schädlich, wenn man unter Lektüre das Lesen des marxischen Hauptwerks durch möglichst viele versteht, die vor allem hierbei zusammen mit ihrem Kapitalismusverständnis ihre marxistische Denkfähigkeit entwickeln können.

Literatur

- Backhaus, Hans-Georg, u. Helmut Reichelt, »Wie ist der Wertbegriff in der Ökonomie zu konzipieren?«, in: *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung – Neue Folge*, Hamburg 1995, 60-94
- Bader, Veit-Michael, Johannes Berger u.a., *Krise und Kapitalismus bei Marx*, 2 Bde., Frankfurt/M 1975
- Bidet, Jacques, *Explication et reconstruction du Capital*, Paris 2004
- Gerstenberg, Heide, *Subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt*, Münster 1990, 2. A. 2006
- Haug, Wolfgang Fritz, »Wachsende Zweifel an der monetären Werttheorie. Antwort auf Heinrich«, in: *Das Argument* 251, 45. Jg., 2003, H. 3, 424-37
- ders., »Zur Kritik monetaristischer Kapital-Lektüre (Teil I): Heinrichs Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie«, in: *Das Argument* 257, 46. Jg. 2004a, H. 5, 701-09
- ders., »Zur Kritik monetaristischer Kapital-Lektüre (Teil II): Logik und Praxis bei Heinrich«, in: *Das Argument* 258, 46. Jg. 2004, H. 6, 865-76
- ders., *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«*, Neufassung, Hamburg 2005
- ders., *Neue Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«*, Hamburg 2006
- Heinrich, Michael, *Die Wissenschaft vom Wert*, 2. Aufl., Münster 1999
- ders., *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung*, Stuttgart 2004
- Korsch, Karl, *Gesamtausgabe*, hgg. v. M. Buckmiller, Frankfurt/M 1980ff (zit. GA)
- Reichelt, Helmut, »Grenzen der dialektischem Darstellungsform – oder Verabschiedung der Dialektik?«, in: *MEGA-Studien*, 2000, H. 1, 100-26
- Riedel, Dieter, »Grenzen der dialektischen Darstellungsform«, in: *MEGA-Studien*, H. 1, 1997, 3-40

W. F. Haug: Grundlagen der Kapitalismuskritik (Auswahl)

High-Tech-Kapitalismus

Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie
Argument Sonderband Neue Folge AS 294 · ISBN 978-3-88619-294-6 · 19,50 € [D]

Vorlesungen zur Einführung ins *Kapital*

ISBN 978-3-88619-301-1 · 15,50 € [D]

Neue Vorlesungen zur Einführung ins *Kapital*

ISBN 978-3-88619-330-1 · 17,50 € [D]

Im Buchhandel oder direkt vom Argument-Versand: versand-argument@t-online.de
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin · Fax: 030 / 611 42 70

Georg Quaas

Für ein kohärentes *Kapital*-Verständnis

Ein Kommentar zu Haugs Einführung

Haug's *Neue Vorlesungen*¹ beginnen mit der Nummer 13. Das signalisiert dem Leser², dass hier nicht angefangen werden kann. Er muss sich erinnern oder nachlesen, worum es in den ersten 12 Vorlesungen ging (vgl. V76, V05). In ihnen setzte sich Haug die Aufgabe, Verständnisschwierigkeiten, die das erste Kapitel des *Kapital* bereitet, überwinden zu helfen. Inhaltlich konzentrierten sich die ›alten‹ Vorlesungen auf die *Entstehung und Entwicklung des Geldes* als der wesentlichen Voraussetzung für das Werden des Kapitals zu einer den ganzen Globus umspannenden Gesellschaftsformation. In Anlehnung an Goethes Faust wird mancher denken: Ich mag das Geld allein so hoch nicht schätzen, man sollte es durch anderes ersetzen (Krieg, Handel, Ausbeutung, Diebstahl, Herrschaft, Staat, Ideologie, Zins, Finanzsystem usw.). Vom Standpunkt einschlägiger Lehrbücher zur Geldtheorie wird die Bedeutung des Phänomens damit jedenfalls bei weitem überschätzt (vgl. z.B. Borchert 2001). Auch im *Kapital* ist das Geld nur eine – wenn auch notwendige – Voraussetzung für die Evolution des Kapitalismus. Trotzdem hat jenes Kapitel eine fundamentale Bedeutung für das Verständnis der gesamten Theorie des reifen Marx, da die hier entwickelte Werttheorie (einschließlich der marxschen Geld- und Preistheorie) nicht nur die begriffliche Grundlage seiner anderen ökonomischen Theorien (über den Arbeitslohn, den Mehrwert, die Kapitalakkumulation, den volkswirtschaftlichen Kreislauf etc.) darstellt, sondern zugleich ein Paradigma der marxschen Entwicklungstheorie ist, ohne das die anderen Theorien zu bloßen Beschreibungen funktioneller, struktureller oder historischer Zusammenhänge verkommen (vgl. V05, 186f). Allein aus diesem Grund war und ist es mehr als gerechtfertigt, einen ganzen Vorlesungszyklus darauf zu verwenden, die marxsche Darstellung der Genesis der Wertformen für den modernen Leser durchschaubar zu machen. Haug tut dies mit einer anschaulichen, flüssigen und präzisen Sprache. Und wenn er Marx bescheinigt, mit dem *Kapital* eines der spannendsten Bücher geschrieben zu haben, die je das Licht der Welt erblickt haben (V05, 15), so gilt das ebenso für Haugs Vorlesungen. Soweit ich die Literatur überblicke (vgl. Quaas 1992 und 2004), kann man keiner Interpretation der marxschen Wertformanalyse mehr vertrauen. Für besonders wichtig halte ich die Ausführungen über die Unterscheidungen zwischen Wert und Tauschwert (V05, 121, 125), Wertform und Tausch (V05, 125f), Elementar- und Keimform (V05, 119) sowie historischer und genetischer Darstellung (V05, 145).

1 Haug, Wolfgang Fritz, *Neue Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«*, Hamburg 2006 (271 S., kt., 17,50 €) (zit. NV06)

2 Wenn ich *Leser* schreibe, meine ich immer auch die *Leserinnen* (vgl. NV06, 137 ff).

Wer ist der Rezensent, dass er sich erlauben dürfte, ein Urteil darüber zu fällen, welche von den *Kapital*-Interpretationen dem Ursprungstext am nächsten gekommen ist? Er ist einer der nicht gerade oft anzutreffenden Leser des *Kapital*, die versucht haben, die darin enthaltene Werttheorie in ein mathematisches Modell zu transformieren.³ Wohl wissend, dass ein solches Projekt für die meisten gesellschaftskritischen Geister nicht gerade als Ausweis tieferen Verständnisses dialektischer Strukturen betrachtet werden wird, verweise ich auf ein Prinzip mathematischer Modellierung, das auch jeden Hermeneutiker überzeugen müsste: Die Korrektheit der mathematischen Formulierung einer Theorie hängt von der Adäquatheit des Verständnisses der zugrunde liegenden begrifflichen Strukturen ab. Darüber hinaus wird ein mathematisches Modell an weiteren Kriterien gemessen, beispielsweise an dem von der Kritischen Theorie verteuflten Prinzip der formal-logischen Widerspruchsfreiheit von Theorien.⁴ Diese über das hermeneutische Adäquatheitsprinzip hinausgehenden Kriterien bilden eine Art Filter, an dem einige Interpretationen des *Kapital* scheitern, einfach deshalb, weil sie zu Widersprüchen im mathematischen Modell führen würden. Zu ihnen gehört die Meinung, dass das ›Geld‹ nicht nur forschungslogisch eine Voraussetzung der marxschen Warenanalyse ist, sondern ihr immer schon präsenster Bestandteil. Haug dagegen ordnet der Analyse des Geldes bei Marx einen anderen Platz zu, je nach dem, ob sie Bestandteil der Forschung oder der finalen Darstellung ist. Für ein korrektes mathematisches Modell ist es genauso wie für die Theorie der Dialektik wichtig, dass der Wert im Gebrauchswert einer anderen Ware dargestellt werden kann, ohne dass in dieser Darstellung das Geld bereits herumspukt.

Obwohl man Haug gewiss keine Antipathie, wohl aber auch keine weitgehenden Sympathien für mathematische Modelle unterstellen kann, trifft sich seine Interpretation des *Kapital* in vielen Punkten mit dem Ergebnis meiner Analyse, insbesondere darin, dass der Wert einer Ware eine *Durchschnittsgröße* ist (V05, 96f, NV06, 53). Diese scheinbar triviale Einsicht ist aus meiner Sicht so wichtig für die korrekte Darstellung der Werttheorie, dass ich sie hier herausgreifen und zusammen mit einem der ganz wenigen Punkte in der Neufassung der Vorlesungen diskutieren möchte, in dem ich mit Haug *nicht* übereinstimme. Es handelt sich um die scheinbar präzisierende Feststellung, die in der alten Fassung der Vorlesungen nicht enthalten ist (V76, 103), dass die der Wertgrößenbestimmung zugrunde liegende Durchschnittsbildung »über den Markt« verlaufe (V05, 97, NV06, 112). Unter dem Stichwort »Drama der Durchschnittsbildung« wird diese These in den *Neuen Vorlesungen* immer wieder aufgerufen (NV06, 146, 155, 220, 226).

3 Ein Teil davon ist publiziert worden in Quaa 2001.

4 Haug bekennt sich zum formal-logischen Postulat der Widerspruchsfreiheit, wenn er fordert, dass Theorien zum Begreifen der praktischen Wirklichkeit führen sollten, »indem man die Existenz von ›objektiven Widersprüchen‹ nicht-widersprüchlich aufweist« (V05, 91; vgl. auch V05, 128 u. NV06, 152). Seine positiven Bezugnahmen auf Adorno (V05., 80, 85, 147, 165) lassen diesen Aspekt großzügig außer acht. Trotz gewisser Gemeinsamkeiten verschiedener Dialektik-Konzeptionen sollte man nicht vergessen, dass die Väter der Kritischen Theorie mit dem marxschen *Kapital* und der darin enthaltenen Entwicklungstheorie selten etwas anzufangen wussten.

Der Wertausdruck als standpunktabhängige mathematische Funktion

Sollen zwei *Gebrauchswertmengen* a und b getauscht werden, ohne dass auf das universelle Tauschmittel *Geld* zurückgegriffen werden kann, so besteht die einfachste Möglichkeit darin, dies mit Hilfe eines »einfachen Wertausdruckes« zu tun. Ein solcher liegt nach Marx mit Sätzen der Form » x Ware a_0 ist y Ware b_0 wert« vor (NV06, 28, 62). Dabei wird unterstellt, dass Gebrauchswertmengen in dem Moment zu Waren werden, in dem entschieden ist, dass sie getauscht werden sollen. Da Händler von der Werttheorie in der Regel nichts wissen, bezeichnet jener Satz, wenn er so oder so ähnlich vom Warenbesitzer A geäußert wird, nichts weiter als das *quantitative Verhältnis*, unter dem der Tausch seiner Meinung nach stattfinden könnte und sollte. Warenbesitzer B hat höchstwahrscheinlich eine andere Meinung, und erst, wenn sich beide auf einen Kompromiss geeinigt haben, kommt der Tausch zustande.

Im Folgenden sollen zunächst zwei wesentliche Aspekte des Wertausdruckes formalisiert werden, um darauf aufbauend das aufzuhellen, was Haug als »Drama des Durchschnittes« bezeichnet. Der erste Aspekt basiert darauf, dass der einfache Wertausdruck in asymmetrischer Weise auf ein quantitatives Verhältnis verweist; es soll gezeigt werden, dass er mit Hilfe des Begriffes der mathematischen Funktion dargestellt werden kann. Haug selbst hat zwar bemerkt, dass die marxschen Wertausdrücke wegen ihrer Asymmetrie keinesfalls als Gleichungen gelesen werden dürfen (NV06, 28, 45, 62, 219), aber er weiß nicht, wie er sie ansonsten korrekt deuten soll. Das (ver)führt ihn dazu, sie provisorisch als »Un/Gleichungen« (V05, 141) zu bezeichnen, womit die Darstellung jedoch nicht klarer wird, da es sich ja weder um Gleichungen noch um Ungleichungen handelt.

Der zweite wesentliche Aspekt besteht in der Tatsache, dass Wertausdrücke – zumindest in dem oben beschriebenen Zusammenhang – standpunktabhängig sind.⁵ Um das zu formalisieren, greife ich auf eine Idee zurück, die ich in Haugs Habilvortrag (1972, zitiert nach NV06, 235ff) gefunden habe. Darin weist er nach, dass im *Kapital* Objekte zusammen mit dem Subjekt dargestellt werden, dem sie so erscheinen wie von der Theorie gerade dargestellt. Berühmtes Beispiel: Der Wert der Ware Arbeitskraft erscheint den handelnden Akteuren, Arbeitern und ihren Anwendern, als Preis der Arbeit. Formal: »die Sache x erscheint für die sozial als A bestimmte Person als x_A , für die sozial als B bestimmte Person dagegen als x_B « (NV06, 246f; Fn. 178).⁶ Doch man braucht die Standpunkt- oder Perspektivenabhängigkeit nicht auf die Sozialwissenschaften zu beschränken. Wie alltägliche Beispiele zeigen (Erde-Sonne), ist sie auch im Verhältnis der Menschen zur Natur wirksam; spätestens Einstein hat die Relativität des Beobachters in der Physik fest verankert. – Doch kehren wir zum Warentausch zurück! Die »Sache« ist hier eine standpunktabhängige Äquivalenzbehauptung. Aus rein ästhetisch-formalen Gründen notiere ich diese Relativität wie folgt: » $A: x$ «. – Lies: »Für das Subjekt A – hier ein Warenbesitzer – gilt: x «. Bei der mathematischen

5 Der von Haug (2003a, 387) geforderte »Prozessbezug« sollte hier klar sein: Es handelt sich um den Warentausch.

6 Im *Kapital* wird dieses Prinzip nicht nur praktiziert, sondern auch explizit formuliert. Vgl. MEW 23, 126.

Darstellung des einfachen Wertausdruckes kann man sich eng an Marx' Text anlehnen: Sei z.B. a eine bestimmte Menge Leinwand und b eine bestimmte Anzahl Röcke, die gegeneinander getauscht werden sollen, so ist es der »Rockwert der Leinwand«, der im praktischen Tauschhandel den Wert der Leinwand ausdrückt (MEW 23, 77, Fn. 23). Der sprachliche Ausdruck »Rockwert der Leinwand« gibt Anlass für folgende Nominaldefinition: Die mathematische Funktion $b(a)$ heiße der » b -Wert der Ware a «. Bezeichnet die abhängige Variable b also Röcke und die unabhängige Variable a eine bestimmte Menge Leinwand, so stellt die Funktion $b(a)$ gerade den mathematischen Ausdruck für den »Rockwert der Leinwand« dar. Dabei wollen wir momentan *noch nicht voraussetzen*, dass b und a auch vom Standpunkt der Werttheorie Äquivalente darstellen, sondern jeder Warenbesitzer soll zunächst seine Meinung über die Wertverhältnisse zum Ausdruck bringen können. – Notieren wir kurz die Eigenschaften des so formulierten einfachen Wertausdruckes:

- (i) Es werden zwei Gebrauchswertquantitäten einander zugeordnet, die getauscht werden sollen, also Waren sind.
- (ii) Diese Waren sind qualitativ und quantitativ verschiedene Gebrauchswerte.
- (iii) Es wird (von A oder/und B) behauptet, dass sie in dem angegebenen Verhältnis wertgleich sind.
- (iv) Der Wert der Ware a wird durch den Gebrauchswert der Ware b ausgedrückt, und nicht umgekehrt.

Die Eigenschaft (iv) bedeutet, dass der Wert der Ware b nicht durch $b(a)$, sondern durch die analog zu definierende Funktion $a(b)$ ausgedrückt werden muss (»Leinwandwert der Röcke«). Damit wird der geforderten Asymmetrie des Wertausdruckes Rechnung getragen (Vgl. V76, 134f).

Der Warenbesitzer A geht also in die Verhandlung mit der Behauptung $b'(a)$, wobei b' die Warenmenge des Warenbesitzers B bezeichnet, für die A bereit wäre, seine Warenmenge a herzugeben. Wir notieren Wertausdruck und Perspektive des Warenbesitzers A formal durch $A:b'(a)$.

B hat in der Regel eine ganz andere Meinung. Für ihn gilt, dass er Gleichwertigkeit gegeben sähe, wenn er für seine Warenmenge b vom Warenbesitzer A die Menge a' bekäme, also $B:a'(b)$.

Bedingung des Tausches: Die konsensuale Annahme einer Äquivalenz

Damit es zum Tausch kommt, müssen sich die beiden Warenbesitzer *nicht* auf einen *gemeinsamen* Wertausdruck einigen – jeder wird den Wert *seiner* Ware immer nur im Wert der Ware des *anderen* ausdrücken können –, aber sie müssen sich auf ein bestimmtes *quantitatives Verhältnis* einigen, zu dem ihre Waren ausgetauscht werden sollen. Dieses Verhältnis werde jetzt durch die Größen a und b bezeichnet. Dann stellen die beiden Funktionen $b(a)$ und $a(b)$ die beiden einfachen Wertformen dar, auf die sich die Warenbesitzer geeinigt haben, so dass man das Resultat des Feilschens und die Bedingung, unter der der Tausch vonstatten gehen kann, wie folgt beschreiben kann:

$$A:b(a) \text{ und } B:a(b) \quad /!/.$$

Ein anderer proto-mathematischer Ausdruck einer behaupteten oder angenommenen Wertgleichheit zweier Waren wäre nach Peter Ruben (1979) und bei Berücksichtigung der Perspektivität so zu notieren:

$$A \text{ und } B: \frac{W}{a=b} \quad /2/.$$

Das heißt, a und b sind zwar nicht gleich (auch nicht in den Augen der Warenbesitzer, schließlich handelt sich um qualitativ und quantitativ verschiedene Gebrauchswertmengen), aber sie werden wertmäßig (W) *gleichgesetzt*. Der Werttheoretiker Marx zieht aus der Existenz solcher *Gleichsetzungen* im Warentausch den Schluss, dass es ein Objekt gibt, das eine sinnlich nicht wahrnehmbare Eigenschaft von Waren ist und das eines »Mehr oder Minder« fähig sein muss. Dieses Objekt bezeichnet er als *Wert der Ware*, und er führt es als eine *Abstraktion vom Gebrauchswert der Ware* ein, die nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch, nämlich im Warentausch, vollzogen wird (V76, 92). Mit Hilfe des Wertbegriffes ist es dann möglich, von der Setzung einer Äquivalenz (siehe /1/ oder /2/) zur Behauptung einer Gleichheit überzugehen: In den Augen der Warenbesitzer A und B *haben* ihre beiden Waren a und b *den gleichen Wert* W . Mathematisch gesehen handelt es sich bei W um eine Größe, die eine Eigenschaft der Waren a und b ist. Es gilt:

$$A \text{ und } B: W(a)=W(b) \quad /3/.$$

Dieser Ausdruck stellt die (wert)theoretische Zusammenfassung der beiden praktisch relevanten Ausdrücke /1/ dar – ob das die Warenbesitzer nun wissen oder nicht.

Der werttheoretische Ansatz

Die Einigung der Tauschpartner mag etwas Spontanes, Zufälliges sein, die Wertformen und ihre mathematischen Darstellungen tangiert das nicht. Auch ist der werttheoretische Ansatz keineswegs mit der Behauptung einer angenommenen Wertgleichheit zweier Waren als Bedingung ihres Tausches erschöpft. Wesentlich für die Objektivierung der betreffenden Verhältnisse ist die Wiederholung der Tauschprozesse und die sich dabei vertiefende Arbeitsteilung (V76, 147ff, V05, 111ff). Marx unterstellt in Anlehnung an Smith und Ricardo, dass sich die Warenbesitzer instinktiv an der Arbeitszeit orientieren, die sie (oder ihre Familien- oder Stammesmitglieder) zur Herstellung der Waren benötigen – jedenfalls solange eine relativ unentwickelte Warenproduktion betrachtet wird, bei der der Wert der Produktionsmittel keine Rolle spielt. Unter dieser Voraussetzung ist der Wert nichts anderes als eine Größe, die objektiv von den Bedingungen der Produktion bestimmt ist und die nicht mehr und nicht weniger als die *gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit* zur Herstellung der betreffenden Ware ausdrückt. Haug hat – wie gesagt – völlig richtig bemerkt, dass es sich dabei um eine Durchschnittsgröße handelt, wobei er allerdings hinzufügt, dass diese »über den Markt« vermittelt sei (V05, 97, NV06, 112). Daran ist richtig, dass diese Durchschnittsgröße niemals zum Tragen käme, wenn es keinen wiederholten Tausch, also keinen Markt gäbe. Aus meiner Sicht wäre es jedoch falsch, wenn damit gemeint ist, dass die Marktverhältnisse selbst in

die Wertgrößenbestimmung eingehen. Da dieses Thema seit mehr als 100 Jahren unter Werttheoretikern umstritten ist (vgl. F. u. G. Quaas 1986), seien auch dazu ein paar Bemerkungen gestattet.

Der Wert als Durchschnitt und seine Anerkennung auf dem Markt

Man erhält eine in sich stimmige mathematische Darstellung aller wesentlichen quantitativen Verhältnisse, die Marx im *Kapital* thematisiert, wenn man konsequent davon ausgeht, dass der Wert eine Durchschnittsgröße ist, deren Determinanten ausschließlich in der Sphäre der Produktion zu suchen sind. Dabei handelt es sich keineswegs um eine Art technologischen Determinismus, da Fleiß, Geschick, Intensität, Organisation und Motivation der Produzenten bekanntlich in die Bedingungen eingehen, die die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmen. Die Tatsache, dass die Produzenten keinen Einblick in die Verhältnisse ihrer Konkurrenten und Tauschpartner haben, sichert, dass sich die von den (empirisch messbaren) Arbeitszeiten bestimmten *individuellen Werte* zum *gesellschaftlichen Wert* ausmitteln, so dass das Problem des »faulen Arbeiters«, der glaubt, um so mehr Wert zu produzieren, je mehr Zeit er aufwendet, in diesem Rahmen nicht auftreten kann. Die dem gesellschaftlichen Wert zugrunde liegende Durchschnittsbildung bezieht dabei alle diejenigen Produzenten ein, die den betreffenden Markt beliefern: Marx spricht beispielsweise vom *internationalen Wert*, wenn er den Weltmarkt betrachtet (NV06, 226f).

Keine Durchschnittsbildung, wie immer man sie auch konzipiert, kann jedoch verhindern, dass sich auf dem jeweiligen Markt in der Regel ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herausstellt. Was unter diesen Umständen passiert, hat mit dem Wert und der zugrunde liegenden Durchschnittsbildung nichts zu tun. Nur so lässt sich jedenfalls die folgende, auch von Haug diskutierte Passage sinnvoll interpretieren: »Gesetzt..., jedes auf dem Markt vorhandene Stück Leinwand enthalte nur gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Trotzdem kann die Gesamtsumme dieser Stücke überflüssig verausgabte Arbeitszeit enthalten.« (MEW 23, 121f) Marx unterstellt hier, dass das Angebot einer Ware a von der (zahlungsfähigen) Nachfrage \bar{a} abweicht, genauer gesagt ist im Beispiel die Nachfrage geringer als das Angebot, also $\bar{a} < a$. Die Differenz $a - \bar{a}$ erfasst die Größe derjenigen Warenmenge, die effektiv nicht *gebraucht* und deshalb auf dem Markt auch nicht *als Träger von Wert anerkannt* wird. *Aus der Perspektive der gesellschaftlichen Nachfrage gesehen* ist der Wert dieses Teils der Warenmenge gleich Null, obwohl er *vom Standpunkt der Produzenten und Warenbesitzer* nach wie vor gesellschaftlich notwendige Arbeit ausdrückt.

Wir können hier beobachten, und zwar mit den Analysemitteln, die Haug herausgearbeitet hat, wie Marx das Prinzip der Standpunktabhängigkeit umsetzt: Die *Erscheinung* des Wertes auf dem Markt, nicht der Wert selbst, wie er im Instinkt der Warenproduzenten geahnt und vom Werttheoretiker auf den Begriff gebracht wird, ist betroffen! Marx führt in diesem Zusammenhang den Begriff der *Geltung* ein, der in Bezug auf den Wert nur dann einen wohldefinierten Sinn hat, wenn man einen Unterschied zwischen den Wertverhältnissen und ihrer Erscheinung im Tauschwert

sowie in den Preisen macht – auch darauf wird in den Vorlesungen hingewiesen (V05, 121).⁷ Auf dem Markt erfolgt gegebenenfalls also eine *Entwertung* überschüssiger Waren, und zwar *nach Marx* auch dann, wenn ihr Wert gesellschaftlich notwendige Arbeit ausdrückt. Die Wertminderung verteilt sich gleichmäßig auf alle zur gleichen Zeit angebotenen Waren derselben Sorte: »Hier heißt's: Mitgefangen, mitgegangen. Alle Leinwand auf dem Markt gilt nur als ein Handelsartikel, jedes Stück nur als aliquoter Teil.« (MEW 23, 122) Die Konsequenz ist: Auf dem Markt *gilt* der Wert gerade nur so viel, wie nachgefragt wird. Marx stellt hier den Marktmechanismus der Anerkennung der Warenwerte dar, ohne dabei in die Darstellung des Mechanismus der Durchschnittsbildung einzugreifen. Die begriffliche Grundlage dafür besteht in der Differenzierung zwischen Sein und Gelten, Wesen und Erscheinung (NV06, 220ff), die aber auch ohne hegelsche Terminologie und mathematisch exakt erfasst werden kann, wenn man Marx' Gedankengang folgendermaßen fortsetzt: Die gesamte Warenmasse der Sorte *a* repräsentiert infolge der teilweisen Entwertung durch die geringere Nachfrage nicht den produzierten Wert $W(a)$, sondern den gesellschaftlich *anerkannten Wert*

$$W(a) - W(a - \bar{a}) \quad /4/.$$

Dieser ist eben um den Betrag der Wertgröße des nutzlosen Warenquantums $a - \bar{a}$ geringer als $W(a)$. Da bei einem linearen Ansatz für die Werttheorie – Marx hat durchweg lineare Relationen im Sinn – zwischen Gebrauchswertmengen und ihren Werten Proportionalität angenommen werden kann (vgl. Quaa 1984), gilt:

$$W(a) - W(a - \bar{a}) = W(\bar{a}) \quad /5/.$$

Mit anderen Worten: Es wird auf dem Markt die Wertgröße derjenigen (u.U. fiktiven) Warenmenge \bar{a} anerkannt, die zur Befriedigung des gesellschaftlichen Bedürfnisses erforderlich ist. Das gilt analog sowohl für ein Zuviel als auch für ein Zuwenig der angebotenen Waren! Blicke noch die Frage, worin sich /5/ auf dem Markt ausdrückt. Klarerweise kann es sich dabei nur um eine der Wertformen handeln, die das Bindeglied zwischen dem sich letztlich und tendenziell durchsetzenden Wert und den tatsächlichen Austauschverhältnissen darstellen. Neben einer rein subjektiven Komponente der Wertschätzung durch die Warenbesitzer übernehmen die Erscheinungsformen des Werts die Funktion, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage darzustellen.

Um auch von Backhaus und seinen Anhängern, nach deren Auffassung Gebrauchswerte immer schon in Preisform gesetzt seien und auch der Wert nur mit Hilfe des Preises gemessen werden könne (Vgl. Backhaus 1969, 136; Heinrich 2003b, 219), verstanden zu werden, notiere ich noch die folgende Formel für den Zusammenhang zwischen dem Marktpreis $P(a)$ und dem Wert $W(a)$ einer Ware *a* (Vgl. Quaa 2001, 169ff):

$$P(a) = m(a_0)W(a)P(g_0)/W(g_0) \quad /6/.$$

7 In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird dieser Unterschied durch die sog. »ex post-Betrachtung« eingeebnet (vgl. Quaa 2005).

Dabei ist die dimensionslose Zahl $m(a_o) = \bar{a}/a$ ein Maß für das auf dem Markt existierende Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, bezogen auf Artikel der Sorte a_o , $P(g_o)$ ist der Preis und $W(g_o)$ der Wert einer Goldeinheit g_o .⁸ Formel /6/ zeigt nicht nur, wie Werte und Preise zusammenhängen, sondern auch, dass die Wertgrößen nicht ihrerseits auf Preisgrößen zurückgeführt werden können, ohne in einen logischen Zirkel zu geraten.

Das Drama des Wertgesetzes

Die Auf- und Abwertungen, die durch das ständig wechselnde Verhältnis von Angebot und Nachfrage verursacht werden – im Unterschied zu den Wertrevolutionen, die auf Veränderungen der Produktionsbedingungen beruhen –, hat Marx im Auge, wenn er davon spricht, dass Tauschwerte und Preise um den Wert als ihr »Gravitationszentrum« schwanken (NV06, 112, 195). Auf der Grundlage der durch /6/ dargestellten Verhältnisse bilden sich aber auch dauerhafte Abweichungen des Wertes von den Preisen, die sowohl dem marxischen »Produktionspreis« als auch der »Grundrente« zugrunde liegen – im Sinne einer notwendigen, aber keineswegs hinreichenden Bedingung. Über den Mechanismus der Durchschnittsbildung *und* dem davon verschiedenen Mechanismus der Anerkennung des Wertes auf dem Markt setzt sich das *Drama des Wertgesetzes* durch, so dass der Wert – über den Markt vermittelt – regulierend auf die Produktionssphäre zurückwirken kann, von der allein er determiniert ist;⁹ genauer gesagt wirkt der Wert über seine Erscheinungsformen Tauschwert, Preis etc. auf die Reproduktionsbedingungen ein, so dass *letztlich* und *tendenziell* eine Verteilung der Arbeitszeiten auf die einzelnen Branchen dem gesellschaftlichen Bedarf entsprechend erfolgt. Eben das ist ja wohl der Inhalt des marxischen Wertgesetzes (V05, 98, 112ff).

Haug's »Drama der Durchschnittsbildung« löst sich also auf in eine Durchschnittsbildung, die sich mathematisch exakt und orientiert an empirisch messbaren Arbeitszeiten konzipieren lässt, in einen Mechanismus der Anerkennung des Wertes auf dem Markt, der zu Abweichungen der geltenden Werte von den Wertverhältnissen führt, wobei die geltenden Werte die Proportionen bestimmen, in denen getauscht wird, und schließlich in die Rückwirkungen, die der Tausch auf die Bedingungen der Produktion hat. Das ganze würde ich lieber das »Drama des Wertgesetzes« nennen, denn darum geht es hier.

Das Moment der kritischen (Selbst)Reflexion

Die *Neuen Vorlesungen* enthalten aber noch viele andere und zum Teil wichtigere Themen. Die *Kapital*-Lektüre wird auf den gesamten ersten Band ausgedehnt – ein ergiebiges Feld für die Anwendung der vor 30 Jahren erarbeiteten und inzwischen noch verfeinerten und ergänzten Analysewerkzeuge. Das setzt nun wirklich einen

⁸ Gl. /6/ kann ohne Mühe auch auf das Problem des fiktiven Kapitals bezogen werden; NV06, 182ff.

⁹ In einer Fußnote (V05, 159f/55) betont Haug gegenüber Heinrich 2003, dass der Wert nicht erst durch den Tausch zustande kommt. M.E. gilt das auch für den quantitativen Aspekt der Wertbestimmung.

Leser voraus, der die Zeit nicht verschlafen oder nur mit anderer Lektüre verbracht, sondern den Originaltext gründlich gelesen hat. Und ein wenig setzen die *Neuen Vorlesungen* auch voraus, dass man nicht nur Marx und Haug, sondern auch andere *Kapital*-Interpreten studiert hat. Für jemanden aus meiner Generation (Jg. 1951) ist das eine großartige Sache, all' die Auguren aus den 1960er und 1970er Jahren Revue passieren zu lassen, deren Werke und Ansichten heute bedauerlicherweise kaum noch jemand kennt. Was in der Neufassung der alten Vorlesung im Ansatz schon praktiziert wurde, nämlich alternative Lesarten zu Wort kommen zu lassen, stellt in den *Neuen Vorlesungen* eine wichtige Dimension zur Vertiefung der Interpretation des marxischen Textes dar.

Haug ist sich inzwischen bewusst geworden, dass er die Methode der kritischen Reflexion auch auf seine eigene Interpretation anwenden sollte (NV06, 17f). Für mich stellt das ein gewisses Problem dar, und zwar in mehreren Hinsichten. Erstens kann ich mir kaum vorstellen, dass Haug das nicht schon immer wusste – die Lektüre seiner Habilschrift (NV06, 235ff) bestärkt mich darin; und wenn diese Einsicht – wie ich denke – seinen alten Texten auch schon zugrunde lag, dann kann ich nicht sehen, welche Gründe es gab, sie jetzt zu betonen. Zweitens würde ich mir als gelegentlicher Leiter von *Kapital*-Kursen wünschen, dass auch die anderen Interpreten eine solche selbstreflexive Einstellung in ihren Büchern gezeigt hätten. Drittens werde ich als *Kapital*-Interpret – und andere natürlich auch – durch dieses Beispiel gezwungen, offen darzulegen, warum ich diese oder jene Interpretation für richtiger als andere halte. Das mag nicht jedem gefallen, bei mir provoziert das eine Antwort, die vielleicht Haug selber nicht gefällt: Ich meine, seine Darstellung ist deshalb dem marxischen Text so nahe gekommen, weil er das Prinzip akzeptiert, dass man dialektische Widersprüche – die im *Kapital* in höherem Maße als in anderen Werken dargestellt werden (Hegel ausgeklammert) – in formal-logisch einwandfreier Weise darstellen können muss. Dieses Prinzip hat Haug in seinen Vorlesungen, ohne dass er es irgendwo besonders deutlich proklamiert hätte, umgesetzt, und zwar mit (fast) allen Konsequenzen, die sich daraus für eine in sich stimmige Darstellung ergeben. Das hat es ihm ermöglicht, ein hohes Maß an Genauigkeit im Einzelnen zu erreichen, wobei stets das Ganze im Blick behalten wird.

Haug verwendet die vorliegenden *Kapital*-Deutungen, teils um die eigene Lesart zu unterstreichen, teils um auf alternative Interpretationen aufmerksam zu machen – mit dem Ziel, auf diese Weise das Verständnis des marxischen Textes zu vertiefen. Das ist neben der Ausdehnung der Lektüre das wirklich Neue an den *Neuen Vorlesungen*. In diesem Zusammenhang gibt es aber ein weiteres Problem, und zwar vor allem im Hinblick auf die vielen *abweichenden* Interpretationen. Hat der Leser die letzten 40 Jahre Dialektik-Diskussion nicht zur Kenntnis genommen, kann er kaum nachvollziehen, warum Backhaus, Althusser, Altwater, Godelier, Reichelt, Ruben, Sève, Zelený – um nur einige wenige Namen zu nennen – zum Teil andere Auffassungen vertreten. Abweichende Interpretation werden in den *Neuen Vorlesungen* kurz und knapp widerlegt, oft zu recht. Ist es aber der *Kapital*-Interpret, an den sich die Vorlesungen richten? Wahrscheinlich nicht – zumindest nicht in erster Linie.

Für den Leser, der sich vertiefend mit dem *Kapital* beschäftigen und dabei über den aktuellen Stand der Diskussion und ihre Geschichte informiert werden möchte, wäre es wohl zweckmäßiger gewesen, wenn einigen dieser Interpreten – zumindest den genannten – je eine eigene Vorlesung gewidmet worden wäre. Ob es dann allerdings noch möglich gewesen wäre, hart am marxischen Text zu operieren und dabei den ganzen Band 1 durchzuarbeiten? Haug hat sich dafür entschieden, letzteres in den Vordergrund zu stellen. Denn das war und ist seine Absicht in den ›alten‹ und in den *Neuen Vorlesungen* (NV06, 171). Der Preis, den er dafür zahlt, besteht darin, dass er die Methode, Selbstreflexion durch Einbeziehung anderer Interpretationen zu realisieren, nur fragmentarisch einlösen kann.

Das kritisch-reflexive Bewusstsein realisiert sich jedoch in erster Linie in der Konfrontation einer theoretischen Darstellung mit der auf vielfältige Weise empirisch und praktisch vermittelten Wirklichkeit und erst in zweiter Linie durch Konfrontation mit andern »Theorien« derselben Ebene. Zu bedenken wäre, was Haug zum kritischen Charakter der Wissenschaft sagt, der weder durch einen Klassenstandpunkt noch durch ein anderweitig *bestimmtes* emanzipatorisches Interesse definiert ist. Ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen und mit dem ›Transzendentalen Realismus‹ (Bhaskar 1986) feststellen, dass Wissenschaft – so sie denn vorliegt – immer kritisch ist. Wendet man diese Thesen auf *Kapital*-Interpretationen an, dann dürfte klar sein, dass mit der Methode, das *Kapital* auf die Gegenwart zu beziehen und für ihre Erkenntnis fruchtbar zu machen, Haug schon immer den Ansprüchen einer kritischen Wissenschaft – die nicht mit der Kritischen Theorie verwechselt werden darf – Genüge getan hat. Und indem er dem Leser die Werkzeuge an die Hand gibt, sowohl Marx' Text als auch dessen Interpretationen kritisch zu beurteilen, hat Haug vermieden, selber ein Dogma zu schaffen.

Logisches und Historisches – das umstrittene Thema

Ein wesentliches Anliegen Haugs ist es, den Zusammenhang der entwickelnden, ableitenden und somit logisch-zwingenden Darstellung im *Kapital* mit der historischen und der präsenten Wirklichkeit herauszuarbeiten (V76, 150, V05, 120, NV06, 46). M.E. sollten analytisch nicht zwei (vgl. Haug 2003a 385f), sondern drei Ebenen unterschieden werden, die allerdings sowohl in der Realität als auch in ihrer ideellen Widerspiegelung eine Einheit bilden. Auf der ersten Ebene unterscheidet Haug die Genesis der grundlegenden Formen, die die Gesellschaftsformation des Kapitalismus konstituieren, von dem historischen Prozess seiner Herausbildung, Entfaltung und Verbreitung (u.a. NV06, 81ff). Obwohl bereits bei Iljenkow und Zelený angelegt,¹⁰

10 Iljenkow bestimmt das Konkrete kategorial als System von Verhältnissen, dessen Entwicklung von den einfachsten bis zu den komplexesten Formen Gegenstand des *Kapital* ist (vgl. Quaas 1992, 102, 142ff) Dass die Herausbildung, Entfaltung und Durchsetzung des Systems der Ware-Geld-Beziehungen in der realen Geschichte über mindestens 3 Jahrtausende hinweg von der strukturell-genetischen Darstellung unterschieden werden muss, weiß auch Iljenkow – ohne diesen Unterschied wäre beispielsweise seine Forderung nach »objektiver Vollständigkeit der

gebührt wohl Haug das Verdienst, diese wichtige Unterscheidung am marx'schen Text sozusagen »dingfest« gemacht zu haben und damit dem platten Postulat einer Identität von Logischem und Historischem ebenso massiv entgegengetreten zu sein wie der umgekehrten Behauptung, dass das eine mit dem andern nichts zu tun habe. Die zweite Ebene wird durch den praxisphilosophischen Ansatz geprägt. Dort, wo Marx' Text keine genetische oder historische Interpretation zulässt, versucht Haug, die Reihenfolge der Objekte bzw. ihren Ableitungszusammenhang auf einen Handlungszusammenhang zurückzuführen – der »Handlungslogik der Akteure« gehorchend (u.a. NV06, 61f, Fn. 48 u. 49, NV06, 80f, 91). In den meisten Fällen gelingt das auch. Die dritte Ebene umfasst die Bedingungen und die (zum Teil nicht-intendierten) Folgen der Handlungen, also die Strukturen und Prozesse, die teils das Handeln determinieren, teils vom Handeln perpetuiert, teils modifiziert werden, und dies wiederum teils bewusst, teils unbewusst (u.a. NV06, 66ff, insb. 72). Auch hier versucht Haug, die große und kleine Architektonik des *Kapital* mit Hilfe seiner Methode der »praxisanalytischen Rekonstruktion« (NV06, 82) zu dechiffrieren.

Mir scheint aber, dass hierbei unter Schwierigkeiten (vgl. NV06, 53, 83, 213) etwas eingelöst werden soll, was Marx niemals beansprucht hat, nämlich dasselbe Maß an »Denknotwendigkeit« zu erreichen wie etwa Hegel in seiner *Wissenschaft der Logik*. Ich verstehe zwar, dass es Haug unter dem Gesichtspunkt der Herstellung eines verbindlichen Konsenses für den zukünftigen Verein frei assoziierter Individuen wichtig erscheinen mag, die Stringenz der marx'schen Methode lückenlos nachzuweisen; die Frage bleibt jedoch, ob sie das überhaupt hergibt. Wenn eingestanden wird, dass hin und wieder »die genetische Folge rückwärts durchlaufen wird« (NV06, 56, nicht zu verwechseln mit NV06, 85f – dem Problem der Dominanzfolge; vgl. auch NV06, 92), warum soll es dann nicht *auch* möglich sein, gewisse (nicht alle!) Objekte in umgekehrter Reihenfolge dazustellen? Haug selbst bringt ein Beispiel dafür (NV06, 97). M.E. besteht keinerlei Gefahr, in Althusser's Trennung von Erkenntnis- und Realobjekt zu verfallen, wenn man sich und dem *Kapital*-Leser eingesteht, dass der marx'sche Text nicht nur von genetischen und praxeologischen Notwendigkeiten seines Gegenstandes, sondern ebenso von den historischen Möglichkeiten und Umständen ihrer Realisation abhängt – und selbstverständlich auch vom *Autor* Marx, seinem jeweiligen Erkenntnisstand, theoretischen, praktischen und praktisch-geistigen Zielen. Doch dieser Bezug auf den Autor ist hier weniger wichtig. Vom Standpunkt der Ontologie gesehen – und auch Haug hat eine solche, trotz seiner Vorbehalte gegen diesen Begriff (vgl. NV06, 25 im Gegensatz zu NV06, 106) – besteht meiner Meinung nach der Fehler darin, dass die Realität auf eine »Komplementarität von Entstehungszusammenhang und aktuellem Wirkungszusammenhang« (NV06, 94) reduziert und dabei die Existenz von Zusammenhängen ignoriert wird, die zwar in genetische und kausale Zusammenhänge eingeordnet

Abstraktion« sinnlos (vgl. ebd. 117f) Die – natürlich in der Zeit erfolgende – Entwicklung des Konkreten, und nicht die reale Geschichte, meint Iljenkow im Zitat NV06, 86. Der Ausdruck *strukturell-genetische Darstellung* bzw. *Analyse* stammt bekanntlich von Zelený, und ich sehe keinen Grund, ihn umzutaufen (vgl. NV06, 41, anders NV06, 164).

sind, selber aber weder genetisch noch kausal interpretiert werden können. Beispiele gefällig? Jedes aktuell existierende gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten unter den Bedingungen der Warenproduktion ist von dieser Art, darüber hinaus die einsteinsche Masse-Energie-Beziehung oder die Verteilung zufälliger Ereignisse in einem stochastischen Prozess (die »statistische Determination«!) (NV06, 108).¹¹

Die entscheidende Leistung Haugs besteht aber in der Interpretation der Wertformanalyse, die so differenziert ist, dass sich jeder, der es ernsthaft will, einen Reim auf die scheinbar widersprüchlichen marx'schen Aussagen machen kann. Ich denke, dass es u.a. Haug zu verdanken ist, wenn beispielsweise Michael Heinrich eine wesentliche These der marx'schen Werttheorie für jeden klar und verständlich repretieren kann, natürlich nur, um sie sogleich abzuqualifizieren:

Würde es bei der Wertformanalyse tatsächlich nur darum gehen, auf einer allgemeinen Ebene deutlich zu machen, dass die historische Ausbreitung von Tauschverhältnissen ein allgemeines Äquivalent hervorbringen muss, dann würde sich die Wertformanalyse auf eine Banalität reduzieren; eine Banalität, die von Ökonomen weder im 19. noch im 20. Jahrhundert bestritten wurde. (Heinrich 2003a, 399)

Eine wahrhaft diplomatische Formulierung! Es mag durchaus stimmen, dass jene These nicht bestritten worden ist – aber warum? Weil sie bei jenen Ökonomen nach wie vor nicht einmal als eine plausible Hypothese anerkannt ist, die einer ernsthaften Untersuchung wert wäre. In einem gewissen Sinne scheint diese These »problematisch« zu sein. Man kann nämlich nicht – wie es Heinrich unterstellt – bei dieser »Banalität« stehen bleiben, man muss sie weiterdenken und landet damit bei einem Begriff des Kapitals als einem sich entwickelnden System von gesellschaftlichen Verhältnissen.

Verheißungen und Bekenntnisse

Marx' Text bietet viele Gelegenheiten, weltanschauliche Themen aufzureißen, und Haug ergreift sie auch, meistens konzentriert auf das Ziel, dem Leser Werkzeuge für das tiefere Verstehen des oft missverstandenen *Kapital* zur Verfügung zu stellen. Abschließend möchte ich zwei oder drei davon aufgreifen, um Haugs Standpunkt und den des Rezensenten deutlich zu machen.

Die Schnittstelle, die von einem tieferen Verständnis des *Kapital* zur politischen Aktion führt, sah Haug in den »alten« Vorlesungen ganz allgemein darin, dass jenes Werk Strukturen offenlegt, die den Handlungen der Arbeiter und ihrer Anwender nicht nur zugrunde liegen, sondern von ihnen immer aufs Neue reproduziert werden. »Warum«, so fragte Haug ganz im Sinne eines konstruktivistischen Rationalismus (Hayek 1969, 79), »das *Bewusstgemachte* nicht bewusst *machen*?« (V76, 190) In der Notiz zur Neufassung von 2005 heißt es dann ernüchert:

11 Das sind nur 3 Beispiele. Nach wie vor kann uns Hegels *Wissenschaft der Logik* eine Ahnung von der Vielfalt von Denk- und Seinsformen vermitteln, unter denen die Kausalität zwar eine wichtige Rolle spielt, aber keineswegs die einzige ist. Vgl. dazu Quaa 1991.

Im triumphierenden Fordismus, als diese Vorlesungen zuerst gehalten worden sind, mochte es scheinen, als sei unmittelbar von Momenten der empirischen Realität die Rede und als sei die Umkehrung des Bestehenden, das ›bewusste *Machen* des kritisch *Bewusstgemachten*‹, eine im Prinzip einfache Option. (V05, 11)

Doch auch in den *Neuen Vorlesungen*, sicherlich vor jener Notiz ausgearbeitet, liest man wieder die Hoffnung auf die planmäßige Gestaltung der gesellschaftlichen Produktion heraus: »Oder wie wir früher sagten ...: das *Bewusstgemachte* soll bewusst *gemacht* werden können ...« (NV06, 209) Und wie, bitte sehr? Wer oder was übernimmt die Funktion des Wertgesetzes, die Produktivkräfte den gesellschaftlichen Bedürfnissen zu assimilieren? Der Staat? Die »Gesellschaft«, von der Marx in den »Grundrissen« sagt, sie sei eine spekulative Konstruktion? Wenn es den Produzenten gelänge, ihre Produktionsbedingungen unter Kontrolle zu bringen, entsteht dann nicht sofort das Problem des »faulen Arbeiters« – sowohl theoretisch als auch praktisch? Wer oder was motiviert, erzieht und koordiniert, damit jenseits des »Reiches der Notwendigkeit« das »Reich der Freiheit« aufblühen kann (vgl. V05, 100ff)?

Vom Ökonomen Hayek nun zu seinem Lieblingsphilosophen! Wann immer man Karl R. Poppers grobgeschnittene Kritik an Platon, Hegel oder Marx aufs Korn nimmt, darf man m.E. ruhig den Holzhammer auspacken. Interessanterweise kritisiert Haug nicht *diesen* Popper, sondern den *Wissenschaftstheoretiker* (NV06, 32ff). Dabei geht es um solche Dinge wie die Abstraktheit, Unsichtbarkeit und Vermitteltheit der Gegenstände, mit denen es die Wissenschaft zu tun hat. Und da Popper in diesen Fragen eine zwar schwankende, aber durchaus realistische Position vertritt, wirkt die Kritik an ihm gekünstelt (besonders NV06, 34). Haugs Kritik trifft eher auf den Positivismus des Wiener Kreises zu, aber nicht auf »Sir Charles«. – Wenn man Popper den antikommunistischen Schaum vom Munde wischt, dann kann man sehen, dass seine Philosophie einen erheblichen Einfluss auf das Wissenschaftsverständnis des 20. Jahrhunderts ausgeübt hat und dass es auch für eine linke Politik und deren wissenschaftliche Grundlage von Vorteil gewesen wäre, den hypothetischen Charakter von Theorien, von *allen* Theorien, zur Kenntnis zu nehmen (vgl. Quaas 2002). Und wenn ich nun noch einen dritten Liberalen erwähnen darf, nämlich Richard M. Hare, so möchte ich mit Hinweis auf dessen Werk entschieden widersprechen, wenn Haug die Ethik als »verdünnte Religion« (V05, 54) charakterisiert. Zwar fordern Moral und Religion die Unterwerfung unter Regeln; während sich aber die Religion letztlich auf eine übermenschliche Autorität beruft, erhebt die moderne Ethik das selbstbestimmte Individuum und seine Präferenzen zum höchsten Maßstab. Muss ich an den jungen Marx erinnern, der alle Verhältnisse umwerfen wollte, die menschlichen Individuen knechten? Ist das nicht ein ethisches Motiv, nach dem selbst der reife Marx noch irgendwie handelte? Leider kann man Verhältnisse nicht einfach »umwerfen«, so dass das mühselige Geschäft ihrer Gestaltung auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnis bestehen bleibt. Ohne Ethik geht das nicht!

Literatur

- Backhaus, Hans-Georg, »Zur Dialektik der Wertform«, in: A. Schmidt (Hg.), *Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie*, Frankfurt/M 1969, 128-52
- Bhaskar, Roy, *Scientific Realism & Human Emancipation*, London 1986
- Borchert, Manfred, *Geld und Kredit: Einführung in die Geldtheorie und Geldpolitik*, München-Wien 2001
- Hare, Richard M., *Die Sprache der Moral*, Frankfurt/M 1972
- ders., *Freiheit und Vernunft*, Frankfurt/M 1973
- ders., *Moralisches Denken*, Frankfurt/M 1992
- Haug, Wolfgang Fritz, *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«*, 2. Aufl., Köln 1976 (zit.: V76)
- ders., »Historisches/Logisches«, in: *Das Argument* 251, 45. Jg., 2003a, H. 3, 378-96
- ders., »Wachsende Zweifel an der monetären Werttheorie. Antwort auf Heinrich«, in: *Das Argument* 251, 45. Jg., 2003b, H. 3, 424-37
- ders., *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«*, Neufassung, Hamburg 2005 (zit.: V05)
- von Hayek, Friedrich A., *Freiburger Studien*, Tübingen 1969
- Heinrich, Michael, »Geld und Kredit in der Kritik der politischen Ökonomie«, in: *Das Argument* 251, 45. Jg., 2003a, H. 3, 397-409
- ders., *Die Wissenschaft vom Wert*, 3. korrigierte Aufl., Münster 2003b
- Marx, Karl, *Das Kapital*, Bd. 1, MEW 23, Berlin 1974.
- Outhwaite, William, *New Philosophies of Social Science. Realism, Hermeneutics and Critical Theory*, London 1987
- Quaas, Friedrun, u. Georg Quaas, »Zum Verhältnis von Wert, Preis und Grundrente im »Kapital« von Karl Marx«, in: *Arbeitsblätter zur Marx-Engels-Forschung*, Heft 21, Halle (Saale) 1986, 60-9
- Quaas, Georg, »Eine mathematische Darstellung der marxistischen Werttheorie«, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- u. sprachwissenschaftliche Reihe*, 33. Jg., 1984, H. 2, 228-41
- ders., »Ontologische Implikationen der dialektisch-materialistischen Methode«, in: *Ethik und Sozialwissenschaften*, 2. Jg., 1991, H. 2, 229-40
- ders., *Dialektik als philosophische Theorie und Methode des »Kapital«*, Frankfurt/M 1992
- ders., *Arbeitsquantentheorie. Mathematische Grundlagen der Werttheorie*, Frankfurt/M 2001
- ders., »Sieben überwindbare Denkblockaden. Zur Entwicklung des Praxiskonzepts«, in: V. Caysa, H. Seidel u. D. Wittich (Hg.), *Zum philosophischen Praxis-Begriff. Die zweite Praxis-Diskussion in der DDR*, Leipzig 2002, 95-103
- ders., »Zur neueren Geschichte der Werttheorie (Sammelrezension)«, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 46. Jg., 2004, H. 1, 139-55
- ders., »Wertrechnung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung«, in: H. Müller (Hg.): *Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft*, Norderstedt 2005, 207-28
- Ruben, Peter, *Philosophie und Mathematik*, Leipzig 1979
- Witt, Ulrich, »Beharrung und Wandel – ist wirtschaftliche Evolution theoriefähig?« in: *Erwägen Wissen Ethik* 15. Jg., 2004, H. 1, 33-45

Besprechungen

Philosophie

Hindrichs, Gunnar (Hg.), *Die Macht der Menge. Über die Aktualität einer Denkfigur Spinozas*, Universitätsverlag Winter, Heidelberg 2006 (202 S., Gb., 39,00 €)

Der Band enthält die Vorträge einer Heidelberger Tagung von 2005, die der politischen Philosophie Spinozas und vor allem seinem Begriff der »Menge« (*multitudo*) gewidmet war. Der wichtigste Bezugspunkt ist Antonio Negris Aktualisierung dieses Begriffs, aber auch das allgemeine postmoderne Ambiente, in dem Spinoza an Nietzsche und Carl Schmitt angelehrt wird.

In seiner Einleitung gibt Hindrichs einen kurzen Umriss der Hauptgedanken der politischen Philosophie Spinozas. Was sie vom Mainstream der neuzeitlichen Theorien unterscheidet, sei eine ontologische Grundlegung des Politischen, bei der Metaphysik und Politik nicht wie in den klassischen Lehren vom Gesellschaftsvertrag voneinander getrennt werden (13f). Da es keinen Bruch zwischen Naturzustand und politischem Zustand gebe, bleibe die »Grundbestimmung des Seienden« (15), dass jedes Einzelding ständig danach strebt, in seinem Sein zu verharren (*Eth.* III. prop. 6), auch im politischen Zustand unter den Menschen wirksam. So werden »Sein« (*esse*) und »Macht« (*potentia*) für Spinoza faktisch identisch. Diese Position macht Spinoza zu einem Unicum unter neuzeitlichen Staatstheoretikern, und es ist nicht verwunderlich, dass sich als alternativ verstehende Theoretiker hier anzuknüpfen versuchen. Über Negri bemerkt Hindrichs lediglich in einer Fussnote, seine »Idee einer unbeschränkt produktiven Menschenmenge, deren subversive Kraft niemals zu bändigen sei«, zelebriere »eine[n] vernunftlosen Kult des vernunftlosen Produzierens« und ignoriere Spinozas durch und durch rationalistische »Betonung der Gesetzlichkeit jener Machtbildung, die sich vernünftig begreifen lässt« (18).

Robert Celikates versucht an Spinozas Liberalismus-Kritik zu zeigen, dass seine politische Theorie eine Theorie der Demokratie darstellt, die »jenseits von Kommunitarismus und Liberalismus« angesiedelt ist (45). Betrachtet man Individualismus und Normativismus als Bestandteile liberaler politischer Theorien, ist Spinoza sicherlich kein Theoretiker des Liberalismus *avant la lettre*; aber auch die später als Kommunitarismus charakterisierten Lehren mit ihrem harmonistischen Bild der politischen Gemeinschaft entsprechen nicht seiner Sicht. Spinoza betont ja bewusst »die Konflikt- und Machtdurchzogenheit des sozialen und politischen Körpers«, der in diesen widersprüchlichen Prozessen sich erst herausbildet (46). Während der Liberalismus davon ausgeht, dass das Recht die Quelle der Macht bildet, konstituiert bei Spinoza die Macht (*potentia*) das Recht. Auch Spinozas Demokratieauffassung ist von der des Liberalismus so verschieden, dass Celikates sie als »republikanische« Alternative bewerten kann (48). Für Spinoza ist die Demokratie unter den Regierungsformen die »alternativlichste« (*maxime naturale*), d.h. sie entspricht am besten den ontologischen Bestimmungen des Menschseins, da sie ein direkter Ausdruck der Macht der Menge (*multitudinis potentia*) ist. Wie Celikates zu Recht bemerkt, bleibt diese Grundlage jedoch ambivalent: Die *multitudo* kann entweder als (organisiertes) Volk oder als »wütender Mob« auftreten, und so stellt die Macht der Menge »nicht nur die Bedingungen der Stabilität des Staates dar, sie eröffnet auch die stets latent gegebene Möglichkeit seiner Zerstörung« (50). Dies ist eine Ambivalenz, die in Negris Rezeption unter den Tisch fällt.

Der Beitrag von Arnd Pollmann zu Spinozas Bedeutung für das moderne Menschenrechtsdenken unterscheidet sich mit seinen nietzscheanisierenden Untertönen deutlich von den anderen Texten. Als Angehöriger der jüdischen Minderheit habe Spinoza »den metaphysischen Rückzug ins *innere Exil*« gewählt und stehe damit im Gegensatz zum heutigen Menschenrechtsdiskurs, der in einer reell existierenden politischen Gemeinschaft die Befreiung suche (71). Daher unterscheide sich auch Spinozas Kategorie »Naturrecht« fundamental von der des Menschenrechtsdenkens. Für Spinoza sei das natürliche Recht des Menschen nur das Recht des Mächtigeren, während das positive Recht, d.h. die bürgerlichen Gesetze nur in einem Staat möglich seien: »Der für das Menschenrechtsdenken konstitutive Gedanke einer den staatlichen Gesetzen *vorgängigen* universellen Rechtsgleichheit ist Spinoza fremd gewesen« (82). Stattdessen gebe es für Spinoza nur Bürgerrechte. Hier fragt sich freilich, ob es sinnvoll ist, den Widerspruch zwischen universalen Menschenrechten und der gegebenen reellen Rechtslage der Theorie Spinozas anzulasten, wo es sich doch um eine Tatsache handelt, die mit »besserer« Theoriebildung allein sicherlich nicht aus der Welt zu schaffen ist. Verf. bemerkt auch selbst, dass hier eigentlich »eine konzeptionelle Spannung im modernen Verfassungsdenken« vorliegt (83). In letzter Instanz wären die Widersprüche Spinozas erst beseitigt, wenn die (bürgerrechtliche) Macht der Menge »zur globalen Macht der Menschenmenge expandiert«, wobei hieraus zugleich per definitionem ein universales, überbürgerliches Menschenrecht würde (90f). Aus der Perspektive eines solchen – wenngleich schwer realisierbaren – Weltstaates würde denn auch der von Negri und Hardt betonte schroffe Gegensatz von »Empire« und »Multitude« obsolet werden, indem die Menge das »Empire« nun konstituieren würde.

Markus Kartheininger zufolge hat das Verhältnis von Naturrecht und bürgerlichem Vernunftrecht seine ontologische Entsprechung im Verhältnis der einen Substanz zu ihren Modi (122). Spinoza gelinge es nicht, zwischen diesen Polen adäquate Vermittlungen zu finden. Diese Deutung schließt sich an die bis auf Hegel zurückreichende Tradition an, nach der alles im Spinozismus letztlich in der unendlichen Indifferenz der einen und einzigen Substanz verschwindet (130). Daher sei eine »inhaltliche Entleerung des Politischen« das unvermeidliche Resultat der metaphysisch begründeten Auffassung Spinozas (138). Auch wenn Kartheininger hier eine problematische Tendenz in der Staatslehre Spinozas richtig diagnostiziert, könnte man doch fragen, ob nicht der spinozistische Begriff eines »Musterbildes der menschlichen Natur« (*naturae humanae exemplar*), den er an einer Stelle der *Ethik* (Pars IV, Praef.) einführt, geeignet wäre, zwischen dem Modus Mensch und der Substanz – und damit auch zwischen universalen Menschenrechten und partikularen Bürgerrechten – die erhoffte Vermittlung zu leisten. Kartheininger nennt diesen Begriff Spinozas nur *en passant* (129), ohne ihn auszuwerten, obgleich das von Spinoza hier entworfene Idealbild seiner systematischen Stellung nach dem *homo noumenon* Kants nahekommt. Und ist nicht gerade dieser »noumenale Mensch«, das »Muster« des Menschen, der eigentliche Träger der Menschenrechte?

Der Beitrag von Dominik Schrage beschäftigt sich nicht mit Spinoza, sondern versucht, in Anknüpfung an die Massentheorien von Le Bon, Sorel, Riesman und Canetti den Begriff der »Masse« zu klären. Er notiert eine bedeutsame semantische Verschiebung von »Masse« von der Unterschicht zur Mittelschicht ab der Mitte des 20. Jh., was v.a. mit Veränderungen in der Medientechnologie zusammenhänge. Heute sei es möglich, große Menschengruppen mit neuen Technologien auf eine ganz andere Weise zu organisieren als bisher, so dass aus der einstigen passiven »Präsenzmasse« eine »kommunikative Masse« geworden sei (111). Freilich muss man sich klarmachen, dass der spinozische Begriff der *multitudo* nicht ohne weiteres auf die heutigen Massen und Massenbewegungen anwendbar ist, was darauf hinweist, dass Negris Umgang mit diesem Begriff ahistorisch ist.

Guido Kreis zeigt überzeugend, dass die politischen und philosophisch-anthropologischen Auffassungen von Carl Schmitt und Spinoza gegensätzlich sind, obwohl Schmitt sich häufig auf Spinoza beruft (171). Während Schmitts »politische Theologie« jede immanente Begründung des Politischen für unmöglich erklärt, woraus dann zwangsläufig folgt, dass die letztlich nur dezisionistisch zu motivierenden faktischen Verhältnisse primär sind, ist Spinoza der Philosoph der Immanenz par excellence: »Gott [ist] in allem politischen Handeln präsent« (174). Etwas zu kurz greift Kreis in seinen Bemerkungen über Spinozas Naturalismus. Natürlich stimmt es, dass »eine durchgängige Naturalisierung« auch der staatlich-politischen Verhältnisse philosophisch unmöglich ist (176). Aber die Besonderheit Spinozas liegt darin, dass er den anfänglichen Naturalismus seiner Lehre in der Selbstbezüglichkeit der Substanz gleichsam »dialektisch« aufhebt. So dürfte es verfrüht sein, vom Scheitern von »Spinozas Variante des Materialismus« (176) zu sprechen.

Den Band schließt Martin Saars Betrachtung der »Politik der Multitude« ab. Den theoretischen Hintergrund von Negri/Hardts »Multitude« verortet er in einem »romanischen Linksspinozismus« (182) seit den 1960er Jahren, dessen bekannteste Vertreter Deleuze, Althusser und Moreau sind. Hinzugefügt sei hier lediglich, dass es sich bei dieser Spinoza-Aneignung um einer dem »postmodernen Links-Nietzscheanismus« (Jan Rehmann) analoge Strömung handelt, deren kritische Durchleuchtung und Überwindung ebenso wichtig für die theoretische Klärung der Linken sein dürfte wie die des Linksnietzscheanismus. Diese Arbeit steckt noch in den Anfängen. Zu den Grundzügen dieser »linken« Spinoza-Deutung zählt Saar u.a. den radikalen Antiteologismus, die ebenso radikale Ideologiekritik und die Idee einer anti-individualistischen kollektiven Praxis (184ff). Dass es sich bei dem Versuch, diese Themen auf den »Vordenker« Spinoza zurückzuführen, um eine »durchaus gewaltsame materialistische Lektüre« (189) handelt, zeigt Saar am Beispiel von Negri, der Spinozas Begriff der *multitudo* ontologisiert: »Für Negri ist die Macht der Menge keine rein politische Ansammlung von Kräften, sondern eine umfassende Konstitutions- und Schaffenskraft«, ja »Grundlage der Konstitution des Wirklichen« (189). Aber nicht nur die von Negri und Hardt beschworene »autonomistische« Idee, es könne »Projekte, Widerstand und Politik der Multitude jenseits ihrer Rolle als Staatsvolk geben«, ist Spinozas politischem Denken fremd, das eine Autonomie des Politisch-Sozialen gegenüber dem Politisch-Staatlichen nicht kennt (194); auch vom Standpunkt (nicht nur marxistischer) Klassentheorien ist der ins Allumfassende ausgedehnte Begriff der *multitudo* zu vage, um als analytisches Werkzeug tauglich zu sein, indem zur »lebenden und produktiven Multitude« auch »die ökonomischen und politischen Funktionsträger, ja sogar die Profiteure des Empire« gehören (195).

Vesa Oittinen (Helsinki)

Sève, Lucien. *Penser avec Marx aujourd'hui. I. Marx et nous*, La Dispute, Paris 2004 (288 S., br., 20,00 €)

Im Anfang war das Wort. Dieser biblische Gedanke ist – materialistisch gewendet – Maxime von Lucien Sèves erstem Band einer Tetralogie, die sich im Folgenden des Menschen, der Philosophie und des Kommunismus annehmen wird. – Im ersten Teil geht es um die »Bestandsaufnahme einer Verkennung« (7) der marxischen Theorie in Frankreich. Sève konstatiert eine strategisch-dynamische Artikulation von Institutionen und diskursiven sowie nicht-diskursiven Praxen, die die französische Marxrezeption nicht nur behindert, sondern schlichtweg verfälscht. Dazu gehören nicht nur Verlagspolitiken (16f) und Übersetzungen (17ff), sondern auch öffentliche, die politisch-intellektuelle Konjunktur beeinflussende Institutionen wie die Philosophie-*agrégation* (21f) – von mutwilliger

akademischer Ausgrenzung (86ff, 259ff) ganz zu schweigen. Letztere hat verhindert, dass Verf. jemals die ihm zweifellos gebührende wissenschaftliche Anerkennung und universitäre Institutionalisierung erfahren hat. Seine ›Karriere‹ vollzog sich daher in den Strukturen der KPF, der er 1950 beigetreten ist: Von 1970-1982 war Sève Leiter des Parteiverlages *Editions Sociales*, der die bis heute umfassendste französische Übersetzung marxischer Texte besorgt hat, 1993 jedoch seine Tätigkeit einstellte. Eine Neugründung als *La Dispute* erfolgte 1997, und demnächst sollen hier die ersten Übersetzungen der zweiten *MEGA* erscheinen.

Verantwortlich für die Missdeutungen des marxischen Oeuvres in Frankreich sind Sève zufolge nicht nur dessen politische Gegner, sondern zugleich Fehler der Marxisten selbst. Er schreckt an diesem Punkt weder vor Kritik des eigenen Schaffens (35ff) noch vor theoretischem Tadel der KPF zurück (158ff). Allgemein konstatiert er, dass in Frankreich eine »Partei-Lektüre« (25) oftmals den marxischen Text vernachlässigt hat. Prominentestes Beispiel seiner philologischen Attacke ist Althusser; u.a. bekommen auch Deleuze (41ff) und Foucault (96ff), weitgehend zu Recht, ihr Fett ab; einzig die vernichtende Polemik gegen den mediokren Philosophen und ehemaligen französischen Bildungsminister Luc Ferry ist dabei zu lang geraten (45-80). Althusser's Werk weise nicht nur einen »bibliographischen Einschnitt« (30) auf – der Autor von *Für Marx* habe »die *Grundrisse* nie ernsthaft gelesen« (29) –, sondern verkenne in seiner antiessenzialistischen Besessenheit zugleich den von Marx in den *Feuerbachthesen* entwickelten »*Materialismus des Wesens*« (*matérialisme de l'essence*) (130). Auf Basis dieser Unzulänglichkeiten sei ein weiteres, die Diskussion über den marxischen Text erschwerendes, marxistisches Dispositiv entstanden. Verf. schlägt daher nicht nur »bewusst post-althusserianische Marxlektüren« vor (136), sondern eine »*marxsche Orientierung*« (163), die ›den Marxismus‹ ersetzen soll.

Der zweite Teil gilt diesem »neuem Verhältnis zu Marx« (95). »Mit Marx heute denken« heißt zunächst: *mit ihm selbst* denken, also in einem vorab unbestimmbaren Umfang *gegen* viele verbreitete Ideen des zeitgenössischen Marxismus und natürlich des Anti-Marxismus. Es geht nicht um die x-te und allemal illusorische ›Rückkehr zu Marx‹: nicht Marx, sondern unsere Welt soll besser begriffen werden, und dies kann Marx keinesfalls an unserer statt leisten.« (101f) Entwickelt werden soll ein aufgeklärtes »*Verhältnis zu Marx* durch die vorsichtige Trennung dessen [...], was auf Marx zurückgeht, von dem, was auf uns zurückgeht« (108). Verf. nennt dafür »drei Bedingungen« (160): eine »*sinnvolle Distanz*« (162) zu Marx, ein »*historisches Ziel*, das theoretisch zu vertiefen und dem praktisch sich zuzuordnen man sich entschieden hat« (163), und eine neue Form kollektiver Organisation. In dem derart projektierten Unternehmen soll eine »tiefe untergründige Verbindung zwischen wissenschaftlichem und Partei-Marxismus« (172) bestehen, da beide, wenn voneinander losgelöst, Zerrbilder produzierten. Die ›analytische‹ Marx-Interpretation Jon Elsters dient dafür als Beispiel (179ff). Sève macht sich solchen Verstellungen gegenüber zum Fürsprecher eines »Marx-Denken« (194ff), einer theoretischen Innovation im Kontakt mit den verschiedenen Wissenschaften, historischen Ereignissen und sozialen Realitäten.

Für das Problem dieser neuen Konzeption ist die Formulierung des »*authentischen Marx'schen Denkens*« (195) symptomatisch. Denn wider eigenen Anspruch zeichnet sich in *Penser avec Marx aujourd'hui* bisweilen eine textgläubige Tendenz ab – mit drei Konsequenzen. *Erstens* meint Verf., politische Praxis unmittelbar aus den Klassikern ableiten zu können. Dies bringt ihn u.a. in Gegnerschaft zu der mit außerordentlicher politisch-theoretischer Intelligenz vorgetragenen Intervention Althusser's gegen die programmatische Aufgabe der ›Diktatur des Proletariats‹ durch die KPF 1976 (vgl. »Die historische Bedeutung des 22. Parteitags der FKP«, in: *Die Krise des Marxismus*, Hamburg 1978). Ein

Verstecken hinter dem Text ist *zweitens* wie dafür gemacht, über Ambivalenzen in Marx' Ökonomiekritik selbst hinwegzutäuschen. So behauptet Sève eine auf den tendenziellen Profitratenfall gestützte Zusammenbruchstheorie (230), die in Hinblick auf andere Zusammenhänge der Kritik der politischen Ökonomie zu kritisieren wäre. *Drittens* droht Sèves Orthodoxie der Maßstab verloren zu gehen. Von Derridas Verleumdungen der marxischen Gegnerschaft zur Todesstrafe auf ein durchgängiges Verkennen von Marx zu schließen (32ff), täuscht über die Randständigkeit der Todesstrafenthematik bei Marx hinweg und hätte an *Marx' Gespenster* belegt werden müssen. Sèves Beharren auf den marxischen Text ist dennoch wohltuend gegenüber dem zu einem Gemischtwarenladen verkommenen Marx des liberalen, postmodernen und bisweilen auch marxistischen Denkens. Sein Insistieren auf Wort und Text sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in der marxischen Theorie im 21. Jahrhundert keine Bibeln mehr geben darf. Kolja Lindner (Paris)

Kliman, Andrew, *Reclaiming Marx's »Capital«*. A Refutation of the Myth of Inconsistency, Lexington Books, Lanham-Boulder-New York etc. 2007 (230 S., kt., 22,91 US\$)

Kliman rechnet sich zu der von Raya Dunajewskaja begründeten humanistisch-dialektischen Strömung des Marxismus (xv). In seiner *Kapital*-Lektüre geht er erstens von der Zeitlichkeit der Verwertung aus, so dass Input- und Output-Preise sich aufgrund zwischenzeitlich eingetretener Veränderungen (etwa der Produktivität) unterscheiden können. Zweitens behandelt er die Bestimmung von Werten und Preisen als interdependent, hebt also den oft unterstellten Dualismus der wert- und preistheoretischen Betrachtung auf. Mittels dieser seiner »temporal single-system interpretation (TSSI)« beansprucht er, dem »hundertjährigen Mythos von inneren Inkonsistenzen« (xiii) des *Kapital* ein Ende zu bereiten. Die z.T. auch von marxistischen Ökonomen stammenden mathematischen Modelle, mit denen bewiesen werden soll, dass Marx' Theorien über Wert, Preis, Profit und Krisen inkonsistent seien, unterstellen Simultaneität und Systemdualismus von Werten vs. Preisen (2).

Auf dem Spiel steht dabei die Haltbarkeit der marxischen Werttheorie, spezifisch die These vom tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate (113ff) und das Problem der Transformation von Werten in Preise (139ff). An N. Okishios (1961) Widerlegung der These vom »tendenziellen Fall«, die von Wirtschaftshistorikern wie R. Brenner übernommen wird, zeigt Verf., wie die Dominanz einer *stofflichen* Betrachtung, die er »Physikalismus« nennt (76), den Blick auf die elementaren Wertmechanismen verstellt. Der gesunde Menschenverstand sage den Vertretern dieser Richtung, »dass Produktivitätssteigerung sich in gesteigerter Profitabilität ausdrückt« (114). Sie unterstellen dabei, dass die Inputpreise pro stofflicher Einheit den Preisen der nachfolgend produzierten Outputeinheiten gleich seien, klammern also die zwischenzeitlichen Veränderungen der Wertrelationen aus, was Kliman »simultanism« nennt (76), wogegen er den Zeitsinn der marxischen Begriffe stark macht.

Kliman hebt den nicht-empiristischen (im Sinne von nicht-deskriptiven) Charakter des marxischen Tendenzgesetzes hervor, das von Marx eben nur als solches bezeichnet wird, weil »gegenwirkende Einflüsse« permanent »die Wirkung des allgemeinen Gesetzes durchkreuzen und aufheben« (MEW 25, 242), wobei sie, wie Kliman betont, die andernfalls sinkende Profitrate um den Preis der »Vernichtung existierenden Kapitalwerts« steigern (31), und zwar entweder durch Konkurs der schwächeren Konkurrenten oder durch die, wie Marx sagt, »teilweise Depreziation funktionierender Kapitale«, die mit der Entwicklung der Produktivkraft Hand in Hand geht (MEW 23, 632). Es ist nur konsequent, dass Verf. nicht nur die theoretischen Marx-Widerleger zu widerlegen bestrebt ist, sondern auch seine empiristisch verfahrenen Verteidiger (193ff).

Insgesamt zeigt Kliman, dass die marxische Theorie jedenfalls auf eine Weise *interpretiert* werden kann, die die behaupteten Inkonsistenzen vermeidet. Seit Paul Sweezys *Theorie der kapitalistischen Entwicklung* (1942; dt. 1958) wenden Kliman zufolge zumindest die angelsächsischen »Marxisten und sraffaistischen Ökonomen« ihre Energien vorwiegend »into correcting Marx and to pursuing research programs founded on ›correct‹ versions of his work« (210), was auch in der deutschen Diskussion unter dem Titel einer »Rekonstruktion der marxischen Theorie« Konjunktur hat. In der Zähigkeit, mit der sie längst widerlegte Marx-Widerlegungen wiederholen, sieht er sie ihre akademischen Positionen und Forschungsmittel verteidigen (208ff).

Im Blick auf die globalisierungskritische Bewegung registriert Kliman ein gewachsenes Interesse an Marx; eine »erneuerte Entwicklung seiner *Kritik der politischen Ökonomie*« stehe aber noch aus (211). Im Blick auf praktischen Antikapitalismus betont er die Grenzenlosigkeit des kapitalistischen Verwertungsprozesses, »der alle Widerstände auf seinem Weg überwindet und vereinnahmt«, so dass »die aktuelle Suche nach einer Alternative zum Kapitalismus sich auch in das außerordentlich schwierige Problem vertiefen muss, wie genau eine Alternative zur Wertproduktion vorankommen und sich gegen die Vereinnahmung halten könnte« (8). Diesen für künftige Alternativen grundwichtigen Gedanken arbeitet er nicht aus. — Die Diskussion um die marxischen Wert- und Verwertungstheoreme, um das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate und um das Transformationsproblem wird auch nach diesem konsistent gearbeiteten Buch nicht verstummen; von Klimans Gegnern wird aber zu verlangen sein, dass sie die Fragen als offen anerkennen, statt sie weiterhin als in ihrem Sinn gelöst abzuhaken. Wolfgang Fritz Haug (Esslingen/Los Quemados)

Jäger, Margarete, u. Jürgen Link (Hg.), *Macht – Religion – Politik. Zur Renaissance religiöser Praktiken und Mentalitäten*, Edition DISS im UNRAST-Verlag, Münster 2006 (302 S., br., 24,00 €)

Die Beiträge zum 19. Colloquiums des *Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung* untersuchen nicht nur die verschiedenen Fundamentalismen, sondern auch das ›revival‹ des Religiösen in Konsequenz einer über sich selbst verunsicherten Aufklärung. Denn trotz des unverkennbaren Fortschritts (27) ist »die Zäsur« zwischen dem von Kant verkündeten ›Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit‹ und dem ›Zivilisationsbruch‹ der Shoah (›Höhepunkt einer gerade in der Moderne und in der Kultursphäre der Aufklärung radikal stattgefundenen Entmenschlichung des Menschen‹) nicht mehr zu übersehen (29), schreibt Moshe Zuckermann, ohne übrigens die Religion als mögliche Retterin des Projekts der Moderne zu bemühen. Das versucht Alfred Schobert, indem er Derridas ›Messianismus‹ vorführt als die nicht-religiöse Interpretation des Glaubens ans Kommen der Gerechtigkeit. So wird die Religion als Kritik an einer anti-emanzipatorisch gewordenen Moderne ins Säkulare übersetzt: »Messianizität ohne Messianismus, das ist: Unabhängigkeit von der Religion im Allgemeinen. Eine Art Glauben ohne Religion.« (Derrida, zit. 91) Diese ›Übersetzbarkeit‹ religiöser Inhalte »in die diskursiv nachvollziehbare Sprache (der Vernunft)« steht für Heinz Brüggemann in Frage (252). Ist die religiöse Sehnsucht nicht zu sehr autoritätsgebunden? Muss man das ›Wesen‹ der Religion nicht vielmehr darin suchen, dass sie sozialen Gruppen hilft, sich »als homogenes Handlungssubjekt mit starker Identität zu imaginieren« (253)? Das würde jedenfalls den religiösen Fundamentalismus erklären, der im mittleren Teil behandelt wird.

Frank Unger zeigt, wie der christliche Fundamentalismus in den USA, im Zusammenhang des allgemein-amerikanischen »Glaubens an die Bestimmung der USA, dem Rest der Welt das Heil zu bringen« (100), politisch aktiv geworden ist in Reaktion auf

den kulturellen Wandel und die politischen Erschütterungen der 1960er und 70er Jahre (kulminierend in der Legalisierung der Abtreibung, 105f). Als politische Kraft ist er nicht zu unterschätzen, wohl aber zu relativieren: eine Minderheit, die außerdem in der Außenpolitik keine Rolle spielt (109f). Diese wird noch immer gemacht von den »akademischen Schülern eines explizit atheistischen Philosophen« Leo Strauss, der aber den christlichen Fundamentalismus ausdrücklich instrumentalisieren will (also offenbar muss): über die »vornehme Lüge« die Massen durch die Verkündigung »höherer (christlicher) Werte« hinter das Licht zu führen (111). Unger signalisiert diesen Widerspruch nicht, sondern ruft die deutsche evangelische Kirche auf, den »Kulturkampf« zwischen ihrem sozialen Engagement und dem »politisch-demagogischen, aggressiv im Dienste eines radikalen Neoliberalismus proselytischen Protestantismus aus den USA« (101) gegenüber der eigenen Regierung glaubwürdiger zu artikulieren (111).

Zuckermann erklärt, wie der ursprünglich säkulare politische Zionismus den religiösen Zionismus brauchte, um die Juden für die Idee eines jüdischen Staates zu gewinnen – der Antisemitismus als »bloß« negatives Motiv reichte dafür nicht aus (131). Damit entstand das kaum lösbare »Strukturproblem«, »dass mit der Religion eine im Wesen prämoderne gesellschaftliche Institution ihren ideologisch abgesegneten, ja bewusst herbeigeführten Eingang in den modern sich dünkenden, säkular sich gerierenden und im offiziellen Selbstverständnis sich als zivilgesellschaftlich und eben *nicht* religiös verstehenden Staat gefunden hat« (138). Dabei kommt Zuckerman nicht daran vorbei, in dieser Staatsbildung »Wunderlichkeiten« festzustellen, die es erschweren, die über die jüdische Religion hergestellte Identität einfach »säkularistisch« zu desavouieren. Jedenfalls bleibt für ihn die »Renaissance des Hebräischen« »eines der linguistischen Wunder des 20. Jahrhunderts« (133).

Im Beitrag Andreas Umlands geht es um den »Neoeurasiasmus« des Alexandr Dugin. Er hält dessen »Vereinnahmung der [russischen] Orthodoxie [...] als von eher politischen, denn tatsächlich religiösen Motiven bestimmt« (148). Sein »Aufstieg« illustriert, »dass politischer Liberalismus, philosophischer Rationalismus und ethischer Universalismus sich in Russland derzeit auf dem Rückzug befinden« (149).

Die Beiträge zum islamischen Fundamentalismus polemisieren vor allem gegen das Feindbild »Islam«, das ideologisch gezielt alle Muslime über einen Kamm schert. Claudia Dantschke betont dagegen die Pluralität des Islam, gibt eine Erklärung für den »Islamismus« als »Gegenentwurf« zur westlichen Demokratie einerseits und Sozialismus/Kommunismus andererseits (168), nach dem Kollaps des real existierenden Sozialismus die »einzig verbliebene Alternative« (175), die fatalerweise gegen die Aufklärung »das antisemitische Stereotyp der »Freimaurer-Verschörung« setzt« (171). Ihre Hoffnung richtet sich auf die mehrheitlich »legalistisch agierenden Islamisten« (180), die das demokratische Parteiensystem als »Aktionsrahmen zur Verwirklichung ihrer Gesellschaftsutopie« akzeptieren (182), sowie eine größere »Verbreitung alternativer zeitgenössischer Islaminterpretationen« (186). – Margarete Jäger sieht die Rolle der Kopftuchdebatte im Einwanderungsdiskurs als »Stellvertreterdebatte«: Frauen dienen als »Projektionsfläche«, um es Männern zu ermöglichen »gegenseitig ihre Machtphantasien zu präsentieren« (188). Aber letztendlich gehe es um »eine Abrechnung« mit dem Konzept einer multikulturellen Gesellschaft (198). Sie plädiert für eine »diskursive Strategie«, die Differenzierungen zulässt und sich hütet vor Homogenisierungen und falschen Verallgemeinerungen (206). – Ein Beispiel fürs Gegenteil zeigt Daniela Marx an der Islamismuskritik von Alice Schwarzer, mit der diese sich in den Mainstream einordnet und prompt vom »feministischen Schreckgespenst« zur gefragten Expertin wird. – Ineke van der Valk hinterfragt die Tendenz, den Terrorismus

seitens muslimischer Täter »mit Hilfe religiöser Begriffe zu erklären« (231) und macht es zum Problem, warum der Terrorismus z.B. der Baader-Meinhof-Gruppe »nicht Anlass für eine Debatte über einen ›Kampf der Kulturen‹ gegeben« (238) hat.

Im letzten Teil gibt es Versuche, den Machtkomplex Religion und Politik theoretisch zu ergründen (der Titel dieses Teils verspricht eine ›Begründung‹, was des Guten zuviel scheint). Heinz Brüggeman setzt sich auseinander mit Habermas' »Zwischen Naturalismus und Religion«. Dessen Bewertung der Religion als Ort, wo etwas intakt geblieben ist, was in der säkularisierten Moderne verloren ging, und die daraus hervorgehende Notwendigkeit einer ›Übersetzung‹ »in eine allgemein zugängliche Sprache« (249) wird zwar nicht einfach verworfen, aber doch bezweifelt: Gibt es zwischen Religion mit ihrer Orientierung auf eine über alle Zweifel erhabene Autorität (Gott) sowie das jedem diskursiven Denken entzogene Gefühl für ein unaussprechliches Geheimnis und der auf freie und vernünftige Kommunikation bestehenden Aufklärung nicht einen grundsätzlichen Widerspruch? (253) Dringender ist vielleicht die Frage, wie »der ›säkulare Bürger‹ selbstbewusste Ausdrucksformen der Selbstbegegnung mit seinesgleichen findet« – was das bedeutet, bleibt allerdings unklar (261). Das Problem ist momentan eher die ›Enteignung‹ von für eine funktionsfähige politische Öffentlichkeit zentralen Begriffen (Autonomie, Freiheit) durch die organisierte Religion etwa auf dem katholischen Weltjugendtag in Köln (264). – Jürgen Link bietet »einige vorläufige Gesichtspunkte‹ zu der ›As-Sociationskrise‹ des Kapitalismus und die (damit zusammenhängende) »verstärkte Attraktivität apokalyptischer Religiosität« (265). Er kritisiert »jede aufgeklärte Religionskritik«, die Religion aus einem Defizit erkläre (Feuerbach, Marx) (265), statt aus ihrem ›Überschuss‹ (Durkheim, Bloch, Benjamin) (268). Religion habe ihre »as-sociierende« Macht (269) zu bieten, die Bildung eines ›Wir‹ gegen ›Sie‹ (bei Link gibt es offenbar kein Drittes, kein Miteinander). Der Kapitalismus hat diese Form mittels einer säkularen Variante unterwandert, des Nationalismus sowie des ›Normalismus‹, der den individualisierten Bürger seiner Existenz ›versichert‹. Der ›Global-Kapitalismus‹ aber führe diese Formen in die Krise. Dies erkläre die religiöse Renaissance (277), bes. die der apokalyptischen Religiosität. Denn es müsse »alternative As-Sociationsformen« geben, und die sozialistische sei »epochal diskreditiert« (277). Was den ›unteren Normalitätsklassen‹ bleibt, ist Link zufolge eine apokalyptisch gefärbte ›as-sociative Identität‹, die erscheint »als Fanatismus, die Trennungslinie des unteren Wir gegenüber der Kultur der Ersten Welt ist scharf und militant [...] potenziell kriegerisch [...] kairotsch« (278). So erklärt sich für ihn der Islamismus, aber auch das spektakuläre Wachstum der ›Pfingstkirchen‹ in der Dritten Welt.

Für eine Religionskritik in emanzipatorischer Absicht scheint nicht (mehr) viel Raum zu sein, die real existierende Religion bietet kaum die Möglichkeit einer Übersetzung ihres Gehalts zu Gunsten einer selbstkritischen Fortsetzung des Projekts der Moderne. So ist der Leser reif für den Witz, der den Auftakt für den Beitrag von Richard Faber bildet: Ein ungarischer Flüchtling, der nach dem Aufstand von 1956 nach Österreich flüchtet, dort auf einem Globus alle möglichen Zufluchtsländer angeboten bekommt und schließlich fragt: ›Haben sie keinen anderen Globus?‹ (282f) Faber liest diesen Witz als Ausdruck des jüdischen Glaubens an eine neue Erde, dessen Widerstandskraft eine Definition dieses Glaubens als ›Religion‹ eher missverständlich macht. Denn das Zentrum dieses Glaubens bildet der »alle irdischen Gewalten und Institutionen relativierende [...] bis negierende [...] Juden- und Christengott« (289) Gegen diese völlig respektlose Götterkritik, die auch vor dem Polytheismus der Unantastbarkeit des ›anything goes‹ nicht halt macht (298), nimmt sich sogar Derridas Messianisches ohne Messias harmlos aus. Ob die einer radikalen

Aufklärung verpflichtete Widerständigkeit religiös oder nicht-religiös praktiziert werden muss, ist »gegenüber der Forderung, die damit an [uns] ergeht [...] fast gleichgültig« (Adorno, GS 4, 281).
Dick Boer (Amsterdam)

Goppelsröder, Fabian (Hg.): *WittgensteinKunst. Annäherungen an eine Philosophie und ihr Unsagbares*, Diaphanes, Zürich-Berlin 2006 (152 S., br., 19,90 €)

Wittgenstein eignet sich denkbar gut für Titel des Typs »Philosoph a und Thema b«. Der betonten Selbstbeschränkung seiner beiden Werke, des 1919 publizierten *Tractatus logico-philosophicus* und des Manuskripts *Philosophische Untersuchungen*, stehen Aufzeichnungen über Gott und die Welt zur Seite. Man kann über Wittgenstein und die Politik, die Religion oder die Psychoanalyse schreiben; zudem war er musikalisch kenntnisreich, als Architekt tätig, dem Stilniveau von Karl Kraus verpflichtet und ein Neuerer philosophischer Prosa. Warum also nicht auch: ›Wittgenstein (und die) Kunst‹? Alan Janik, der Mitautor von *Wittgensteins Wien* (1973), gibt eine einfache Antwort: weil es Wittgenstein gar nicht um Kunst, sondern eher um Handwerk und Technik ging. Seine Bemühungen um den »Stil in der Philosophie, was so häufig mit dem Artistischen verbunden wird«, seien »immer ein Mittel zum Zweck« (134); stets habe er »eine technische Lösung der philosophischen Probleme angestrebt« (136); allenfalls könne man seine »Gedankenexperimente« als »Science Fiction« bezeichnen (135). Der Gedanke ist unvollständig, aber leicht fortführbar: Auch wo Wittgenstein über die Farben oder das bei Kraus fehlende Genie spricht, ist womöglich nicht Kunst sein Thema, sondern Erkenntnistheorie oder die heimtückische Idee, als Jude nichts »Eigenes« schaffen zu können.

Dagegen verweist Goppelsröder auf die im *Tractatus* tragende und in der Spätphilosophie fortwirkende Differenz zwischen dem, was man sagen kann, und dem, was sich (nur) zeigt (137). Das letztere sei immerhin Gegenstand einer »Wahrnehmung« (ebd.), der *aisthesis*, um die es in der Ästhetik (auch) geht. Ob dies Wittgensteins Begriff vom Zeigen trifft, lässt sich gut nachprüfen, denn die Differenz bildet eine Art Zentrum des Bandes. Zwar widmen sich die meisten Beiträge Wittgensteins Verhältnis zu und Rezeption in den Künsten im engeren Sinn – Musik (Antonia Soulez), Architektur (Goppelsröder und Maja Weyermann), Bildkunst (Leszek Brogowski), Film (Mirjam Schaub) sowie Literatur (Wendelin Schmid-Dengler). Nur Jacques Bouveresse streift mit Licht- und Farbwahrnehmung die allgemeine Ästhetik. Beinahe alle Texte verhandeln jedoch die Frage, wie das Sagen vom (Sich-)Zeigen zu unterscheiden ist. Ein hilfreiches Schema dafür referiert Schaub: Nach dem *Tractatus* können Sätze nur *sagen*, *dass* etwas der Fall ist, indem sie durch die Form ihrer Zeichenverbindungen *zeigen*, *wie* sich Gegenstände zueinander verhalten; dabei unterstellt das Frühwerk eine logische Struktur der Welt, die sich in derjenigen der Sätze »spiegelt« (108); schließlich offenbart sich das ›Unsagbare‹ oder ›Mystische‹ ohne sprachliches Zutun. In den *Untersuchungen* wird dagegen, wie Schaub zumindest andeutet, eine diesseitige und aktive Figur des Zeigens entwickelt, die etwa für Erziehung und Spracherwerb unverzichtbar ist – das Vormachen.

Eine Reihe von Beiträgen geht diese verschiedenen Weisen des (Sich-)Zeigens durch, wobei die pragmatische Klarheit des Spätwerks (inklusive der ›Vorlesungen über Ästhetik‹) eine erstaunlich randständige Rolle spielt. Bouveresse präsentiert ausgehend von kurz dargestellten, aber nicht weiter geprüften Lesarten der Goetheschen Farbenlehre eine Metaphorik der Lichtwahrnehmung, die Wittgenstein für seine Konzeption des Unsagbaren nutzt: Wenn wir uns vorstellen, dauerhaft in einem Raum mit getönten Scheiben zu leben, erhalten wir das Bild einer durch eine bestimmte ›Sprache‹ oder Kultur

begrenzten Welt. In einigen Aufzeichnungen entwirft Wittgenstein nun einen Menschen, der aus dem »begrenzten Raum, auf den er durch seine eigene Kultur beschränkt bleibt, [...] an die frische Luft und ins volle Licht herauszutreten« beschließt, »wodurch er wieder zum religiösen Menschen werden kann« (20f). Ungeklärt bleibt, ob Wittgenstein in seiner philosophischen Arbeit solche Bilder nicht ganz bewusst vermieden hat, weil sie gedanklich nicht einlösbare Versprechen transportieren. Zudem fällt wenig Licht aufs Ästhetische, wenn es allein nichtästhetische Inhalte veranschaulichen soll. Diese Schwäche hat auch der Beitrag von Soulez, der die Fundierung des Sagens im Zeigen durch Eigenschaften des Motivs in der Musik illustriert. Es sei wie der sprachliche Satz eine komplexe Einheit, »nur abbildbar, nicht aber definierbar« (47); im Rahmen der Spätphilosophie erscheine es dann als noch im Zuhören virtuell mitzuvollziehende »Bewegung« (54). Das trifft wohl zu, sagt aber wenig über Musik, und das viele, was Soulez hinzufügt – Sätze wie: »Man muss [...] in der Lage sein, die Welt im Motiv zu ›lesen‹« (57) –, sind zumeist Assoziationen zu Wittgensteins Beispielen. Goppelsröder hat solche Probleme nicht, weil er Wittgenstein als Produzenten ästhetischer Ordnung beobachtet. Im formalen Aufbau des Hauses, das dieser für seine Schwester entworfen hat, zeige sich bereits ein Übergang wie derjenige vom »Atomismus« des *Tractatus* zum »Holismus« der *Untersuchungen*: Konträr zum modularen Neuen Bauen ist hier jedes Detail auf seinen »Ort« im »Zusammenhang« abgestimmt (36). Leider erläutert Goppelsröder nicht, wie sich diese perfektionistische Vorstellung zu der »ständigen Irritation« (38) verhält, die der Bau durch Eigenheiten wie sehr hoch angebrachte Türklinken vermittelt. Und leider bietet der Beitrag außer den Klinken nur wenig Anschauungsmaterial, an dem tatsächlich etwas gezeigt wird – ein wenig Ausgleich schaffen Weyermanns graphische Rekonstruktionen des Raum- und Oberflächeneindrucks. Auch an den Beispielen künstlerischer Wittgensteinrezeption bei Brogowski und Schmid-Dengler kann sich zumindest dem Leser selbst etwas zeigen.

Über Wittgensteins eigene Demonstrationen erfährt man am meisten aus dem einzigen Text, der ihn kritisiert. Schaub weist darauf hin, dass Wittgenstein zumindest eine Beziehung von Sagen und Zeigen ausblendet: eine Sprachpraxis, in der sich etwas zeigt, das *nicht* gesagt werden sollte. Festgemacht wird dies an einem Film Derek Jarman über Wittgenstein, namentlich an einer Szene zu dessen Zeit als Dorfschullehrer: Eine Schülerin, die Formeln an der Tafel nicht verstehen kann oder will, wird angeschrien (»Do you understand what I'm saying? It's a waste of time«, 118) und geschlagen. Die Kopplung Wittgenstein-Kunst ist auch hier äußerlich, die Aussage aber bedenkenswert. Der »Ausbruch von Gewalt ist bei Jarman beredtes Zeugnis für die Totalkapitulation eines Pädagogen und zugleich die leibhaftige ›Anti-These‹ zu den theoretischen Kontrollversuchen, die das Sichtbare an das Sagbare zurückzubinden bzw. beide Größen emphatisch zu autonomisieren versuchen« (114). Von hier aus könnte man fragen, ob die handgreiflichen Worte, die der späte Wittgenstein für den Spracherwerb findet – vor allem »abrichten« – wörtlich zu nehmen und alternativlos sind. Man könnte weiterhin Gewalt, die ihren Lehr- und Unterordnungssinn erfüllt, von der verzweifelten unterscheiden, um die es bei Schaub geht. Und man könnte fragen, ob nicht gewaltfreies Beibringen wiederum darauf angewiesen ist, dass sich etwas zeigt, das das Gesagte unterstützt. Stattdessen nutzt Schaub die Demontage der Autorität Wittgenstein, um andere einzusetzen. Seiner mit Jarman vermuteten »Liebe zu glatten, spiegelglatten Räumen« setzt sie kryptisch entgegen, dass »Deleuze es ja mit den gekerbten Räumen hielt« (120), und seine »Aggression« würde ihr zufolge »Foucault [...] wohl so erklären: Was sich da im Akt des Zeigens oder des Verweises zeigt, ist das ›zerfallende Kalligramm‹ (*un calligramme dénoué et défait*) der Sprache selbst, ein Zerfall, der

möglich ist, weil Sprache selbst zugleich aus Sichtbarem (*visible*) und Sagbarem (*dicible*) errichtet ist« (115f). Sätze dieser Art sagen nicht viel, zeigen aber, wie man rituell theoretische Zugehörigkeiten festschreibt.

Was Wittgenstein mit der Kunst verbindet, ist nach alledem nicht erheblich klarer geworden. Man hat aber zumindest einen Eindruck davon gewonnen, weshalb (seine) Theorie auch nach dem *Tractatus* darauf angewiesen ist, dass sie etwas zeigen kann: Sie kann ihre Leser nicht abrichten, sondern muss ihnen etwas vorführen und aufweisen. Dass verschiedene Gebrauchsweisen eines Wortes Familienähnlichkeit haben oder wie eine Schnur aus mehreren Fadenstücken zusammengezwirbelt sind, muss ich *einsehen* können, und eine Technik zum Finden solcher Bilder gibt es nicht. Das sinnlich Erfahrbare bildet dabei im besten Fall das Korrektiv des autoritär-sozial, durch bloße Einübung und Eingliederung Machbaren.

Tilman Reitz (Jena)

Kunst und Kultur

Adorno, Theodor W., *Current of Music. Elements of a Radio Theory*, hgg. von R. Hullot-Kentor, *Nachgelassene Schriften I/3*, Suhrkamp, Frankfurt/M 2006 (691 S., Ln., 48,90 €)

Adorno, Theodor W., u. Hanns Eisler, *Komposition für den Film*, mit einem Nachwort von J.C. Gall und einer DVD »Hanns Eislers Rockefeller-Filmmusik-Projekt 1940-1942«, im Auftrag der Internationalen Hanns Eisler Gesellschaft hgg. von J.C. Gall, Suhrkamp, Frankfurt/M 2006 (190 S., Ln., 29,80 €)

Was bedeuten Radio und Film für die Existenz-, die Produktions- und die Rezeptionsweise von Musik? Für eine marxistische Analyse dieser Fragen sind die vorliegenden, beide im us-amerikanischen Exil Ende der dreißiger, Anfang der vierziger Jahre entstandenen Arbeiten eminent wichtige Dokumente. *Current of Music* liefert dabei viel neues, hier erstmals zugängliches Material, neu allerdings eher im Sinne von Ergänzungen, Vertiefungen zu bereits bekannten Texten von Adorno wie *Über den Fetischcharakter in der Musik und die Regression des Hörens*, Teile der ersten beiden Vorlesungen der *Einleitung in die Musiksoziologie* sowie die in den Band »Der getreue Korrepetitor« aufgenommenen kritischen Analysen der »gewürdigten Musik«. Nun hat der Leser die Gelegenheit, nicht nur das ausgedehnte Ganze kennenzulernen, sondern darüber hinaus weiter ausgeführte Texte zur Populären Musik (399ff) und zum Teil umfangreiche weitere Materialien, etwa die Analysen von populären Songs (477ff; 569ff) oder die glänzende kritische Demontage der positivistischen, zudem konservativ orientierten Musikpsychologie von Carl E. Seashore (591ff) und die Skizzierung eines historisch-materialistischen Gegenentwurfs.

Nachvollziehbar wird auch, was Adorno (gegenüber Paul Lazarsfeld, dem Leiter des damaligen Forschungsprojekts) als seine »dialektische Methode« bezeichnet hat: die produktive Wechselbeziehung zwischen Theorie und empirischer Forschung. Gegen die übliche empiristische Orientierung der Soziologie, gegen die psychologistische Orientierung der Marktforschung auf Hörerbefragung, gegen die Auffassung von der Konstanz der Menschennatur in Psychologie und Pädagogik betont Adorno die Notwendigkeit einer historisch differenzierenden, theoretischen Konzeptualisierung, aus der heraus dann sinnvolle empirische Erhebungsmethoden bzw. Experimente abgeleitet werden. Er konzentriert sich daher zunächst auf die physiognomische Beschreibung der Sendung und des Gesendeten und weist nach, dass Musik im Radio im Vergleich mit der Klanggestalt der Live-Aufführung qualitative Veränderungen erfährt, die ihre Apperzeption auf eine

vollkommen neue Basis stellen. Auch fürs Radio werden, wie in der politischen Ökonomie, die entscheidenden Aufschlüsse aus den Produktionsverhältnissen gewonnen. Adorno, der im Rückgriff auf Marx den abstrakten Begriff von Gesellschaft durch den des Monopolkapitalismus und entsprechender kommerzialisierter Massenproduktion ersetzt hat, problematisierte auch den (nicht nur) in seiner Zeit abstrakten Begriff von Musik.

Wie Eisler in seinem Projekt die Vorurteile und schlechten Gewohnheiten der Filmmusik kritisch analysiert, so untersucht Adorno die der Präsentation und Kommentierung der sog. klassischen Musik im Radio, die in den USA der dreißiger Jahre in einem heute kaum mehr vorstellbaren Ausmaß über die Rundfunkstationen verbreitet worden ist – mit einer emphatischen volksbildnerischen Orientierung, die es in solcher Breite weder in der damaligen Sowjetunion noch in den späteren Ländern des »realen Sozialismus« je gegeben hat.

Zunächst aber untersucht Adorno die Physiognomie der Radio-Stimme, die Tatsache, dass die im Radio präsentierte Musik anders klingt als Live-Musik. Hier können nur einige grobe Unterscheidungen angedeutet werden: technisch bedingte Nivellierung der Lautstärkendifferenzierung, Reduzierung der koloristischen Mittel der Artikulation, damit einhergehende Gefährdung der sinfonischen Einheit von Teil und Ganzem in Gestalt ihrer tendenziellen Atomisierung, Verlust von Intensität, ihrer damit veränderten Existenz in der Zeit. Dazu kommt die durch den Lautsprecher vermittelte Illusion der Nähe, der so entstehende Funktionswechsel, da die Sinfonie nicht im großen, öffentlichen Raum gehört werden kann, sondern im kleinen, privaten. Den mit der Radio-Musik entstandenen Verlusten des »Jetzt« und »Hier« der Live-Aufführung stehen die neuen Phänomene der Ubiquität und Mobilität der übertragenen Musik bzw. der zeitversetzten technischen Reproduzierbarkeit von »recorded« Live-Musik, ihrer Wiederholbarkeit, ja der partiellen technischen Produzierbarkeit in Mehrfachaufnahmen, der Kombination der besten Teilaufnahmen zu einem technisch erzeugten Ganzen gegenüber. Die übertragene Live-Musik ist überall da zu hören, wohin die Sender reichen und wo Empfangsgeräte vorhanden sind und benutzt werden, aber nur zur Aufführungs- und Sendezeit; die Wiedergabe der »recorded music«, der »canned music« ist von der Aufführungszeit unabhängig, beliebig distribuierbar und wiederholbar.

Hier nun beschreibt Adorno produktionspezifische Veränderungen, die in der institutionalisierten Praxis der Rundfunkanstalten sich ausgeprägt haben: die durch die vielen Stationen an verschiedenen Orten produzierte Präsenz einiger Werke, damit verbunden Tendenzen der Standardisierung und Verflachung der Sendeangebote mit entsprechender Einschränkung der Auswahlmöglichkeiten und konkurrenzbedingte Pseudo-Individualisierung; Dominanz des Konservatismus und durchgehende Modernfeindschaft, insgesamt Verbreitung von Musik, die unter Vor-Radio-Bedingungen entstanden ist; Tendenz zur Mittelmäßigkeit, Trivialisierung und zunehmende Orientierung auf den Unterhaltungswert von Musik; Herausbildung eines neuartigen Kultwerts einiger Komponisten und vor allem Dirigenten und Virtuosen, ja solcher dem Sinnzusammenhang der Musik äußerlichen Phänomene wie der Fetischisierung von Produkten berühmter Instrumentenbauer.

Diesen qualitativen, produktionsbedingten Veränderungen der Musik im Radio entsprechen solche ihrer Apperzeption, die Adorno ausführlich beschreibt: Atomistisches Hören, romantisierendes und kulinarisches Hören, Infantilisierung des Hörens, standardisierter Enthusiasmus, Pseudo-Aktivitäten, Pseudo-Demokratisierung bis hin zum Spiel mit dem technischen Gegenstand des Radioapparats (Herumdrehen an den Knöpfen der Klangregulierung wie der Senderwahl, oder auch die fruchtlose Geste der Opposition durchs Ausschalten – die Benutzung des Radios als »Akkordeon«). Kurz: Adorno zeigt, dass die Regression des Hörens, die schon vor der Institutionalisierung des Radios aufgetreten

war und durch das Radio und neben ihm potenziert weitergeht, durch die nun realisierte Massendistribution von Musik enorm verstärkt wird. Wesentlich aber ist sein Hinweis darauf, dass in dem bis dahin theoretisch unbesetzten Gebiet ein Modell sichtbar wird, »an dem sich die entscheidenden Züge der [gesellschaftlichen] Realität studieren lassen, ohne dass der Inhalt dieser Realität unmittelbar zur Diskussion stünde« (659). Dennoch wird diese deutlich charakterisiert: als der gegenwärtige monopolistische Zustand der auf Ausbeutung basierenden, durch die Orientierung auf Profit regulierten Gesellschaft, die Adorno in einigen »Axiomen« differenzierend charakterisiert (206ff) und in den Thesen »Zum Problem des neuen Menschentypus« konkretisiert (650ff). Letzterer ist nun nicht etwa der ideale Typ des Kämpfers für eine alternative Gesellschaftsordnung, sondern der besonders in der »Radio-Generation« sich deutlich abzeichnende: durch Entfremdung im Arbeitsprozess und Arbeitslosigkeit geprägt, in der Erfahrung, in der Sprach- und Urteilsfähigkeit, im Verhältnis zur eigenen Physis beschränkt, auf die unmittelbare Aktionswelt fixiert. Dennoch hat Adorno die negative Analyse nicht verabsolutiert: Diese Menschen des »neuen Typus« sind zugleich »gewitzigt« geworden und lassen sich nichts mehr vormachen«. Es komme darauf an, »dieses ›Gewitzigt-Sein‹ soweit zu treiben, dass es die Fixiertheit an die unmittelbare Aktionswelt durchschlägt und in wirkliches Denken umspringt. Wenn das gelingt, sind gerade die ›verstümmelten‹ Menschen am fähigsten, der Verstümmelung ein Ende zu bereiten. Ihre Kälte kann zur Opferbereitschaft fürs Wahre werden, ihre Improvisation zur List im Kampf mit der Riesenorganisation, ihre Sprachlosigkeit zur wort- und argumentationslosen Bereitschaft, das Entscheidende zu tun.« (658) Es müsse darum gehen, dem tatsächlichen Zustand gegenüber angemessen zu reagieren. »Wir denken dabei nicht bloß an die Hoffnung, die musikalische Kultur während der kommenden Katastrophe überwintern zu lassen – obwohl uns ein solches Anliegen unverächtlich genug scheint –, sondern mehr noch daran, in der neutralen Zone der Musik Methoden auszubilden, die für minder neutrale Bereiche Aussichten versprechen.« (660f) Im vorliegenden Band sind sehr praktische Beispiele für eine solche »musikalische Pädagogik« zu finden (321ff; 340ff).

Die Neuausgabe von *Komposition für den Film* ist in zweierlei Gründen sehr gelungen. Erstens bringt sie auf übersichtliche Art sämtliche Varianten dieses Gemeinschaftswerks von Adorno und Eisler, dessen durch die Ost-West-Konfrontation überlagerte Editions- und Rezeptionsgeschichte an Spannung kaum zu überbieten ist und die der Herausgeber präzise rekonstruiert. Da aus der jetzt vorliegenden Ausgabe klar hervorgeht, dass Adornos Angaben, er habe das Film-Musik-Buch zu 90, ja sogar 95 Prozent selbst verfasst, weit überzogen waren und Eislers geschriebener Anteil wenigstens ein Viertel des Buchumfangs beträgt (Nachwort, 171), zumal Adornos Entwurf zum Film-Musik-Buch erstmals zugänglich gemacht wird, ist es offensichtlich, dass der Leser auch in *Composing for the Films* vor allem dem kritischen Philosophen, dem Analytiker der »Kulturindustrie« begegnet. Zweitens, und das ist das eigentlich Neue, macht die beiliegende DVD erstmals die bedeutende musikalische Leistung des kritischen Komponisten allgemein zugänglich. Vor allem Johannes C. Gall ist es zu danken, dass die Filme in originaler oder rekonstruierter Fassung, zu denen Eisler neue Musiken geschrieben hatte, nun angeschaut und angehört werden können – und zwar mit den historisch erhaltenen Einspielungen der damals besten Interpreten der avancierten Musik bzw. in Neu-Einspielungen von herausragender Qualität.

Günter Mayer (Berlin)

Türcke, Christoph, *Vom Kainszeichen zum genetischen Code. Kritische Theorie der Schrift*, C.H. Beck, München 2005 (247 S., kt., 24,90 €)

Verf. versucht einen Begriff von Schrift dadurch zu entwickeln, dass er wesentliche Thesen der *Dialektik der Aufklärung* auf die Entstehung und Entwicklung von Schrift überträgt: »Schrift ist dem Kult entsprungen und schlägt in Schriftkult zurück.« (11) Demnach soll nicht nur der bislang verkannte kultische Ursprung der Schrift aufgedeckt werden, sondern aus dessen Aufdeckung zugleich eine kritische Perspektive auf die gegenwärtige Entwicklung der Schrift und der Schrifttheorien abgeleitet werden können. Verf. will die Rolle der körperlich-psychischen Komponente von Schrift genealogisch begründen, indem er den geschichtlichen Ursprung von Bedeutung und Schrift zusammenfallen und beide im menschlichen Körper beginnen lässt. Das lässt Verf. weit hinter die geschichtlich belegbaren Anfänge der Schrift zurückgreifen und die historisch orientierten Schrifttheorien samt ihrer Erklärungsmuster pauschal entwerten (69f). Schrifttheorien hätten bislang den Anfang der »*profanen*«, d.h. der bereits dem Kult entfremdeten Schrift mit dem von Schrift überhaupt verwechselt und deshalb ihre »sakrale Vorgeschichte und Tiefenschicht ignoriert« (69). Diese Vorgeschichte kann Verf. aber nur noch durch geschichtliche Spekulation erschließen. Seine wesentliche Quelle ist die Bibel. Das Kainszeichen und seine Doppelbedeutung von Tod und Verschonung interpretiert Verf. psychoanalytisch als verleugnete Erinnerung an die sakrale Tradition des Menschenopfers (18ff).

Den kultischen Entstehungszusammenhang der Schrift im Kainszeichen skizziert Verf. als einen physiologischen, an Nietzsche orientierten Gegenentwurf zu Derridas Konzept der »Ur-Spur« und verknüpft ihn mit einer Polemik gegen die strukturalistische Sprachtheorie, die sich um das anfängliche »Setzen« von Bedeutung herumdrücke und »Bedeutung gleich schon im Plural eintreten« (41) lasse. Dadurch werde die physiologische Grundlage der Bedeutung ausgeblendet und Bedeutung zu einer »*creatio ex nihilo*« (ebd.). Eine »Genealogie des Signifikanten« (44) dagegen zeige im Rückgang auf den geschichtlichen Entstehungszusammenhang von Bedeutung und (Schrift-) Zeichen, »dass Bedeutung selbst noch einmal auf etwas verweist, was ihr vorausliegt« (41). Jeder Signifikant »hat einen stofflichen Träger und schleppt unweigerlich etwas von dessen Naturgeschichte mit« (42). Die Vorgeschichte der Zeichenbedeutung, auf die jeder Signifikant verweise, werde in der Logik des archaischen Kults greifbar. Bedeutung entstehe im Menschenopfer als »Körperschrift«: Ein vom »Naturschrecken« (9f) traumatisiertes Kollektiv, das zwanghaft über Jahrtausende den Schrecken der Natur in der Tötung seiner eigenen Angehörigen imitiert habe, ritualisiere schließlich das blinde Töten und deute es als heilige Handlung (29f) und Zeichen der Verschonung vor den Naturgewalten. Bedeutung entstehe daher durch eine »Umwendung des Schreckens« (37) in ein Zeichen der Rettung (das Kainszeichen). Die traumatische Angst vor der eigenen Vernichtung zu binden und erträglich zu machen, sei daher die »physiologische Elementarleistung der Schrift« (10). Profane Schrift, wie sie sich von den altsumerischen Bildzeichen bis zum griechischen Alphabet herausgebildet hat, habe diesen physiologischen Aspekt der Schrift zwar zurückgedrängt, aber keineswegs abgelegt (105). In dem Maße, wie das Schriftzeichen vom Körper abgelöst und variabel geworden sei, ziehe sich die Logik des Kainszeichens zu einem somatischen Impuls zusammen, ohne den auch profane Bedeutung nicht hervorgebracht werden könnte: »Bedeuten ist zunächst einmal ein Tun, eine Geste: ein beschwörendes Sich-Ausstrecken gegen etwas, was sich außerhalb der eigenen Reichweite [...] befindet.« (176)

Der zweite Schwerpunkt des Buches liegt in der Gegenwartsdiagnose. Die durch den kapitalistischen Markt vorangetriebene Ablösung der Schrift als »Leitmedium« (129) durch elektronische Bildmedien habe zur »Krise der Schrift« (123) geführt und provoziere in der

Schrifttheorie eine schlechte (bloß spiegelbildliche) Alternative: auf der einen Seite die von führenden Medientheoretikern (McLuhan, Flusser) gefeierte Verdrängung der Schrift durchs Bild, auf der anderen Seite und parallel dazu einen intellektuellen Kult um Schrift (Deleuze, Derrida) und eine mystifizierende Ausbreitung des Schriftbegriffs in den Raum der Biowissenschaften (genetischer Code). Weil der »Halt«, den Schrift dem Nervensystem und der »inneren Vorstellungswelt« biete (125), zwar weiterhin benötigt, aber bis heute verkannt werde, werde Schrift unter dem Druck der neuen Medien zugleich verdrängt und fetischisiert. Ausgehend von seinem physiologischen Schriftverständnis sieht Verf. den gemeinsamen »blinden Fleck« (242) von Verdrängung und Fetischisierung der Schrift in der Unfähigkeit, das Medium Schrift auch medial zu denken. »Ein Relationales soll aufhören, relational zu sein und zur Sache selbst werden.« (210) Dies ist der einheitliche Vorwurf, den Verf. sowohl an Derridas Spurbegriff (175) und Deleuzes Differenzbegriff (167) wie an die Medientheorie McLuhans (141) und den kybernetischen Schriftbegriff im »genetischen Code« (209f) richtet. In diesen Theorien werde die physiologische Spur der Schrift entweder verleugnet oder zu einem Ansichseienden mystifiziert. In beiden Fällen gerate deshalb die physiologische Nötigung, die Menschen einmal zur Schrift getrieben habe und sie weiterhin an Schrift binde, aus dem Blickfeld.

Sein »geistiges Rüstzeug« verdanke der Schriftkult indes dem kapitalistischen Markt, dessen »Vergötzung der Konjunktur« (241) die gesellschaftliche Bezogenheit des Marktes ebenso unterlaufe wie die gegensätzlichen Schrifttheorien die Bezogenheit von Schrift und Bedeutung auf den Körper. In der Auslöschung des relationalen Charakters der Schrift würden sich die philosophischen und medientheoretischen Protagonisten somit insgeheim als »Vordenker des mikroelektronisch-biotechnologischen Kapitalismus« (242) erweisen.

Verf. unternimmt den wichtigen Versuch, die Perspektive der älteren Kritischen Theorie auf die von ihr vernachlässigten Bereiche der Schrift- und Sprachanalyse zu lenken (»Eingedenken der Natur im Signifikanten«; 44) und daraus eine Gegenposition zum sprachimmanent argumentierenden Strukturalismus zu entwickeln. Die wesentliche Schwäche liegt darin, dass Verf. seinen physiologischen Schriftbegriff nicht einleuchtend mit einem linguistisch tragfähigen Schriftbegriff vermittelt. Überdies tendiert er in der historischen Skizze dazu, die pragmatische gesellschaftliche Funktion der Schrift gegenüber der physiologischen Bedeutung des Schreibens auf ein Oberflächenphänomen zu reduzieren.

Verf. entwickelt eine spekulative, aber streckenweise brillante Genealogie des heiligen Zeichens. Dass diese Genealogie allerdings verbindlich sein sollte für die zehntausende von Jahren später entstandenen Zeichensysteme, kann er nur unzureichend darlegen. Nicht zuletzt deshalb droht der von der *Dialektik der Aufklärung* geerbte Erklärungsversuch bloße geschichtsphilosophische Konstruktion zu bleiben. Hellmut Winter (Berlin)

Held, Jutta, *Avantgarde und Politik in Frankreich. Revolution, Krieg und Faschismus im Blickfeld der Künste*, Dietrich Reimer Verlag, Berlin 2005 (250 S., kt., 39,00 €)

Die hier versammelten Aufsätze aus den Jahren 1988-2001 befassen sich mit der politischen (Selbst-)Verortung avantgardistischer Künstler in Frankreich und legen den chronologischen Akzent auf die 1930er Jahre, als im Zuge der antifaschistischen Bündnispolitik und der Volksfront auch die zuvor nur künstlerisch revolutionären Avantgarden eine mehr oder minder klare politische Position bezogen. Nicht zur Diskussion stehen folglich die Agitpropkünstler beider politischer Lager, lediglich der in Frankreich für kommunistische Zeitungen arbeitende Zeichner Max Lingner wird kurz mit Salvador Dalí konfrontiert. Diese Herangehensweise der Autorin bedeutet einen entschlossenen Bruch mit der bisherigen

Kunstgeschichtsschreibung der klassischen Moderne, denn gerade die Avantgarden wurden bislang vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Autonomisierung und der Selbstreferentialität der Künste beschrieben, wodurch sogar eine so explizit politische Stellungnahme wie Picassos *Guernica* neutralisiert werden konnte (183). Die Autorin erklärt diese vor allem in den USA gepflegte Interpretationstradition zu einer »Sackgasse« (224). Stattdessen begreift sie die jeweils analysierten Kunstwerke als Antworten nicht allein auf andere Kunstwerke, sondern auch auf spezifische historische, politische und theoretische Herausforderungen und bettet sie daher präzise in den Kontext ihrer Entstehungszeit und –orte (meist Paris, aber, wie bei Chagall, außerdem Moskau und Witebsk) ein.

Selbstverständlich strebt die Autorin keine simple Zurücknahme der avantgardistischen Autonomieerklärungen der Künste an, indem sie den Kunstwerken eindeutige »politische« Bedeutungen zuweist (51). Die avantgardistischen Bilder und Skulpturen sind immer »mehrfachkodiert« (49). Aber noch diese Verschlüsselung lässt sich, wie die Autorin zeigt, als komplexe Antwort auf ganz bestimmte Situationen begreifen. Das *Interpretandum* liegt in diesen Aufsätzen stets im Bereich der bildenden Kunst, als *Interpretans* werden eindeutiger semantisierte politische, literarische oder theoretische Texte herangezogen. Der Leser hat aber auch die Möglichkeit, diese Hierarchie relativ mühelos umzukehren. Als besonders angenehm erweist sich, dass sich die Autorin niemals in der bloßen Ausbreitung von Stoff verliert, sondern immer nur das an Material heranzieht, was sie für ihre Argumentation benötigt (aber auch nicht weniger).

Eines der zentralen Themen der Avantgarde der 1930er Jahre war die Auseinandersetzung mit dem (deutschen) Faschismus, nicht zuletzt mit der physischen Erscheinung Hitlers. Während die surrealistische Gruppe um Breton ebenso wie die Komintern im Vordringen des Faschismus zunächst nur eine einfache Bestätigung ihrer Auffassungen vom Monopolkapitalismus erblickten, nahm die Gruppe um Bataille, die sich Mitte der 1930er Jahre kurzfristig mit der um Breton vereinte, Hitler von vornherein ernst, ja in gewisser Weise wörtlich. Allerdings nahm die Auseinandersetzung dieser Gruppe mit den Phänomenen des Faschismus, mit dem Kult der Gewalt bei gleichzeitiger (latenter) Homosexualität usw. zuweilen mimetische Züge an, die Walter Benjamin, der an den Diskussionen am *Collège de Sociologie* um Bataille, Mauss u.a. regelmäßig teilnahm, als »surfascisme« (46) kritisierte. Besonders intensiv und provokant gestaltete Salvador Dalí jene Auseinandersetzung mit der Figur Hitlers. Schon 1933 erkannte er die androgynen (hysterischen) Züge des »Führers« und verknüpfte diese mit dessen Drang zum tragischen Untergang (134). Insofern war ihm von Anfang an klar, dass Hitler sich nur durch einen Krieg würde aus der Welt schaffen lassen. Der italienische Faschist Curzio Malaparte wird 1936 genau diese Beobachtungen von den Surrealisten abschreiben. Dalí jedenfalls erklärte Hitler gleichzeitig zu einer Frau und zum größten aller Surrealisten. Breton erblickte darin zunächst nur eine Provokation und versuchte vergeblich, Dalí aus seinem Verein auszuschließen. Mitte der 1930er Jahre, im Zuge seiner Zusammenarbeit mit Bataille, übernahm er jedoch die Positionen Dalís, die er möglicherweise brauchte, um sich von der Volksfront abzugrenzen und die antikapitalistische Revolution auf das Gebiet des Sexuellen zu erweitern. Die *Résistance* hat dann in der Tat mit Metaphern des Weiblichen gearbeitet, wie die Autorin an den Lyriken Paul Éluards und den Skulpturen von Henri Laurens zeigt, denn der Männlichkeitskult war inzwischen von den Faschisten besetzt, wovon die Franzosen sich anlässlich einer Ausstellung Arno Brekers 1942 in Paris überzeugen konnten. Durch diese Akzentuierung des Weiblichen brach die *Résistance* freilich auch mit dem noch für die Arbeiterbewegung verbindlichen Bild des heroischen (männlichen) Fortschritts (210).

Eindeutig und durchgängig politisch dekodierbar sind die avantgardistischen Kunstwerke nie. In den Frottagen und Grattagen von Max Ernst aus den 1930er Jahren, die irgendwie »Horden« und »Barbaren« zum Gegenstand haben, bleibt unklar, um welche Bedrohung es sich genau handelt. Klar wird aber immerhin bei näherer Betrachtung, dass sich Max Ernst zunehmend der Skepsis von Sigmund Freud besonders gegenüber der »Urhorde« (der Familie) anschloss und damit zu dem »neuen Barbaantum«, das Breton zu gleicher Zeit etwas pathetisch verkündete, auf Abstand ging (165). In Picassos Bild zum Koreakrieg von 1951, das er im Auftrag der Kommunistischen Partei malte, ist auf den ersten Blick noch die Opposition zwischen Opfern und Tätern, wie in dem berühmten Erschießungsbild von Francisco Goya, intakt. Überlagert aber wird dieser Gewaltakt bei Picasso von einer sexuellen Konnotation, die Opfer und Täter wieder vereint. In dem beeindruckenden Bild *Stalingrad* (1956-60) von Asger Jorn, mit dessen Besprechung das Buch schließt, bleibt vom Geschichtsprozess dann nur noch das unterschiedlose, alle Konturen verwischende Gemetzel.

Manfred Hinz (Passau)

Pädagogik und Hochschule

Werry, Claudius, *Freiheit auf Bewährung? Die Auswirkungen der Globalisierung auf die Universität*, Tectum Verlag, Marburg 2005 (100 S., br., 19,90 €)

Einer Anregung von Jürgen Mittelstraß folgend, wonach die Universität »zeitgemäß« sein müsse, »wo ein begründeter Modernisierungsbedarf« besteht, jedoch »unzeitgemäß«, »wo es gilt, dem Zeitgeist Paroli zu bieten« (*Die unzeitgemäße Universität*, Frankfurt 1994, 28), versucht Verf., die aktuelle Krise der Universität genauer zu bestimmen.

Konzentrierte sich die Humboldt'sche Idee der Universität in ›Akademischer Freiheit‹, verstanden als Einheit von professoraler Lehr- und studentischer Lernfreiheit, so verkürzte sie sich in der Folge, etwa bei ihrem ›Ankommen‹ in den USA, auf die ›Lehrfreiheit‹ der Dozenten, die oft in einem privatrechtlichen Angestelltenverhältnis zu ihrer Universität stehen. Freilich fragt es sich, ob es denn mit der ›Lernfreiheit‹ in Deutschland jemals besonders weit her war, wurde diese den Studierenden doch 1973 vom Bundesverfassungsgericht aberkannt und die grundgesetzliche ›Freiheit von Forschung und Lehre‹ als rein professorales Privileg definiert. Die Konstruktion einer universitären ›Essenz‹ als einem »artnotwendigen Wesensbestand« (11) überbetont die Kontinuität einer universitären Idee, deren realhistorische Funktionen nicht wirklich hinterfragt werden.

Ähnlich unkritisch verhält es sich mit den Ausführungen zur ›Globalisierung‹ im zweiten Teil. Verf. folgt Ulrich Teusch, wonach Globalisierung ein »multidimensionaler, multikausaler, weitgehend eigendynamischer, dialektischer und im Hinblick auf seine Folgen ambivalenter Prozess« ist (*Was ist Globalisierung?* Darmstadt 2004, 86). Angesichts einer solchen Nicht-Definition muss man W.F. Haug recht geben, der den Begriff ›Globalisierung‹ als ganzen verwirft und stattdessen den Epochenbegriff »High-Tech-Kapitalismus« vorschlägt (*High-Tech-Kapitalismus*, Hamburg 2003). Verf. kommt über die sattsam bekannten Phänomene vom Rückzug des Nationalstaats und der gestärkten Rolle des Marktes als Kennzeichnung von ›Globalisierung‹ nicht hinaus.

Dass sich die Universität dem ›Zeitgeist‹ der ›Globalisierung‹ widersetzen müsse, um ihrer Essenz der akademischen Freiheit treu zu bleiben, ist eine zweifellos begrüßenswerte Forderung – in ihrer Begründung greift sie jedoch zu kurz. Ein bloßer Appell an den ›Kulturstaat‹, die Verantwortung für die Universität nicht aus der Hand zu geben (88), erkennt, dass

weder der Staat zu Humboldts Zeiten noch der des Neoliberalismus ein neutrales Bollwerk gegen den Utilitarismus der Gesellschaft ist. Interessanter wäre es gewesen, die aktuelle Bildungsreform als Selbstzerstörung der von Humboldt wesentlich geprägten bürgerlichen Bildungsideale im Spätkapitalismus zu analysieren. Denn die Hastigkeit, Unausgegorenheit und doch kompromisslose Radikalität der jüngsten Reformen hat sowohl die linken Kritiker überrascht als auch manches konservative Weltbild erschüttert. Insbesondere die Verschulung des Bachelors, der weder Berufsausbildung vermittelt noch wissenschaftlichen Anspruch erhebt, sondern nur noch eine ›allgemeine Beschäftigungsfähigkeit‹ bzw. ›Employability‹ vermittelt, dürfte nicht nur die Verteidiger Humboldts, sondern auch die Personalmanager in Unternehmen stutzen lassen. Doch leider verpasst der Autor die Gelegenheit, das Bildungsideal der Aufklärung in entschiedener Weise gegen den geradezu bizarr anmutenden Utilitarismus aktueller Bildungspolitik in Stellung zu bringen.

Ralf Hoffrogge (Berlin)

Hauer, Dirk u. Bela Rogalla, *HWP in Bewegung – Studierendenproteste gegen neoliberale Hochschulreformen*, VSA Verlag, Hamburg 2006 (80 S., A4 br., 9,80 €)

Von ihrer Gründung 1948 bis zu ihrer Zwangseingliederung in die Universität Hamburg im Jahre 2005 existierte in der Hansestadt die »Hochschule für Wirtschaft und Politik« (HWP). Ursprünglich als gewerkschaftsnahe »Akademie für Gemeinwirtschaft« gegründet, war sie ein Unikum in der deutschen Bildungslandschaft. Nicht nur die gesellschaftskritische Ausrichtung der Lehre, sondern vor allem die gezielte Förderung von ›Arbeiterstudenten‹, etwa durch eine 40 %-Quote für Studienbewerber ohne Abitur, machten das Einzigartige dieser Hochschule aus. Mit diesem Profil war die HWP einer der wenigen erfolgreichen Modellversuche, bei denen tatsächlich der Flaschenhals des dreigliedrigen Schulsystems umgangen und das bürgerliche Bildungsmonopol in Frage gestellt wurde. Die vorliegende Broschüre, die über das letzte Kapitel in der Geschichte der HWP berichtet, nämlich ihre Abwicklung und Zwangsfusion mit der Universität Hamburg in den Jahren 2002-2005, stellt die Konfrontation zwischen protestierenden Studierenden und damaliger Regierungskoalition aus CDU und rechtspopulistischer ›Schill-Partei‹ in den Mittelpunkt.

Dabei entstand jedoch zum Glück kein nostalgischer Rückblick, sondern die selbstkritische Auswertung einer gescheiterten Bewegung, die auch für Außenstehende von Interesse ist. Angesichts des vorgelegten Materials muss den Autoren recht gegeben werden, wenn sie die Abwicklung der HWP als ein »Lehrbeispiel für politische Durchsetzungsstrategien im 21. Jahrhundert« herausheben. Die Taktik von CDU-Bildungssenator Jörg Dräger wird gekennzeichnet als »Doppelstrategie« von scheinbar »ergebnisoffenen Beratungsprozessen« einerseits und »harten gesetzgeberischen Fakten andererseits«, wobei es dem Senator gelang, »immer wieder virtuos zwischen den Rollen des politischen Dynamikers und besonnenen Moderators zu changieren, obwohl die zentralen Punkte [...] im Grunde zu keiner Zeit jemals verhandelbar waren« (31). In Form eines »Letter of Intent« bekundeten die Hochschulen ihre Bereitschaft zur Reform und gaben dabei ihre Option auf Protest gegen die Ergebnisse eines inszenierten ›Moderationsprozesses‹ von vornherein auf.

Die Herrschaftstechnik durch ›ergebnisoffene Beratungsprozesse‹ und Expertenräte ist kein konservatives Patent. Heribert Prantl (SZ, 19./20.5.2001) rief angesichts von ›Hartz-Kommission‹, ›Bündnis für Arbeit‹ und ›Ethikrat‹ bereits 2001 »Schröders Rätelerepublik« aus, und auch *Die Welt* (8.8.2001) beklagte eine »Kommissionitis« in der deutschen Innenpolitik. Die Einrichtung von ›Expertenrunden‹ erlaubt es den politisch Verantwortlichen

immer wieder, sich aus eben dieser Verantwortung herauszunehmen, genehme Ergebnisse mit wissenschaftlichem Segen als ›Sachzwänge‹ zu präsentieren und unangenehme unter den Tisch fallen zu lassen. Partizipation wird dabei bestenfalls vorgetäuscht, durch geschickte Auswahl der Experten ist das Ergebnis jeder Kommission vorhersehbar.

Die Hamburger Studierenden waren ihren Kommilitonen in anderen Bundesländern insofern überlegen, als sie sich durch Demonstrationen und Streiks zwar Rederecht im ›Moderationsprozess‹ erstritten, diesen aber niemals ernsthaft als politische Form anerkannten. Vielmehr entlarvten sie ihn durch ihre Unnachgiebigkeit als ›One-Man-Show‹ von Detlev Müller-Böling, dem Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) der Bertelsmann-Stiftung. Gleichzeitig setzten sie nicht nur auf die aus Studierendenprotesten mittlerweile bekannten ›bunten Aktionen‹, sondern bemühten sich vor allem um eine Ausweitung der Proteste auf andere Politikfelder. Die Verbindung der Kritik von Bildungs- und Sozialabbau und die bewusste Forderung nach Erhalt nicht nur der HWP, sondern von kritischer Wissenschaft, verliehen diesem Protest eine emanzipatorische Relevanz, die anderen Protesten leider immer wieder abgeht. Dieser Mangel war in der Vergangenheit besonders dann zu beobachten, wenn die Studierenden versuchten, ihre eigene Relevanz mit Standortargumenten zu rechtfertigen und im Endeffekt hilflos zusehen mussten, wie letztlich andere entschieden, was für den Standort wichtig sei.

In Hamburg hingegen ermöglichten ein Bündnis mit den Bewohnern des von Räumung bedrohten Bauwagenplatzes ›Bambule‹ sowie die gemeinsame Mobilisierung mit weiteren Gegnern des ›Schill-Senats‹ den Studierendenprotest stellenweise zu einer größeren politischen Bewegung auszuweiten. Eine Bewegung, die trotz oder gerade wegen unverhältnismäßig starker Repression des Staates auch weit über die studentische oder linksradikale Szene hinaus wahrgenommen und unterstützt wurde.

Nicht in dieses Bild passen allerdings die im Heft abgelichteten Unterstützerbriefe des langjährigen Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und ehemaligen HWP-Absolventen Hans Olaf Henkel und von Hubertus Schmoldt, dem ›standortnationalen‹ Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Auch die teilweise Bagatellisierung der Konflikte zwischen Studierenden und Hochschulleitung der HWP lassen erahnen, dass die beschworene einheitliche Protestfront auch ihre Widersprüche hatte, deren Aufarbeitung in der Publikation zu kurz kommt. Es klingt an, dass die HWP trotz ihrer vielen progressiven Merkmale selbst Ergebnis einer steckengebliebenen Bildungsreform war und einige Gründungsansprüche längst aufgegeben hatte. Doch unterbleibt eine weitergehende Reflexion des nicht nur bei Bildungsprotesten immer wieder vorhandenen Widerspruchs zwischen emanzipatorischer Politik und Verteidigung des Status quo.

Ralf Hoffrogge (Berlin)

Fisch, Rudolf, u. Stefan Koch (Hg.), *Neue Steuerung von Bildung und Wissenschaft. Schule – Hochschule – Forschung*, Lemmens, Bonn 2005 (200 S., br., 25,00 €)

Ausgehend von den deregulierenden Verwaltungsreformen in Großbritannien hatten Ansätze des ›New Public Management‹ in den 1980er Jahren Konjunktur. Während bereits in den 1990er Jahren die Begeisterung für den auch als Neues Steuerungsmodell (NSM) bezeichneten Ansatz aufgrund mangelnder Effizienz, Kostenintensität und anderer Probleme in der öffentlichen Verwaltung deutlich abkühlte, haben Bildungsreformer häufig unter dem Eindruck von Sparpolitiken die Anwendung marktmäßiger Prinzipien wie Wettbewerb und Globalhaushalte erst in den vergangenen zehn Jahren für den Bildungs- und Wissenschaftsbereich erschlossen. Nachdem bisher nur wenige empirische

Untersuchungen zum Thema vorliegen, erscheint es sinnvoll, Erfahrungen zu bilanzieren, mögliche Fehlentwicklungen zu analysieren und die Folgen für Bildungs- und Forschungseinrichtungen kritisch zu hinterfragen.

Einleitend beschreiben die Hg., Professoren an der Hochschule für Verwaltungswissenschaft (Speyer), das Spannungsfeld von gestiegenen Anforderungen an das Bildungs- und Wissenschaftssystem bei gleichzeitiger Mittelkürzung, das ein NSM durch eine Optimierung der Zuweisung der Finanzmittel lösen könnte. Potenziell positiven Effekten der Zuweisung werden Risikoszenarien gegenübergestellt wie bspw. der Kollaps finanzschwacher Universitäten im Wettbewerb oder der Rückgang von Studierenden durch die Einführung von Studiengebühren. Den wesentlichen Konflikt sehen die Hg. allerdings zwischen dem neuen, wissenschafts- und bildungsadäquaten Steuerungsmodell, das den Akteuren in den Bildungseinrichtungen weitgehende Gestaltungskompetenzen überlässt, und den tradierten Bürokratieförmern einer zum Strukturkonservatismus neigenden Politikarena, in der Kultusminister und Ministerialbehörden die Ausrichtung von Schulen, Universitäten und Forschung dominieren: Dezentrale und interne Steuerungsformen erfordern die Bereitschaft staatlicher Akteure, auf unmittelbare Entscheidungsmacht und Kontrolle zu verzichten.

Daran anschließend werden im ersten Teil Modelle und Instrumentarien des NSM vorgestellt und anschließend auf Schul- und Universitätssysteme bezogen. Dabei setzt Ernst Buchor die Vorteile des NSM voraus und blendet so Konfliktfelder aus. Die Beiträge zu Übergängen im Bildungs- und Berufssektor sowie die statistische Aufbereitung bekannter Thesen, wie der Abhängigkeit von Bildungschancen und Herkunft der Eltern, bringen wenig Neues und vergeben sich damit die Chance, die sog. Bildungskrise differenzierter darzustellen.

Anhand von Erfahrungsberichten aus dem Schulbereich (im 2. Teil) werden Fehlfunktionen des NSM deutlich, die sich auf mangelnde Kontextanpassung zurückführen lassen und damit auf die hohen Voraussetzungen für den Erfolg des NSM verweisen. Detailreich wird die Umsetzung des NSM im baden-württembergischen Schulsystem entlang von Bildungsplanung (*Balanced Scorecard* und Zielvereinbarungen), Evaluation und Controlling geschildert, wobei klar wird, dass sich das NSM häufig aus einer Vielzahl von Einzelprojekten zusammensetzt.

Im dritten Teil werden die derzeitigen Reformmaßnahmen an den Hochschulen und die besonderen Bedingungen ihrer Steuerung als Institution ›sui generis‹ (96) diskutiert. Hier wird auch eine Einordnung des NSM in den historischen und geschichtlichen Kontext geleistet, sodass die Diskussion um die Anwendung marktmaßiger Prinzipien in den Hochschulen, die in ihrer Qualität ein öffentliches Gut sind, eröffnet wird. Insbesondere Peer Pasternack und Frank Ziegele legen das Kernproblem des NSM offen. Sie problematisieren das Verhältnis von Politik und Hochschule im NSM zwischen dem völligen Rückzug des Staates und geteilter Steuerungskompetenz. Die Analyse von Elementen des NSM in den Landeshochschulgesetzen untermauert die These, dass es heterogen und inkonsequent umgesetzt wird, da der Staat sich nur ungern ganz zurückzieht, wobei das Ausmaß »gesetzlicher Detailregelungen über die Wirksamkeit des Instruments« (116) entscheidet.

Das außeruniversitäre Forschungssystem ist durch seine stabilen Systemvoraussetzungen (Autonomie, Vetostellung), wie im vierten Teil skizziert wird, für das NSM nur schwer zugänglich. Anhand der Umstellung von input- auf output-orientierte Finanzierung in der Leibniz-Gemeinschaft und dem Instrument des Programmbudgets wird das schwierige Verhältnis von Selbst- und Fremdsteuerung analysiert. Abgeschlossen wird die Auseinandersetzung mit einer Reflexion der Reformmaßnahmen in der Helmholtz-Gemeinschaft.

Was fehlt, ist ein bilanzierender Kommentar, der die unterschiedlichen Formen des NSM in den verschiedenen Bildungs- und Wissenschaftsbereichen gewichten würde. So stehen die einzelnen Beiträge etwas isoliert und ohne Kohärenz nebeneinander. Einig ist man sich lediglich in dem Plädoyer für eine wissenschaftsadäquate Adaptation des NSM.

Isabelle Sieh (Rouen, Frankreich)

Gehring, Wolfgang. *Leistungspunktesysteme an deutschen Universitäten – kritische Analyse und Ergebnisse einer summativen Evaluationsstudie*, Logos Verlag, Berlin 2005 (185 S., br., 40,50 €)

Leistungspunktesysteme (LPS) werden seit einigen Jahren an deutschen Hochschulen zur quantitativen Erfassung von Studienleistungen eingeführt. Sie implizieren eine Zuweisung von LP an abprüfbare Lehreinheiten (Module), wodurch der Arbeitsaufwand von Studierenden pro Modul abgebildet werden soll. Eine empirische Untersuchung über die Effekte dieser Neuformierung von Prüfungsordnungen könnte als Korrektiv in der öffentlichen Debatte dienen, in der keinerlei Hilfe zur Bewertung von LPS angeboten wird. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) hat im Rahmen eines Programms zur Einführung von LPS die vorliegende Studie gefördert. Diese bundesweit erste umfangreiche Befragung erweitert im Interesse der BLK die Grundlagen der allgegenwärtigen Rhetorik zugunsten des Bologna-Prozesses.

Nach einer allgemeinen Begriffsklärung beschreibt Verf. die Geschichte von LPS, die in den USA um 1900 entstanden. Die Verbreitung der zunächst für die voruniversitäre Bildung entwickelten »Carnegie Unit« erklärt Verf. mit ihrer administrativen Bedeutung, da Studiengebühren und Gehälter in Abhängigkeit von belegten/unterrichteten Units berechnet werden konnten. Die Entstehung des *European Credit Transfer System* (ECTS) führt Verf. auf den Wunsch nach erhöhter Studierendenmobilität in der EU zurück, diskutiert aber nicht den Widerspruch zwischen Bildungsinteressen von Studierenden und deren Formierung zur »Employability« in der europäischen Wirtschaft.

Verf. beschreibt Schritte der Einführung von LPS und warnt vor Zusätzen wie Bonus-/Maluspunkten, da sie zu kompliziert seien und die Akzeptanz des Systems schmälerten. Als Vorteile von LPS benennt er u.a. die Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die Verringerung der Studiendauer, die Verringerung der Prüfungsangst, die konstantere Lernbelastung und eine LP-bezogene Ausbildungsförderung. Zu den Risiken zählt er Schubladenwissen, Neuordnung von Lehrdeputaten, mangelnde Repräsentation des studentischen Arbeitsaufwandes durch LP sowie die Orientierung von Lernen an Punktekonten statt an Inhalten. Grundsätzliche Kritik an der wirtschafts- und bildungspolitischen Ausrichtung des Bologna-Prozesses findet keine Erwähnung.

Zur Erfassung der Auswirkungen von LPS verwendete Verf. standardisierte Fragebögen, die von 892 Studierenden, Hochschullehrenden und Angehörigen des akademischen Mittelbaus der Fächer Biologie, Informatik, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften v.a. der Universität Ulm beantwortet wurden. Während er die Nichtbefragung der sonstigen Mitarbeiter nicht begründet, betont Verf., dass die Befragten keine »besondere Meinung zum behandelten Thema« (71) hätten, womit er ungewollt offenbart, dass derartige Untersuchungen die Einstellungen erst produzieren, die sie zu finden glauben. Die Fragebögen enthielten Fragen mit meist sechsstufigen Bewertungsskalen zur Studiensituation, Bewertung von LPS und Modularisierung sowie Zufriedenheit mit den eigenen Studienleistungen. Von eigenen Kommentaren abgesehen, die man nicht erfährt, wurden die Fragebögen quantitativ ausgewertet. Im Schnitt sei das LPS eher positiv bewertet worden,

wobei die 6 % der Studierenden, die nicht nach LPS studieren, negativere Wertungen abgegeben hätten, während 14 % der Befragten gar nicht gewusst hätten, ob sie nach einem LPS studieren. Die weniger positive Bewertung von LPS durch Studierende, die vom alten zum neuen System gewechselt sind, schreibt Verf. kritikimmunisierend u.a. einer allgemeinschlichen Skepsis gegenüber Neuem zu.

Den dargebotenen Argumenten für LPS hätten die Befragten tendenziell zugestimmt, nur an erhöhte Wettbewerbsfähigkeit und kürzere Studienzeiten hätten sie im Schnitt nicht geglaubt. Argumenten gegen LPS sei »eher nicht« zugestimmt worden, was keine Widerlegung ist, sondern lediglich die Verbreitung der Argumente zeigt, wie Gehring selbst betont. Verf. findet gelegentlich Unterschiede zwischen Männern und Frauen, die er nicht deuten kann, weil er die Gründe nicht erfragt hat. »Weiß-nicht«-Antworten, die Ausdruck von Ambivalenz bezüglich des Forschungsinteresses oder der angebotenen und stellenweise überdeterminierten Fragen sein könnten, werden als Hinweise auf mangelnde Informiertheit gewertet, die wiederum zu negativeren Gesamturteilen geführt hätte. Die Interpretation der Daten muss stellenweise verwundern. Eine Clusteranalyse hat die kaum überraschende Erkenntnis erbracht, dass es Befürworter, Skeptiker und Neutrale gibt, wobei die meisten Befragten zur ersten Gruppe gehört hätten. In welche Gruppe BAFöG-Empfänger gehören, und wer von ihnen der Meinung war, dass LP-bezogene Ausbildungsförderung »gerecht« sei, lässt sich nicht ermitteln, da kein sozialer Status erfragt wurde.

Das abschließende Fazit des Verf., LPS würden »definitiv positive Auswirkungen auf das deutsche Bildungswesen haben« (148), kann er nicht aus seiner Untersuchung gewonnen haben, da diese das Bildungswesen gar nicht zum Gegenstand hatte. Es weist auf seine Stoßrichtung hin: Sein Ziel war es, »Stoff für zukünftige Aufklärungsarbeit [zu] liefern« (63) und »dafür zu sorgen, dass es [das LPS] mehrheitlich positiv aufgenommen wird« (62). Wer dieses Ziel nicht teilt, findet in dieser Publikation bestenfalls Anschauungsmaterial für den Prozess der Steuerung der öffentlichen Meinung in Richtung einer »überwiegend positiven Stimmung« (62). Die erhobenen Daten können nur spekulativ interpretiert werden, da die Gründe der Befragten bei der angewendeten Methode nicht interessieren. Übrig bleibt die Einsicht, dass nicht nur LPS, sondern auch diese Studie menschliche Möglichkeiten auf jene von »Lurchen« reduzieren wollen.

Thomas Rieske (Berlin)

Fiedler, Werner, u. Eike Hebecker (Hg.), *Promovieren in Europa. Strukturen, Status und Perspektiven im Bologna-Prozess*, Budrich, Opladen 2006 (95 S., br., 14,95 €)

Die Vereinheitlichung der unterschiedlichen Promotionsverfahren im europäischen Forschungsraum wird kontrovers diskutiert. Die Verf. behandeln das Thema im Kontext des Bologna-Prozesses, dessen Ziel die Schaffung eines einheitlichen Hochschulraumes ist, und kritisieren die Vernachlässigung der Promotion, den Status der Doktoranden und die Struktur der Promotionsverhältnisse. Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei die Frage ein, ob die Promotion als dritter Ausbildungsteil nach dem Bachelor- und Masterabschluss oder als erste Phase wissenschaftlichen Arbeitens gelten soll. Sie stellen weiterhin zur Diskussion, ob die Doktorandenausbildung in Promotionskollegs bzw. Graduate Schools oder in individueller, herkömmlicher Form stattfinden soll. Der Band geht zurück auf eine Tagung der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und der GEW im Jahr 2004.

Nahezu alle Beiträge sehen die Promotion als erste Phase des selbstständigen, wissenschaftlichen Arbeitens. Lediglich in Großbritannien gilt die Doktorandenausbildung als dritter Teil des Studiums. Die »Schulung allgemeiner Forschungsmethoden« macht dort

60 % des ersten Jahres aus (Nicholas Watts, 46). Sieglinde Gruber legt die Forderungen und Empfehlungen der Europäischen Kommission von 2002 dar: Bis 2010 sollen 3 % des Bruttoinlandsprodukts für die Schaffung eines europäischen Forschungsraumes aufgebracht werden. Zur Realisierung werden nach Schätzungen der Kommission ca. 700 000 zusätzliche Wissenschaftler benötigt, wobei ›Gendergerechtigkeit‹ herzustellen sei. Außerdem unterscheide sich die Förderung der Promotion in Europa sehr: Die Praktiken reichen von studienähnlich reglementierten Situationen bis zu eigenständiger Forschung, sodass Gruber auch hier für eine Angleichung plädiert (35f). Promovierende sollen als junges Forschungspersonal betrachtet werden. Dazu wurde von der Kommission eine ›European Charta for Researchers‹ und ein ›Code of Conduct for their Recruitment‹ für die Transparenz der Einstellungsverfahren von Forschern ausgearbeitet.

Carsten Dose notiert die Ziele des Wissenschaftsrats und schlägt eine flächendeckende Einführung von Promotionskollegs vor, die eine adäquate Nachwuchsförderung und Profilbildung gewährleisten sollen. Kommentiert wird dieser Vortrag von Johannes Moes aus der Perspektive der in der GEW organisierten Doktoranden. Die DFG fördert laut Priya Bondre-Beil bereits vier- bis fünftausend Doktoranden in Graduiertenkollegs und zehn- bis zwölftausend in Einzelprojekten oder Sonderforschungsbereichen. Der Status der Promovierenden steht hier außer Frage. Aus hochschuldidaktischer Perspektive sehen Birgit Szczyrba und Johannes Wildt die Promotion als Eintrittskarte in die Profession. Das Ziel sei »Forschen lernen« (51), mit wissenschaftlichem Status, wohingegen die klassische Promotion als »Meister-Lehrlings-Verhältnis« bezeichnet wird. Eine Gefahr liege zum einen in der fehlenden Ausbildung der Professoren als Betreuer und zum anderen in der Arbeitsüberlastung der Mitarbeiter, sodass die Dissertation vernachlässigt werde.

Diese Probleme werden wiederholt aufgeworfen und führen zu zwölf Thesen zur Reform der Promotion, die von Gerd Köhler (GEW) referiert werden: Zunächst müssten das Personalmanagement und die Arbeitsbedingungen von Doktoranden verbessert werden, denn nur so könnten der angestrebte Zuwachs von 700 000 Forschern realisiert und die »Besten« in Europa gehalten werden (91f). Dies erfordere eine vollwertige Anerkennung der Doktoranden als wissenschaftliche Mitarbeiter und eine enge Kooperation zwischen Hochschulen, Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von Unternehmen und anderen Forschungseinrichtungen. Bedingung für Forschungsk Kooperationen sei die Partizipation der Hochschulen an den wissenschaftlichen und ökonomischen Erträgen (92). Dies gelte auch für die internationale Mobilität. Köhler fordert des Weiteren die Regierungen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf, die Ideen der Europäischen Kommission zügig und angemessen finanziert umzusetzen. Hochschul- und Forschungspolitik seien als Einheit zu sehen, weil es die jungen Wissenschaftler seien, die in Zukunft eine Schlüsselrolle in der Gesellschaft spielen. Daher wird eine europäische Politik für die Förderung junger Wissenschaftler gefordert. Vorgeslagen wird ferner ein Bericht über die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen, der auf der nächsten Bologna-Konferenz vorgelegt wird (94). Verhalten positiv äußert sich Köhler zum strukturierten Promovieren, so lange dies nicht zu einer überregulierten Curricularisierung führe. Dazu sollen Doktoranden von vornherein in die Planung der Angebote mit einbezogen werden. Benchmarking-Verfahren könnten dabei von Interesse sein. Zuletzt schlägt Köhler eine europaweite Vergleichsstudie vor, welche die unterschiedlichen Wege zur Promotion beschreibt und vergleicht.

Anke Grotlüschen und Franziska Bonna (Bremen)

Friebertshäuser, Barbara, Markus Rieger-Ladich u. Lothar Wigger (Hg.), *Reflexive Erziehungswissenschaft. Forschungsperspektiven im Anschluss an Pierre Bourdieu*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006 (331 S., br., 29,90 €)

Es gibt gegenwärtig wenige Pädagogen, die sich als »reflexive Erziehungswissenschaftler« positionieren. Für Dieter Lenzen (gegenwärtig Präsident der FU Berlin), der den Begriff in den 1990er Jahren aus der Taufe hob, war damit ein Programm intendiert, das die Herausforderung der Legitimationskrise der Geisteswissenschaften annahm. Zudem ging es um eine Reinventarisierung des pädagogischen Vokabulars im Hinblick auf die diskurstheoretische Kritik an Leitunterscheidungen wie Mündigkeit/Unmündigkeit oder Autonomie/Heteronomie. Mit Lenzen teilen die Autoren des vorliegenden Sammelbandes die Diagnose einer Legitimationskrise, wollen sie aber mit Bezug auf Bourdieu als einem »Provokateur der Erziehungswissenschaft« überwinden. Vom konstruktivistischen Ansatz Bourdieus angeleitet, der über ein »relationales« Denken in Feldern objektive Beziehungen sichtbar zu machen versucht, konzipieren die Beiträge eine die »Eigenlogik des wissenschaftlichen Feldes« (11) in Rechnung stellende Reflexivität. Gerade eine Verortung der Erziehungswissenschaft im akademischen Feld müsse ihre »prekäre Stellung innerhalb des Disziplingefüges« (173) berücksichtigen. Ein Feld muss in zweifacher Hinsicht gefasst werden: Zu erarbeiten seien allgemeine Eigenschaften von Feldern und die spezifischen »Spielregeln«. Jedes Feld prägt einen spezifischen Habitus aus und führt dazu, dass alle beteiligten Akteure am Fortbestand des Feldes ein gewisses »Grundinteresse« teilen. Diese motivationale Wirkung des Feldes auf den Habitus ist der von allen Mitspielern geteilte Glaube, dass die Einsätze Profite abwerfen.

Die Beiträge, die sich verstärkt mit dem Habitusbegriff auseinandersetzen — darunter der von Anna Brake und Peter Büchner, der den zumeist unbewussten Strategien familiärer Reproduktion nachspürt, sowie die Untersuchung zur Körperlichkeit des Lernens des Sportsoziologen Thomas Alkemeyer —, stellen die »Inkorporierung und Somatisierung« (119f) von sozialen Strukturen in den Vordergrund. Begreift man Lernprozesse als ein »sportliches Training« (121), könne die »weitgehende Blindheit universitärer [...] Bildungsforschung für die Bedeutung des Körperlichen« (124) überwunden werden.

Rolf-Dieter Hepp und Eckart Liebau bemühen sich um eine erste Bilanzierung der erziehungswissenschaftlichen Bourdieu-Rezeption, die zugleich in die Terminologie einleiten soll. Hepp verdeutlicht, dass Fragen des Schulsystems und der Bildungssemantik eine Soziologie der kulturellen Ungleichheit nötig machen. Sie basiere »auf den ungleichen Ausgangsbedingungen, die durch die Schule sanktioniert werden und damit die Verteilung im sozialen Raum koordinieren« (24). Die Auslese von guten und schlechten Schülern werde durch einen »Gerechtigkeitsmythos« (32) gestützt, der sich aus einer rationalen Pädagogik speise oder durch die charismatische Ideologie der natürlichen Begabung befördert werde. Die Aufklärung der Pädagogik müsse ein Programm entwickeln, die »unhinterfragten mythischen Formen« (37) in der Theoriebildung auszumerzen, um der symbolischen Herrschaft Mittel der Delegitimation entgegenzusetzen. Liebau untersucht, warum es vonseiten der Pädagogik zu teils scharfen Zurückweisungen der Soziologie Bourdieus gekommen ist, und das Fach selbst erst wieder lernen musste, sich als Kulturwissenschaft zu begreifen. Pädagogen falle es schwer, sich als »Teil der Herrschaftsstrukturen« (55) zu verstehen.

Wie eng die Bildungspolitik mit der neoliberalen Form des gegenwärtigen Kapitalismus verknüpft ist, stellt Franz Schultheis, ehemaliger Mitarbeiter Bourdieus und Präsident der *Fondation Bourdieu*, heraus. Weit vor den Debatten zur »Generation Praktikum« konnte Bourdieu die durch die Bildungsexpansion in den 1960er Jahren genährten illusorischen

Hoffnungen – man denke an den Slogan ›Bildung für alle‹ – als Verschleierungen objektiver Chancen entlarven. Die Entwertung der Bildungsabschlüsse gerade in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen gehe mit den radikalen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt Hand in Hand und rücke den Hochschulabsolventen in die Nähe des Leih- oder Zeitarbeiters, mit denen er »typische Prekarisierungstendenzen« (263) teile. Ein erhöhtes Standardrisiko für die »neue Sozialfigur des prekären Intellektuellen und Kulturschaffenden« (262) sei zu beobachten, der zwar durch einen »poststudentischen subkulturellen Lebensstil« (262) Distinktionsgewinne erziele, das »alltägliche Leiden unter wachsendem Leistungsdruck« (263) und Perspektivlosigkeit aber damit ausbalancieren müsse.

Warum gerade in Deutschland die Bildungschancen so ungleich verteilt sind, ist das Thema von Andrea Lange-Vester. Am Beispiel von Fallstudien zur gescheiterten Hochschulsozialisation versucht die Verf. die »symbolische Gewalt der legitimen Kultur« (270) nachzuweisen. Den »Bildungsaußenseitern« werden die schlechten Ausgangsbedingungen ihres Herkunftsmilieus und des daraus resultierenden anpassungsunfähigen Habitus als »Mangel an Begabung« (274) oder unzureichendes Bemühen widergespiegelt.

Auch für Franzjörg Baumgart trifft der »doppelte Mechanismus von Selbsteliminierung und institutioneller Selektion« gerade die Kinder »aus ›bildungsfernen‹ Schichten« (311). Der Beitrag stellt durch die Umstellung von traditionellen auf Bachelor-/Master-Studiengänge für die Studierenden sowohl Chancen als auch Risiken in Aussicht: Die »straffere Studienorganisation« und »verschärfte Kontrolle des Studienerfolgs« (316) benachteilige zum einen die Studierenden, die nebenberuflich ihr Studium finanzieren müssen und durch die Doppelbelastung überfordert werden. Zum anderen liege den tendenziell benachteiligten Studienanfängern die verschulte Sequenzialisierung, da ihnen die kaum zu überschätzende Hürde der Organisation des Lernens zu weiten Teilen abgenommen werde. Genauer zu diskutieren wäre Micha Brumliks Bourdieu-Kritik, die »in der grundbegrifflichen Vernachlässigung der emotionalen Basis sozialen Handelns« (143) eine notwendige psychologische Erweiterung des soziologischen Baukastens anstrebt. Ob Bourdieus Kultursoziologie zur pädagogischen Referenztheorie avancieren wird, darf zwar bezweifelt werden, doch ist eine intensive Auseinandersetzung mit den mitunter provokant-pessimistischen Untersuchungen der erziehungswissenschaftlichen Disziplin zu wünschen. Thomas Schindler (Köln)

Kirchhöfer, Dieter, *Grenzen der Entgrenzung. Lernkultur in der Veränderung*, Frankfurt/M., Peter Lang 2005 (139 S., br., 24,80 €)

Die Auflösung der »Abgrenzungen« zwischen Weiterbildung in Arbeit, Freizeit und Leben haben »Entgrenzung« seit den 1990er Jahren zu einem Schlüsselbegriff werden lassen, mit dem die Institutionenlandschaft ebenso wie die Bildungsformen und -inhalte beschrieben und analysiert werden. »Entgrenzung« ist Voraussetzung und Resultat einer sich in der informationstechnologischen Produktionsweise herausbildenden neuen Lernkultur, die Verf. auch unter neuen Gesichtspunkten untersucht, indem er zwar von der Erwachsenenpädagogik ausgeht, aber die Schulpädagogik in die Analyse einbezieht und die Polarisierung zwischen ›neuer‹ und ›alter‹ Lernkultur vermeidet. Darüber hinaus verknüpft er seine Analyse systematisch mit den Veränderungen der Arbeitsgesellschaft.

Lernkulturen »wachsen historisch langfristig unter den jeweiligen ökonomischen und sozialen Bedingungen«. Sie sind »häufig für den Einzelnen gar nicht merkbar, aber ihm als Tatsachen gegenüberstehend« (13). Eine neue Lernkultur zu entwickeln, bedeutet – so eine zentrale These – ihre gesellschaftsgestaltende und lebensbewältigende Dimension zu erschließen. Verf. greift die ›Lern-Entgrenzungs-These‹ auf und setzt sie

mit Arbeit, Ökonomie und Lebensführung in Beziehung. Die Veränderung besteht »in der radikalen Unterwerfung aller Elemente [...] des Lernens unter den Zwang der Selbstorganisation durch das Individuum« (36). Dabei fokussiert der Autor seine Untersuchung auf den Übergang von der ›Qualifikation‹ zur ›Kompetenz‹. Diese richtet sich auf erworbene oder zu erwerbende subjektive Dispositionen und betont den wertenden und motivationsrelevanten Aspekt der Disposition. Mit der »kompetenzorientierten Wende« sind eine Reihe von »Nachdenklichkeiten« verbunden: »Der Arbeitskraftunternehmer ist ein homo competens« (46) selbstorganisierten, »unternehmerischen« und damit auch konkurrierenden Handelns und Lernens.

Entgrenzt werden auch die Lernorte. ›Lebensumspannendes‹ Lernen schließt alle Formen des Lernens an unterschiedlichen Lernorten ein, wobei sich die Beziehungen zwischen formellem und informellem Lernen jeweils spezifisch gestalten. Solche ›Lernorte‹ sind insbesondere der Arbeitsprozess, das soziale Umfeld und das Internet. Die Entgrenzung der Lernformen führt vom formellen zum informellen Lernen und darüber hinaus von der Fremdsteuerung zur Selbstorganisation. Die »neue Lernkultur« ist eine der reflexiven Moderne, in der verschiedene Lernkulturen nebeneinander bestehen. Neue Lernkulturen werden alte nicht ablösen, sondern ergänzen und weiterführen. Darin sieht Verf. die im Titel herausgestellten »Grenzen« der »Entgrenzung«, die eine neue Balance von alter und neuer Lernkultur in der Weiterbildung etablieren, wie sich dies z.B. beim Einzug des E-Learning in alle Bildungsprozesse beobachten lässt. Im abschließenden Kapitel argumentiert Verf. das am Beispiel der Schulbildung. Beim Changieren zwischen Schule und Weiterbildung entgeht er jedoch dabei nicht der Gefahr, beide Bildungssektoren zu vermengen. Grundsätzlich ist einzuwenden, dass – wie gegenwärtig üblich – ›neues‹ Lernen, Kompetenzorientierung und Selbstorganisation, denen eine individuell emanzipatorische Dimension innewohnen kann, ohne konkrete Inhalte diskutiert werden. Auf diese Weise wird auch der Widerspruch nicht thematisiert, dass Selbstorganisation unter prinzipieller Fremdbestimmung vor sich geht.

Wilhelm Filla (Wien)

Bachmair, Ben, Peter Diepold u. Claudia de Witt (Hg.), *Jahrbuch Medienpädagogik 4*, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005 (382 S., br., 39,90 €)

Theorie und Empirie der Gestaltung von Bildungsangeboten mit neuen Medien bilden den Schwerpunkt des in vier Themenbereiche gegliederten Bandes. Im ersten Teil werden mediendidaktische Konzeptionen für die Gestaltung virtueller Räume für Bildung aus unterschiedlichen Kontexten vorgestellt, wobei der Bogen von allgemeinen didaktischen Überlegungen über offene Lernumgebungen und virtuelle Konferenzen zu Notebookeinsatz und Computer-Studienwerkstätten in der Hochschullehre gespannt wird. Im zweiten Teil werden Forschungen zum Medienwissen und -handeln von Kindern und Jugendlichen sowie Untersuchungen zum Konzept der Medienkompetenz und zur Entstehung von ›digitalen Vertrauenskulturen‹ thematisiert, die auf Medienkommunikation basieren. Im dritten Teil wird gefragt, welche Veränderungen IT-Medien in Schulen bewirken und inwieweit sich Lehr- und Lernprozesse durch ihren Einsatz verändern. Dabei wird sowohl das Handeln von Lernenden als auch das von Lehrenden einbezogen. Die Nutzung von Bildungsportalen, wie dem Deutschen Bildungsserver oder der Online-Bildungsplattform ›Jugend ans Netz‹ bilden den Schwerpunkt des vierten Teils. Erkenntnisse aus diesen Untersuchungen, z.B. über Suchstrategien und Navigationsverhalten derjenigen, die diese Portale nutzen, ergeben Hinweise für die Gestaltung ähnlich gelagerter Bildungsprojekte in der Zukunft. Insgesamt macht der Band die vielfältigen Facetten der medienpädagogischen

Diskussion sichtbar und vermittelt sowohl einen fundierten Überblick über den Fachdiskurs als auch über relevante Praxisprojekte, zumal im Blick auf Einsatz und Gestaltung von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Schule.

Von keinem Beitrag wird allerdings der politische Aspekt der Medienpädagogik in Form des Jugendmedienschutzes und seiner organisatorischen Neufassung von 2003 aufgegriffen. Die Einleitung erwähnt dazu, dass »die institutionalisierte akademische Disziplin [...] ihre Themen offensichtlich in anderen Interessenzusammenhängen, Zwängen und Diskursen [gewinnt] als diejenigen, die für Ministerien oder die Landesmedienanstalten leitend sind« (9). Die Hg. nehmen die Aktualisierung des Jugendmedienschutzes vielmehr als Anlass, das Verhältnis von »Bildung« und »Erziehung« und dem für die Medienpädagogik zentralen Konzept der »Medienkompetenz« zu erörtern. Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag stelle die »Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit« in den Mittelpunkt. Diese Innovation solle als Impuls verstanden werden, einen erweiterten Medienkompetenzbegriff zu entwickeln. Über dessen gängige Auffassung als Medienkunde, Mediennutzung, Medienkritik und Mediengestaltung, die auf Dieter Baacke zurückgeht, solle ein Anschluss an den Bildungsbegriff erfolgen. Dieser Gedanke wird als roter Faden entwickelt, der die einzelnen Beiträge verbinden soll. Deren Einordnung und Verbindung ist allerdings nicht immer nachvollziehbar. Trotz dieser Einschränkung bietet der Band einen guten Einstieg und leistet einen wichtigen Beitrag zur Fortführung und Intensivierung des medienpädagogischen Diskurses in Wissenschaft und Praxis. Patricia Arnold (Hamburg)

Soziologie

Holm, Andrej, *Die Restrukturierung des Raumes. Stadterneuerung der 90er Jahre in Ostberlin: Interessen und Machtverhältnisse*, transcript, Bielefeld 2006 (352 S., br., 24,90 €)

In der beim Berliner Stadtsoziologen Hartmut Häußermann eingereichten Dissertation analysiert Verf. die Rolle der Stadterneuerung für eine »Stabilisierung der bestehenden Machtstrukturen« (25). Entsprechend lautet die zentrale These: »Die Restrukturierung innerstädtischer Altbaugebiete ist Ausdruck von gesellschaftlichen Machtbeziehungen und folgt entsprechend den allgemeinen gesellschaftlichen Trends der Ökonomisierung, Flexibilisierung und Individualisierung des Sozialen« (15).

Das zu Beginn der 1990er Jahre entwickelte »neue Sanierungsregime« (140) für die großflächig verfallene Bausubstanz der Ostberliner Innenstadtquartiere wird exemplarisch am Beispiel Prenzlauer Berg untersucht. »Entscheidende Ausgangsbedingungen« für das Sanierungsregime »waren die transformationsbedingte Privatisierung des Wohnungsbestandes und die Professionalisierung der Eigentümerstruktur« (204). Diese Entwicklungen markierten den Beginn einer »Ökonomie der Aufwertung« (147), deren Profitinteresse von der Stadt für die Sanierung der Gebiete genutzt wurde. »Damit verabschiedete sich die Senatsverwaltung vom bisherigen Anspruch [...] einer allumfassenden staatlichen Verantwortung für die Erneuerungsprozesse« (80). An die Stelle zentraler Planung rückte eine komplexe Akteurskonstellation von privaten und parastaatlichen Organisationen, in der die öffentliche Verwaltung eine »beratende, moderierende und rahmensetzende Rolle« (92) einnahm. Entscheidungen wurden von der politisch-institutionellen Ebene auf private Aushandlungsprozesse verlagert, Formen der politischen Beteiligung geschwächt und die »stille Vetomacht« der kapitalgebenden Eigentümer/-innen gestärkt (127).

Als »Intermediäre« nahmen die sanierungsbeauftragte S.T.E.R.N. GmbH und die Mieterberatung Prenzlauer Berg eine zentrale Stellung in den »neuen, integrierenden Herrschaftsstrategien« der Stadterneuerung ein (102). Während das sanierungsbeauftragte Unternehmen durch die umfassende Beteiligung an allen relevanten Gremien und Prozessen »über eine Art Universalkompetenz« (125) verfügte, bezog die Mieterberatung ihre Kompetenz gerade aus ihrem »guten Ruf« einer unabhängigen Interessenvertretung (113). Im doppelten Verhandlungssystem der Sanierungsmaßnahmen zwischen Verwaltung und Eigentümern/-innen sowie zwischen Eigentümern/-innen und Bewohnern/-innen besetzte die Mieterberatung eine Scharnierfunktion. Sie ermöglichte die notwendigen und oft hinter geltendes Mietrecht zurückfallenden Konsensfindungen (109), die den Modernisierungsmaßnahmen rechtlich vorausgesetzt sind.

Grundlage für die Akzeptanz solcher Konsensfindungen war zum einen der Diskurs der »Behutsamkeit« und »sozialen Mischung« (ihre Erhaltung war neben der baulichen Erneuerung das zentrale Ziel der Stadterneuerung), der als »ideologisches Bindemittel des Sanierungsregimes« wirkte und weit in die Bevölkerung hineinreichte (246). Zum anderen versprach das individuelle Einlassen auf Aushandlungsprozesse eine vorteilhafte Mitbestimmung über Modernisierungsmaßnahmen – eine Möglichkeit allerdings, die vor allem von den sozialen und kulturellen Fähigkeiten der Mieter/-innen abhing (261). Die über solche »Belohnungen« hergestellte »individuelle Disziplinierung« (11) sieht Verf. als einen ersten sozialen Effekt an, der in der Akzeptanz der neuen privatisierten Akteurskonstellationen und der Schwächung politischer Beteiligungsstrukturen besteht, während gleichzeitig staatliche Institutionen »aus dem Blickfeld und somit auch aus der politischen Verantwortung geraten« (249). Als zweite soziale Folge nennt Verf. die selektive Verdrängung von Bewohner/-innen modernisierter Quartiere. Im »Gentrification-Gebiet« Prenzlauer Berg (245) setzt sich eine »Überlagerung von Aufwertungsprozessen und kleinräumiger Polarisierung« (242) durch: Die schrittweise Modernisierung von Wohnungen wirkte als »erheblicher Mobilitätsbeschleuniger« (220) und verursachte »sozial und kulturell selektive« Fortzüge in Folge von individuell anspruchsvollen Aushandlungsprozessen sowie »ökonomisch selektive« Zuzüge durch Umgehung der administrativ festgelegten Mietobergrenzen (310). Gleichzeitig richteten sich ordnungspolitische »flexible Ausgrenzungstechniken« (288) gegen abweichendes Verhalten beispielsweise von Trinkern, Obdachlosen oder Punks.

Verf. verortet die Sanierungsprogramme in Prenzlauer Berg in der Tradition der in den 1970er und 1980er Jahren in Kreuzberg entwickelten »Behutsamen Stadterneuerung«. Unter dem Druck starker Basisbewegungen führte die Stadt dort neue Beteiligungsverfahren ein, die lokale Initiativen in einen kooperativen Sanierungsprozess einband (30f). Markierten diese verfahrenstechnischen Neuerungen einen »höchst spezifischen [...] und kaum institutionalisierten« (34) Übergang zu »postfordistischen« Formen lokalpolitischer Steuerung, so wurden diese »unter den Bedingungen der Stadterneuerung in Ostberlin nach 1990 [...] zu einem stabilen Faktor im politisch-administrativen System Berlins« (34f). Politische Ziele wie die Bindung von Protestpotenzial und die Ausdehnung von konsensuellen Verfahren zum Abbau von Legitimationsdefiziten waren als »herrschaftliche Dimension« (32) zwar schon in der Kreuzberger Stadterneuerung sichtbar. Sie konnten damals jedoch nur im Tausch gegen die Durchsetzung von Bewohner/-inneninteressen verwirklicht werden, zu der Mieterinitiativen und Genossenschaftsprojekte im Kontext lokaler Bewegungen beitrugen. Die Einbindung der Mieter/-innen als »mitwirkende Betroffene« (254) in individualisierte Aushandlungsprozesse und das »Zurückdrängen von Momenten der kollektiven Interessenvertretung« (245), z.B. durch die Mieterberatung, konnten erst in Prenzlauer Berg unter der

Bedingung einer fehlenden politischen Opposition stattfinden. Verf. vernachlässigt diesen Zusammenhang, wenn er die politischen Erfolge der Kreuzberger Bewegungen hinter ihrer ›herrschaftlichen Vereinnahmung‹ versteckt und die »Machteffekte« in Prenzlauer Berg allein aus der Konsensproduktion im Sanierungsverfahren erklärt. – Verf. arbeitet die Mechanismen und Effekte der Stadterneuerung in Prenzlauer Berg empirisch fundiert und detailliert heraus. Durch diese Mikroperspektive entgeht die Verortung des Gegenstands in gesellschaftlichen Machtverhältnissen den üblichen abstrakten Leerformeln. Die seit den 1990er Jahren geführte Debatte um eine regulationstheoretisch verstandene ›postfordistische Stadtumstrukturierung‹ wird zwar nicht ausgeführt. Die Ergebnisse der Untersuchung ordnen sich jedoch in diese Debatte ein und leisten einen wichtigen Beitrag zur kritischen Stadtforschung.

Armin Kuhn (Berlin)

Leisering, Lutz, Petra Buhr u. Ute Traiser-Diop, Soziale Grundsicherung in der Weltgesellschaft. Monetäre Mindestsicherungssysteme in den Ländern des Südens und des Nordens. Weltweiter Survey und theoretische Verortung, transcript, Bielefeld 2006 (340 S., br., 29,80 €)

In der global angelegten Studie brechen Verf. eine Lanze für das »ungeliebte soziale Sicherungssystem« (37) der Sozialhilfe. Sie konstatieren eine Bedeutungszunahme sozialer Grundsicherung seit den 1990er Jahren: In den Menschenrechtsdiskurs wird zunehmend die Politik der Armutsbekämpfung hineingetragen. In den westlichen Ländern haben sozialhilfeartige Leistungen an Bedeutung gewonnen, weil Erwerbs-, Familien- und Migrationsbiografien riskanter und brüchiger geworden sind. In der Entwicklungshilfe stößt das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe angesichts der AIDS-Pandemie bei bestimmten Gruppen auf Schranken. Ausgehend von diesen Beobachtungen will die Studie »Grundsicherungssysteme in westlichen und nicht-westlichen Ländern [...] untersuchen, um ihre Verbreitung, ihre Formen, ihre Wirkungen und ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen zu identifizieren« (17). Sie erhebt den Anspruch, den ersten systematischen, weltweiten Überblick über Grundsicherungssysteme zu geben und einen Beitrag zum neu sich herausbildenden Feld der »global social policy«-Forschung zu leisten. Die Darstellung einzelner Programme und Regionen gerät dabei notwendig oft skizzenhaft.

In den westlichen Ländern ist Sozialhilfe ein »eingeführter Teil der Architektur des Systems sozialer Sicherung«, gleichwohl ist sie auch dort »immer prekär und ambivalent geblieben« (24). Von Neoliberalen als abhängig machend geschmäht, von Linken als stigmatisierend und unzureichend kritisiert, stellen Verf. heraus, dass sich die »moderne Sozialhilfe« (70) durch ihren individuellen Rechtsanspruch und ihre politische Legitimität von der alten europäischen Tradition der Armenhilfe unterscheidet und eine verteidigungswürdige Komponente sozialer Staatsbürgerrechte darstellt. Idealtypisch liegt moderne Sozialhilfe in staatlicher Verantwortung, wird aus Steuern finanziert, fungiert nachrangig gegenüber anderen sozialen Sicherungssystemen und familiären Unterhaltungspflichten und folgt dem Bedarfsdeckungsprinzip in Abhängigkeit von der individuellen Lebenssituation. Sie wird als Geldleistung erbracht und ihre Höhe nach geregelten Kriterien festgelegt. Die Sozialhilfe gilt als institutionalisiert, wenn sie rechtlich, administrativ und fiskalisch verlässlich gerahmt und politisch legitimiert ist. Dies ist in allen westlichen Ländern, außer in den USA der Fall, wo ihr Bezug zeitlich beschränkt ist.

In Entwicklungs- und Übergangsgesellschaften erweist sich die Institutionalisierung von Grundsicherungssystemen als schwierig. Jenseits von Ressourcen fehlt es häufig an institutionellen und administrativen Kapazitäten. Die mangelnde Erreichbarkeit der zuständigen

Institutionen, die fehlende personelle Zuordnung von Landbesitz, der geringe Monetarisierungsgrad sowie Klientelismus und Korruption behindern die Herausbildung einer rationalen und effektiven Verwaltung und machen eine berechenbare Bedürftigkeitsprüfung schwierig. Nur in wenigen Ländern, etwa in China, wo 1999 vor allem in den Städten ein *Minimum Living Standard System* eingeführt wurde, und in Südkorea, findet man ähnlich institutionalisierte Sozialhilfesysteme wie im Westen. In anderen Entwicklungs- und Übergangsgesellschaften sind Grundsicherungssysteme meist auf bestimmte Zielgruppen beschränkt. Die Leistungshöhe liegt häufig unter dem nationalen Existenzminimum. Eine regelmäßige Überprüfung der Anspruchsberechtigung ist zwar vorgesehen, findet aber nicht immer statt. In manchen Ländern wird das administrative Defizit durch die Einschaltung untypischer Akteure kompensiert, wie z.B. lokale Clanführer, eigens geschaffene lokale Sozialhilfekomitees, Gesundheitszentren oder Schulen. Dennoch attestieren Verf. den sozialhilfeartigen Systemen in Entwicklungs- und Übergangsgesellschaften positive Sekundäreffekte für Familie und lokale Wirtschaft und sehen in ihnen ein erfolgversprechendes Mittel zur Armutsbekämpfung. Verbreiteter als klassische Sozialhilfeprogramme sind in Entwicklungsländern familienbezogene Programme oder konditionierte Transferleistungen wie »Nahrung für Arbeit« oder Bildung sowie Hilfen zur Versorgung mit Grundbedarfsgütern. Diese sehen Verf. kritisch. Die konditionierten Programme würden zwar häufig das gewünschte Verhalten hervorrufen, hätten aber kaum armutsreduzierende Wirkung. So wurden in einem äthiopischen »Nahrung-für-Arbeit«-Programm durch die schwere Arbeit mehr Kalorien verbraucht, als durch das Nahrungsmittelprogramm ausgehändigt wurden (147). Wie die Hilfen zur Versorgung mit Grundbedarfsgütern seien diese Programme außerdem paternalistisch, verursachten hohe Verwaltungs- und Transportkosten und schwächten die Nachfrage nach lokalen Produkten.

Angesichts der schwachen Institutionalisierung »moderner Sozialhilfe« in Entwicklungsländern und der Dominanz anderer Programme fragen Verf., ob soziale Grundsicherung überhaupt als erfolgversprechende entwicklungspolitische Reformstrategie betrachtet werden kann. Da sie Entwicklungs- und Übergangsländer im Zuge von Modernisierungsprozessen mit ähnlichen sozialpolitischen Problemen wie in entwickelten Ländern konfrontiert sehen, bejahen sie diese Frage und erörtern im Anschluss »Policy-Optionen« (196) sowie »Problemfelder institutioneller Gestaltung« (211). Dabei wird erneut mit gängigen Vorurteilen gegenüber der Sozialhilfe – sie verringere die Armut nicht, mache abhängig und koste viel – aufgeräumt. Auch wird herausgestellt, dass die Chance der Etablierung »moderner« Sozialhilfesysteme in Entwicklungsländern maßgeblich davon abhängt, ob weiterhin der us-amerikanisch geprägte Anti-Sozialhilfediskurs die globale sozialpolitische Diskussion bestimmt. Hier sind Verf. optimistisch. Sie sehen »Öffnungen in den herrschenden Diskursen« (299), die einen Übergang vom »Ob« zum »Wie« sozialer Grundsicherung ermöglichen und damit »Richtungsfragen in der globalen Politik des Sozialen« (303) in den Vordergrund treten lassen. Dabei gilt jedoch: Soziale Grundsicherungen sind zwar »potenziell hoch wirksame Elemente einer integrierten Politik sozialer Inklusion« (268), aber »niemals ein System erster Wahl« (285). Nur als nachgelagerte Systeme starker Sozialversicherungen können sie zum »Makrouniversalismus des Wohlfahrtsstaats« (276) beitragen. – So instruktiv der Einblick in globale Trends und Probleme von Grundsicherungssystemen und so verdienstvoll die Verteidigung des letzten Netzes sozialer Sicherung ist, gerät die Bewertung der Sozialhilfe bisweilen etwas unkritisch – entfaltet diese doch neben ihren inklusiven Wirkungen auch manifeste Exklusionseffekte, die durch neuere Reformen im Namen der Aktivierung noch verstärkt werden. Katrin Mohr (Berlin)

Farzin, Sina, *Inklusion/Exklusion. Entwicklungen und Probleme einer systemtheoretischen Unterscheidung*, transcript, Bielefeld 2006 (124 S., br., 13,80 €)

Das Buch gibt einen aufschlussreichen Überblick über die Genese, Verwendungsweise und Ambivalenz des Exklusionsbegriffs in der soziologischen Systemtheorie, von dem nicht nur Spezialisten profitieren können. Verf. hebt hervor, dass der Begriff nach systemtheoretischer Lesart nicht nur unterschiedliche, sondern auch gegensätzliche Bedeutungen hat: Exklusion (I) als kommunikative Operation, die jeder Inklusion vorausgesetzt ist, vs. Exklusion (II) als Bezeichnung für den blockierten Zugang von Personen zu Funktionssystemen und Kommunikationszusammenhängen.

Mit der 1984 durch Luhmanns »Soziale Systeme« eingeleiteten »autopoietischen Wende« der Systemtheorie ergaben sich neue Anforderungen an die Bestimmung des Verhältnisses psychischer und sozialer Systeme. Luhmann reagierte mit der Einführung des Begriffs der strukturellen Kopplung und der Differenz Inklusion/Exklusion in die Theoriearchitektur. Die getrennt operierenden psychischen und sozialen Systeme sind z.B. durch die Sprache, die politischen und wirtschaftlichen Subsysteme durch Steuern und Abgaben »strukturell gekoppelt«. Die Grundlage für die Einführung der Differenz Inklusion/Exklusion bildet die Vorgabe, dass es sich bei psychischen und sozialen Systemen um operativ geschlossene (autopoietische) und Sinn verarbeitende Systemtypen handelt, die in einem spezifischen Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen, das Luhmann mit Referenz auf psychische Systeme als Inklusion fasste (107). Auf der Ebene der sozialen Systeme wird sodann der Gegenbegriff Exklusion (I) zur Bezeichnung der Art und Weise eingeführt, »in der soziale Systeme unter Bedingungen funktionaler Differenzierung auf psychische Systeme in ihrer Umwelt durch die Form Person zugreifen« (108). In der modernen Gesellschaft werde die vormoderne Komplettberücksichtigung der ganzen Person in sozialen Kontexten aufgegeben und Individuen in gesellschaftliche Funktionsbereiche nur anhand des für das jeweilige Subsystem zentralen Merkmals einbezogen (in das politische System als Wähler, in den Arbeitsmarkt als Arbeitskraft usw.). »Jede Inklusion erzeugt zugleich Exklusion; das Relevanzthema einer bestimmten Person in einer kommunikativen Operation beinhaltet für den Moment die Irrelevanz aller anderen sowie die Exklusion der betroffenen Person aus anderen möglichen Kommunikationskontexten.« (107) Dieser kommunikationstheoretische Exklusionsbegriff (I) hat zur Folge, dass er nicht, wie in der Exklusionsdebatte außerhalb der Systemtheorie, auf prekäre soziale Lagen und die Spaltung der Gesellschaft in »Innen« und »Außen« bezogen werden kann.

Exklusion (II) wird im Kontext funktionaler Differenzierung rekonstruiert. In funktional differenzierten Gesellschaften bedeute Inklusion, dass »alle Funktionskontexte für alle Teilnehmer des gesellschaftlichen Lebens zugänglich gemacht werden«, zitiert die Verf. Luhmann (43). Ungleiche Chancen und blockierte Zugänge zu Subsystemen können nur zugelassen werden, solange sie sich nicht verstetigen oder in anderen Subsystemen auswirken. Dauerhafte Exklusionen (II) aus mehreren Funktionsbereichen zugleich, wie sie empirisch vielfach belegt sind, dürften aus Sicht der Systemtheorie eigentlich nicht vorkommen, weil ihnen offensichtlich eine engere Verkopplung gesellschaftlicher Teilbereiche zugrunde liegt, als mit der These der »Interdependenzunterbrechung« theoretisch postuliert wurde. Verf. verweist auf die Grenzen der systemtheoretischen Begriffsbildung. Der Exklusionsbegriff (II) als zeitdiagnostische Metapher zur Kennzeichnung eines sozialen Problems wird von Luhmann relativ spät, angeregt durch die empirischen Eindrücke, die er in den brasilianischen Favelas gewann, ins Theoriegebäude eingeführt. Damit »beginnt der Versuch, die Differenz Inklusion/Exklusion in ihrer systemtheoretischen Lesart zur

Erklärung sozialer Ungleichheitslagen anzuwenden« (85). Dieser Versuch war jedoch insofern zum Scheitern verurteilt, als der kommunikationstheoretische Begriff der Exklusion (I) Inklusion voraussetzte, während der ungleichheitstheoretische Begriff der Exklusion (II) umgekehrt mangelnde Inklusion konstatierte – ein logischer Widerspruch, auf den bereits Martin Kronauer hingewiesen hatte.

Der Überblick zum systemtheoretischen Exklusionsbegriff ist gelungen und verdientvoll. Die Analyse hätte jedoch von der kritischen Diskussion um den systemtheoretischen Exklusionsbegriff profitieren können. Auf die Kritik von Armin Nassehi, dass die Differenztheorie systemtheoretischer Provenienz das Problem sozialer Ungleichheit und der Destabilisierung von Lebenslagen nicht systematisch aufgegriffen habe, wird nicht eingegangen. Der Einwand von Kronauer, dass Luhmann nicht überzeugend erklären kann, warum bestimmte Gruppen ganz besonders der Exklusion ausgesetzt sind und welche Rolle Macht und Herrschaft für Exklusionsprozesse spielen, findet ebenfalls keine Erwähnung.

Yaşar Aydın (Hamburg)

Soziale Bewegungen und Politik

Stöcker, Mirja (Hg.), *Das F-Wort. Feminismus ist sexy*, Ulrike Helmer Verlag, Königstein/Taunus 2007 (150 S., br., 12,90 €)

Nach Jahren von Öffentlichkeitsarbeit gegen Frauenbewegung und Feminismus, bei der nur Alice Schwarzer ausgespart blieb, setzte Thea Dorn mit ihrem Buch »Die F-Klasse« (2006) das Signal für einen neuen, selbstbewussten Feminismus derer, die in den gesellschaftlichen Umbrüchen gewinnen. Das vorliegende Buch scheint eine Antwort darauf. In der Konjunktur im Kampf um das Wort Feminismus, in dem vorerst der »konservative Feminismus« der Ursula von der Leyen zu siegen droht, erscheint dieses Buch mit marktgerechtem Titel und provokanter Zusammenfügung von Feminismus mit Sex. Es ist flott geschrieben und liest sich schnell. Fast alle Aufsätze könnten im Feuilleton von *FR* oder im *Stern* oder *Spiegel* stehen. Insbesondere zwei Texte seien zur Lektüre empfohlen, der eine, weil er Analyse mit Perspektive verbindet (Warnecke), der andere, weil er beispielhaft vorführt, wie kritisch gearbeitet werden kann, scharf und mit Humor (Röder).

Jenny Warnecke (»Das ist mir zu extrem. Eine Generationen-Studie«, 23-40) ficht den Streit um Feminismus unter Verwendung der zeitgemäßen Waffe: der Werbesprache. Sie fordert zunächst ein »neues Produkt-Design« (24): »Fröhliche Haltung«, »selbst gestalten«, »gleiches teilen [...] im Haus und außer Haus« (24). Die »Grundstimmung« einer jeden Generation sei herauszufinden, in ihr Politik zu machen. Dafür gibt sie (als einzige im Buch) eine einigermaßen stimmige Skizze über die »laute Protestkultur« der 1970er-Jahre-Feministinnen und der 1968er: »das Aufbegehren gegen den Muff der Tradition und gegen die patriarchale Vorherrschaft«, und verortet den Erfolg richtig »inmitten des expandierenden Wohlfahrtsstaates« (26). »Auch die Frauenbewegung schaffte den Sprung in staatliche Fördertöpfe und erhielt Eingang in universitäre Gefilde« (27). Knapp verkündet sie den Tod des Idealismus dieser Generation durch Tschernobyl und AIDS, wirtschaftliche Rezession und Arbeitslosigkeit. »Leistungsverweigerung« und »Null-Bock-Haltung« werden zu Markenzeichen der 1980er. – »Gener@tion Netzwerk« wird griffig zum Namen für die mit Handy Heranwachsenden der 1990er. Aber »statt zu rebellieren, erobern sie neues Terrain: die Virtualität« (28). Warnecke diagnostiziert eine »allzeit bereite Leistungsbereitschaft«, die sie lustig als »mental immer mindestens auf standby zu sein« charakterisiert,

bei einer »partnerschaftlichen Erziehung«, netten Eltern, gegen die man nicht rebellieren muss, drohender Arbeitslosigkeit. Die Folge sei für diese Generation »Kombination statt Rebellion«, pragmatische Lösungen von »Konflikten und Rückkehr zu normativen Verhaltensritualen aus der Vergangenheit wie Konfirmation, Tanzschule, weiße Hochzeit usw. Sie wendet den butlerschen spielerischen Inszenierungsvorschlag aller möglicher sozialer Rollen als Erkenntnis für ein Leitbild der heutigen Generation: »Die Mehrheit der Gener@tion ist in einer Wertpluralität aufgewachsen, von der die 68er geträumt haben« (30). Dabei sei eine Folge der Spaß an der »Selbstvermarktung«, für den die Klage, Opfer zu sein, die »den Backgroundgesang« des Feminismus ausmache, nicht produktiv sei. Die Antwort auf die Frage, wie um Feminismus noch zu streiten sei, beantwortet sie mit der Auskunft: durch Bindestrich-Feministinnen – unter diesen am ehesten die »Cyberfeministin« als »Vertreterin der Netzwerkkinder« (33). Andere mögliche Bindestriche: die Lektüre-Feministin, die Statistik-Feministin, die Ingeborg-Bachmann-Feministin usw. Alle diese Verbindungen sollen es ermöglichen, sich auf je unterschiedliche Weise streitbar für Frauen an je verschiedenen Punkten einzusetzen, solcherart den Feminismus stark zu machen (34f). Auf diese Weise buchstabiert sie zugleich eine Bündnispolitik, die sich forschend von Stufe zu Stufe bewegen, Zahlen zu Hilfe nehmen, Nahziele besetzen und ein feministisches Fernziel verfolgen, kurz, den Netzwerkcharakter ernst nehmen und stets neue Aggregate bilden kann. Was in dieser sympathischen und gut zu lesenden Darstellung fehlt, ist eine selbst-reflexive Überlegung zur eigenen Funktion in diesen Netzwerken, kurz eine Diskussion über die organischen Intellektuellen in der sich stets im Fluss findenden Bewegung. Hier muss weitergedacht werden.

Ganz anders der Beitrag von Brigitte Röder, *Jäger- und Sammlerinnenlatein* (69-82), der als Schulbeispiel für einen eingreifenden feministischen Journalismus dienen kann. Ausgangspunkt ist die bei Stammtischen und in *BILD* und ähnlichen Organen verbreitete Witzkultur über Blondinen, die neuerlich durch angeblich wissenschaftliche Befunde, dass auch Höhlenmänner bereits Blondinen bevorzugten, gestärkt wird. Röder, Professorin für prähistorische Archäologie, weist nicht nur die neuen Befunde als haltlos zurück. Mit leichter Hand führt sie uns durch die hartnäckige Präsenz dieses Mythos robuster Jägermänner, welche die Nahrung für die hungrig am heimischen Feuer wartenden Ehefrauen und Kinder bringen, nicht nur im Alltagsverstand, auch in vielen aktuellen Debatten um Trennkost und Blutgruppendiät, »bis hin zu Erläuterungen, was unter pervertierter Weiblichkeit bzw. Männlichkeit zu verstehen sei« (75). Kurz, sie zeigt, wie ungebrochen von einem angenommenen urgeschichtlichen Anfang Bilder von natürlichen Männern und Frauen tradiert sind. Exemplarisch zerlegt sie die Trashkultur wie den Bestseller von Barbara und Allan Pease »Warum Männer nicht zuhören und Frauen schlecht parken« (verkaufte Aufl. 20 Millionen) mit ihren einfachen Lösungen und schlechten Ursachen aus der Urgeschichte. Das gleiche Muster bleibt hartnäckig auch bei Eva Hermanns Bestseller, wo jeweils »Chaos und Verwirrung« (76) eintritt, wenn das alte »schöpfungsgewollte« Muster vom Beutejäger und der Nesthüterin durchbrochen wird, und Harmonie einkehrt, wenn urgeschichtliche Idylle wiederhergestellt ist. Das Muster zieht sich fort bis zu Sloterdijk. Während Hermann feministische Frauen als Abweichterinnen brandmarkt, sind Sloterdijks Sorge die Männer. Launig formuliert er, dass der Mann zur Abtötung des »inneren Jägers einem Siedierungsprogramm« unterworfen wurde, während Frauen als »herkunftsmäßige Sammlerinnen« auf dem kürzesten Weg zur Konsumentin werden, »die in ihrem Korb etwas heimbringt« (78f). Zum Ursprung dieses fruchtbaren Mythos der ursprünglichen Geschlechterrollen gibt Röder lakonisch Auskunft: Es ist die bürgerliche

Gesellschaft, in der »die Urgeschichte als fiktiver Ort fungiert, an dem die bürgerlichen Geschlechterrollen« betrachtet werden können. »Mythen sterben bekanntlich erst, wenn sie ihre gesellschaftliche Funktion verloren haben«, und es wird dauern, »bis sich unser urgeschichtliches Traumpaar nach 200 Jahren intensivster Öffentlichkeitsarbeit in den längst verdienten Ruhestand zurückziehen« kann (79). Das ist genussvoll zu lesen und erhöht die Lust, an allem zu zweifeln, was als ursprüngliche Wahrheit daherkommt.

Die anderen neun Aufsätze, drei von Männern, sind teils zu harmlos, teils ärgerlich naiv, so etwa, wenn empört darauf verwiesen wird, dass die aktuellen Forderungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus dem Feminismus kämen, also das Copyright eingeklagt wird, statt zu fragen, was es bedeutet, wenn radikale feministische Forderungen im Mainstream landen. Meist werden über den 1970er-Jahre-Feminismus ungeprüft Klischees weitergereicht, etwa dass die Frauen der 1968er extra männlich und hässlich auftraten – das »Trauma des Kampf- und Mannweibes« (129) –, mit Tropfkerzen an Holztischen saßen, bzw. am Lagerfeuer feministische Lieder sangen (dies im Text einer Verf., die für ein sorgfältigeres Bild über die Lesben streitet) usw. Man kann hier immerhin lernen, dass es notwendig ist, historisch-kritisch zu verfahren, weil man sonst nicht bloß der Bewegung Unrecht tut, sondern selbst in hilfloser Langeweile, folgenloser Klage und halbherzigem Rufen nach Neuem endet. Man erfährt, was man wusste, über magere Models und Silikonbusen; liest erstaunt, dass neue Frauen stolz sind, wenn ein Mann ihnen das Taxi zahlt, erfährt, dass Frauen in der Politik einen grauen Anzug mit Bügelfalte tragen müssen, wenn sie etwas werden wollen (127), und denkt verwirrt an die kurzen Röcke der Condoleezza Rice oder die betont femininen Gewänder der Frauen in der lateinamerikanischen Politik; man liest, dass die Frauenbewegung »gescheitert« sei (103), und fragt sich, was als Erfolg erkannt wird. Eine schreibt, dass die Aktivistinnen »selbsternannt« waren, als sei das ein möglicher Vorwurf, und, kontrafaktisch, dass die Frauengruppen aus den Kommunen kamen (99). Schließlich kann man sich überzeugen lassen, dass die Frauen nicht Schuld sind am Geburtenrückgang. Der Untertitel vom sexigen Feminismus verdankt sich den Texten von Daniel Haas: »Fürs aktuelle Outfit kombiniert Frau marktgängige Sexiness mit autoritärem Charakter, sichert sich vorm freien Fall in die moralische Korruption aber mit wertkonservativen Gewissheiten« (114f); und ferner Sebastian Horndasch, der versichert: Auch politische Frauen lieben Männer: »Es besteht gar kein Widerspruch zwischen Sexy-ness und Feminismus« (132), usw. und »Feminismus ist keine reine Frauensache« (138).

Auf der Stelle, wo der Feminismus entsorgt wurde, entstehen Versuche wie dieses Buch, brauchbar und klug, konform und langweilig, halbherzig und seicht. Es braucht noch viel Arbeit und eine neue Bewegung, damit Feminismus wieder ein Kampf begriff für viele werden kann.

Frigga Haug (Los Quemados)

Henning, Klaus, *Aufstieg der »Neocons«. Politische Intellektuelle in den USA und der »Neue Imperialismus«*, Neuer ISP Verlag, Köln 2006 (164 S., br., 16,80 €)

Buchanan, Patrick J., *Where the Right Went Wrong. How Neoconservatives Subverted the Reagan Revolution and Hijacked the Bush Presidency*, Thomas Dunne Books, New York 2004 (264 S., Ln., 22,00 €)

Drury, Shadia B., *The Political Ideas of Leo Strauss. With a New Introduction by the Author*, Palgrave, New York u.a. 2005 (256 S., br., 24,95 \$)

Mit dem Begriff des Neokonservatismus verhält es sich wie mit anderen (Selbst-) Zuschreibungen. Je stärker die negativen Konnotationen in den Vordergrund rücken, desto mehr büßt der Begriff an Trennschärfe ein. Ist unter Neokonservatismus eine historisch-

epochale, innerideologische (im Sinne einer Verknüpfung von Konservatismus und Wirtschaftsliberalismus) oder bloß individualbiographische Wende zu verstehen? Alle diese Umbrüche umfasst der Begriff je nach Gebrauch.

Historisch-epochal ist der Neokonservatismus ein Produkt der Krise des Fordismus. Dabei ist sein Entstehen sowohl als Reaktion auf deren (Teil-)Verursacher — die Rebellion gegen seine disziplinierenden Reproduktionsformen (konservativ->idealistisch) gesprochen: auf den ›Wertewandel‹ oder gar ›Sittenverfall‹ — als auch auf seine Nützlichkeit als Krisenlösungsdiskurs zurückzuführen. Die sozialdarwinistischen Elemente des historisch *kapitalisierten* konservativen Denkens (im Sinne von Leo Koflers Terminologie) eignen sich hervorragend als Deutungsmuster für die neoliberale Wende, und so wurde eine Kontinuität leistungsideologischer »Soziale-Hängematte«-Kritik begründet, die sich von Kaltenbrunner, Schelsky oder Rohrmoser über Lübke bis di Fabio erstreckt. Bei divergierender Relevanz in den einzelnen Ländern ist diese Form des Neokonservatismus, der Denker von Habermas und Dubiel bis Lenk und Elm beschäftigt hat, ein universelles Phänomen. Auch von im engeren Sinne (rechts-)konservativen Denkern wie Schrenck-Notzing wird der Ursprung des »neuen Konservatismus« in dieser Schlagrichtung der »Überwindung des Wohlfahrtsstaates« gesehen (vgl. *Lexikon des Konservatismus*, 322).

In den USA hat der Begriff jüngst einen Bedeutungswandel erfahren, der die nationalistisch-militaristischen Elemente aus den 1980er Jahren (d.h. die reaganische Wiederanheizung des Kalten Krieges) ins Zentrum rückt. Diese amerikanische Interpretationslinie zieht sich von John Ehrman bis Irwin Stelzer. Zwar meint der Begriff auch heute noch gelegentlich ›neue Konservative‹, d.h. gewendete Ex-Linke (häufig gerade jüdische, antisowjetische Ex-Trotzkisten aus dem Shachtman-Umfeld). Auch wird der Sozialabbau im Kontext der Reaganomics und danach häufig als eine Dimension – oder, wie bei Fox Piven, als das eigentliche Projekt – des Neokonservatismus behandelt. Dennoch dürften genauere Studien zutage fördern, dass der Begriff heute eine Schlagseite hat, die ihn auf eine »außenpolitische Tendenz« (Stelzer im Anschluss an Irving Kristol) oder eine Gruppe von Geostrategen reduziert. Dies hängt freilich mit der besonderen Rolle des US-Staates im globalen Kapitalismus zusammen. Dabei wird der Neokonservatismus häufig als ein neuer ›Idealismus‹ in der US-Außenpolitik beschrieben, bei dem es im Kern darum gehe, nicht länger unterdrückerische Regime aus Opportunitätsgründen zu stützen oder zu installieren, sondern konsequent ›Demokratie‹ zu exportieren, und als dessen Ursprung Kritiker eine Gruppe von klandestinen Intellektuellen ausgemacht haben. Diesem Neokonservatismus — oder auch »Leokonservatismus« (benannt nach ihrem vermeintlich unmittelbaren Vordenker, dem — als Ideengeschichtler nur unzureichend maskierten – neofaschistischen politischen Philosophen Leo Strauss) widmen sich drei Kritiken: eine isolationistisch-paläo-konservative (Buchanan), eine liberale (Drury) und eine marxistische (Henning).

Henning bewegt die Frage nach dem Stellenwert der »neokonservativen Wende« im größeren Rahmen des US-Imperialismus und der sich zunehmend gewaltförmig vollziehenden Verwaltung des globalen Kapitalismus. Entscheidend ist hierbei, ob die Außenpolitik der Bush-Administration als qualitativer Bruch oder bloß graduell uniliteralisierte und militarisierte Fortsetzung der Außenpolitik der Vorgängerregierungen zu begreifen ist. Verf. arbeitet heraus, dass die Bruchthese (und damit die Vorstellung einer durch den 11. September begünstigten kurzfristigen Paralisierung der US-Eliten und neokonservativen ›Machtergreifung‹) insbesondere von liberal-institutionalistischer Seite mit großer Vehemenz vorgebracht wird. Hierbei stört nur die Überstrapazierung der schematischen Entgegensetzung von staatszentrierten, deduktiv-nomologischen,

strukturalistischen ›Neorealisten‹ und akteurszentrierten, empirisch-induktiven, institutionalistischen ›Idealisten‹, als bestünde die US-Gesellschaft aus akademischen Schulen und Glaubensbekenntnissen anstelle von diskursiv mitkonstituierten materiellen Interessen und Kräftebündniskonstellationen und als ließe sich dem Neokonservatismus bspw. mit dem »Analyseebenenproblem« des IB-Theoretikers J. David Singer auf die Schliche kommen.

Verf. kritisiert beide Denkrichtungen (v.a. die liberale) und verortet sich selbst in der postalthusserschen Tradition, die zwar nicht, wie die Postmodernisten, den Struktur-Handlungs-Dualismus ganz aufzulösen sucht, aber doch im Sinne des 18. *Brumaire* eine Integration beider anstrebt, bei der die Akteure permanent die Strukturen verändern, die auf sie handlungseinschränkend wirken. Der Neokonservatismus wird so im Hinblick auf die »kritische Beurteilung der Rolle von Ideen zur Durchsetzung neuer politischer Strategien« (15) analysiert und erscheint nicht als unmittelbare Widerspiegelung materieller Bedingungen des US-Imperialismus. Verf. referiert hierzu die marxistische neue Imperialismusdebatte und argumentiert wesentlich mit Harvey gegen Panitch. Ihn interessiert der Strang in der neuen Imperialismustheorie, der – wie Ahmad und Harvey – den Anschluss an Luxemburgs Imperialismustheorie sucht, d.h. einer Theorie, die nicht wie Hilferding oder Lenin den Imperialismus eher an den gesellschaftlich-politischen und ahistorisch verallgemeinerten Folgeerscheinungen des Konkurrenzgesetzes (Kapitalkonzentration, Monopolisierung, finanzkapitalistische Integration, Nationalbourgeoisien), sondern stärker an G-W-G', d.h. dem unmittelbaren und krisenhaften Produktions- und (v.a. bei Harvey) Distributionsprozess misst. Zu Recht wird bei Panitch eine Krisentheoriefeindlichkeit diagnostiziert, von der sich Verf. mit Harvey und Almasseri absetzt. Der Vorwurf, ausgerechnet Panitch (und nicht vielmehr Harvey) vertrete eine instrumentalistische Staatstheorie, ist jedoch aus der Luft gegriffen. Ferner betont Verf. mit Callinicos und Harman das Fortbestehen zwischenimperialistischer Widersprüche und kritisiert die ultraimperialistische Harmonietendenz bei Panitch und Hardt/Negri.

Auch der katholisch-antiliberalen Rechtslibertäre, nationalistisch-globalisierungskritische Isolationist und mehrfache Präsidentschaftsanwärter Buchanan begreift den Irakkrieg als geopolitische Aggression gegen Russland und v.a. China. Für seinen Paläokonservatismus gilt: »Der Feind meines Feindes ist nicht mein Freund«. Häufig ist seine Kritik scharfsinnig und seine grundsätzlich rationalistische Herangehensweise wohlthuend. Bereits 2004 hat er für amerikanische Ohren äußerst unbequeme ›selbstkritische‹ Wahrheiten ausgesprochen. Hierzu gehört eine scharfe Ideologiekritik des ›Kriegs gegen den Terror‹, die *erstens* (aus der antikapitalistischen Perspektive weißer Kleinbürger und Arbeiter) Momente einer materialistischen Globalisierungskritik formuliert und sich *zweitens* gegen die Theologisierung politischer Prozesse und willfährige Feindbildkonstruktionen (wie heute den Islam) wendet: »through the twentieth century, governments applied the label ›terrorists‹ to criminalize insurgents and justify a refusal to address their demands« (91). Diese Kritik verdient es, ausführlich zitiert zu werden: »We were attacked, declared National Review [...], ›because we are powerful, rich and good.‹ Our enemies ›hate our democracy, our liberal markets, and our abundance and economic opportunity [...].‹ ›[...] The radical Islamists who attacked us did so because of our democratic ideals [...].‹ With due respect, these answers insult the intelligence of a second-grader. Did the Japanese attack us at Pearl Harbor because we were free, rich, good, and had low marginal tax rates? What is it about us Americans that we so often lack [...] the gift [...] ›to see ourselves as others see us.‹ We are not hated for who we are. We are hated for what we do. [...] The Islamic terrorists of 9/11 were over here because we were over there. [...] In the indictment

of the Muslim world, these are our crimes: 1. We preach democracy and human rights, yet prop up dictators and oligarchies who oppress Islamic peoples and steal and squander their wealth. 2. By moving thousands of U.S. soldiers, especially women soldiers, onto the sacred soil of Saudi Arabia, we have insulted Arab honor [...]. 3. America's neopagan culture [...] corrupts the morals of Islamic children. 4. Americans use a hypocritical double standard in dealing with Arabs and Israelis. We embargoed and blockaded Iraq, which cost the lives of tens of thousands of Iraqi children, because Saddam defied UN resolutions. Yet we give Israel all the aid [...] to defy UN resolutions, seize Arab land, and deny Palestinians rights that America professes to champion. 5. We attacked [...] a prostrate Arab nation [...] on the pretext that Iraq had played a role in the 9/11 horrors and was building weapons of mass destruction to attack us. These were lies to cover up our greed to control the oil wealth of Iraq [...] and erect an American empire in the Middle East« (80f/85).

Jedoch jenseits aller Einsichten bleibt Buchanans Position nicht weniger reaktionär als die neokonservative, selbst wenn sie von einer Stellung aus artikuliert wird, hinter der schon lange keine Mächtigen mehr stehen und die in ihrer Kritik der zugunsten des (transnationalen) Kapitals verschobenen (Binnen-)Kräfteverhältnisse progressive Züge trägt. Die Kritik der Imperialpolitik (Freihandel/Deindustrialisierung, Militärbasen, Rüstung, unilaterale Präemptivkriege und deren innen- und sozialpolitische Kosten) speist sich aus einem toynebeschen Kulturpessimismus, der allenthalben das Gespenst des amerikanischen Niedergangs (ökonomisch, politisch *und* kulturell) und den Aufstieg des aufrüstenden Chinas an die Wand malt. Der Isolationismus (und die dringende Vermeidung eines zwischenimperialistischen Krieges mit China, der nur eine Wiederholung des historischen Niedergangs Englands und Deutschlands zur Folge haben würde) erscheint als Garant von dessen Abwendung: »We are the last superpower because we stayed out of the great wars of the twentieth century longer than any other powers « (5).

Dass Verf. sein Buch Reagan widmet, der auch der Gottvater der Neocons ist, hängt dabei mit einer bemerkenswerten Fehleinschätzung zusammen, nämlich dass der Neokonservatismus ein massiver Bruch mit der außenpolitischen Nachkriegstradition der USA sei. Verf., der im historisch-epochalen Verständnis des Begriffs ebenso als Neokonservativer gekennzeichnet werden könnte – er entstammt der Goldwater-Nixon-Tradition, die gegen die Kulturliberalisierung rebellierte –, ist bestrebt, die Neokonservativen als verkappte Linke/Revolutionäre zu entlarven und stellt ihrem »optimistischen Universalismus«, den er in der »Dominothorie«, einem wilsonischen »demokratischen Imperialismus« und »utopischen« »Globalismus« (14/35) widergespiegelt sieht, einen klassisch-konservativen Partikularismus (isolationistische Bodenständigkeit, Evolution statt Revolution, kulturrelativistischer »Nationalismus« etc.) entgegen.

Wie sehr er der falschen (liberalen) Darstellung aufsitzt, die Neokonservativen seien quasilinear universalistische Idealisten, ihre Politik ein Bruch mit der traditionellen US-Außenpolitik, ihre Kriege keine (wenn auch verfehlte) Strategie im nationalen Interesse und ihre Machtübernahme das Resultat einer (israellobbyschen) Verschwörung, zeigt sich in Aussagen wie den folgenden: »In asserting America's duty to »extend the peace«, the president was assuming a global mission no other president had ever dared assert. And, the Wilsonian rhetoric aside, America had never gone to war for any such gauzy goal as a »just peace [...] that favors human liberty.« America's wars were fought for American ends« (20). »George W. Bush did not bring these ideas with him from Crawford, Texas [...]. Who put these ideas in his head? [...] The first generation [of neoconservatives] were ex-Trotskyites, socialists, leftists, and liberals who backed FDR, Truman, JFK and LBJ« (36f).

Nun bedarf es keines Carl Schmitt und seiner hervorragenden, wenngleich deutschimperialistischen Kritik der »völkerrechtlichen Grundlagen des modernen Imperialismus«, um die universalistisch-elastische Anwendung amerikanischer Außenpolitikdoktrin seit Monroe zu begreifen. Die Gegenüberstellung von traditioneller »Abschreckungs-« und bushscher »Präemptivkriegsdoktrin« (27) jedenfalls ist bestenfalls blind und schlimmstenfalls zynisch, denn damit werden alle Angriffskriege des amerikanischen Imperiums gegen Trikontländer nachträglich zu einer Abschreckungsangelegenheit.

Kritik von Verf. deutet auf die Krisenprozesse im hochgradig widersprüchlichen amerikanischen Konservatismus (>Big-Government<-Neocons, fiskalkonservative Rechtslibertäre, sozial-protektionistische Isolationisten, subalterne christliche Fundamentalisten), den der Krieg als Klammer zusammenhielt, und dem Block an der Macht hin. Einige Momente seiner (Globalisierungs-)Kritik sind ihrem Wesen nach und im Sinne der harveyschen Forderung nach einem »new ›New Deal‹« »antiimperialistisch«. Den Teufel der Wilson-Reagan-Bush-jr.->Tradition< treibt man allerdings nicht mit dem Beelzebub Buchanan aus. Dessen besonderes Einfühlungsvermögen in die (Sozial-)Psychologie der kolonial peripherisierten ›islamischen Zivilisation«, die materiellen Konstitutionsbedingungen des »revolutionären Terrorismus« von Al-Qaida und die Arroganz des »kriegsterroristischen« Westens (92f, 119ff) verdeckt nur unzureichend das eigens vorangetriebene Ziel der ›Talibanisierung« Amerikas. Bemerkenswert ist jedoch, dass und wie Verf. stärker als die Vordenker der christlich-fundamentalistischen Volksbewegung von rechts unten aus dem Republikanerbündnis ausschert und in Ansätzen ein mit dem jetzigen Block an der Macht inkompatibles, da im Kern postneoliberales Projekt ausformuliert, das sozialpolitisch progressivere Forderungen als die Mehrheit der Demokratenelite aufstellt, die allerdings ebenfalls zunehmend Abstand vom clinton/rubinschen freihändlerischen Wirtschaftsliberalismus nimmt. Verf. wird hierfür vom politischen Establishment jedenfalls konsequent ausgegrenzt.

In Gegenüberstellung zur ›aufklärerischen‹ Neokonservatismuskritik Buchanans zeigen sich paradoxerweise die theologischen Momente in der liberalen Kritik von Drury, die sie als langes Vorwort in der Neuauflage ihrer Strauss-Monographie entwickelt. Drury überzeichnet bemerkenswert einfältig die Unterschiede zwischen Neocons und klassischer US-Außenpolitik, die sie als von (ontologisierten) Werten angeleitet ansieht, weshalb als Analyseebene die bürokratischen Institutionen im Staat zentral sind. Im Gegensatz jedoch zu klugen und ›(neo-)realistisch aufgeklärten‹ liberalen IB-Theoretikern wie Robert Keohane, die im Kontext des Niedergangs der US-Hegemonie im (Industrie-)Produktionsbereich in den 1970ern die Bedeutung von Institutionen und Diskursen für multilaterale Positivsummenspiele im Staatensystem der internationalen politischen Ökonomie analysiert haben, spielen für Drury solche komplexen Fragestellungen keine Rolle. Im Kontext ihres normenidealistischen Weltbildes stellt sie die straussche Dichotomie von exoterischer und esoterischer Lehre, die dieser ursprünglich als ideengeschichtliche Analysemethode für Texte aus illiberalen Epochen und Gesellschaften entwickelt hatte, in den Mittelpunkt ihrer Analyse und skizziert eine Gruppe von reaktionären Intellektuellen, die – einmal an die Macht gelangt – es vor dem Hintergrund dieser Lehre mit der Wahrheit nicht sonderlich genau nehmen. Von allen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, polit-ökonomischen und Weltordnungsfragen abstrahierend und ohne Rekurs auf nur irgendeine Ideologietheorie, leitet Drury unmittelbar von der strausschen Lehre von der »noblen Lüge« (xxiv) und einer Quasiontologie des elitären ›Bösen‹ die historisch-konkrete (Informations-)Politik der Bush-Administration ab. Ihr Hauptargument beruht auf der verschwörungstheoretischen Vorstellung von »Demagog« mit »Kriegs- und Eroberungsappetit« (xviii) und

einem Hang zur Verschwörung, die – aus welchen Gründen auch immer – das liberal-demokratische Bürgerrechtssystem untergraben, so als bedürfte es eines Strauss, um des ›Neokonservatismus‹ unverdächtige Politiker wie Schröder, Scharping und Fischer zur Verbreitung von monströsen Kriegslügen zu bringen. Je tiefer die Grube wird, die sich das von den Neokonservativen angeführte Imperium gräbt, umso mehr setzen sich seine Vordenker und Verfechter – wie Fukuyama oder der britische Historiker Niall Ferguson – von der Bush-Administration ab. Eine weitere Folge hiervon ist die scheinbare Spaltung der »Straussianer« in eine ›unpolitisch-akademische‹ Westküsten- und eine politisch kompromittierte Ostküstenfraktion. Die Neocons geraten so zum Bauernopfer der herrschenden Klasse, die mit einer vehementen Abgrenzung von ihnen eine Rückkehr zum multilateralkriegerischen Status quo ante versuchen könnte, der schlimmstenfalls auch einen demokratischen Irankrieg mit deutscher Beteiligung hervorbringen mag. Währenddessen sind die Neocons, die zuvor ihre Distanz zur bisherigen Außenpolitik unterstrichen, nun aus Imagegründen bestrebt, die Kontinuitätslinien (einschließlich zu Clinton) stark zu machen. Die liberale Kritik der Neocons, wie sie Drury formuliert, nimmt somit die Gestalt eines amerikanischen ›Aufstands der Anständigen‹ an. Wie hierzulande der Dämon der Faschisierung aus der Mitte durch und anhand des machtfernen prügeln den Skins exorziert wird, so exorziert das anständige, ›machtscheue‹, liberale Amerika gemäß dem Motto »Wasch' den Pelz, doch mach' mich bloß nicht nass!« gerade den Dämon der allzu offenen Machtpolitik anhand der fast schon zu bemitleidenden Neocons.

Aufgabe wirklicher Kritik muss es angesichts dieses Blendfeuerwerks sein, den liberalen Ausnahmezustand kapitalistischer Vergesellschaftung, der Phänomene wie den Neokonservatismus als Radikalisierungsform seiner eigenen immanenten Widersprüchlichkeit und als Widerspruchsbearbeitung aus sich selbst heraus gebiert, der ideologischen, schlichten Anti-Bush-Haltung entgegenzusetzen. Wie wenig der machtblinde Idealismus theoretisch wie praktisch weiterführt, zeigt sich daran, dass dem mutig-rationalistischen Buchanan mehr zuzustimmen ist als der wenig aussagekräftigen Drury. Das Verdienst, gezeigt zu haben, dass die Neokonservativen keinen qualitativen, sondern allenfalls einen quantitativen Bruch mit der US-Außenpolitiktradition vollzogen haben, kommt daher Henning zu, dessen gut recherchiertes Buch zu empfehlen ist. Eine künstliche Trennlinie zwischen den zwei so seelenverwandten Imperialismustraditionen in der amerikanischen Außenpolitik zu ziehen und die eine davon ernsthaft als ›liberal‹ zu bezeichnen (was womöglich noch Kant und nicht Locke evoziert), ›adelt‹ rücksichtslose kapitalistisch-imperialistische Machtpolitik. Die Neokonservativen haben den Niedergang des amerikanischen Imperiums beschleunigt, stehen aber in der logischen Konsequenz ihrer ›liberalen‹ Kontrahenten, wie z.B. Brzezinski, der als globales ordnungspolitisches Mittel ein Meer an durchgreifenden US-Militärbasen und Kriegsschiffen fordert, das, wo erforderlich, von »Titty-tainment« flankiert wird. Ingar Solty (Toronto)

Cockburn, Patrick, *The Occupation. War and resistance in Iraq*, Verso, London 2006 (224 S., Ln., 15,99 £)

Verf. entstammt einer berühmten Journalistenfamilie und ist seit 1978 Irakkenner. Bereits zur Zeit der verheerenden Auswirkungen des v.a. amerikanisch-britisch aufrecht erhaltenen Embargos und fast täglicher Bombardements seitens dieser Imperialmächte veröffentlichte er 1999 ein Buch über das Saddam-Hussein-Regime. Kurz vor Beginn des Kolonialkriegs reiste er in den Irak ein und berichtet seither als preisgekrönter Nahostkorrespondent des ›Independent‹ und ›London Book Review‹.

Sein Buch basiert auf chronologisch angeordneten Reportagen und wird von drei Themen bestimmt: Die verheerenden Auswirkungen der Besetzung (v.a. die verschiedenen Gewaltformen) und die katastrophale Besatzungspolitik, die eine permanente Verschiebung der ›ursprünglichen‹ Kriegspläne bedingt; die politischen und kulturellen Widersprüche und Konfliktstoffe der irakischen Gesellschaft und deren neue Repräsentanten; und die Transformation der prinzipiellen Ablehnung der Besetzung in Widerstand bis hin zum Großaufstand.

Die Gesamtgeschichte des Konflikts bringt Verf. mit dem Zitat eines englischen Politikers des 19. Jahrhunderts auf den Begriff: »Great nations do not have small wars« (3) – auch ›kleine‹ Konflikte können für imperiale Mächte zu großem Schaden geraten. Der Irakkrieg verwandle sich für die USA und Großbritannien, die von einem kriegerischen Spaziergang ausgegangen waren, in einen Alptraum. Verf. beschreibt die Phase ein Jahr vor dem Krieg und die Vorbereitung auf die Nachkriegszeit mit irakischen Exil-Oppositionellen, deren wichtigste Figuren und Gruppen er skizziert. Dabei zeigt er die Widersprüche dieser irakfernen politischen Kräfte und die Arroganz der US-Administration sowohl diesen Oppositionellen als auch der irakischen Realität gegenüber.

Die katastrophalen Auswirkungen des Embargos und der Fehler der Besatzer, diese und das von ihnen neu geschaffene sicherheitspolitische wie ökonomische Chaos zu ignorieren und wenig zu unternehmen, um das Leiden der Menschen zu mildern, stellt eine politische Blindheit dar, für die die Besatzer teuer bezahlen. Die USA besaßen keinen Nachkriegsplan, sondern betrieben ad-hoc-Politik, während täglich die Gewalt rasant und ohne erkennbaren Geländegewinn zunahm. Nach eigenen Angaben kontrolliert die US-Armee heute nicht einmal 40 % von Bagdad. Ihre kolossale Kommandozentrale, Camp Victory, liegt am Rande des Bagdader Flughafens und selbst dieser zu Kriegsbeginn besetzte Ort ist für sie zur Todeszone geworden.

Der US-Verwalter im Irak von Mai 2003 bis Mai 2004, Paul Bremer, benahm sich wie »ein neuer Diktator« (69) und missachtete alle Forderungen und Wünsche sowohl der alliierten Kräfte im Land als auch der Bevölkerung. Diese imperiale Arroganz, die mangelnden Landeskenntnisse, das Streben nach totaler politischer Kontrolle etc. rühren her von der »imperial hubris and misconception that Iraq was a *tabula rasa* they could reconstruct as they wished« (70). Der Masterplan zielte auf die Errichtung eines US-Protectorats. So wollten die USA zunächst keine Wahlen veranstalten, sondern das Land für mehrere Jahre unter ihre Kontrolle bringen. Erst der Widerstand zwang sie, ihre ursprünglichen Pläne (selbst die zwei Kriegszielkonstanten Öl und Militärbasen) zu korrigieren und den Forderungen der alliierten Parteien nachzugeben. Die US-Politik war primär innenpolitisch bestimmt und der Irak ist stets als innenpolitische Angelegenheit betrachtet worden (185): Selbst das Symbol des neuen Iraks – wie riesige Grabsteine aussehende Betonblöcke – sind kolonial nach US-Bundesstaaten benannt.

Die Sicherheitsapparate wurden in Killerkommandos und Rachemaschinen verwandelt, unterwandert und kontrolliert von den Milizen der regierenden Parteien (193ff). Milizen, Kriminelle, Widerstand, private Sicherheitsfirmen und Staat bzw. Besatzung finden wegen der bitteren Armut, in die die Menschen systematisch gebracht wurden, genug Rekruten (15ff). In diesem Sinne trugen die so genannte Ent-Baathifizierung, die ohnehin auf dem Mythos einer durch die Baath-Partei in toto durchdrungenen Gesellschaft beruhte (ein Mythos, weil letztere spätestens seit den 1990ern nur noch als Schimäre existierte), und damit die Entlassung des Staatspersonals zu einer explosiven Arbeitslosigkeitsquote von ca. 70 % bei. Aber nicht nur Massenentlassungen und ökonomische Zerstörung (v.a. der Ruin des Mittelstandes), sondern auch Massenverhaftungen, willkürliche Erschießungen

und das flächendeckende Bombardement der Städte und des Landes trieben Tausende in den Widerstand. Aus kolonialistischen Gründen versucht die US-Armee die Kontrolle über die Sicherheitsapparate zu behalten. In diesem Sinne ist die schlechte Ausrüstung der irakischen Sicherheitskräfte kein Versehen, sondern bewusste Taktik mit einer zusätzlichen defensiven Schutzfunktion: Sollten sich die Waffen einmal gegen die US-Armee richten, behielte diese trotzdem aufgrund der technischen Asymmetrie die Oberhand. Auch die Korruption ist für die schlechte Ausrüstung verantwortlich: 1,3 Mrd US\$ verschwanden allein unter dem Übergangsministerpräsidenten Allahwi.

Währenddessen ist aufgrund von Geldgier, falscher Beratung, mangelnder Erfahrung, kaum Präsenz der beauftragten Multis vor Ort etc. Jahre nach Kriegsbeginn der Zustand der Infrastruktur dramatischer als vor dem Krieg bzw. während der Phase nach 1991, als die Iraker die kriegsbedingten infrastrukturellen Schäden noch innerhalb von drei Monaten beheben konnten. Die Ineffektivität des US-Verwaltungsapparats vergleicht Verf. mit dem Hurrikan Katrina, mit dem Unterschied, dass bei Letzterem keine Verharmlosung der Lage betrieben werden konnte, »since this time the disaster was within the US« (85).

Die ›Wiederaufbau‹-Propaganda über den – v.a. für amerikanisch-britische Multis und globale (und häufig kriminelles Tagewerk betreibende) Sicherheitsfirmen immens lukrativen – Irak steht im Kontrast zu Abwirtschaftung und Hyperkorruption. Statt neuer Projekte wurden alte medial inszeniert; Kräne aus der Saddam-Ära gaukelten Wiederaufbauarbeiten vor. Die meisten Wiederaufbaugelder versickerten in der Korruption unter Bremer und danach (allein in Bremers Amtszeit verschwanden 8,8 Mrd US\$), und v.a. die Öleinnahmen wurden in legaler wie illegaler Form geplündert und landeten auf privaten Konten regierender Cliques und deren Klientel. Folge dieser Misswirtschaft ist ein Exodus der alten Mittelschicht, z.B. der wissenschaftlich-technischen Intelligenz.

Aufgrund seiner Erfahrung in Kriegsgebieten wie Nordirland, Libanon und Tschetschenien ahnte Verf. früh, dass die öffentliche Duldung und Unterstützung des Widerstands, das politische und Sicherheitsvakuum und die Fehler der Besatzer den Nährboden für die Ausbreitung des von der US-Armee missverstandenen bewaffneten Kampfes bilden würden. Selbst die Vernachlässigung der Stromversorgung hat verheerende Auswirkungen auf deren Sicherheit: Im Straßenverkehr ist sie durch fehlende Ampeln, Staus etc. ein leichtes Angriffsziel geworden. Weiterhin erlaubten sich die USA andere, v.a. taktische Fehler: Massiver und willkürlicher Gebrauch von ›firepower‹, seit dem Vietnamkrieg unveränderte Guerillataktiken, Macho-Namen für Angriffe und meist Bauern unter den Zivilopfern als angebliche Terroristen befördern den Widerstand. Der Hintergrund für den kollektiven Verdacht aller Iraker besteht darin, dass das Militär die Darstellung Washingtons kritiklos akzeptiert hat, wonach Gewalttätige und Bewaffnete Anhänger von Saddam und ausländische Terroristen seien; dabei existieren keine Beweise, dass Saddam oder sein Clan eine Rolle im Widerstand gespielt haben (104f). Auch die Behauptung, dass der Widerstand auslandsgesteuerter Terror sei, ist falsch: Die Selbstmordattentäter sind keine al-Qaida Anhänger, sondern durch die Besetzung radikalisierte Araber, meist Nationalisten und Dschihadisten, deren Bedeutung und Wirkung zwecks Diskreditierung des Widerstands jedoch übertrieben worden ist. So wurde al-Sarkahwi als der für alles verantwortliche Drahtzieher stilisiert und ersetzt in der Logik der Dämonisierung als Bin-Laden-Duplikat Saddam Hussein, was die Legitimierung des Krieges als Teil des globalen ›Anti-Terror-Krieges‹ zum Ziel hatte (119ff).

Verf. vergleicht die bushsche Strategie mit derjenigen Putins von 1999, als dieser die Moskauer Anschläge als Anlass für seinen Krieg gegen den ›Terror‹ in Tschetschenien nutzte, der seine innere Machtposition festigte. Jedoch misslang Bush, was Putin noch

gelang. 1991 wollten die USA im Krieg gegen den Irak ihre alleinige Weltmachtposition demonstrieren, der Krieg von 2003 demonstriert die Grenzen dieser angeblich grenzlosen Macht: »Hussein, in a fit of hubris, had far exceeded his country's strength by conquering Kuwait. Propelled by similar arrogance twelve years later, George W. Bush showed the limits of US power by the invasion and occupation of Iraq.« (222) Bei der Darstellung zieht Verf. problematische Analogien und Kontinuitäten. So bejaht er die kulturalistische Darstellung des Iraks als ein fixes ethnisch-religiöses Mosaik am Rande des Bürgerkriegs. Der mit dem Libanon vergleichbare Irak sei eine bunte Mischung mit unterschiedlichen – zumeist ethnisch-religiösen – Loyalitäten, die am wenigsten dem Staat gelten. Diese problematische Narration unterstellt, dass die Entstehung des Nationalstaates vor 80 Jahren keine mit dem Westen vergleichbaren Auswirkungen gezeitigt habe. Er übernimmt die Behauptung des sektiererischen und Bürgerkriegs als Tatsache und ignoriert, dass, in einem besetzten Land von einem Bürgerkrieg zu sprechen, einen Widerspruch an sich darstellt.

Dennoch: Cockburn ist Journalist, kein selbsternannter Nahostexperte. Er liefert keine wissenschaftliche Abhandlung, sondern setzt sein Leben aufs Spiel, um Besatzung und Kriegstreiberei anzuklagen und das Leiden der Zivilbevölkerung akribisch zu schildern. Was ihn von anderen unterscheidet, ist, dass sich sein Urteilsvermögen auf nüchtern-realistische und wahrheitsgetreue Beobachtungen stützt und nicht je nach politischer und medialer Wetterlage ändert. Er behält kritische Distanz zu allen Akteuren, seien diese nun Regierungen, Parteien, Medien, Widerstandskämpfer oder eben Berichte von Gewaltopfern. Er prangert die triumphalen Siegeszüge der Imperial- und Kolonialmächte und die Selbstinszenierung auf Kosten der Opfer an. Eine explizitere Position lässt sich in Zeiten der schlimmsten medialen Zumutbarkeiten kaum einnehmen. Das Buch ist für alle ein Muss, die vor lauter »Iraknachrichten« nicht verstehen konnten, worum, wie und auf wessen Kosten es bei diesen Kriegstreibereien und der Besatzung geht. Sabah Alnasseri (Toronto)

Sastre, Alfonso, Carlos Fernández Liria u.a., Cuba 2005, Verlag Hiru, Hondarribia/País Vasco 2005 (270 S., br., 16,00 €)

De la Nuez, Iván, Fantasia roja. Los intelectuales de izquierdas y la revolución cubana, Verlag Debate, Madrid 2006 (143 S., br., 14,50 €)

Verf. beider Bücher vertreten höchst gegensätzliche Positionen zur historischen Bedeutung der kubanischen Revolution. Während die spanischen Autoren das Loblied der Revolution singen und an Seitenhieben auf das kapitalistische System nicht sparen, zerstört der exilkubanische Essayist und Kunstkritiker de la Nuez die Mythen der Revolution am Beispiel ausgewählter Linksintellektueller aus Europa und Nordamerika. Die Argumentation im »apologetischen« Band zieht ihre Berechtigung aus dem Vergleich mit dem kapitalistischen Ausbeutungssystem, der imperialistischen US-Politik, den Lügen der Mediendiktatur und den Auswüchsen der Pseudodemokratie. Dagegen setzen die »Castristen, Marxisten und Sozialisten« (16) ihr Bild von einem zwar noch unvollkommenen, aber schon gerechteren Kuba. Sie sehen die Pluspunkte des kubanischen Sozialismus vor allem im Erziehungs- und Gesundheitssystem. Die Autoren gehören zu den enzensbergerschen »Revolutionstouristen«, die sich nur kurze Zeit auf der Insel in ihren Kreisen aufhielten. Die Reisen gelten letztlich der Bestätigung ihrer Thesen von einem humanen Sozialismus. Für sie gibt es keinen Kult der Persönlichkeit, obwohl die propagandistische Emblemik Castro, Guevara und die *guerrilleros* in Worten, Texten und Bildern auch im Straßenbild feiert. Für sie gibt es keine prügelnde Polizei, obwohl die schnellen Eingreifbrigaden sehr handfest gegen Dissidenten vorgehen.

Der bekannte, nunmehr 80jährige spanische Dramatiker Alfonso Sastre und seine Frau Eva Forest, die unter dem Franco-Regime ihr mutiges Engagement gegen die Diktatur mit Verhaftung, Gefängnis, Folter und Zensur bezahlten, treten hier gegen den US-Imperialismus, gegen die ›Terroristenjagd‹ im Irak und im Baskenland an (Kuba ist eines der wenigen Länder, das militanten ETA-Mitgliedern Asyl gewährt hat) und rufen zum Widerstand auf. Der Frust an der spanischen Innenpolitik, am Verrat der Sozialdemokraten und an der Machtlosigkeit der »Vereinten Linken« diktiert viele Seiten dieses Buches: »Man betrachte das Spektakel der sogenannten Wahlalternative, bei der zwei politische Parteien ohne Unterschied sich den Besitz des *einzig möglichen Programms* streitig machen, des politischen Programms, das ihnen die Banken und Arbeitgeber diktieren« (97). In den beiden Exklusiv-Interviews mit Abel Prieto, dem spanischen Kultusminister, und Iroel Sánchez, dem ehemaligen Präsidenten des kubanischen Buchinstituts, werden die bekannten regierungsoffiziellen Statements wiederholt: Kuba befinde sich seit Jahrzehnten im Kriegszustand mit den USA, das Bild der Insel werde durch ständig neue Kampagnen verdüstert und die exilkubanische Kultur spiegle die Dekadenz des kapitalistischen Kulturbetriebs wider. Aus einer offiziellen Broschüre über die Prostitution auf Kuba werden Meinungsfreiheit und Toleranz abgeleitet, obwohl ein kubanischer Schriftsteller wegen seiner empirischen Untersuchungen in diesem Milieu in Havanna mit dem Leben bedroht und ausgewiesen wurde; Amir Valle lebt mit seiner Familie heute in Berlin, sein Buch mit Zeugnissen von der Prostitution auf Kuba wird in Köln erscheinen.

Der Essay des Emigranten de la Nuez verfällt in das andere Extrem. Als typische Exilliteratur liegt er auf der Linie der Zerstörung linker Mythen, wie sie für Lateinamerika der Mexikaner Jorge G. Castañeda mit seinem Standardwerk »La utopia desarmada« (1995) eingeleitet hat. Nuez wiederholt Gedanken aus seinen kubanischen Kulturpassagen *Das treibende Floß* (2001) und zieht gegen den »Neokolonialismus von links« zu Felde. Dabei bezieht er sich auf eine Rede Che Guevaras in Algerien vom 24.2.1965, in welcher der Neokolonialismus sozialistischer Länder kritisiert wird, die ihre Rohstoffe zu Weltmarktpreisen unterentwickelten Ländern verkaufen. In unbegründeter Auswahl werden die scheinbaren Kuba-Enthusiasten Sartre, de Beauvoir, Graham Green, Max Aub, Vázquez Montalbán, Wim Wenders, Ry Cooder, Régis Debray, Oliver Stone und andere vorgeführt. Im Mittelpunkt steht das berühmte Kubabuch Sartres und de Beauvoirs von 1960. Leider verzichtet Verf. in diesem und in anderen Fällen auf die aufschlussreiche Darstellung der Entwicklung des Kubabildes vom Enthusiasmus zur Entzauberung. So erklärte de Beauvoir nach ihrer Rückkehr ihrem Dolmetscher: »Außerdem, mein lieber Freund, haben wir keine Lust, nach Kuba zurückzukehren. Wir wissen, dass die Dinge schlecht gehen. Diese neue Reise würde eine große Enttäuschung mit sich bringen, und wir möchten den großartigen ersten Eindruck bewahren, den wir von Kuba hatten« (zit. n. Vázquez Montalbán, *Y Dios entró en La Habana*, Madrid 1998, 287) Ähnlich äußerte sich de Beauvoir nach der Padilla-Affäre in ihren Memoiren *La cérémonie des adieux* (1981, vgl. auch meinen Beitrag »De utopías, desencantos y paraísos perdidos: El crisol cubano«, in: *Texto social. Homenaje a Manfred Engelbert*, Berlin 2003, 441-52).

Beide Titel spiegeln leider das gegenwärtige Freund-Feind-Verhältnis bei der Beurteilung der kubanischen Revolution wider. Aber es fehlen keineswegs die Stimmen der kritischen Solidarität und der Rufer in der Wüste nach Dialog. Zwar erscheint selbst ein kranker Castro angesichts der monströsen Verbrechen der US-Regierung und der Militärs augenblicklich wie ein Heiliger, aber auch in den USA beginnen sich die Machtverhältnisse zu verschieben. So weilte kürzlich eine Gruppe nordamerikanischer Senatoren

unterschiedlicher politischer Couleur in Havanna, um ein Gesprächsangebot Raúl Castros auszuloten. Auf dem Wirtschaftssektor gibt es ohnehin schon mehr Beziehungen zwischen beiden Ländern als die Restriktionen der Bush-Administration vermuten lassen. Vielleicht werden in diesem Zusammenhang beide Bücher bald der Geschichte angehören.

Martin Franzbach (Hamburg)

Ökonomie

Nuss, Sabine, *Copyright & Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2006 (269 S., br., 19,90 €)

Im Anschluss an Manuel Castells Begriff »informationeller Kapitalismus« interessiert sich Verf. für die Widersprüche, die der Kapitalverwertung mit dem Internet erwachsen. Da es »einen perfekten Kopiervorgang [...] ohne Qualitätsverlust und [...] ohne größeren Aufwand ermöglicht« (38), ergeben sich für das Kapital auch neue Probleme: Verluste durch »Copyriot« bzw. »illegales« Kopieren; die Open-Source-Community kann Digitalprodukte, z.B. das Betriebssystem Linux, herstellen und weltweit verteilen, ohne dass sie Ware werden. Es kommt zu Kontroversen über intellektuelle Eigentumsrechte: Während »digitale Informationsartefakte« für die einen möglichst »frei« bleiben (schwaches Copyright-Regime) oder gar das Potenzial haben sollen, die kapitalistische Produktionsweise zu überwinden, sind sie für andere Ausdruck einer neuen kapitalistischen Epoche, die es mit Urheberrecht bzw. intellektuellen Eigentumsrechten streng zu schützen gilt (starkes Copyright-Regime). Beide Positionen ringen um De-/Relegitimierung des bürgerlichen Eigentumsparadigmas. Verf. hat zwei Anliegen: 1. »Kritik der Kritiken am geistigen Eigentum« (202) und damit auch Antwort auf die Frage, »inwieweit den Praxen, die das geistige Eigentum in Frage stellen, tatsächlich ein subversiver Charakter zukommt, der über normale Anomien (wie sie z.B. auch beim Diebstahl von Sacheigentum vorliegen) hinausgeht«; 2. Untersuchung, »in welcher Weise sich der informationelle Kapitalismus durch seine Versuche der Sicherung des geistigen Eigentums weiterentwickelt« (15).

Verf. diskutiert Grundbegriffe wie »digitale« oder »immaterielle Güter« und arbeitet sorgfältig heraus, wie technologische Umbrüche schon vor dem Internetzeitalter zu Veränderungen des Rechtsrahmens führten, der intellektuelles Eigentum schützen sollte. Das Kapitel »Aneignungskonflikte im Zeitalter des Internet« bietet einen Überblick über die Entstehung und die verschiedenen Ausprägungen von File-Sharing, die Entwicklung freier Software sowie über dadurch ausgelöste Kontroversen. Um zu belegen, dass Befürwortern und Gegnern restriktiver intellektueller Eigentumsrechte eine historisch fundierte Eigentumstheorie fehlt, fragt Verf. zunächst nach der Spezifik des bürgerlichen Eigentumsbegriffs, der durch ein »doppeltes Ausschluss-System« charakterisiert sei: »Ausschluss von den Produktionsmitteln und Ausschluss von den Ergebnissen der Produktion, welche erst im Tausch gegen Geld wieder angeeignet werden können« (161). »Mit der Verbindung der unmittelbaren Produzenten und der Produktionsmittel im Eigentum des Kapitalisten durch ihn selbst »als produktive Daseinsweise seines Kapitals« schlägt der Produktionszweck um: »Er liegt in der Verwertung des Werts bzw. in der Akkumulation von Kapital (G-W-G')« (165) Verf. identifiziert zwei »stillschweigend unterstellte epistemologische Voraussetzungen«, die in der Kontroverse um digitales Eigentum auf Irrwege führen: »Naturalisierung der herrschenden Eigentumsverhältnisse und die damit einhergehende Rückprojektion moderner Kategorien auf Vergangenes« (122).

Die Kontroverse fasst, wie Verf. darlegt, Eigentumsverhältnisse nicht als Produktionsverhältnisse, sondern dreht sich nur um mehr oder weniger gerechte Verteilung bereits produzierter Produkte/Dienstleistungen. Sie »bleibt in dem Zirkelschluss gefangen«, dass sie »Konflikte um das digitale Eigentum« mit »der mangelnden Sicherung der Eigentumsrechte« erklärt — also letztlich die Ungesicherheit des Eigentums mit seiner mangelnden Sicherheit« (219). Die Problematik ergebe sich aber daraus, dass die kapitalismusspezifische Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln »mit der massenhaften Verbreitung von Reproduktions- oder Vervielfältigungstechnologien für digitale Güter partiell aufgehoben worden ist« (219). »Freie Software kann nur deshalb außerhalb der Warenform produziert werden, weil die Produktionsmittel den unmittelbaren Produzenten entsprechend zugänglich sind [...] ›Zugriff: der Programmierer von Freier Software ›auf die Produktionsmittel‹ [...] ermöglicht dagegen gleich schon eine ›ganz andere Zwecksetzung‹ der Produktion« (220). Mit der »Subsumtion digitaler Güter unter das Kapital« werde »geistiges Eigentum [...] ganz ebenso Privateigentum wie Sacheigentum auch«. In der Kontroverse wird gefordert, »dass Wissen keine Ware sein dürfe bzw. dem staatlicherseits Grenzen gesetzt werden müsse, weil es sich nicht verbraucht« (199). So wird Güterknappheit als »eines der wesentlichen Dogmen der bürgerlichen Ökonomie und Prämisse ihrer Eigentumstheorie« auf die Digitalsphäre übertragen und eine »Nicht-Knappheit des Immateriellen als Gegensatz zur Knappheit des Materiellen« konstruiert (205). Dies nutzt der »kleinen privilegierten Gruppe« der Entwickler Freier Software. Gestützt wird »ihr hehrer Anspruch auf uneingeschränkte Verfügung über ›ihre‹ Produkte«, der aber »einen gänzlich elitären Standpunkt« (235) widerspiegelt.

Wie Verf. darlegt, verändert sich Arbeit »organisatorisch und stofflich-inhaltlich, nicht aber auf der Ebene der sozialen Formbestimmung, hier bleibt es Arbeit des ›doppelt freien Arbeiters‹, der eigentumslos an Produktionsmitteln gezwungen ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen — ob er dafür programmiert, lehrt, singt oder aber ein Fließband bedient, ist für die gesellschaftliche Form, in welcher er das verrichtet, egal« (209). Was sich verändere, sei das Preisgefüge der »digitalen Informationsartefakte« (größere Ausdifferenzierung in verschiedene Preissegmente), es entstehen neue Vertriebs- und Vermarktungswege und auch neue Formen der Arbeitsorganisation, insbesondere in der Softwareproduktion. Damit kommt Verf. auf die eingangs vorgestellten Fallstudien zurück: »Die Produktionsmodelle der Freien Software/Open Source machen vor, wie flexibel und entsichert projektgebundene Arbeit sein kann. Hier wird von vornherein auf lose Ad-hoc-Beziehungen aufgebaut, kostspielige ökonomische Sicherheiten für die Arbeitskräfte existieren kaum oder gar nicht.« Zugleich wird die »intensive Kooperation als kostenlose Produktivkraftentwicklung genutzt, indem projektbezogene, über transnationale Grenzen gehende, arbeitsintensive, vertragslose und freiwillige Arbeit teilweise sogar unbezahlt auf sich gezogen wird« (237). So sind Praxen wie File-Sharing und Freie Software nicht schon per se antikapitalistisch, sondern erhalten allenfalls subversiven Charakter. Freie Software »erlaubt die ›Illustration‹ einer möglichen nicht-kapitalistischen Produktionsweise und macht das herrschende Eigentumsparadigma hinterfragbar« (240).

Bedenkenswert ist die Überlegung der Verf., dass weder die Produkte der Open-Source-Bewegung noch deren neue Arbeitsformen »per se systemsprengend« sind. Letztere erscheinen als »entsicherte Arbeitsverhältnisse [...] sogar wegweisend für eine neoliberale Umgestaltung des regulären Arbeitsmarktes«. Freie Software sei »eine Anomalie, die [...] in den informationellen Kapitalismus integrierbar ist« (239).

Henrik Lebuhn (San Francisco)

Massarrat, Mohssen, *Kapitalismus. Machtungleichheit. Nachhaltigkeit. Perspektiven revolutionärer Reformen*, VSA, Hamburg 2006 (312 S., br., 18,80 €)

Im Kern geht es um das Verhältnis Politik und Ökonomie. Verf. nimmt an, dass Macht und Machtungleichheit neben dem Kapitalverhältnis ein Eigenleben führen (26) und dass es in absehbarer Zeit nicht darum gehen kann, den Kapitalismus abzuschaffen, sondern lediglich seiner »imperialistischen Expansion Schranken zu setzen, ja diese sogar zurückzudrängen« (32). Die bisherigen Revolutionstheorien gingen Verf. zufolge davon aus, dass die meisten gesellschaftspolitischen Probleme und Katastrophen erst nach der Abschaffung des Kapitalismus verschwinden, weil sie aus dem Kapitalismus ableitbar sind. Er bedauert dies als »Selbstblockierung« und setzt sich für eine gesonderte Beschäftigung mit Machtungleichgewichten ein, die bereits vor der Abschaffung des Kapitalismus bekämpft werden können und müssen. Wichtig ist ihm vor allem die Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Neoliberalismus. Der Neoliberalismus sei von spezifischen Machtungleichgewichten bestimmt, gegen die unabhängig vom Kapitalismus gekämpft werden sollte, anstatt sich mit Grundsatzkritik am Kapitalismus aufzuhalten.

Zu diesem Zweck entwickelt Verf. eine Unterscheidung der verschiedenen Formen von Macht in modernen Gesellschaften. Unter Macht versteht er die »Fähigkeit, gesellschaftliche Ressourcen, Instrumente und Regeln des menschlichen Zusammenlebens zu monopolisieren« (50) – ein Rückfall hinter alle relationalen Machtkonzepte, insbesondere hinter Konzepte wie Hegemonie oder auch Selbstregierung. Es folgen verschiedene Machtquellen, wobei die ökonomische Macht, welche in der Produktionssphäre, d.h. genauer »aus dem Eigentum an den Produktionsmittel und der Kontrolle der Produzenten heranwächst« (47), als primäre Macht bezeichnet wird. Sekundäre Mächte sind die Macht der Eigentümer an natürlichen Ressourcen, die staatliche und die militärische Macht. Eine weitere sekundäre Macht ist die »kontextuelle Macht«, die auf dem Machtgleichgewicht bei der Verteilung des Mehrwerts beruht. Die strukturelle Gewalt in Form des Machtungleichgewichts zwischen hoch entwickelten und nicht entwickelten kapitalistischen Staaten, zwischen »Nord« und »Süd« wird als global institutionelle Macht v.a. in Institutionen wie WTO und IWF verkörpert. Die Aufzählung der sekundären Mächte wird vervollständigt durch die Macht des Patriarchats, die illegale Macht (wie Steuerhinterziehung und Korruption) und die intergenerative Macht. Als dritte Art Machtquelle folgt schließlich die legitimierende Macht in den Formen kultureller und medialer Macht. Leider werden die Zusammenhänge, gerade zwischen den primären und den sekundären Mächten, nicht weiter behandelt. Obwohl dies nahe gelegen hätte, betont Verf. v.a. die Eigenlogik der Sphären Ökonomie und Macht. Während die Macht der Logik der Ressourcenmonopolisierung folge, sei die Ökonomie (außer im Monopolkapitalismus) von der Logik der Konkurrenz bestimmt. Die »reine« Ökonomie, welche die Produktion betrifft, sei als Plussummenspiel zu betrachten, während im Bereich der Machtaushandlung in der Distribution von einem Nullsummenspiel ausgegangen werden müsse (51).

Seine Machtkonzeption versucht Verf. an Themen wie »Amerikas Hegemonialsystem«, »Nachhaltigkeit«, »Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen«, »Ressourcenschutz«, »Demokratie« und »Globale Krisenprävention« deutlich zu machen. In der Diskussion um intergenerative Gerechtigkeit bspw. ergänzt er die drei üblichen Dimensionen der Nachhaltigkeit (soziale, ökologische, ökonomische) um die machtpolitisch bestimmten Dimensionen (politisch-institutionelle und kulturelle; 147). Der Zusammenhang mit den grundsätzlichen Thesen über Machtformen und Eigenständigkeit von Macht und Ökonomie wird allerdings nicht immer deutlich. Die Vorschläge für eine »Perspektive

revolutionärer Reformen« (Titel) verfolgen im Wesentlichen eine Strategie der Einbettung des Kapitalismus in die Gesellschaft mit der Hoffnung, dass diese im Ansatz auch systemtranszendent angelegt sind. Diese erhoffte Transzendenz kapitalismusverträglicher Reformen kann jedoch konzeptionell nicht ausgearbeitet werden, weil der Zusammenhang von Machtpolitik und Ökonomie zu ungenau bestimmt ist. Einerseits wird größter Wert auf die Eigenlogik vor allem der Macht gelegt, die »neben dem Kapitalverhältnis ein Eigenleben« führen soll (26), andererseits können Zusammenhänge auch nicht völlig geleugnet werden, die dann als »dialektische Beziehung« (51) benannt werden. Natürlich ist eine lineare Ableitung der Politik aus der Ökonomie ohne weitere Vermittlungsebenen abzulehnen. Daraus muss jedoch nicht die Behauptung ihres Nebeneinanders folgen, sondern die genaue Untersuchung der Vermittlungsbeziehungen. Als Beispiele für die Vielfältigkeit der politischen Machtausübung – die gegen eine Ableitung aus der Ökonomie spricht – nennt er die unterschiedlichen Reaktionen von ost- und südostasiatischen Staaten auf die Finanzkrise 1997/98 (35f), die Autonomie der militärischen Macht in den USA (33) sowie den Irak-Krieg, der nicht »das unmittelbare Resultat der Logik der Kapitalakkumulation« (43) ist. In den dazugehörigen Analysen wird aber nicht klar, dass, wie im Theorieteil behauptet, die Machtbeziehungen »neben« dem Kapitalverhältnis existieren (26). Sie zeigen jeweils besondere konkrete Vermittlungen auf, über die Machtpolitik und ökonomische Interessen verbunden sind. Wenn Verf. z.B. zeigt, dass der Krieg im Irak »v.a. das Ziel verfolgt, eine umfassende Umverteilung globaler Wertschöpfung in die USA zu kanalisieren und für möglichst lange Zeit abzusichern« (43), so wird damit gezeigt, dass die Politik zwar keine direkte Marionette der Ökonomie ist, aber über vielfältige Vermittlungsebenen von kapitalistischen Interessen durchtränkt ist. Ebenso nimmt der Kapitalismus in verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen Politikpraktiken unterschiedliche Formen an – die aber nichtsdestotrotz kapitalistische Gesellschaftsformen sind. Die berechtigte Betonung der Unterschiedlichkeit hebt übergreifende Gemeinsamkeiten also nicht völlig auf. Ein entwickelter Marxismus versteht unter »Kapitalismus« nicht nur das ökonomische Moment oder unterstellt eine unmittelbare Ableitbarkeit des Politischen aus dem Ökonomischen, sondern das Übergreifende, die in sich vielfältig und widersprüchliche Bewegung der Momente. Bei Verf. bleibt nur ein irgendwie vermitteltes Nebeneinander.

Verf. sieht es als eine »Legende« an, wenn »alle in unserer Welt zu beklagenden Probleme ausschließlich auf den Kapitalismus und dessen Gesetzmäßigkeit zurückgeführt« (32) werden. Das trifft fraglos zu. Aber dass sie neben und unabhängig von den ökonomischen kapitalistischen Produktionsverhältnissen abgehandelt werden könnten, wäre nur als abstraktes Gegenteil denkbar und widerspräche den Erfahrungen. – Aus der vom Verf. verdeutlichten Vielfältigkeit im Bereich des Machtpolitischen leitet sich ab, dass vielfältige Abwehr- und Gegenstrategien entwickelt werden können und müssen. Doch ist die Praxis z.T. weiter als Verf. vermuten lässt. Die Kämpfe gegen kapitalistisch-neoliberale Interessen befinden sich in einem Prozess fortschreitender Vernetzung und aus der Fülle der bisher eher nebeneinander agierenden »Ein-Punkt-Bewegungen« entwickeln sich neue Verbindungen. In der Praxis wird deutlich, dass z.B. Frauen in Afrika nicht nur im Kampf gegen die traditionelle patriarchale Herrschaft stehen, sondern dass die Formen ihrer patriarchalen Unterdrückung nur angegriffen werden können, wenn die das Verhalten der Männer maßgeblich bestimmenden Einflussnahmen des globalisierten Kapitalismus politisch bearbeitet werden. Ihre Betreuung bzw. Unterdrückung hängt auch nicht nur – wie Verf. suggeriert – mit der »Verteilung« der produzierten Güter zusammen, sondern basiert auf der Möglichkeit, den Produktionsprozess selbst bestimmen zu können oder eben nicht.

Hier beweist sich eine scharfe Trennung von Verteilung und Produktion, d.h. von Macht und ökonomischem Kern des Kapitalismus als kontraproduktiv. Die brisanten politischen Probleme Migration und Prekarisierung der Arbeit lassen sich ebenfalls nicht nur als Machtungleichgewichte auf der Verteilungsebene bekämpfen, sondern sie erfordern aus sich heraus die Infragestellung der kapitalistischen Produktionsweise. Auch die Kämpfe gegen die Privatisierung des Wassers in Mexiko, die Staudambauten in Indien oder um die Übernahme von Land durch die Landlosen in Brasilien weisen Gemeinsamkeiten auf, die mit dem Kapitalismus zu tun haben. Besonders die Frage des Klimawandels berührt nicht nur Fragen einer anderen Verteilungsweise, sondern die einer grundsätzlichen Umgestaltung der Produktions- und Lebensweise. Annette Schlemm (Jena)

Kröcher, Uwe. *Die Renaissance des Regionalen. Zur Kritik der Regionalisierungseuphorie in Ökonomie und Gesellschaft.* Raumproduktionen: Theorie und gesellschaftliche Praxis, Bd. 2, Westfälisches Dampfboot, Münster 2007 (343 S., br., 29,90 €)

Der Untertitel ist dem Verf. Programm: Es geht ihm um Kritik jener Theorien, die im Krisenprozess des Fordismus den lokalen Akteuren euphorisch politische Gestaltungsmöglichkeiten vorgaukelten und die in so heterogenen Regionen wie dem Dritten Italien oder dem Silicon Valley ihre dünnen empirischen Grundlagen fanden. Verf. lässt keinen Zweifel daran, dass er der »Raumvergessenheit« der fordistischen Gesellschaftswissenschaften nicht nachtrauert; mit der »Renaissance des Regionalen« hätte vielmehr die Chance bestanden, lokale Gesellschaften nicht mehr nur als »passive Resonanzkörper« (Dieter Läßle) exogener Faktoren zu begreifen. Seine vormals »affirmative Adaption« (9) der neuen Theorien jedoch wich einer zunehmenden Skepsis.

Obwohl Verf. weiß, dass der sog. *spatial turn* in den Gesellschaftswissenschaften seinen Zenith inzwischen deutlich überschritten hat, legt er eine systematische Auseinandersetzung mit Aufstieg und Krise des sog. *New Regionalism* (NR) vor. Verf. beschränkt sich aber konsequent nicht auf deren Rekonstruktion und Kritik, sondern bezieht auch die seit einigen Jahren sich artikulierende Kritik dieser Ansätze mit ein. Er macht dabei aus seiner Präferenz für materialistische Theorien der Raumproduktion (Lefevre, Harvey, Massey) keinen Hehl. Dabei geht er von einer »multiplen Räumlichkeit« (51) aus: der Existenz von sich überlappenden pluralen Konstruktionen von Räumen, die sich an einem physischen Ort zu einem Herrschaftsgefüge verdichten. In seiner Darstellung der »neuen Orthodoxie« werden die Grundlagen des NR nachgezeichnet – von den »industrial districts« (61ff), den »regionalen Produktionssystemen« (67ff), den Cluster-Ansätzen (71ff), den Konzepten regionaler Innovationsmilieus und -systeme (82ff) bis zu wirtschaftssoziologischen Konzepten der »social embeddedness« (94ff) und den »Global Cities« (101ff). Verf. geht mit den inzwischen formulierten Kritiken dieser Ansätze insofern konform, dass diese »mehr oder weniger unbewusst zur (regional-)politischen neoliberalen Formierung von Regionen beitragen, da die akademischen Leitbilder der endogenen Regionalentwicklung in vielfältiger Weise anschlussfähig an die neoliberale Wettbewerbsideologie sind« (131). In »ergänzenden Überlegungen« (135) wird die Kritik zusammengefasst, vor allem die unter dem Begriff der »Glokalisierung« thematisierte Gleichzeitigkeit und Verknüpfung von globalen und regionalen Strukturen (132ff). Indem Verf. die Konzepte des NR mit neueren empirischen Befunden der Regionalforschung konfrontiert (203ff), gelingt es ihm zu zeigen, dass die Realität differenzierter ist, als die Prosperität generierende Nutzung von endogenen Potenzialen und »räumlicher Nähe« unterstellt. Insofern spricht Verf. zu Recht von einer Hypostasierung oder Fetischisierung der Region (140ff). Die Konzepte des NR vernachlässigen systematisch überregionale

Beziehungsstrukturen und politökonomische Strukturveränderungen, abstrahieren folglich von einem fundierten Gesellschaftsbegriff und kommen zu Konstruktionen von Regionen als räumlicher Entitäten mit eingeschriebenen Attributen, ohne nunmehr die spezifischen Konstellationen, in denen sie agieren, genauer analysieren zu müssen (198ff).

Nach Einschätzung des Verf. zeigen seine sekundäranalytischen Untersuchungen nicht, »dass die Gesellschaft von jeglichen kleinräumig-kulturellen Mustern befreit wäre. Vielmehr entwickeln sich neue kulturelle Bezüge und Milieus heraus, die raumprägend wirken. Doch sie sind weniger räumlich fixiert, sondern vereinen multilokale Netze in einem weiträumigeren Beziehungssystem« (275). Die marxische Evidenz, dass sich die Reproduktion des Kapitalismus immer zugleich als »Destruktion und Neuproduktion« von sozialen und politischen Formen darstellen muss, wird jedoch für die regionalen Konstellationen nicht systematisch entwickelt. Erst im Schlusskapitel kommt Verf. auf die Idee, seine eigene Position theoretisch zu fundieren. Auf weniger als 15 Seiten werden abschließend Postulate zur »Einheit des ›Politischen‹ mit dem ›Ökonomischen‹« (284), zum Verständnis der Region aus den »entgegenwirkenden Tendenzen« des tendenziellen Falls der Profitrate (285), zur Bedeutung von Staat und Hegemonie (286f) und zum Verhältnis von Territorial- und Verflechtungsraum (Joachim Becker) formuliert, um zu belegen, dass die Region als »strategisches Mittel zur Durchsetzung von Interessen« fungiert; »sie wird produziert, verändert, abgeschafft oder neujustiert in einem komplexen politischen Aushandlungsprozess« (289).

Stärken entwickelt das Buch vor allem dort, wo Verf. die Mutation der theoretischen Köpfe – etwa Michael Storper (278ff) – aufzeigt: Seine These, dass sich in regionalen Konfigurationen immer auch ökonomisch mächtige Akteure formieren, die ihr regionales Umfeld selbst organisieren (»capitalist imperative«), ist heute einer gesellschaftstheoretischen Blindheit gewichen, die Macht, Konflikte und Widersprüche nicht mehr kennt. Die treibenden Kräfte jedoch, die den NR in die Lage versetzten, die »ideologischen Formen« (Marx) vorzugeben, in denen viele lokalen Akteure sich seit den späten 1980er Jahren der Konflikte bewusst wurden und sie ausfochten, streift Verf. nur. Der Hinweis, dass die Region versprach, »ein Transmissionsriemen für einen neuen Kapitalismus mit ›menschlichem Antlitz‹ zu werden« (281), ist zwar durchaus richtig; er ist aber nicht hinreichend, um zu verstehen, wie sich sukzessive neoliberale Anpassungen in die Regionen einfrästen. Warum und wie Regionen und lokale Staaten »nicht ausschließlich passiv an der Neujustierung der Mehr-Ebenen-Struktur und der generellen Handlungslogik des Staates beteiligt« (293) sind, wie sich also der Konstitutionswandel von Regionalisierungsprozessen konkret vollzog, bleibt im Dunkeln. Hierzu wären im Vorfeld präziserte eigene theoretische Positionen notwendig gewesen, die (im Idealfall) mit eigener Empirie gestützt worden wären. Was so bleibt, ist die fundierte Darstellung eines Diskurses, die jedem zu empfehlen ist, der sich über nach wie vor handlungsleitende Ansätze in der Regionalpolitik kritisch in Kenntnis setzen will. Ob damit allerdings bereits »die Regionalisierungseuphorie vom Kopf auf ihre Füße« gestellt ist (Klappentext), kann bezweifelt werden.

Bernd Röttger (Braunschweig/Jena)

Personenangaben

V: Veröffentlichungen A: Arbeitsgebiete M: Mitgliedschaften

Alnasser, Sabah, 1961; Dr. phil., Prof. fuer Politikwissenschaft, York University, Toronto. V: »Understanding Irak«, in: *Socialist Register* (im Erscheinen, 2007); *Periphere Regulation* (2004); *Politik jenseits der Kreuzzüge* (Hg.) (2004)

Arnold, Patricia, Dr. phil., Professorin für Sozialinformatik an der FH München, Studium der Mathematik, Sportwissenschaft und Erziehungswissenschaft in Hamburg u. London. A: Didaktische Designs beim E-Learning, Communities of Practice, Informatikeinsatz im sozialen Sektor.

Aydin, Yasar, 1971; M.A. Soziologie, Dipl. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Doktorand an der Hamburger Universität und Stipendiat der Hans Böckler Stiftung. V: »Entbettung und Wiedereinbettung des Ökonomischen bei Karl Polanyi«, in: *Das Argument* 258 (2004). A: Identitätsbildung, Soziologie der Fremdheitskonstruktion, Nationalismus

Boer, Dick, 1939; Theologe. V: *Ein ganz anderer Gott. Das Lebenswerk Karl Barths* (2007); »christliche Gemeinde«, in: *HKWM* 5 (2001), »Imaginäres«, in: *HKWM* 6/1 (2004), »Jenseits/Diesseits I«, in: *HKWM* 6/2 (2004). A: Ideologietheorie, Theologiegeschichte. M: HKWM-Werkstatt

Bonna, Franziska, 1983; Studentin der Erziehungswissenschaften (Dipl.), Schwerpunkt Erwachsenenbildung/Weiterbildung an der Universität Bremen. V: (zus. mit A. Grotlüschen) *Literature Review about Improving Teaching and Learning for Adults with Basic Skill Needs through Formative Assessment* (im Druck)

Demirović, Alex, 1952; Dr.phil., PD für Politikwissenschaft und politische Soziologie an der Universität Frankfurt, lehrt z.Z. an der TU Berlin. V: *Demokratie in der Wirtschaft* (2007); *Nicos Poulantzas - Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie* (2007); (Hg.) *Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel* (2004); (Hg.) *Modelle kritischer Theorie* (2003); *Der nonkonformistische Intellektuelle* (1999); *Demokratie und Herrschaft* (1997). A: Staat, Demokratie, Wissen, Intellektuelle. M: BdWi, Wiss. Beirat von Attac, Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

Draheim, Susanne, 1971; wiss. Mitarbeiterin FH Brandenburg, FB Informatik/Medien, soziologisches Diss.-Projekt an der TU Dresden. V: (zus. m. T. Reitz) »Work hard and play by the rules. Zur SPD-Programmdiskussion«, in: *Das Argument* 256 (2003), (zus. m. T. Reitz) »Währungsreform. Die neue Ökonomie der Bildung«, in: *Neue Sammlung* 1/2005. M: Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi)

Filla, Wilhelm, 1947; Dr. soz., Privatdozent für Weiterbildung an der Universität Klagenfurt, Generalsekretär des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen. V: *Wissenschaft für alle – ein Widerspruch?* (2001)

Franzbach, Martin, 1936; Prof. em. f. Romanistik Uni Bremen. V: *Geschichte der spanischen Literatur im Überblick* (1993); *La Isla Entera. Historia social de la literatura cubana (1959-1999)* (2000). A: Literatur und Geschichte Kubas, Fachgeschichte der Iberoromanistik

Grotlüschen, Anke, 1969; Prof. Dr., Juniorprofessorin für Lebenslanges Lernen am Institut für Erwachsenen-Bildungsforschung der Universität Bremen. V: (zus. mit A. Linde) *Literalität, Grundbildung oder Lesekompetenz? Beiträge zu einer Theorie-Praxis-Diskussion* (2007); (zus. mit B. Brauchle) *Lernkompetenz, oder Learning Literacy? Kommunikation, Lernen und E-Learning als widersprüchliche Anforderungen an bildungsferne Gruppen* (2006); (zus mit B. Brauchle) *Bildung als Brücke für Benachteiligte. Hamburger Ansätze zur Überwindung der Digitalen Spaltung* (2004)

Hanley, Larry, 1961; Prof. für American Studies am City College der City University of New York. V: *Wie die Universitäten zu Märkte getragen werden. Universitärer Kapitalismus in den Vereinigten Staaten* (Internet-Publikation, 2006); »Working-Class Cultural Studies in the University«, in: *Radical Teacher* 68 (2004), »Cultural Work and Class Politics: Rereading and Remaking Proletarian Literature in the United States«, in: *Modern Fiction Studies* (1992). A: Kulturgeschichte der Arbeiterklasse, Hochschulforschung, Lerntechnologie. Ehemaliger Herausgeber von *Academe* (Zeitschrift der American Association of University Professors)

Haug, Frigga, 1937; Dr. phil. habil.; Prof. für Soziologie i.R., HWP Hamburg. V: *Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik* (2007); *Sternschnuppen. Zukunftserwartungen von Schuljugend heute* (Mitverf., 2006); *Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen* (2003); *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit* (1999); *Frauenpolitiken* (1996). A: Arbeit, Frauen, Methode, Lernen. M: InkrIT, BdWi, Wiss. Beirat von Attac

Haug, Wolfgang Fritz, 1936; Dr. phil. habil.; Prof. für Philosophie i.R., FU Berlin. V: *Einführung in marxistisches Philosophieren* (2006); *Neue Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (2006); *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (Neufassung, 2005); *Dreizehn Versuche, marxistisches Denken zu erneuern, gefolgt von Sondierungen zu Marx / Lenin / Luxemburg* (2005); *High-Tech-Kapitalismus* (2003); *Philosophieren mit Brecht und Gramsci* (1996; erw. Ausg. 2006); *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* (Hg., 1994ff); *Elemente einer Theorie des Ideologischen* (1993). M: Leibniz-Sozietät, InkrIT, BdWi, Wiss. Beirat von Attac

Heumann, Christoph, 1975; M.A. (Nordamerikastudien, Politikwiss., Philosophie); Wissenschaftlicher Mitarbeiter, ASIIN e.V. V: Artikel zu James M. Buchanan, in: D. Herz u. V. Weinberger (Hg.): *Lexikon ökonomischer Werke* (2006). A: Bildungs- und Hochschulpolitik, Politische Theorie, Politik und Gesellschaft der USA. M: BdWi, DIG, Ver.di

Hinz, Manfred, 1952; Dr. phil. habil.; Prof. für romanische Literaturwissenschaft und Landeskunde an der Univ. Passau. V: *Die menschlichen und die göttlichen Mittel. Sieben Kommentare zu Baltasar Gracián* (2002); *Rhetorische Strategien des Hofmanns. Studien zu den italienischen Hofmannstraktaten des 16. und 17. Jh.* (1992); *Fichtes System der Freiheit. Analyse eines widersprüchlichen Begriffs* (1981)

Hobsbawm, Eric J.B., 1917; Prof. Dr. em., englischer Historiker und Sozialwissenschaftler. V: *Gefährliche Zeiten: Ein Leben im 20. Jahrhundert* (2006); *Das imperiale Zeitalter: 1875-1914* (1989); *Die Blütezeit des Kapitals. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848-1875* (1979); *Europäische Revolutionen: 1789-1848* (1962). A: Wirtschafts- und Sozialgeschichte. M: British Academy und American Academy of Arts and Sciences

Hoffrogge, Ralf, 1980; Student der Geschichte an der FU Berlin, arbeitet z.Zt. an einer Magisterarbeit zur Biographie des Räteaktivisten Richard Müller (1880-1943). A: Geschichte der dt. Arbeiterbewegung, Globalisierung, Bildungs- und Hochschulpolitik. M: BdWi, reflect!

Kuhn, Armin, 1980; M.A. in Politikwissenschaft; Doktorand an der Univ. Potsdam. V: *Militär und Politik in Süd- und Mittelamerika* (Mitverf. 2006). A: Politische Theorie; Soziale Bewegungen im urbanen Raum. M: Bundeskoordination Internationalismus; reflect! - Assoziation für politische Bildung und Gesellschaftsforschung

Lebuhn, Henrik, 1974; Dipl.-Politologe; Lehrbeauftragter für Urban Studies am San Francisco Art Institute (SFAI); Promotion über Privatisierungskonflikte um den öffentlichen Raum in Berlin und Los Angeles. A: Stadtforschung, soziale Bewegungen, marxische Theorie, Staatstheorie. M: GEW, NGBK, Prokla, WBK

Lindner, Kolja, 1980; M.A., Sciences Po, Paris. V: »Antisemitismus und Terror: Gegen Labica«, in: *Das Argument* 251 (Mitverf., 2003). A: Politische Theorie

Mayer, Günter, 1930; Dr. sc.; Prof. für Ästhetik/Musikwissenschaft i.R.; HU-Berlin bis 1994; V: *Zur Theorie des Ästhetischen. Musik-Medien-Kultur-Politik* (2006); *Ästhetik der Kunst* (Mitverf., 1987); *Ästhetik heute* (Mitverf., 1978); *Weltbild-Notenbild. Zur Dialektik des musikalischen Materials* (1978); Autor des *HKWM* (Bd. 1; 2; 4; 6/2; 7); (Hg.) *Hanns Eisler. Schriften* (1973; 1982; 1983; 2007). M: Internationale Hanns Eisler Gesellschaft (Vorstand); Wiss. Beirat HKWM, Argument; InkrIT (stellv. Vors.)

Mohr, Katrin, 1973; Dr. disc. pol. V: *Soziale Exklusion im Wohlfahrtsstaat. Arbeitslosensicherung und Sozialhilfe in Großbritannien und Deutschland* (2007). A: Theorie und Vergleich des Wohlfahrtsstaats, Armutsforschung und soziale Ungleichheit. M: Wissenschaftlicher Beirat beim Netzwerk Grundeinkommen

Oittinen, Vesa, 1951; PD, Dozent am Institut für Philosophie der Univ. Helsinki und am Institut für Philosophie der Univ. Tampere, Senior Researcher am Aleksanteri-Institut. V: *Marx ja Venäjä (Marx und Russland, Hg., 2006); Spinoza in Nordic Countries* (Hg., 2004); *Evald Ilyenkov's Philosophy Revisited* (Hg., 2000); *Spinozistische Dialektik* (1994). A: Deutsche, nordische und russische/sojjetische Philosophiegeschichte, Philosophie des Marxismus

Quaas, Georg, 1951; Doz. Dr. phil. habil.; Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Leipzig. V: *Arbeitsquantentheorie. Mathematische Grundlagen der Werttheorie* (2001); *Elemente zur Kritik der Werttheorie* (Mithg., 1997); *Dialektik als philosophische Theorie und Methode des »Kapitals«*. Eine methodologische Untersuchung des ökonomischen Werkes von Karl Marx (1992). M: Beiratsmitglied von »Erwägen Wissen Ethik«

Reitz, Tilman, 1974; Dr. phil.; wiss. Mitarbeiter am Institut für Philosophie der Univ. Jena. V: *Bürgerlichkeit als Haltung. Zur Politik des privaten Weltverhältnisses* (2003); »Friedhof der Kuscheltiere. Die Neutralisierung Adornos«, in: *Das Argument* 254 (2003). A: Gesellschaftstheorie, politische Philosophie, Ästhetik

Rieske, Thomas Viola, 1980; Dipl.-Psych. A: Kritische Psychologie, Queer Theorie, Bildungsarbeit, Kritische Weißseinforschung. M: BdWi, Abqueer

Röttger, Bernd, 1961; Dr. rer. pol.; wiss. Mitarb. an der Univ. Jena. V: *Im Schatten der Globalisierung* (Mitverf., 2006); *Die erschöpfte Region* (Mithg. u. Autor, 2005); »Integraler Staat«, in: *HKWM* 6/2 (2004); *Das neue Marktregime* (Mithg. u. Autor, 2003); *Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation* (1997). A: Politische Ökonomie, Staatstheorie, Arbeitspolitik, Gewerkschaften. M: ver.di

Ruoff (Kramer), Karen, 1945; Dr. Phil. Germanistik; Direktorin, Stanford-in-Berlin. V: *The Politics of Discourse: Third Thoughts on New Subjectivity* (1994); »Die Kirche im Dorf / Anhaltspunkte«, in: *Das Argument* 264 (2006); *Blauhemd und Blue Jeans in Filmen der DEFA* (2002); *Imag(in)ing the GDR: Gender in Projected Memory* (2001); »Eingreifendes Denken«, in: *HKWM* 3 (1997); »Jeans«, in: *HKWM* 6/2 (2004). A: Theater & Film, insbesondere DEFA; Dichterin (Englisch und Deutsch)

Ruschig, Ulrich, 1948; Prof. Dr. phil. habil. Dr. rer. nat.; Hochschullehrer am Institut für Philosophie der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. V: *Hegels Logik und die Chemie. Fortlaufender Kommentar zum realen Maß* (Hegel-Studien, Beiheft 34, 1997); »Der intelligible Charakter bei Kant und die Moral der Wissenschaft«, in: *Kant und die Berliner Aufklärung. Akten des IX. Internationalen Kant-Kongresses*, Bd 3 (2001); »Materialistische Dialektik oder Systemtheorie«, in: *Erwägen Wissen Ethik*, Jg. 17, H. 2 (2006). A: Praktische Philosophie, Systematische Grundlagen und Geschichte der Naturwissenschaften, Kant und der Deutsche Idealismus

Schindler, Thomas, 1978; seit Juli Magister Artium (Literaturwissenschaft, Linguistik und Philosophie); Studium in Bonn, Köln und Sevilla; derzeit Prüfungen 1. Staatsexamen Deutsch und Philosophie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn

Schlemm, Annette, 1961; Dr. phil., Physikerin. V: *Dass nichts bleibt, wie es ist...* (2 Bde., 1996 u. 1999); *Wie wirklich sind Naturgesetze?* (2005). A: Philosophie (Entwicklungstheorie, Dialektik), Politische Theorie. M: Beteiligung an politisch-theoretischen Projekten im Internet (Ökonux) und u.a. Teilnehmerin der Ernst-Bloch-Assoziation

Sieh, Isabelle, 1978; Master Sciences de l'Éducation, Rouen (Frankreich). V: *Adaptation und Umsetzung des Bologna-Prozesses in Frankreich*. Hamburger Beiträge zur Erziehungs- und Sozialwissenschaft, Bd. 10 (2007). A: Vereinheitlichungsprozesse im europäischen Hochschulraum

Solty, Ingar, 1979; M.A.; Politikwissenschaftler; Doktorand und Teaching Assistant an der York Univ. in Toronto. V: »Transformation des deutschen Parteiensystems und europäische historische Verantwortung der Linkspartei«, in: *Das Argument* 271 (2007); »Tony Kushners amerikanischer Engel der Geschichte«, in: *Das Argument* 265 (2006); »Eine Linkspartei für die USA? Bemerkungen zu Rick Wolff«, in: *Das Argument* 262 (2005); *Der neue Imperialismus* (Mitverf., 2004). A: Politische Theorie und Philosophie, Internationale Politische Ökonomie, Materialistische Staatstheorie, Imperialismustheorie, USA. M: IG Metall, BdWi, Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung, International Studies Association

Winter, Hellmut, 1979; studiert Philosophie, Politikwissenschaft und Psychologie an der FU Berlin

Zimmer, Gerhard, 1943; Dr. phil. habil., Dipl.-Psych., Ing. (grad.); Prof. für Berufs- und Betriebspädagogik, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. V und A siehe: <http://www.hsu-hh.de/zimmer/>

FORUM

Wissenschaft

3 / 2007

Feministische Debatten. Einiges erreicht, vieles uneingelöst

B.Holland-Cunz: Neuer Feminismus, alter Feminismus

C.Wichterich: Die große Integration. Gleichstellung unter neoliberaler Globalisierung

R.Becker, B.Kortendiek, B.Jansen-Schulz u. G.Schäfer: Gendergerecht studieren können. Was geschlechter- und wissenschaftspolitisch zum Bologna-Prozess gehört (I)

G.Perko: Queer Studies. Das Verhältnis queerer und feministischer Fragestellungen

H.Weinbach: Biomacht Familie. Ein Rückkehr-Plädoyer für feministische Debatten

M.Terkessidis: Petition revisited. Kelek: Feminismus oder Leugnung des Sozialen?

H.Ostendorf: Außer Kontrolle. BA-Beratung sorgt für Geschlechterdifferenz

C.Spehr u. C.Bernhard: Feministische Utopien. Gespräch mit Claudia Bernhard

Weitere Beiträge

W.Beywl: Auf tönernen Füßen. Generalverdacht gegen Evaluation

A.Keller: Deutsche Bologna-Entwicklung auf dem Prüfstand

O.Schöller: Das Recht auf Bildung. Ein fehlender Gedanke in Deutschland

S.Brunner u. P.Sitte: DSEDES. Deutschland sucht die exzellente Super-Uni

G.Fülberth: Divide et impera

U.E.Simonis: Indizienprozess zum Klimawandel. Beweisaufnahme und Strafmaßbestimmung

N.Paech: Neue Chance für Palästina? Die Nahostkonferenz und ihre Bedingungen

C.Butterwegge: Hartz in Weimar

I.Raehlmann: Arbeitswissenschaft im Nationalsozialismus

24. Jg. 2007

Herausgeber: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Gisselberger Str. 7, 35037 Marburg – www.bdwi.de/forum – Verantwortl. Redakteurin: Claudia Stellmach – Erweit. Redaktion: Marco Geis, Bettina Lösch – erscheint vierteljährlich, Einzelheft 7 €, Jahresabo 26 € (Ausland 30 €) – Redaktionsanschrift: Forum Wissenschaft, Rheingasse 8, 53113 Bonn, Telefon: +49 (0)228 219946, Email: forum@bdwi.de

Mittelweg 36

Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung

4 / 2007

H.-J.Lenger: Holografische Kriege. Zur »Echtzeit« des Objekts

T.Loch: Zur Rolle der Medien in asymmetrischen Konflikten. Militärgeschichte und Medienwissenschaften im Fokus

R.M.Damitz: Prekariät. Genealogie einer Problemdiagnose

T.Bastian: Scham und Gewalt, autotelisch

In der Literaturbeilage

J.Süselbeck Traumprotokolle vergessener Geschichte

Außerdem

»Feind im Visier«. Richard Rorty in der Zeit vom 18. März 2004

(Nachdruck) und ein Nachruf von Jan Philipp Reemtsma

16. Jg. 2007

Herausgeber: Hamburger Institut für Sozialforschung – Redaktion: Gaby Zipfel, Martin Bauer – www.his-online.de – erscheint zweimonatlich, Einzelheft 9,50 €, Jahresabo 48 € (ermäßig 36 €) zzgl. Versand – Redaktionsanschrift: Mittelweg 36, 20148 Hamburg, Tel.: +49 (0)40 414097-0, Fax: +49 (0)40 414097-11, E-Mail: Zeitschrift@mittelweg36.de



Die Tageszeitung
junge Welt

Block G 8 geht weiter
Ab 10 Uhr Blockaden rund um das Tagungszentrum in Heiligendamm. In Rostock wird der Alternativgipfel fortgesetzt. Ab 14 Uhr erheben Grünermeier, Bono und die Toten Hosen ihre Stimme gegen Armut in Rostock



Gegründet 1947 - Donnerstag, 7. Juni 2007 - Nr. 130 - 1,10 Euro - PVS1 A11002 - Entgelt bezahlt
www.jungewelt.de

Widerspruch Weltbank, WTO und IWF müssen weg: Rege Beteiligung beim Alternativgipfel in Rostock 5	Farbenrevolution Orange in Caracas: Studentenproteste in Venezuela werden von ausländischen Gruppen beeinflusst 7	Gegenentwurf Wider die leeren Versprechungen der G 8: Alternativen in Lateinamerika. Von Sabra Wagenknecht 10	Gewaltverhältnis Mit blutigen Kleidern zurück nach Berlin: Ein Brief von Raul Zelik an Peter Wahl von ATTAC 12
---	---	---	--

Durchbruch zum Zaun
10 000 Demonstranten dringen in Sicherheitszone um Heiligendamm
Stunden nicht auf dem Land

Doppelanschlag in Bagdad
Bombe, Bötzchen

... den Hammer schmieden

Summaries

Susanne Draheim and Tilman Reitz: The Battle of Excellencies: Conservative Criticism of the Higher Education Reform

Some of the sharpest and most influential critiques of the Bologna process, but also of the market ideology attached to it, are uttered from a distinctively conservative position. While not necessarily allies of conservative parties, the critics share a positive image of the old Humboldt model university where a small group of independent spirits freely produced and perpetuated substantial knowledge about the human world. The text asks what is wrong with this critique – and argues that it's not only its neglect or glorification of old power structures, but rather a complementary relation towards the reform: while the Bologna technocrats build up a new standardised model for the masses, the conservatives have good chances to defend a small elite sector where the old university tradition may be re-implemented, now safe from the burdens and dangers of mass higher education.

Larry Hanley: Restructuring Faculty Roles: Technology and Professional Identity

Two powerful forces are reshaping U.S. higher education – neoliberalism and technology. This essay explores the relations between neoliberal restructuring of higher education, academic labour, and the integration of technology into teaching. The ongoing »proletarianization« of academic labour through technology exploits existing hierarchies of institutional prestige and status.

Ulrich Ruschig: The Simulation of Capitalist Production – an Academic Dance Around the Golden Calf

At present, the financing of German universities is changed radically – from the 150 years old governmental accounting to a new commercial accounting system. By that, scientific working should be made commensurable. Mechanisms are implanted by which a value is attributed to scientific working. The concept of this radical change to an accounting system is to be clarified in this article.

Universities do not function as capitalistic business. Nevertheless, the crucial point of the current reform is to establish a *value in analogiam* attributed to scientific working although there is no systematic basis for normal capitalistic value production. Managed by the universitarian planning team a specific in-house money is created; special indicators are invented in order to measure scientific working; numbers which indicate the fulfilling of these indicators can be assigned to scientific working. By this the planning team is in charge of a common standard which measures the performing of those formerly uncontrollable scientists. According to this performance, in-house money is allocated to the scientific departments.

Results: 1) A financial regulating system replaces the autonomous scientist (and the autonomous scientific community) as the subject of scientific working. Scientific working itself is concretely subsumed to the regulation by a system of in-house money-allocation. 2) Collective scientific working is replaced by a state-instigated competition of scientists against each other and of scientific disciplines against each other.

Alex Demirović: Restructuring the State Functions of Higher Education

The debates on the recent reorganisation of German and European universities as well as the transformations of statehood are ignoring the link between these two fields of capitalism. Demirović argues that Althusser's concept of an ideological state apparatus as well as Gramsci's concept of civil society and the division of mental and manual labour are helpful for grasping what is happening with higher education. The scientific field and the universities are reorganised to match with economic competitiveness. This means in economic terms to cheapen the value of labour, to reduce the expenditures for higher education, to remove the costs to dominated countries; but most

important is that the universities themselves become entrepreneurial and valorize knowledge. In political terms the function of reproducing the dominant classes is strengthened. A higher degree of universities allows to establish new power relations in the universities, gives representatives of capital more influence. In general the process of scientific research and teaching is steered by those strategic centres. Part of it are new agencies evaluating and rating the universities. As a state apparatus the universities are reorganised in a way that some are globalised and playing a part in a transnational network of knowledge production and distribution.

Gerhard Zimmer: The University of Information Technical Production – Contradictions and Perspectives

One of the main reasons given for and at work in the European reform in higher education is the development of so called knowledge work. As Marx and some of his 20th century disciples saw early, the automatization of work processes not only leads to a de-qualification of skilled manual labour, but also multiplies re-qualified intellectual functions, from the control and the organization of production processes to the continual invention of new goods and adaptation to market changes, on nearly all levels of enterprise. The only limit to this process is the need to keep wage workers under command. The current higher education reform reacts on much of this development, mainly by transforming traditional professional training into a less specific (and thus more flexibly employable) basic academic formation. But here, accents are inverted: while individual autonomy and flexibility figure merely as promises, what is really promoted is a narrowed down, controlled, restricted type of knowledge. The article proposes a different vision for the information age university: reflective scientific discussion which not only serves to produce apt knowledge workers but really strengthens individual autonomy and enables democratic deliberation.

Wolfgang Fritz Haug: On the »New Reading of Capital« by Monetary Value Theory. A Critique
The author – who himself has published two volumes of introduction into Marx' *Capital* – examines in his article a recent publication by followers of the monetary value theory. He critically scrutinizes this theory and its »logical method«, while reflecting a number of basic questions about a new reading of *Capital* in the perspective of coming to terms with nowadays' trans-national high tech capitalism. He particularly criticizes the obsession with the Hegel paradigm and pleads for an historical materialist understanding of dialectics in accordance with the praxis principle of Marx' Theses on Feuerbach. In respect to Marx' analysis of the value form he argues against the elimination of the mediating concept of the »money commodity«.

Georg Quaas: For a Coherent »Capital«-Interpretation – A Comment on Haug's »Introduction«
W.F. Haug saw the goal of his *Lectures* in helping the reader of Marx' *Capital* to overcome the difficulties of Chapter I which contains the analysis of commodities, especially the analysis of the value-form and its development to the money-form. For Marx, this is the key to an adequate understanding of the capitalist mode of production. Therefore it is more than legitimate to spend so many lectures as necessary to make that highly complex text transparent to the modern reader. Haug was not only explaining a difficult text in an attractive, popular manner using well chosen, precise words, but also producing a set of conceptual tools and philosophical explanations that served well for his interpretation. In the *New Lectures* this set is applied to and developed further by the rest of the *Capital*, Volume I, while confronting the reader with many prominent, but deviant *Capital*-interpretations that showed up since the sixties of the last century. In his comment on Haug's important work the author demonstrates that the results of a comprehensive mathematical analysis and modelling of the *Capital* not only coincide with those of Haug's sophisticated hermeneutical interpretation, but can also be used to decide interpretative questions that cannot be answered relying exclusively on the method called »Verstehen«.

Gehring, Wolfgang, <i>Leistungspunktesysteme an deutschen Universitäten – kritische Analyse und Ergebnisse einer summativen Evaluationsstudie</i> (Thomas Rieske) ..	609
Fiedler, Werner, u. Eike Hebecker (Hg.), <i>Promovieren in Europa. Strukturen, Status und Perspektiven im Bologna-Prozess</i> (Anke Grotlüschen u. Franziska Bonna) ...	610
Friebertshäuser, Barbara, Markus Rieger-Ladich u. Lothar Wigger (Hg.), <i>Reflexive Erziehungswissenschaft. Forschungsperspektiven im Anschluss an Pierre Bourdieu</i> (Thomas Schindler)	612
Kirchhöfer, Dieter, <i>Grenzen der Entgrenzung. Lernkultur in der Veränderung</i> (Wilhelm Filla)	613
Bachmair, Ben, Peter Diepold u. Claudia de Witt (Hg.), <i>Jahrbuch Medienpädagogik 4</i> (Patricia Arnold)	614

Soziologie

Holm, Andrej, <i>Die Restrukturierung des Raumes. Stadterneuerung der 90er Jahre in Ostberlin: Interessen und Machtverhältnisse</i> (Armin Kuhn)	615
Leisering, Lutz, Petra Buhr u. Ute Traiser-Diop, <i>Soziale Grundsicherung in der Weltgesellschaft. Monetäre Mindestsicherungssysteme in den Ländern des Südens und des Nordens. Weltweiter Survey und theoretische Verortung</i> (Katrin Mohr) ...	617
Farzin, Sina, <i>Inklusion/Exklusion. Entwicklungen und Probleme einer systemtheoretischen Unterscheidung</i> (Yasar Aydin)	619

Soziale Bewegungen und Politik

Stöcker, Mirja (Hg.), <i>Das F-Wort. Feminismus ist sexy</i> (Frigga Haug)	620
Henning, Klaus, <i>Aufstieg der »Neocons«. Politische Intellektuelle in den USA und der »Neue Imperialismus«</i> (Ingar Solty)	622
Buchanan, Patrick J., <i>Where the Right Went Wrong. How Neoconservatives Subverted the Reagan Revolution and Hijacked the Bush Presidency</i> (Ingar Solty) ...	622
Drury, Shadia B., <i>The Political Ideas of Leo Strauss. With a New Introduction by the Author</i> (Ingar Solty)	622
Cockburn, Patrick, <i>The Occupation. War and resistance in Iraq</i> (Sabah Alnasseri)	627
Sastre, Alfonso, Carlos Fernández Liria u.a., <i>Cuba 2005</i> (Martin Franzbach) .	630
De la Nuez, Iván, <i>Fantasia roja. Los intelectuales de izquierdas y la revolución cubana</i> (Martin Franzbach)	630

Ökonomie

Nuss, Sabine, <i>Copyright & Copyriot</i> (Henrik Lebuhn)	632
Massarrat, Mohssen, <i>Kapitalismus. Machtungleichheit. Nachhaltigkeit</i> (Annette Schlemm)	634
Kröcher, Uwe, <i>Die Renaissance des Regionalen</i> (Bernd Röttger)	636

VIII

Buchhandlungen, die das Argument-Verlagsprogramm führen

Augsburg	Probuch, Gögginger Straße 34 (0821/579173)
Berlin	Argument-Buchladen, Reichenberger Straße 150 (030/611 39 83) Motzbuch, Motzstraße 32 (030/2115958) Schleichers Buchladen, Königin-Luise-Straße 40/41 (030/841902-0) Schwarze Risse, Mehringhof - Gneisenaustraße 2a (030/6928779)
Bielefeld	Eulenspiegel Buchladen, Hagenbruchstraße 7 (0521/175049)
Bremen	Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60 (0421/785 28)
Düsseldorf	BiBaBuZe, Aachener Straße 1 (0211/34 00 60)
Essen	Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8 (0201/820700)
Frankfurt/M	Unibuch, Jügelstraße 1 (069/775082) Karl Marx Buchhandlung, Jordanstraße 11 (069/778807) Herbert Bärsch Nachf. GmbH, Hostatostr./Albanusstr. 29 (069/314032-0)
Freiburg	Jos Fritz, Wilhelmstraße 15 (0761/26877)
Göttingen	Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7 (0551/42128)
Hamburg	Heinrich Heine Buchhandlung, Schlüterstraße 1 (040/441133-0)
Hannover	Annabee, Gerberstraße 6 (0511/1318139)
Heidelberg	Buchhandlung Schöbel & Kube, Plöck 65 (06221/26036)
Hildesheim	Amei's Buchecker, Goschesstraße 31 (05121/34441)
Kassel	ABC Buchladen GmbH, Goethestraße 77 (0561/777704)
Kiel	Zapata Buchladen GmbH, Jungfernstieg 27 (0431/93639)
Köln	Der Andere Buchladen, Zülpicher Straße 197 (0221/416325)
Konstanz	Buchladen zur Schwarzen Geiss, Am Obermarkt 12 (07531/15433)
Mainz	Cardabela, Frauenlobstraße 40 (06131/614174)
Marburg	Roter Stern GmbH, Am Grün 28-30 (0542/24787)
München	Basis-Buchhandlung, Adalbertstraße 41b-43 (089/2723828)
Münster	Buchhandlung Rosta, Aegidiistraße 12 (0251/449026)
Stuttgart	Buch Weiss, Ebitzweg 44, Bad Cannstatt, (0711/4703388)
Nürnberg	Buchhandlung Libresso, Bauerngasse 14 (0911/225036)
Oldenburg	Buchhandlung Carl v. Ossietzky, Markt 24 (0441/13949)
Reutlingen	Jakob Fetzer, Georgenstraße 26 (07121/239080)
Schweiz	Basel Buechlade, Theaterpassage Theaterstraße (7 061/2718404) Bern Buchhandlung Candinas, Münstergasse 41 (031/3121285)
Österreich	Wien Buchhandlung Winter, Landesgerichtstr. 20 (0043/1 405 12 34) Wien Lhotzkys Literaturbuffet, Taborstraße 28 (0043/1 276 47 36)
Niederlande	Utrecht De Rooie Rat, Oudegracht 65 (031-30-2317189)

Frauenbuchläden, die das Argument-Frauenprogramm führen

Augsburg	Frauenbuchhandlung Elisara, Schmiedgasse 11 (0821/154303)
Bochum	Frauenbuchladen Amazonas, Schmidtstraße 12 (0234/683194)
Bremen	Hagazussa, Friesenstraße 12 (0421/74140)
Düsseldorf	Frauenbuchladen, Becherstraße 2 (0211/4644050)
Göttingen	Laura GmbH, Burgstraße 21 (0551/47317)
Köln	Rhiannon, Moltkestraße 66 (0221/523120)
Leipzig	Frauenbuchladen Tian, Könnerritzstraße 92 (0341/4797475)
Mannheim	Frauenbuchladen Xanthippe, T3, 4 (0621/21663)
München	Lillemor's Frauenbuchladen, Barerstraße 70 (089/2721205)
Nürnberg	Frauenbuchladen, Innerer Kleinreutherweg 28 (0911/352403)
Tübingen	Frauenbuchladen Thalestris, Bursagasse 2 (07071/26590)
Schweiz	Zürich Frauenbuchladen, Gerechtigkeitsgasse 6 (01/2026274)
Österreich	Wien Frauenzimmer, Lange Gasse 11 (0222/4068678)